

Beteiligungsbericht

2011



Vogelsbergkreis

IMPRESSUM

Herausgeber: Kreisausschuss des Vogelsbergkreises
Goldhelg 20
36341 Lauterbach
Telefon 06641 / 977-0

Ansprechpartner: Landrat Rudolf Marx

Redaktion: Dr. Eckhard Köhler-Hälbig, Hannelore Greb
(Amt für Beteiligungscontrolling, Kommunale Finanzaufsicht,
Wirtschaftsförderung und Naturschutz)

Druck: Vogelsbergkreis

Stand: 31. Dezember 2010

Vorwort



Der Vogelsbergkreis hat zu Beginn des Jahres 2007 den ersten Beteiligungsbericht nach Änderung der Hessischen Gemeindeordnung im Jahr 2005 erstellt. Entsprechend der gesetzlichen Verpflichtung zur jährlich aktualisierten Vorlage legen wir mit dem sechsten Beteiligungsbericht gegenüber den politischen Gremien und der Bevölkerung Rechenschaft über die wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Beteiligungen zum Stichtag 31.12.2010 ab.

Der Bericht geht dabei wiederum deutlich über den gesetzlich vorgegebenen Umfang hinaus. Es sind alle Beteiligungen aufgenommen und abgebildet worden.

Der politische Steuerungsanspruch gründet letztlich auf umfassenden und zeitnahen Informationsfluss. Es war unser Ziel, mit der Vorlage des sechsten Beteiligungsberichtes, die Jahreskennzahlen unserer Beteiligungen zum 31.12.2010 noch im Jahr 2011 im Bericht abzubilden und den Kreisgremien vorzulegen.

Leider lagen bis zum 15.11.2011 die doppelischen Abschlüsse 2010 des Wasserverbandes Schwalm, Wasserverbandes Nidda, Naturparks Hoher Vogelsberg und des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis nicht vor. Um die Vorlage des Beteiligungsberichtes nicht zu verzögern, sind teilweise die Zahlen aus den Vorjahren aufgeführt.

Ich hoffe, dass auch dieser Beteiligungsbericht großes Interesse findet und als Informationsgrundlage in Sachen Beteiligungen des Kreises genutzt wird.

Der Beteiligungsbericht 2011 wird den Mitgliedern der politischen Gremien des Kreises (auch aus Kostengründen) auf CD-Rom zur Verfügung gestellt. Wie bisher ist er als PDF-Datei im Internet abrufbar unter www.vogelsbergkreis.de → Themen → Beteiligungsbericht.

Für etwaige Rückfragen oder weitergehende Erläuterungen stehen in der Kreisverwaltung Herr Dr. Köhler-Hälbig, Tel.: 06641/977-271 oder Frau Greb, Tel.: 06641/977-270 zur Verfügung. Bei Frau Greb sind ggf. gewünschte Druckversionen abholbar.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'R. Marx'.

(R. Marx)
Landrat

Inhaltsverzeichnis

Vorwort von Herrn Landrat Marx

Seite

1. Allgemeines (Grundsätzliche Informationen)	1
1.1 Kommunalrechtliche Voraussetzung einer Beteiligung	1
1.2 Beteiligungsbegriff	4
1.3 Rechts- und Organisationsformen	5
1.4 Beteiligungscontrolling	7
1.5 Erklärungen zur Rechnungslegung	8

Übersicht über die Beteiligungen des Vogelsbergkreises	10
---	----

Verkehr und Versorgung

➤ Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH	13
➤ Wasserverband Nidda	40
➤ Wasserverband Schwalm	43
➤ Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe (plus Beteiligungen)	48
➤ Gas- und Wasserversorgung Osthessen (GWV) GmbH	63

Entsorgung

➤ Zweckverband Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis	73
---	----

Soziale Angelegenheiten und Gesundheit

- NEUE ARBEIT Vogelsberg gGmbH 87
- Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH 95

Freizeit, Sport, Erholung, Natur

- Zweckverband Naturpark Hoher Vogelsberg 110

Kultur, Bildung, Ausbildung

- Verein für Berufsausbildung Vogelsberg e.V. 118

Wirtschaftsförderung, Tourismus, Kreditinstitute

- Vogelsberg Consult - Gesellschaft für Regionalentwicklung und
Wirtschaftsförderung mbH 123
- Region Vogelsberg Touristik GmbH 132
- Sparkasse Oberhessen 145

Sonstige Beteiligungen und Mitgliedschaften in Vereinen und Verbänden 164

Urheberrechte

1. Allgemeines (Grundsätzliche Informationen)

1.1 Kommunalrechtliche Voraussetzungen einer Beteiligung

Das Grundgesetz sichert im Artikel 28 Abs. 2 den Gemeinden und Gemeindeverbänden das Recht zu, im Rahmen der Gesetze alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung zu regeln. Diese verfassungsrechtlich normierte Garantie der **kommunalen Selbstverwaltung** räumt den Kommunen eigenständige Hoheitsrechte in den Bereichen Personal, Finanzen und Vermögen sowie Organisation ein. Damit haben die Kommunen das Recht zu entscheiden, auf welche Art und Weise sie die Erfüllung der Aufgaben sicherstellen wollen.

Mit dem Gesetz zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) vom 31. Januar 2005 hat der hessische Landtag wichtige Neuregelungen im Bereich der wirtschaftlichen Betätigung beschlossen.

Wesentlich verändert wurden insbesondere die §§ 121/122 HGO.

Weil mit der Novellierung die Grenzen der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen enger gezogen werden, sind beide Paragraphen nachfolgend aufgeführt:

§ 121 Wirtschaftliche Betätigung

(1)¹Die Gemeinde darf sich wirtschaftlich betätigen, wenn

1. der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt,
2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht und
3. der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

²Soweit Tätigkeiten vor dem 1. April 2004 ausgeübt wurden, sind sie ohne die in Satz 1 Nr. 3 genannten Einschränkungen zulässig.

(2)¹Als wirtschaftliche Betätigung gelten nicht Tätigkeiten

1. zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
2. auf den Gebieten des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur, des Sports, der Erholung, der Abfall- und Abwasserbeseitigung sowie
3. zur Deckung des Eigenbedarfs.

²Auch diese Unternehmen und Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden.

- (3) Die für das Kommunalrecht zuständige Ministerin oder der hierfür zuständige Minister kann durch Rechtsverordnung bestimmen, dass Unternehmen und Einrichtungen, die Tätigkeiten nach Abs. 2 wahrnehmen und die nach Art und Umfang eine selbständige Verwaltung und Wirtschaftsführung erfordern, ganz oder teilweise nach den für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften zu führen sind; hierbei können auch Regelungen getroffen werden, die von einzelnen für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften abweichen.
- (4) Ist eine Betätigung zulässig, sind verbundene Tätigkeiten, die üblicherweise im Wettbewerb zusammen mit der Haupttätigkeit erbracht werden, ebenfalls zulässig; mit der Ausführung dieser Tätigkeiten sollen private Dritte beauftragt werden, soweit das nicht unwirtschaftlich ist.
- (5) ¹Die Betätigung außerhalb des Gemeindegebietes ist zulässig, wenn
1. bei wirtschaftlicher Betätigung die Voraussetzungen des Abs. 1 vorliegen und
 2. die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei gesetzlich liberalisierten Tätigkeiten gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den maßgeblichen Vorschriften eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen.
- (6) ¹Vor der Entscheidung über die Errichtung, Übernahme oder wesentliche Erweiterung von wirtschaftlichen Unternehmen sowie über eine unmittelbare oder mittelbare Beteiligung ist die Gemeindevertretung auf der Grundlage einer Markterkundung umfassend über die Chancen und Risiken der beabsichtigten unternehmerischen Betätigung sowie über deren zu erwartende Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten.
- ²Vor der Befassung in der Gemeindevertretung ist den örtlichen Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern sowie Verbänden Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, soweit ihr Geschäftsbereich betroffen ist.
- ³Die Stellungnahmen sind der Gemeindevertretung zur Kenntnis zu geben.
- (7) Die Gemeinden haben mindestens einmal in jeder Wahlzeit zu prüfen, inwieweit ihre wirtschaftliche Betätigung noch die Voraussetzungen des Abs. 1 erfüllt und inwieweit die Tätigkeiten privaten Dritten übertragen werden können.
- (8) ¹Wirtschaftliche Unternehmen der Gemeinde sind so zu führen, dass sie einen Überschuss für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dies mit der Erfüllung des öffentlichen Zwecks in Einklang zu bringen ist. ²Die Erträge jedes Unternehmens sollen mindestens so hoch sein, dass
1. alle Aufwendungen und kalkulatorischen Kosten gedeckt werden,
 2. die Zuführungen zum Eigenkapital (Rücklagen) ermöglicht werden, die zur Erhaltung des Vermögens des Unternehmens sowie zu seiner technischen und wirtschaftlichen Fortentwicklung notwendig sind und

3. eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erzielt wird.

³Lieferungen und Leistungen von anderen Unternehmen und Verwaltungszweigen der Gemeinde an das Unternehmen sowie Lieferungen und Leistungen des Unternehmens an andere Unternehmen und Verwaltungszweige der Gemeinde sind kostendeckend zu vergüten.

(9) ¹Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht errichten, übernehmen oder betreiben.

²Für das öffentliche Sparkassenwesen verbleibt es bei den besonderen Vorschriften.

§ 122 Beteiligung an Gesellschaften

(1) ¹Eine Gemeinde darf eine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn

1. die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 vorliegen,
2. die Haftung und die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde auf einen ihrer Leistungsfähigkeit angemessenen Betrag begrenzt ist,
3. die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsorgan, erhält,
4. gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches aufgestellt und geprüft werden.

²Die Aufsichtsbehörde kann von den Vorschriften der Nr. 2 bis 4 in besonderen Fällen Ausnahmen zulassen.

(2) ¹Abs. 1 gilt mit Ausnahme der Vorschriften der Nr. 1 auch für die Gründung einer Gesellschaft, die nicht auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, und für die Beteiligung an einer solchen Gesellschaft.

²Darüber hinaus ist die Gründung einer solchen Gesellschaft oder die Beteiligung an einer solchen Gesellschaft nur zulässig, wenn ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder Beteiligung vorliegt.

(3) Eine Aktiengesellschaft soll die Gemeinde nur errichten, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn der öffentliche Zweck des Unternehmens nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt werden kann.

(4) Gehören einer Gemeinde mehr als 50 vom Hundert der Anteile an einer Gesellschaft, so hat sie darauf hinzuwirken, dass

1. in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften
 - a) für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt wird,

- b) der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde gelegt und der Gemeinde zur Kenntnis gebracht wird,
2. nach den Wirtschaftsgrundsätzen § 121 Abs. 8) verfahren wird, wenn die Gesellschaft ein wirtschaftliches Unternehmen betreibt.
- (5) Abs. 1 bis 3 gelten entsprechend, wenn eine Gesellschaft, an der Gemeinden oder Gemeindeverbände mit insgesamt mehr als 50 vom Hundert beteiligt sind, sich an einer anderen Gesellschaft beteiligen will.
- (6) Die Gemeinde kann einen Geschäftsanteil an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft erwerben, wenn eine Nachschusspflicht ausgeschlossen oder die Haftsumme auf einen bestimmten Betrag beschränkt ist.

Nach § 123a HGO besteht nunmehr seitens der Kommune die Verpflichtung jährlich einen Bericht über ihre Beteiligungen vorzulegen zur Unterrichtung der Gemeindevertretung/ des Kreistages und der Öffentlichkeit.

Entgegen den in § 123a Abs. 2 HGO definierten Mindestanforderungen an den Beteiligungsbericht hat der Vogelsbergkreis sich entschlossen, ein bewusst weiten Beteiligungsbegriff zu wählen und einen umfassenden Überblick über alle Beteiligungen zu erarbeiten und vorzulegen.

Der Beteiligungsbericht wird dem Kreisausschuss vorgelegt, in öffentlicher Sitzung des Kreistages erörtert und öffentlich ausgelegt.

1.2 Beteiligungsbegriff

Der rechtliche Beteiligungsbegriff nach den für Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften definiert diesen als *„Anteile an anderen Unternehmen, die bestimmt sind, dem eigenen Geschäftsbetrieb durch Herstellung einer dauerhaften Verbindung zu jenen Unternehmen zu dienen“*.

Die Hessische Gemeindeordnung (HGO) spricht im § 121 von „Beteiligungen an Unternehmen“. In § 126 HGO sind allerdings bereits Formulierungen zu finden, die den Begriff auf „Beteiligungen an anderen privatwirtschaftlichen Vereinigungen“ ausweitet.

Eine Beschränkung des Beteiligungsbegriffes auf „Unternehmen“ als Grundlage für diesen Bereich hätte u.E. die tatsächliche Dimension des möglichen Steuerungs- und Handlungseinflusses des Kreises nur unzureichend dokumentiert.

In diesem Bericht haben wir deshalb den Beteiligungsbegriff bewusst weit gefasst. Wir haben alle maßgeblichen Unternehmen, Eigenbetriebe, Verbände und Vereine aufgenommen, die außerhalb des Kreishaushaltes eine eigene Buchführung haben und an denen der Kreis

beteiligt ist, ohne dass dies zugleich eine abschließende Aussage zur kreispolitischen Verantwortung oder Einflussnahme zulässt. Das wäre zumeist nur sehr schwierig und im Einzelfall zu beschreiben.

Währenddessen einzelne Beteiligungen durch Gewinnausschüttungen oder Defizitausgleich auf den ersten Blick erkennbar finanzielle Auswirkungen auf den Kreishaushalt haben,

basieren andere Beteiligungen mehr auf einer gesellschaftspolitischen Einflussnahme als auf einem vordergründigen tatsächlichen (betriebs-)wirtschaftlichen Nutzen.

Wir wollen mit unserer weit gefassten Darstellung einen ersten umfassenden Überblick über das Spektrum der Beteiligungen des Vogelsbergkreises ermöglichen.

Dieser Bericht richtet sich in erster Linie an die Zielgruppe der Parlamentarier/innen. Wir haben ihn daher bewusst nicht nach Betriebsformen (GmbH, AG, Eigenbetriebe etc.), sondern nach Politikfeldern gegliedert.

Wir hoffen, hiermit einen besseren Zugang zu ermöglichen.

1.3 Rechts- und Organisationsformen

Die Rechtsordnung stellt den Unternehmungen eine große Anzahl von Rechtsformen (Unternehmensformen) zur Verfügung und überlässt es in der Regel den Eigentümern oder Gründern, die Entscheidung für eine bestimmte Rechtsform nach betriebswirtschaftlichen, steuerlichen oder anderen Gesichtspunkten zu treffen.

Durch den in § 122 HGO geregelten weitgehenden Ausschluss der öffentlichen Hand als **Vollhafter** reduzieren sich die Möglichkeiten auf die Rechts- und Organisationsformen Eigenbetrieb, GmbH, AG, rechtlich selbständige Anstalt, Zweckverband (ZV), Genossenschaft, eingetragener Verein (e.V.).

Eigenbetrieb:

Der Eigenbetrieb ist ein wirtschaftliches Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (Grundlage Eigenbetriebsgesetz). Hinsichtlich seiner Organisation und Wirtschaftsführung ist dieses Unternehmen verselbstständigt, d.h. von der übrigen Kreisverwaltung getrennt. Organe des Eigenbetriebs sind Betriebsleitung und Betriebskommission. Finanzwirtschaftlich ist es aus dem Gesamtvermögen des Kreises heraus genommen. Der Kreistag entscheidet über die Grundsätze, nach denen der Eigenbetrieb gestaltet und wirtschaftlich geleitet werden soll. Ihm obliegt vor allem die Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan und die Feststellung des Jahresabschlusses (§ 5 Eigenbetriebsgesetz).

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH):

Die GmbH gehört zur Gruppe der Kapitalgesellschaften. Sie ist eine juristische Person mit einem Stammkapital, das der Summe der Stammeinlagen der Mitglieder (Gesellschafter) entspricht. Die Gesellschafter haften nicht mit ihrem Gesamtvermögen, sondern nur in

Höhe ihres Stammkapitalanteils. Es besteht somit eine auf das Geschäft „beschränkte Haftung“. Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Die Bildung eines Aufsichtsrates ist fakultativ, bei Gesellschaften mit kommunaler Beteiligung wegen § 122 Abs. 1 Nr. 3 HGO jedoch die Regel.

Im Zuge sog. Outsourcingprozesse (Ausgliederung kommunaler Aufgaben aus der Kernverwaltung) kommt diese Rechtsform im kommunalen Beteiligungsbereich mittlerweile häufig vor, u.a. auch deswegen, weil das GmbH-Recht den Gesellschaftern große Gestaltungsspielräume eröffnet (z.B. Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages).

Aktiengesellschaft (AG):

Die AG ist eine Gesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit, die ein in Aktien (Anteilscheine) zerlegtes Grundkapital aufweist. Gesellschafter (Aktionär) wird man durch Erwerb eines Aktienstückes (Mitgliedschaftsurkunde). Aktionäre sind also an einem Teil des Grundkapitals beteiligt, ohne persönlich für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft zu haften. Organe der AG sind der Vorstand, der Aufsichtsrat (als Repräsentanten der Anteilseigner) und die Hauptversammlung.

Seit dem Inkrafttreten des Bilanzrichtliniengesetzes bestehen keine Unterschiede mehr in den Rechnungslegungs-, Prüfungs- und Publizitätsvorschriften für Kapitalgesellschaften (GmbH, AG). Dies führt u.a. dazu, dass die AG (im Vergleich zur GmbH) sich wachsender „Beliebtheit“ auch bei Betrieben mittlerer Größenordnung erfreut.

Rechtlich selbstständige Anstalt:

Die rechtlich selbstständige Anstalt kann von Kommunen nur auf der Grundlage eines besonderen Gesetzes gebildet werden. Auf kommunaler Ebene hervorzuheben sind Sparkassen, für die neben dem Kreditwesengesetz eine Reihe von Sonderbestimmungen gelten. Organe sind der Vorstand, der die laufenden Geschäfte führt, und der Verwaltungsrat als Kontrollorgan, dessen Vorsitzender der Spitzenbeamte der kommunalen Gebietskörperschaft (Landrat) ist. Die kommunale Gebietskörperschaft haftete in der Vergangenheit als Gewährträger unbeschränkt für alle Verbindlichkeiten der ihr zugehörigen Sparkasse (§ 3 Sparkassengesetz). Dementsprechend wurde die Selbstständigkeit des Vorstandes durch den Verwaltungsrat und die Aufsicht bzw. Einflussnahme des Gewährträgers eingeschränkt.

Durch die von der EU-Kommission ausgelösten Veränderungen (Brüsseler Verständigung über Anstaltslast und Gewährträgerhaftung für Landesbanken und Sparkassen vom 17. Juli 2001) wurde der Vogelsbergkreis von seiner Gewährträgerhaftung befreit; die Sparkasse haftet zukünftig für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem gesamten Vermögen, der Vogelsbergkreis wird sukzessive aus seiner Gewährträgerhaftung entlassen. Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 20.12.2002 die Änderung der Satzung beschlossen (KT VIII/145). Sie ist gemäß § 5 Abs. 3 der Hess. Landkreisordnung am 29.12.2002 in Kraft getreten.

Zweckverband:

Der Zweckverband ist ein Zusammenschluss von Gemeinden und Gemeindeverbänden, der der gemeinsamen Wahrnehmung einzelner/bestimmter kommunaler Aufgaben dient. Er ist eine Körperschaft öffentlichen Rechts und verwaltet seine Angelegenheit in eigener Verantwortung auf der Basis des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit. Organe sind der Verbandsvorstand und die Verbandsversammlung.

Wasser- und Bodenverbände:

Wasser- und Bodenverbände sind den Zweckverbänden ähnliche Körperschaften des öffentlichen Rechts auf spezialgesetzlicher Grundlage. Im Gegensatz zu den Zweckverbänden, bei denen nur Gebietskörperschaften Mitglieder sind, können bei den Wasser- und Bodenverbänden auch natürliche oder juristische Personen des privaten Rechts dazu gehören.

Genossenschaft:

Die Genossenschaft ist eine Gesellschaft, welche die Förderung des Erwerbs oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebs bezweckt. Im Statut der Genossenschaft wird geregelt, ob und in welcher Höhe Genossen im Insolvenzfall zur Leistung von Nachschüssen verpflichtet sind. Charakteristisch für die Genossenschaft ist, dass sie keinen eigenen wirtschaftlichen Zweck verfolgt, sondern den sonstigen Wirtschaftsbetrieb ihrer Mitglieder unmittelbar fördern will.

Eingetragener Verein (e.V.):

Der Verein ist ein auf Dauer angelegter freiwilliger Zusammenschluss von mindestens sieben Personen zur Erreichung eines gemeinsamen Zweckes. Organe sind der Vorstand und die Mitgliederversammlung. Die Rechtsfähigkeit wird durch Eintragung in das Vereinsregister beim zuständigen Amtsgericht erlangt.

1.4 Beteiligungscontrolling

Vor allem ausgelöst durch die Finanzprobleme der öffentlichen Hand war die allgemeine Diskussion über mehr als ein Jahrzehnt auf die Privatisierung öffentlicher Aufgaben fokussiert. Im Zuge der Verwaltungsmodernisierung war ein Trend zur Ausgliederung öffentlicher Aufgaben in selbstständige Betriebs- und Rechtsformen zu verzeichnen, um öffentliche Aufgaben effektiver und effizienter wahrzunehmen. Darüber hinaus gab und gibt es eine lang anhaltende Diskussion, welche Aufgaben „öffentlichen Charakter“ haben, welche „freiwilliger Art“ sind und aus welchen Bereichen sich der Staat zurückziehen und sie dem freien Spiel von Angebot und Nachfrage überlassen sollte. Spätestens mit den weltwirtschaftlichen finanziellen Verwerfungen der letzten Jahre ist eine Zurückbesinnung bei den Bereichen öffentlicher Daseinsvorsorge feststellbar, die Rückführung z.B. von Wasser, Energie in den kommunalen öffentlichen Sektor ist z.T. im vollen Gang. Ob dies nur kurzfristig als Auswirkung der Finanzkrisen oder langfristiger Trend ist, bleibt abzuwarten.

Auch der Vogelsbergkreis hat zahlreiche Beteiligungen, z.T. historisch gewachsen als Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge (Wasser, Energie, Krankenhaus) oder z.T. jüngeren Datums auf der Basis gewollter Einflussnahme in wichtigen Feldern (Touristik, Regionalentwicklung).

Aufgrund seiner Eigentümerstellung und der erheblichen finanziellen Auswirkungen auf den Kreishaushalt ergibt sich für den Vogelsbergkreis die Notwendigkeit zur Steuerung und Kontrolle seiner Beteiligungen sowie der kritischen Reflexion, welche Einzelbeteiligungen dauerhaft als „quasi öffentliche Aufgabe“ anzusehen sind.

Gemäß § 121(7) HGO haben die Gemeinden (der Kreis) mindestens einmal in jeder Wahlzeit zu prüfen, inwieweit ihre wirtschaftliche Betätigung noch die Aufgaben des § 121(1) HGO erfüllt.

Mit der Vorlage des Beteiligungsberichtes 2008 als Tagesordnungspunkt der Kreistagsitzung am 12.12.2008 hat der Kreistag gleichzeitig diese Prüfung vorgenommen.

Mit Schreiben vom 06.06.2011 hat das Regierungspräsidium Gießen mitgeteilt, dass die Prüfung gem. § 121 Abs. 7 HGO von einigen Vertretungskörperschaften jährlich vorgenommen wird. Die Kommunalaufsicht beim Regierungspräsidium Gießen empfiehlt dem Kreistag des Vogelsbergkreises diese Vorgehensweise.

Mit der vom Kreisausschuss am 02.10.2008 beschlossenen „Beteiligungsrichtlinie“ wurden die organisatorischen Voraussetzungen für ein Beteiligungscontrolling geschaffen. Das Beteiligungscontrolling besteht neben der „Politikberatung“ insbesondere in der interdisziplinären Zusammenarbeit beteiligungsrelevanter Querschnittsämter (Hauptamt, Amt für Finanzen, Amt für Beteiligungscontrolling).

Eine Bündelungsfunktion und damit die Zuständigkeiten für

- Grundsatzfragen der Beteiligungspolitik,
- finanz- und haushaltswirtschaftliche Querschnittsaufgaben,
- Grundsatzangelegenheiten im Zusammenhang mit der Wahrnehmung von Gesellschafterrechten (Beratungsfunktion),
- Grundsatzfragen der Organisation und Struktur der Beteiligungen
- Beratung und Unterstützung der Fachämter bei der Verwaltung von Beteiligungen

sind im Amt für CFWN (Beteiligungscontrolling, Kommunale Finanzaufsicht, Wirtschaftsförderung und Naturschutz) konzentriert.

1.5 Erklärungen zur Rechnungslegung

Die Zweckverbände, Gesellschaften, etc., an denen der Vogelsbergkreis Beteiligungen hat, erstellen ihren **Jahresabschluss** unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung nach den Vorgaben des Handelsgesetzbuches. Durch die Erfolgs- und Bestandsermittlung soll damit ein Einblick in die wirtschaftliche Lage und vor allem in die Vermögensverhältnisse eines Unternehmens gegeben werden.

Nachfolgend werden einige damit zusammenhängende Begriffe erklärt:

Bilanz:

Die Bilanz ist die Gegenüberstellung von Vermögen (Aktiva) und Kapital (Passiva). Sie ist zum Schluss des Geschäftsjahres zu erstellen und ist neben der Gewinn- und Verlustrechnung Teil des Jahresabschlusses. Die Bilanz hat eine Gegenüberstellung der aktiven und der passiven Vermögensgegenstände zu liefern. **Aktiva** sind danach die der Leistungserstellung dienenden Wirtschaftsgüter („Wofür wurden die Mittel verwendet?“), **Passiva** sind die hierfür verwendeten Finanzmittel („Woher kamen die Mittel?“).

In dem vorliegenden Beteiligungsbericht ist die Bilanz auf die wichtigsten Bilanzpositionen reduziert. Auf der Aktivseite - Mittelverwendung - befinden sich das Anlage- und Umlaufvermögen. Das **Anlagevermögen** stellt die Vermögensgegenstände eines Unternehmens dar, die diesem langfristig dienen sollen wie beispielsweise Gebäude, Fuhrpark usw.

Zum **Umlaufvermögen** zählen alle Vermögensposten, die nur kurzfristig im Unternehmen verbleiben, weil sie ständig umgesetzt werden wie z.B. Bargeld, Postgiro- und Bankguthaben etc.

Auf der Passivseite - Mittelherkunft - werden die Bilanzpositionen Eigenkapital, Rückstellungen, Verbindlichkeiten dargestellt. Unter der Position **Eigenkapital** sind alle eigenen Mittel eines Unternehmens zusammengefasst wie z.B. das eingebrachte Kapital der Eigentümer bzw. Gesellschafter einer Unternehmung oder der Jahresgewinn oder -verlust des Vorjahres. **Rückstellungen** sind Verbindlichkeiten für Aufwendungen, die am Bilanzstichtag zwar ihrem Grunde nach feststehen, aber nicht in ihrer Höhe und dem Zeitpunkt der Fälligkeit, z.B. Prozesskosten, Pensionsrückstellungen. Sie dienen der periodengerechten Ermittlung des Jahresergebnisses. Unter dem eigentlichen Begriff der **Verbindlichkeiten** werden alle bestehenden Zahlungsverpflichtungen zusammengefasst, deren Grund, Höhe und Fälligkeit bereits bekannt sind, beispielsweise Zahlungsverpflichtungen gegenüber Kreditinstituten aus Darlehen, aus Lieferung und Leistungen etc.

Gewinn- und Verlustrechnung (GuV):

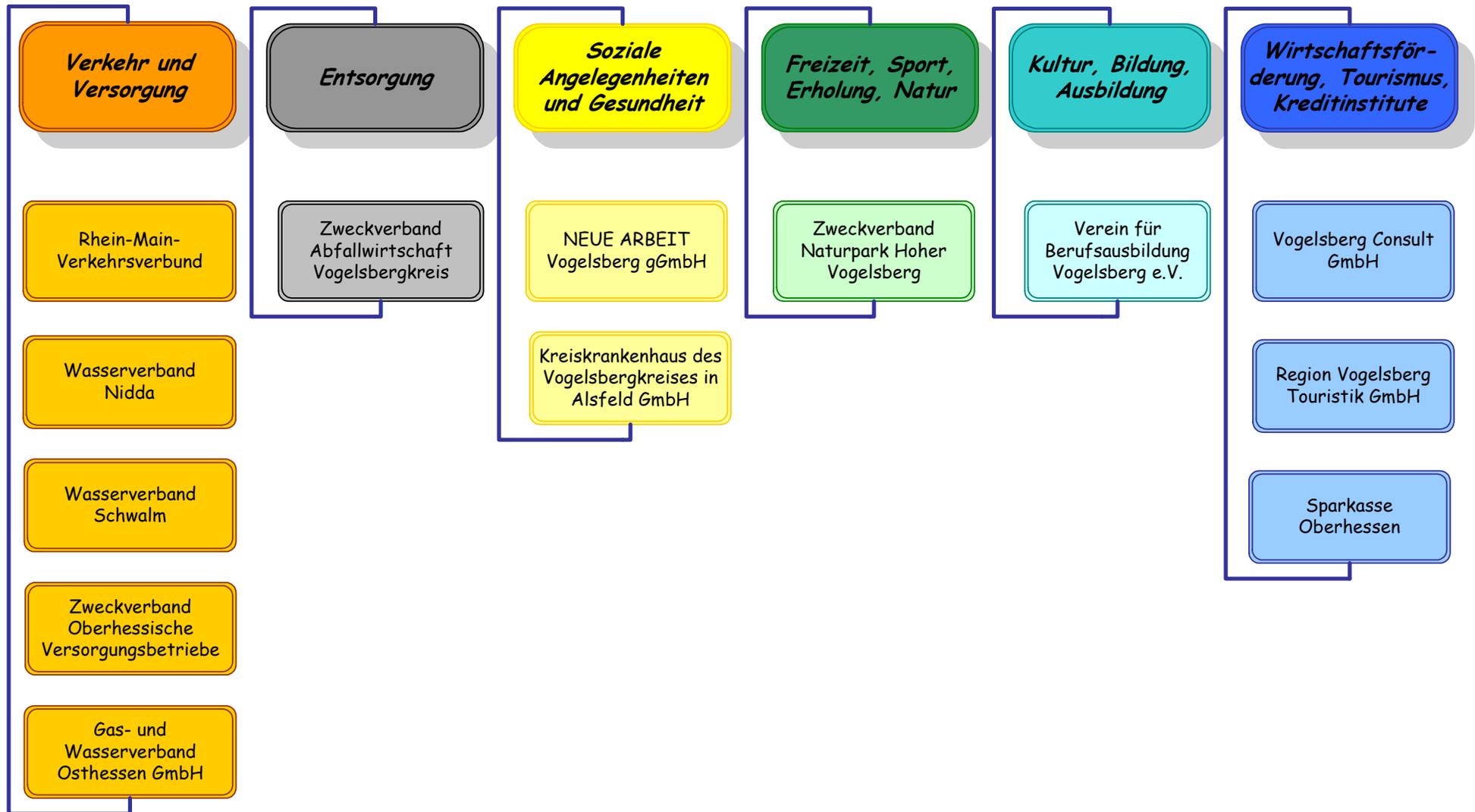
Die Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) ermittelt den Unternehmenserfolg. Aus ihr sind alle Aufwendungen und Erträge, die aus der Buchführung gewonnen werden, und damit Ursachen und Zusammensetzung des Erfolgs ersichtlich. Während bei der Bilanz der vollständige Vermögensnachweis - besonders der Schuldennachweis - im Vordergrund steht, stellt der Ausweis des Periodenerfolgs und dessen Zustandekommen das Hauptmotiv der GuV - auch Erfolgsrechnung genannt - dar.

Die Darstellung der GuV erfolgt im vorliegenden Beteiligungsbericht reduziert auf wesentliche Positionen.

Das **Betriebsergebnis** liefert eine Gegenüberstellung der Kosten und Erlöse und gibt somit an, ob das Unternehmen auf seinem Leistungsgebiet erfolgreich war oder nicht. Im **Finanzergebnis** sind die Salden der Beteiligungs-, Zins- oder sonstigen Finanzanlagevermögen eines Unternehmens erfasst. Das **gewöhnliche Geschäftsergebnis** ergibt sich aus dem Betriebs- und Finanzergebnis, während das **außerordentliche Ergebnis** den Saldo von außerordentlichen Erträgen und außerordentlichen Aufwendungen darstellt. Diese stehen zwar im Zusammenhang mit dem Betriebszweck, dürfen aber bei der Betriebsergebnisermittlung nicht berücksichtigt werden, da sie zufällig, einmalig und i.d.R. ungewöhnlich hoch

sind, wie z.B. Schadensfälle durch Hochwasser, Verluste und Gewinne aus dem Verkauf von Anlagen. Das **Jahresergebnis** - Jahresüberschuss oder -fehlbetrag - ergibt sich aus dem Saldo des gewöhnlichen Geschäftsergebnisses und dem außerordentlichen Ergebnis nach Berücksichtigung von Steuern.

Beteiligungen des Vogelsbergkreises



Einrichtung	Straße	PLZ / Ort	Telefon / Fax	Mail/Homepage	Anrede	Vorname	Nachname
Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH	Alte Bleiche 5	65719 Hofheim am Taunus	06192 / 294-0 06192 / 294-900	rmv@rmv.de www.rmv.de	Herr	Klaus Peter	Güttler
Wasserverband Nidda	Leonhardstr. 7	61169 Friedberg	06031 / 83 7100 06031 / 83-7104	wv-nidda@wetteraukreis.de	Herr	Stefan	Schulz
Wasserverband Schwalm	Parkstr. 6	34576 Homberg / Efze	05681 / 775-205 05681 / 775-207	info@wasserverband-schwalm.de www.wasserverband-schwalm.de	Herr	Peter	Kugler
Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe	Hanauer Str. 9-13	61169 Friedberg	06031 / 82-0 06031 / 82-1306	info@zov.de www.zov.de	Herr	Rainer	Schwarz
Gas- und Wasserversorgung Osthessen (GWV) GmbH	Rangstr. 10	36043 Fulda	0661 / 299-0 0661 / 299-119	post@gwv-fulda.de www.gwv-osthessen.de	Herr	Dipl.Soz.Oec. Martin	Heun
Zweckverband Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis	Eselswörth 23	36341 Lauterbach	06641 / 9671-0 06641 / 9671-20	info@zav-online.de www.zav-online.de	Herr	Dr. Hansjörg	Fuchs
NEUE ARBEIT Vogelsberg gGmbH	Altenburger Str. 40	36304 Alsfeld	06631 / 9641-0 06631 / 9641-41	info@neue-arbeit-vb.de www.neue-arbeit-vb.de	Herr	Christoph	Geist
Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH	Schwabenröder Str. 81	36304 Alsfeld	06631 / 98-0 06631 / 98-1118	info@kreiskrankenhaus-alsfeld.de www.kreiskrankenhaus-alsfeld.de	Herr	Bodo	Assmus

Einrichtung	Straße	PLZ / Ort	Telefon / Fax	Mail/Homepage	Anrede	Vorname	Nachname
Zweckverband Naturpark Hoher Vogelsberg	Karl-Weber-Str. 2	63679 Schotten	06044 / 2631 06044 / 987465	naturparkvogelsberg@t-online.de www.natpa.de	Herr	Rudolf	Frischmuth
Verein Berufsausbildung Vogelsberg e.V.	Goldhelg 20	36341 Lauterbach	06641 / 977-331 06641 / 977-5317	vfb@vogelsbergkreis.de	Herr	Erich	Bloch
Vogelsberg Consult GmbH	Am Schlossberg 32	36304 Alsfeld	06631 / 9616-0 06631 / 96 16-16	info@vogelsberg-consult.de www.vogelsberg-consult.de	Herr	Thomas	Schaumberg
Region Vogelsberg Touristik GmbH	Vogelsbergstr. 137a	63679 Schotten	06044 / 964848 06044 / 964849	info@vogelsberg-touristik.de www.vogelsberg-touristik.de	Frau	Uta	Nebe
Sparkasse Oberhessen	Kaiserstr. 155	61169 Friedberg	06031 / 86-0 06031 / 86-128	info@sparkasse-oberhessen.de www.sparkasse-oberhessen.de	Herr	Günter	Sedlak

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH

Alte Bleiche 5, 65719 Hofheim am Taunus

Tel.: 06192 / 294-0 - Fax: 06192 / 294-900

E-Mail: rmv@rmv.de

Internet: www.rmv.de



Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft dient dem Zwecke der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sowie die Beratung bei der Koordination der Schnittstellen zum Individualverkehr (IV) und nimmt im Verbundgebiet folgende Aufgaben wahr:

- regionaler Schienenpersonennahverkehr (SPNV),
- regionaler Buspersonennahverkehr (BPNV),
- Verkehrsplanung, Verkehrskonzeption und technische Standards,
- Rahmenplanung für Produkte,
- Verbundtarif und Beförderungsbedingungen,
- Marketing, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit, Fahrgastinformation,
- Vertriebssystem,
- Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen,
- integriertes Plandatensystem.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

öffentlicher Personennahverkehr

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1994

Anteile in %: 3,7 %

§ 121 (2) 1 Wirtschaftliche Betätigung:

öffentlicher Personennahverkehr

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Petra Roth - Vorsitzende	Klaus Peter Schellhaas
André Kavai - stellv. Vorsitzender	Bernd Woide
Steffen Saebisch	Siegfried Fricke
Thomas Schäfer (bis 08.10.2010)	Enno Siehr (bis 06.02.2010)
Prof. Dr. Luise Hölscher (ab 08.10.2010)	Thomas Will (ab 07.02.2010)
Dieter Wenzel	Ulrich Krebs
Birgit Simon	Wolfgang Schuster
Prof. Dr.-Ing. Joachim Pös	Manfred Michel
Michael Korwisi	Berthold R. Gall
Gerhard Möller	Dr. Karsten McGovern
Thomas Rausch	Dietrich Kübler
Axel Weiss-Thiel	Peter Walter (bis 28.02.2010) Claudia Jäger (ab 01.03.2010)
Egon Vaupel	Burkhard Albers
Silke Klinger	Rudolf Marx
Wolfram Dette	Joachim Arnold

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten seit 15. Juni 1999 eine Aufwandsentschädigung von € 51,13 pro Person und Sitzung. Im Geschäftsjahr 2010 fielen dafür Aufwendungen in Höhe von insgesamt T€ 2,5 an.

Beirat:

Dr. Thomas Kortenhaus	Reinhard Bayer
Wolfgang Holzhausen	Michael Takatsch
Dr. Klaus Vornhusen	Norbert Schüren
Ernst Kleinwächter	Werner Siebert
Veit Salzmann	Klaus Gürsch
Stefan Würzbach	Karl-Heinz Betz
Bernd Oleynik	Reinhold Bickelhaupt
Dr. Frank Wendzinski	Matthias Altenhein
Dr. Christoph Gelking	Doris Weiland
Dr. Georg Friedrich	Michael Holla
Brigitte Holdinghausen	Armin Klein
Rita Krüsemann	Christian Sommer
Wilfried Staub	Arne Behrends
Peter Bickel	Dieter Mohn
Karl-Heinz Holub	Dirk Plate
Doris Weiland	Volker Rahm
Dr. Hans-Jörg von Berlepsch	Ralf Scholz
Gunther Rebahl	Heinz-Konrad Debus
Volker Lampmann	Peter Krämer
Astrid Tschann	Jürgen Hoffmann
Stefan Burghardt	Eckhard Bernstorff
Horst Freund	Gerd Mehler - Vorsitz
Norbert Witzel	Ministerium für Wirtschaft und Verkehr, Rheinland-Pfalz

Geschäftsführung: Professor Knut Ringat (Sprecher der Geschäftsführung)
Klaus-Peter Güttler

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: GmbH
Gründungsdatum: 30.06.1994
Gesellschaftsvertrag: 04.07.1991, geändert am 30.06.1994
Handelsregister: Frankfurt, HRB 34128
Stammkapital: 690.244,04 €
Beteiligungen: Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft GmbH (rms) 100 %
Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH, 100 %
Zentrum f. integrierte Verkehrssysteme GmbH (ZIV), 65,04 %
VDV-Kernapplikations GmbH & Co. KG, Köln, 11,561 %
Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen (beka) mbH, Köln, 0,65 %
RTW Planungsgesellschaft mbH, 33,33 %

Gesellschafter:

Land Hessen	Stadt Marburg	Landkreis Limburg-Weilburg
Stadt Darmstadt	Stadt Rüsselsheim	Main-Kinzig-Kreis
Stadt Frankfurt am Main	Stadt Wetzlar	Main-Taunus-Kreis
Stadt Offenbach am Main	Landkreis Darmstadt-Dieburg	Landkreis Marburg-Biedenkopf
Stadt Wiesbaden	Landkreis Fulda	Odenwaldkreis
Stadt Bad Homburg v.d.H.	Landkreis Gießen	Landkreis Offenbach
Stadt Fulda	Landkreis Groß-Gerau	Rheingau-Taunus-Kreis
Stadt Gießen	Hochtaunuskreis	Vogelsbergkreis
Stadt Hanau	Lahn-Dill-Kreis	Wetteraukreis

Stammeinlagen:

Die Geschäftsanteile werden mit jeweils 25.564,59 € je Gesellschafter zum Bilanzstichtag gehalten.

Bilanz des Unternehmens

AKTIVA	2010	2009	PASSIVA	2010	2009
	€	€		€	€
<u>A. Anlagevermögen</u>			<u>A. Eigenkapital</u>		
I. Immat. Vermögensgegenstände			I. Gezeichnetes Kapital	690.244,04	690.244,04
1. EDV-Software	1.509.427,00	1.348.961,00	II. Andere Gewinnrücklagen	1.481.385,80	1.481.385,80
2. Geleistete Anzahlungen	4.254.362,77	3.457.625,00	Summe Eigenkapital	2.171.629,84	2.171.629,84
	5.763.789,77	4.806.586,00			
II. Sachanlagen			<u>B. Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen</u>	7.526.739,35	6.352.442,58
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung	723.017,00	610.843,00			
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	25.619,50	0,00			
	748.636,50	610.843,00			
III. Finanzanlagen			<u>C. Rückstellungen</u>		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	899.313,08	820.013,58	1. Rückstellungen für Pensionen	5.923.698,40	4.672.677,00
2. Beteiligungen	115.000,00	115.000,00	2. Sonstige Rückstellungen	5.098.065,53	5.343.617,92
	1.014.313,08	935.013,58	Summe Rückstellungen	11.021.763,93	10.016.294,92
Summe Anlagevermögen	7.526.739,35	6.352.442,58			
<u>B. Umlaufvermögen</u>			<u>D. Verbindlichkeiten</u>		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.257.305,91	2.897.103,70
1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	896.321,71	179.117,32	2. Verbindlichkeiten aus Projektfinanzierungen	2.536.957,88	3.399.553,50
2. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	60.113,88	103.299,01	3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.727.085,70	598.898,24
2. Sonstige Vermögensgegenstände	20.886.191,97	17.827.315,28	4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	54.988,00	10.710,00
	21.842.627,56	18.109.731,61	5. Sonstige Verbindlichkeiten	342.766,09	546.672,98
II. Sonstige Wertpapiere	709.480,00	708.643,50	Summe Verbindlichkeiten	9.919.103,58	7.452.938,42
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	339.922,06	332.367,29			
Summe Umlaufvermögen	22.892.029,62	19.150.742,40			
<u>C. Rechnungsabgrenzungsposten</u>	245.683,93	558.129,22	<u>E. Rechnungsabgrenzungsposten</u>	25.216,20	68.008,44
Summe Aktiva	30.664.452,90	26.061.314,20	Summe Passiva	30.664.452,90	26.061.314,20

Gewinn- und Verlustrechnung

	2010 €	2009 €
1. Erträge aus Beiträgen der kommunalen Aufgabenträger	3.066.875,64	2.535.075,72
2. Erträge aus Zuwendungen des Landes Hessen	<u>36.999.703,18</u>	<u>27.013.283,86</u>
3. Zur Aufwandsdeckung verfügbare Zuwendungen	40.066.578,82	29.548.359,58
4. Erträge aus Projektzuwendungen	5.122.294,82	8.931.452,71
5. Sonstige betriebliche Erträge	1.106.894,87	1.134.817,47
6. Zuführung zu Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	-2.352.415,31	-4.222.794,70
7. Materialaufwand Aufwendungen für projektbezogene Leistungen	-27.665.550,40	-19.858.982,65
8. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-7.738.181,65	-7.881.284,03
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen f. Altersversorgung	-2.351.179,36	-2.021.035,78
	<u>-10.089.361,01</u>	<u>-9.902.319,81</u>
9. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-1.178.117,54	-1.245.722,43
10. Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Zuschüsse zum Anlagevermögen	1.178.118,54	1.245.723,43
11. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-5.982.544,71	-5.694.020,52
12. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	761.976,67	158.599,00
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	83.282,86	426.305,32
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	-1,00	-845,60
15. Aufwendungen aus Verlustübernahme	0,00	-63.335,95
16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>-672.236,21</u>	<u>-454.905,04</u>
17. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	378.920,40	2.330,81
18. Außerordentliche Aufwendungen	-376.727,40	0,00
19. Sonstige Steuern	<u>-2.193,00</u>	<u>-2.566,00</u>
20. Jahresüberschuss	<u><u>0,00</u></u>	<u><u>0,00</u></u>

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter:	<u>2009</u>	<u>2010</u>
(Jahresdurchschnitt)	132	132
davon Teilzeitkräfte	20	19

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

<i>Grundzüge des Geschäftsverlaufs:</i>	Siehe Lagebericht
<i>Ertragslage des Unternehmens:</i>	Jahresüberschuss 0,00 €
<i>Kreditaufnahmen:</i>	keine
<i>Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:</i>	keine
<i>Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den : Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft</i>	keine

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Aufgabenwahrnehmung öffentlicher Personennahverkehr

Auszug aus dem Lagebericht

Lage der Gesellschaft:

1. Geschäftstätigkeit

Der Rhein-Main-Verkehrsverbund dient der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung zur Organisation und Koordination des öffentlichen Personennahverkehrs seiner Gesellschafter. Eine starke Zusammenarbeit mit den kommunalen ÖPNV-Aufgabenträgern sowie der Unterstützung mit dem Land Hessen soll den öffentlichen Auftrag der Daseinsvorsorge gewährleisten.

Ziel ist es, die öffentlichen Verkehrsangebote nachhaltig und umweltfreundlich zu verbessern. Als Mobilitätsdienstleister der Region steht primär der Kunde mit seinen Mobilitätsbedürfnissen im Fokus. Diesem müssen adäquate Angebote und Anreize zur Benutzung des ÖPNV geboten werden.

Die Mobilität steht in stetiger Anpassung mit den Anforderungen des Kunden. Zur Akquise und der Bindung von Kunden werden Schwerpunkte in Analysen, Entwicklungen und deren Umsetzungen gelegt. So tragen neue Medien und Technologien zu einer permanenten Entwicklung des Verkehrsverbundes als Mobilitätsdienstleister bei.

Ausgewiesene mittel- sowie langfristige Ziele sind die Qualitätsverbesserung und Schaffung von zusätzlichen Kapazitäten im ÖPNV. Kurzfristiges Ziel muss die Verbesserung der Pünktlichkeit durch Abbau von diversen Schwachstellen sein. Ebenso müssen passende Anschlussmöglichkeiten sowie eine attraktive Anbindung an den Individualverkehr innerhalb des filigranen und dennoch belastbaren Gefüges des ÖPNV angeboten werden.

Um dieses Ziel zu erreichen und die Kundenzufriedenheit maßgeblich zu verbessern, hat sich der RMV unter anderem besonderen Aufgabenstellungen verschrieben.

- Der RMV beteiligt sich u.a. mit anderen Partnern an der hessischen Mobilitätsoffensive für die Entwicklung integrierter Mobilitätsdienstleistungen am Projekt HOLM (House of Logistic and Mobility). Das Projekt „Staufreies Hessen 2015“ trägt langfristig zu mobilen Problemlösungen bei. Zur Erreichung höherer Marktreichweite sind Mobilitätspakete mit Verkehrsunternehmen, Taxi, CarSharing, insbesondere auch im ländlichen Raum, als potentielle Entwicklung anzusehen. Im Hinblick auf die Zukunftsentwicklung stehen weitere alternative Mobilitätsdienste im Fokus.
- Ein deutschlandweites eTicket zum bargeldlosen Zahlungsverkehr wird mit anderen Verbänden und der VDV-Kernapplikations GmbH & Co. KG vorbereitet und zur baldigen Umsetzung realisiert werden. Dies steht im Kontext zur RBL-Entwicklung (Rechnergestütztes Betriebsleitsystem) mit dem Fokus auf Kundeninformation und Steuerung der Verkehre.
- Der RMV ist bestrebt, ein kundengerechtes Vertriebssystem aufzubauen. Ein Baustein schafft hier die Realisierung eines Elektronischen Fahrgeldmanagements. Im Geschäftsjahr konnte der RMV hierzu weitere Schritte verfolgen. Eine neue Automaten-generation konnte eingeführt und Mitte des Jahres in Betrieb genommen werden.
- Im Geschäftsjahr erfolgten im Rahmen des Wettbewerbskonzeptes weitere Ausschreibungen von Teilnetzen im Schienen- sowie im Buspersonennahverkehr.

Zur Finanzierung der geplanten Vorhaben hat der RMV mit seinen Gesellschaftern eine weitere Finanzierungsvereinbarung getroffen, die mit Beginn des Geschäftsjahres in Kraft tritt. Sie basiert auf dem Referenzjahr 2009 und die Finanzierung wurde auf Grund des Mittelbedarfs fortgeschrieben.

Die Finanzierung der RMV GmbH für Verwaltung sowie die Fremdleistungen für Untersuchungen laut Wirtschaftsplan erfolgt nach Abzug von eigenen Erträgen durch Zuwendungen des Landes Hessen und aus der Umlage der Komplementärfinanzierung der kommunalen Gesellschafter. Der Regiebereich wickelt die Projekte im Rahmen des für ein Kalenderjahr genehmigten Wirtschaftsplanes ab und stellt die personelle und technische Infrastruktur bereit.

2. Beteiligungen

2.1 Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH (rms)

Das wirtschaftliche Umfeld der Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH (rms GmbH) ist geprägt durch sich verschlechternde finanzielle Rahmenbedingungen für den Öffentlichen Personennahverkehr. Diese Rahmenbedingungen für Länder, Kreise und Kommunen sowie Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen des ÖPNV spiegeln sich vor allem in der geringeren Generierung der Aufträge von Leistungen für die Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen.

Die Umsatzerlöse sind im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 5.252 auf TEUR 4.955 gesunken. Im Gegensatz dazu konnte der Umsatz mit Dritten im Vergleich zum Vorjahr gesteigert werden

Die Betriebsleistung hat sich insgesamt durch die Erhöhung des Bestands an unfertigen Leistungen von TEUR 1.407 auf TEUR 5.770 im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 3.454 (59%) auf TEUR 9.318 verbessert.

Die Umsatzerlöse konnten vor allem aus dem Bereich Kundenbindung und den Themenfeldern Datenmanagement und Informations- und Vertriebssysteme generiert werden. Im innovativen Vertrieb konnten Marktanteile gewonnen werden, ebenso in der konzeptionellen Marktforschung.

Notwendige inhaltliche, strukturelle und auch organisatorische Maßnahmen, um die rms GmbH an die Marktveränderungen, insbesondere im ÖPNV anzupassen, wurden erfolgreich umgesetzt.

Es bestehen auch große Chancen für die Weiterentwicklung der rms GmbH in der gezielten Ergänzung der klassischen fachlich gut ausgerichteten Dienstleistungsthemen um konzeptionelle und beratende Leistungen. So hat sich die RMS GmbH in der Projektarbeit für den RMV zur Einführung des elektronischen Fahrgeldmanagements (EFM) zu einem der drei leistungsstärksten Beratungsunternehmen in diesem Gebiet entwickelt.

Unter Beachtung der finanziellen Rahmenbedingungen beim Hauptauftraggeber RMV muss der für das Jahr 2011 mit dem RMV geplante Umsatz, bei steigendem Umsatz mit Dritten, auch weiterhin gesichert werden, um die Stabilität der rms GmbH zu gewährleisten.

Die rms schließt das Geschäftsjahr 2010 mit einem positiven Ergebnis ab. Vor Gewinnabführung weist die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von TEUR 170 (i. Vj. TEUR 159) aus.

Die Zahlungsfähigkeit der rms GmbH war im Geschäftsjahr durchgängig gewährleistet.

2.2 Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH (fahma)

Den Schwerpunkt der Tätigkeiten im Geschäftsjahr 2010 bildete bezüglich der Bestandsfahrzeuge der Odenwald- und der Taunusbahn wiederum das Vertrags- und Qualitätsmanagement, die Instandhaltungsoptimierung und die Begleitung und Kontrolle der Abarbeitung aufgetretener Fahrzeugmängel.

Grundlage sind weiterhin die Werklieferungsverträge mit der Bombardier Transportation GmbH (BT) vom 16. Dezember 2003 (Odenwaldbahn) bzw. mit der Alstom LHB GmbH (ALHB) vom 15. August 2005 (Taunusbahn) sowie die entsprechenden Zusatzvereinbarungen. Zudem erfolgte im März 2010 nach Verzögerungen die Inbetriebnahme der vier weiteren Fahrzeuge ITINO RMV2 auf der Basis des Werklieferungsvertrages vom 17. September 2007 mit BT, so dass auch entsprechende Erlöse aus der Bereitstellung der vier weiteren Fahrzeuge ITINO RMV2 anteilig ab Inbetriebnahme realisiert werden konnten. Die Umsatzerlöse entsprechen im Wesentlichen den Fahrzeugbereitstellungsentgelten für die Fahrzeuge der Odenwaldbahn (4.262.280,00 €) und der Taunusbahn (1.695.000,00 €) für das Geschäftsjahr 2010. Hinzu treten ab Inbetriebnahme im März 2010 die Fahrzeugbereitstellungsentgelte für die 4 weiteren Fahrzeuge für die Odenwaldbahn und die Anbindung Pfungstadt (748.345,00 €).

Unter Berücksichtigung insbesondere auch der Zinserträge sowie Gegenrechnung der Aufwandspositionen ergibt sich ein Überschuss in Höhe von 592.136,12 €, der gemäß des Ergebnisabführungsvertrages an die RMV GmbH abzuführen ist.

Für das Geschäftsjahr 2011 wird derzeit ebenfalls mit einem positiven Ergebnis in Höhe des Wirtschaftsplanansatzes gerechnet.

2.3 Zentrum für integrierte Verkehrssysteme GmbH (ZIV)

Die ZIV bietet in den Bereichen Straßen-, Flughafen-, und Bahnverkehr sowie im ÖPNV Beratungsleistungen in planerischer und konzeptioneller Art an. Weiterhin werden Leistungen im Verkehrs-, Projekt- und Qualitätsmanagement erbracht.

Einige der größeren Aufträge waren die Projekte: Freizeitverkehr der Zukunft, Verkehrsuntersuchung Eschborn RMV Handy-Ticketing, Stadt Frankfurt SIM-TD, RMV Vertrieb SPNV IV sowie RMV Vitrinen.

Im Geschäftsjahr wurden die Akquisitionen weiter fortgeführt, es konnte jedoch bis zur Jahresmitte kein ausreichendes Auftragsvolumen sicher gestellt werden.

Die Umsatzerlöse waren im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert.

Die Betriebsaufwendungen konnten zum Vorjahr durch Einsparungen im Bereich der Personalaufwendungen um TEUR 128 auf TEUR 1.037 (i. Vj. TEUR 1.165) verringert werden. Im Wesentlichen ist das auf den Wegfall einer ergebnisabhängigen Tantieme zurückzuführen.

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2010 mit einem negativen Ergebnis in Höhe von TEUR - 26 (i. Vj. in Höhe von TEUR 5) ab.

Es wird angestrebt, die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2011 zu verkaufen.

2.4 VDV-Kernapplikations GmbH & Co. Kommanditgesellschaft (VDV KG)

Der Rhein-Main-Verkehrsverbund ist als Kommanditist mit einem Anteil von 11,56 % an der VDV KG beteiligt was einen Kapitalanteil von TEUR 100 ausmacht. Durch diese Beteiligung erwachsen der RMV GmbH im Rahmen der Einlage keine finanziellen Risiken.

Der Umsatz für 2010 beträgt TEUR 843 und ist somit deutlich geringer als zum Vorjahr.

Die Bilanzsumme hat sich im Geschäftsjahr gegenüber dem Vorjahr nicht nennenswert verändert. Sie hat sich von TEUR 2.550 auf TEUR 2.289 vermindert.

Mit der Wiesbadener Erklärung, die im September 2010 auf der Innotrans an Verkehrsminister Ramsauer übergeben wurde, verpflichten sich folgende Unterzeichnende die Umsetzung des eTicket Deutschland zu beschleunigen und zu verstärken. Zu benennen sind HVV, RMV, VBB, VVO, VRR, VVS, DB gemeinsam mit der VDV KG.

Neue Umsetzungsprojekte waren im Geschäftsjahr nicht zu verzeichnen.

2.5 Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen (beka) mbH

Die RMV GmbH ist an der beka mit einem Geschäftsanteil in Höhe von 2.500 € Gesellschafter. Das Interesse der RMV GmbH, als Gesellschafter in die beka einzutreten, liegt in einer einheitlichen Weiterbildungspolitik im Sinne der Gesellschafter von Verkehrsunternehmen und Verbänden in der beka.

Die beka mbH versteht sich als Dienstleister im Rahmen des Ein- und Verkaufs zum Bau, der Erhaltung und den Betrieb von Verkehrsbetrieben und ähnlichen Unternehmungen erforderlicher Wirtschaftsgüter.

Sie ist in den Geschäftsbereichen Handel, Bildung, Verlag und Kooperationen tätig, wobei die primäre Hauptumsatzleistung im Handel zu finden ist. Der Gesamtumsatzerlös betrug im Geschäftsjahr TEUR 9.137 (i. Vj. 11.830). Das entspricht einem rückläufigen Gesamtumsatz um 23 %.

Die beka schließt im Geschäftsjahr 2010 mit einem Gewinn in Höhe von TEUR 5 (i. Vj. TEUR 33) ab. Dies entspricht einem Rückgang zum Vorjahr von 85 %. Es wird angestrebt, die Gesellschaft im Jahr 2011 zu verkaufen.

2.6 Regionaltangente West Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH)

Die Gesellschaft zur Planung der Regionaltangente West (RTW) wurde zum 27. November 2008 gegründet. Die RMV GmbH hat einen Anteil in Höhe von € 10.000 (33,33 %) erworben.

Gegenstand der Gesellschaft ist die planerische Vorbereitung des Vorhabens „Regionaltangente West“.

Die weiteren Aufgaben bestehen in der Erarbeitung von Grundlagen zur Herbeiführung der Bau- und Finanzierungsbeschlüsse durch die betroffenen Aufgabenträger.

Darunter werden folgende Aufgaben verstanden:

- Vorbereitung und Ausschreibung von Planungsleistungen
- Steuerung von Planungsleistungen
- Koordinierung der Prozesse für die beteiligten Aufgabenträger
- Erarbeitung der Grundlagen für die Herbeiführung der Bau- und Finanzierungsbeschlüsse durch die betroffenen Aufgabenträger

Die Gesellschaft schließt mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr fast verdoppelt. Auf der Aktivseite stieg das Guthaben bei Kreditinstituten um TEUR 684 auf TEUR 1.228.

Dies spiegelt sich auf der Passivseite in einem Anstieg der Verbindlichkeiten um TEUR 603 auf TEUR 1.257 wieder. Die Erhöhung der Bilanzsumme ist stichtagbedingt.

3. Geschäftsentwicklung 2010

Mit dem Land Hessen konnte in Anlehnung an die Finanzierungsvereinbarung 2005 bis 2009 eine neue Finanzierungsvereinbarung für die Jahre 2010 bis 2014 geschlossen werden.

Schwerpunkte sind die Umsetzung von:

- Marketingmaßnahmen bzw. -instrumentarien,
- die Erarbeitung des Regionalen Nahverkehrsplanes sowie
- die weitere Einführung des Elektronischen Fahrgeldmanagements.

Ziel hierbei ist mit den sechs größten deutschen Verkehrsverbänden, der DB AG und dem Verband deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) ein deutschlandweit interoperables EFM zu entwickeln und einzuführen, Zugangsbarrieren für die Kunden effektiv abzubauen. Gleichzeitig wird der Fokus auf die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Kundenbindung gelegt.

Die weiteren Aufgaben des Geschäftsjahres 2010 lagen zum einen in den originären Aufgaben des RMV wie z.B.

- Erstellung des neuen Fahrplanes 2010/2011
- Fahrkarten- u. Vertriebsinfrastrukturstandards
- Einsatz und Betrieb neuer Technologien zum Nutzen des Kunden
- Qualitätserfassung u. -bewertung im SPNV + BPNV
- RMV-Hotline
- Kundenkommunikation
- Mobilitätsgarantie

sowie zum Anderen im strategischen Bereich

- Mobilitäts- u. verkehrsplanerische Untersuchungen
- Fortschreibung des Regionalen Nahverkehrsplanes
- Investitionsmaßnahmen
- Konzept und Modellierung Nutzerfinanzierter Tarif
- Regionale Infrastruktur
- EFM

4. Geschäftsverlauf im Geschäftsjahr 2010

4.1 Ertragslage

Die Betriebsaufwendungen sind im Geschäftsjahr 2010 im Vergleich zu 2009 auf TEUR 46.002 gestiegen (i. Vj. TEUR 39.618). Zum Vorjahr lag der Anstieg bei TEUR 5.672. Im Wesentlichen betrifft dies die Aufwendungen für bezogene Leistungen.

Der betriebliche Mehraufwand stieg um TEUR 10.094 auf TEUR 40.289 (i. Vj. TEUR 30.195). Die Betriebserträge sind um TEUR 3.710 auf TEUR 5.713 (i. Vj. TEUR 9.423) gesunken. Der Rückgang des Betriebsertrages ist primär auf den Einmaleffekt der zusätzlichen Landesmittel zum EFM-Projekt in 2009 zurückzuführen. Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen haben sich im Vergleich zum Vorjahr wesentlich gesteigert. Das Ergebnis der fahma TEUR 592 (i. Vj. 63 Verlust) verbesserte sich deutlich um 655 T€. Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2010 wird gemäß dem Ergebnisabführungsvertrag mit der RMV GmbH an diese ausgeschüttet.

Das Zinsergebnis 2010 wird durch die Änderungen des Ausweises (BilMoG) der Zuführung zu den Altersrückstellungen für das Personal mit TEUR 432 belastet. Ebenfalls durch das BilMoG bedingt, ergibt sich für 2010 (und bis 2014) ein jährlicher außerordentlicher Aufwand in Höhe von 377 TEUR. Dieser Aufwand resultiert aus dem Bewertungsunterschied der Pensionsrückstellungen HGB a.F. / n.F.

Die Aufwendungen wurden durch die Zuwendungen des Landes Hessen im Rahmen der bestehenden Finanzierungsvereinbarung mit TEUR 37.000 (i. Vj. TEUR 27.013) und durch die Beiträge der kommunalen Aufgabenträger mit TEUR 3.067 (i. Vj. TEUR 2.535) ausgeglichen.

4.2 Vermögenslage

Die Bilanzsumme erhöhte sich um TEUR 4.603 auf TEUR 30.664. Durch verstärkte Nettoinvestitionen ist das Anlagenvermögen sowie der korrespondierende Passivonderposten gegenüber dem Vorjahr um 1.174 T€ gestiegen.

Der größte Anstieg um TEUR 957 gegenüber dem Vorjahr ist bei den immateriellen Vermögensgegenständen durch die in Entwicklung befindliche Software primär für die Projekte eTicketing und Relaunch der Website www.rmv.de zu verzeichnen.

Aufgrund der Gewinnrückführung der rms sind die Anteile an verbundenen Unternehmen gegenüber dem Vorjahr weiter um 79 T€ auf 899 T€ gestiegen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände haben sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 3.059 erhöht, da überschüssige Liquidität aus dem Regiebereich an den TH-Bereich transferiert wurde.

Das Anlagevermögen beträgt 24,6 % (i. Vj. 24,4 %) der Bilanzsumme. Entsprechend entfallen 75,4 % (i. Vj. 75,6 %) auf das Umlaufvermögen und den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten.

Die Finanzierung der langfristig gebundenen Vermögensgegenstände durch langfristiges Kapital ist jederzeit sichergestellt, da in Höhe des Anlagevermögens ein Sonderposten für die entsprechenden Zuschüsse passiviert wird.

4.3 Finanzlage

Im Geschäftsjahr haben sich die flüssigen Mittel gegenüber dem Vorjahr um TEUR 7 auf TEUR 339 geringfügig erhöht. Im Rahmen der Finanzierungsvereinbarung mit dem Land Hessen sind Mittel des nicht verbrauchten Finanzierungszuschusses an den Treuhandbereich zu transferieren. Sie dienen als Liquiditätshilfe und der genehmigte Kreditrahmen muss nicht ausgeschöpft werden.

Die Zahlungsfähigkeit der RMV GmbH war im Geschäftsjahr 2010 jederzeit gewährleistet.

4.4 Personal- und Sozialbereich

Im Personalbereich des Geschäftsjahres waren 10 Zugänge und 8 Abgänge zu verzeichnen. Die Zugänge erfolgten zum Teil für die Wiederbesetzung freigewordener Stellen durch Kündigung von Arbeitnehmern. Weiterhin wurden 3 Auszubildende nach Abschluss ihrer Ausbildung für ein Jahr eingestellt. Im Geschäftsjahr sollten wieder 2 weitere Auszubildende eingestellt werden. Dies konnte jedoch nicht umgesetzt werden, da von beiden kurzfristig eine Absage erfolgte. Für das kommende Geschäftsjahr sind bereits wieder 2 Auszubildende eingestellt.

5.1 ÖPNV-Gesetz

Das Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Hessen (ÖPNVG) löste das Gesetz zur Weiterentwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs in Hessen in der Fassung vom 19. Januar 1996 (GVBl. I S. 50) ab. Es trat mit Wirkung zum 1. Dezember 2005 (GVBl. I S. 786) in Kraft.

Am 03.12.2009 trat die neue Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 vom 23. Oktober 2007 in Kraft, die die bis dahin gültige Verordnung (EWG) 1191/69 ablöste. Auch wenn die Anpassung des nationalen Rechtsrahmens (Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes und anderer Gesetze) noch aussteht, gilt sie unmittelbar und wird seit dem angewendet.

Vor diesem Hintergrund wurde das hessische ÖPNVG mit einer kleinen Novelle bis zum 31. Dezember 2011 verlängert. Mit Blick auf die EU-Verordnung wurden außerdem zwei wichtige Punkte geregelt.

Zuständige Behörde im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 sind die Aufgabenträgerorganisationen. Damit wird sichergestellt, dass Verbände und LNO weiterhin als Besteller zur Gewährung von Ausgleichszahlungen für die Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen befugt sind.

Von der 2006 zugunsten landesgesetzlicher Regelungen eingeführten Öffnungsklausel im PBefG/AEG bzgl. der Gewährung von Ausgleichsleistungen für die Beförderungen von

Auszubildenden wurde in der Weise Gebrauch gemacht, dass die Finanzmittel über die Verbände den Aufgabenträgerorganisationen zugewiesen werden und Verkehrsunternehmen keinen eigenen gesetzlichen Anspruch mehr haben.

Nachdem Ende 2010 eine Bundesnovelle noch nicht absehbar war, hat das Ministerium entschieden, Anfang 2011 eine weitere Verlängerung des ÖPNVG um ein Jahr in das Gesetzgebungsverfahren zu bringen. Gleichzeitig soll eine rechtssichere Grundlage zum Erlass Allgemeiner Vorschriften im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 geschaffen werden.

Die anstehenden Gesetzesänderungen diskutiert die RMV-Geschäftsleitung mit den Lokalen Nahverkehrsorganisationen kontinuierlich im Arbeitskreis „Recht“. Dort sind in 2010 auch Forderungen für eine grundlegende Novelle des ÖPNVG entwickelt worden. Dazu wurden alle Abschnitte des bestehenden Gesetzes durchgearbeitet. Dieser Prozess wird 2011 fortgesetzt.

5.2 Finanzierungsvereinbarung 2010 bis 2014

Die verkehrliche Entwicklung des RMV ist seit Verbundstart positiv. Maßgeblich für diese positive Entwicklung - bedingt durch die Ausweitung und Verbesserung des ÖPNV-Angebotes insbesondere in den ländlichen Regionen sowie die Neustrukturierung des SPNV - ist das finanzielle Engagement des Landes Hessen. Allerdings müssen zukünftig auch Wege gefunden werden, um diesen positiven Trend hemmenden Entwicklungen entgegenzuwirken - insbesondere der sich ständig verschlechternden Finanzsituation in den öffentlichen Haushalten sowie der Kostensteigerung bei der Erstellung der Leistung. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass es bedeutsame Kostenkomponenten gibt, deren Entwicklung vollständig außerhalb der Einflussmöglichkeiten des RMV liegen, wie Energiepreise oder die Infrastrukturkosten im SPNV. Die in der Koalitionsvereinbarung für die Legislaturperiode 2009-2014 vereinbarte vollständige Durchleitung der Regionalisierungsmittel an die Hessischen Verbände stellt in diesem Kontext ein wesentliches Element dar, die Finanzierbarkeit des ÖPNV in Hessen zu erhalten. Dies gilt gleichermaßen für die Finanzierbarkeit des regionalen wie auch des lokalen Verkehrs.

Bereits ab dem Jahr 2000 wurden die Finanzierungsinstrumente im Rahmen einer einheitlichen pauschalen Mittelzuweisung des Landes an die Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH neu strukturiert. Zur Erreichung einer größeren Flexibilität und zum effizienteren Mitteleinsatz wurde die Förderung der ÖPNV-Maßnahmen gemäß § 11 ÖPNV-Gesetz auf eine vereinfachte und vereinheitlichte Basis gestellt. Grundlage bleiben die bewährten Finanzierungsinstrumente des Verbundes. Die pauschale Mittelzuweisung mündete für die Jahre

2000 bis einschließlich 2009 in den Finanzierungsvereinbarungen zwischen dem Land Hessen und der Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH mit einer Laufzeit von jeweils fünf Jahren.

Die Basis der derzeit gültigen pauschalierten Zuweisung der Landesmittel bilden u.a. folgende Grundsätze:

Der Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH wurde, aufbauend auf der vereinbarten Finanzierungssystematik, ab dem Jahr 2000 jährlich eine einheitliche pauschale Mittelzuweisung zur Verbundförderung durch das Land zur Verfügung gestellt.

Die Auszahlung erfolgt jeweils zum fünfzehnten eines Monats in zwölf gleichen Raten.

Die Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH erhält den Betrag zu einer flexibilisierten Anwendung im Rahmen der Förderinstrumentarien mit einer zielorientierten Verwendung entsprechend den gesetzlichen Regelungen.

Der Nachweis der zweckentsprechenden Verwendung der Landesmittel erfolgt über ein Testat des jeweiligen Wirtschaftsprüfers der RMV GmbH.

Aufbauend auf den positiven Erfahrungen zur Sicherung und Weiterentwicklung des ÖPNV in der bestehenden Qualität und Quantität aus der Vergangenheit haben die Vertragspartner die Finanzierungsvereinbarung vom 20.12.2004 modifiziert und diese in einer neuen Vereinbarung am 14.12.2009 paraphiert. Grundlegende Eckpunkte dieser Finanzierungsvereinbarung für die Jahre 2010-2014 sind:

1. Finanzierungsbedarf

Ausgehend vom Referenzjahr 2009 erfolgte eine Abschätzung des Finanzmittelbedarfes zur Fortführung des vertraglich vereinbarten Bestandes. Hierbei wurden für die wesentlich extern bestimmten Kostenfaktoren (Energiekosten, Infrastrukturkosten) auf der Grundlage der Vergangenheit durchschnittlich erwartete Entwicklungen unterstellt. Hierbei wurde berücksichtigt, dass im Jahr 2006 der Gesetzgeber auf Initiative des Bundes im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes 2006 (HHBeglG 2006) die Regionalisierungsmittel erheblich gekürzt hat. Die Kürzungen betragen für das Jahr 2007 7,7% und ab dem Jahre 2008 9,5%. Basis ist hierbei der jährlich mit 1,5% dynamisierte Betrag nach dem Regionalisierungsgesetz in der Fassung von Art. 25 Haushaltsbegleitgesetz 2004 vom 29.12.2003 gültig ab 01.01.2004. Trotz eines Kompromisses in Folge der Verhandlungen von Bundesrat und Bundesregierung (vgl. Drucksache 16/6310), der eine teilweise Kompensation ab 2008 beinhaltet, betrug die Reduzierung der Regionalisierungsmittel allein in den Jahren 2006 bis 2010 rund 2,8 Mrd. Euro bundesweit. Für den RMV bedeutete dies ab 2007 eine Mittelreduzierung von bis zu 33,4 Mio. Euro jährlich. Diese Mittelkürzungen wurden im Rahmen von Nachträgen im Rahmen der gültigen Finanzierungsvereinbarung abgemildert. Der RMV hatte bereits im Rahmen der Finanzierungsvereinbarung 2005 bis 2009 mit dem Land Verhandlungen über eine Übergangshilfe geführt. Bereits für das Jahr 2008 und 2009 hatte das Land eine Übergangshilfe in Höhe von insgesamt 20 Mio. € zur Verfügung gestellt. Solange die Effekte aus dem Wettbewerb im SPNV noch nicht voll greifen und gleichzeitig überproportionale Preissteigerungen zu verkraften sind, birgt dies erhebliche Risiken für die regionalen Umlagen. Aus diesem Grund wurde die sogenannte Übergangshilfe und der aus den o.a. Problematik beschriebene Mittelmehrbedarf in der Finanzierungsvereinbarung 2010-14 berücksichtigt.

Die vorhandenen Einnahmen wurden dabei auf der Grundlage der im Mittel als durchsetzbar unterstellten Entwicklungen in die Zukunft extrapoliert.

Weiter liegen für wichtige investive Vorhaben und Leistungserweiterungen Gremienbeschlüsse und/oder Verträge vor. Bereits getätigte Investitionen in Streckenerneuerungen und Fahrzeuge in der Vergangenheit bzw. geplante, zwingend erforderliche infrastrukturelle Maßnahmen erzwingen die Bestellung zusätzlicher betrieblicher Leistungen einschließlich der damit verbundenen Steigerung des betrieblichen Aufwandes und der Infrastrukturkosten in Gegenwart und Zukunft, um „Investitionsruinen“ zu vermeiden.

Über den Bestand und die als zwingend notwendig erachteten Vorhaben hinaus ergeben sich aus der Koalitionsvereinbarung für die Legislaturperiode 2009-2014 heraus weitere

Maßnahmen, die mit zusätzlichem Mittelbedarf für den dann aufzunehmenden Betrieb verbunden sind.

Daraus resultierend ergab sich aus den Verhandlungen mit dem Land ein Ergebnis von ca. 2,5 Mrd. € über die Laufzeit der Finanzierungsvereinbarung. Dies bedeutet eine Mehrung von ungefähr 10 % mit folgenden Rahmenbedingungen:

- Umsetzung aller wesentlichen Vorhaben im RMV wird möglich
- Sicherung der Umlagenstabilität im RBNV und SPNV gemäß AR Beschluss
- Volle Durchreichung der Regionalisierungsmittel wird bis 2012 erreicht
- Umsetzung der Übergangshilfe mit 20 Mio. € bis 2011 enthalten
- Einbeziehung weiterer 15 Mio. € (hälftig RMV und NVV) erreicht
- 45a-Pauschale dauerhaft gesichert
- Querdeckungsfähigkeit / Übertragbarkeit weiterhin möglich
- Optionale Erweiterung um 5 Jahre nach Revision Regionalisierungsgesetz

2. Laufzeit

Im Hinblick auf eine Vielzahl von wichtigen, strategischen Weichenstellungen mit erheblichen Folgewirkungen ist eine längerfristige Planungssicherheit für die Gesamtheit der Aufgabenträger zwingend erforderlich. Als Konsequenz daraus erfolgte eine Vereinbarung über eine Laufzeit von fünf Jahren (2010-2014).

3. Zielwerte

Das Anreizsystem zur Finanzierungsvereinbarung 2005 bis 2009 mit den vereinbarten Zielwerten und Kriterien

- Marktreichweite
- Leistungen für den Kunden
- Effizienz
- Wettbewerb

wurde insgesamt als erfolgreich bewertet, so dass methodisch nur geringe Anpassungen und Modifikationen notwendig waren. Die Feststellung der einzelnen konkreten Zielwerte für die Jahre bedarf einer genaueren Untersuchung und erfolgt nach Einigung über die Zielstruktur. Wie in der Finanzierungsvereinbarung 2005 bis 2009 wurden neben dem Fixum jährlich ein definierter Betrag der Landesförderung dem Zielsystem als flexibler Betrag zugeordnet. Der RMV erhält die Verfügung über den Anteil des definierten Betrages, der dem gewichteten Zielerreichungsgrad entspricht. Dieser jährlich fixierte flexible

Betrag wurde von bisher 8,1 Mio. Euro auf 10,0 Mio. Euro jährlich erhöht - das entspricht etwa 3 % des vorgeschlagenen Gesamtbudgets.

Intention des Landes ist es weiterhin, eine zielorientierte Förderung beizubehalten. Durch die Vereinbarung der Ziel(wert)vorgaben soll die Landesförderung für eine an den Mobilitätsbedürfnissen des Kunden ausgerichteten Verkehrsbedienungs im ÖPNV mit entsprechendem Service sorgen. Die Umsetzung der mit dem Land vereinbarten Ziele liegt weitestgehend bei den Verbänden.

4. Schwerpunktprojekte

In Abstimmung mit der Geschäftsführung des RMV wurden inhaltliche Schwerpunkte zur Attraktivitätssteigerung des ÖPNV-Gesamtsystems auf folgenden Zukunftsprojekten mit dem Land definiert:

- Investitionen in die Infrastruktur und Fahrzeuge
- Eine intelligente Infrastruktur- und Fahrzeugfinanzierung soll wesentliche Schritte vorankommen und das Verfahren für Kleininvestitionen vereinfachen
- Leistungsangebot und Integration
- Durch Maßnahmen zur Steigerung der Pünktlichkeit und den intensivierten Einsatz rechnergestützter Betriebsleitsysteme (RBL) zur Anschlusssicherung soll das Angebot in Ballungsraum und Region gestärkt werden.
- Tarifgestaltung und Vertrieb
- Ziel ist die weitere Entwicklung der Nutzerfinanzierung. Der bestehende Tarif kann durch eine Tarifstrukturreform in Richtung auf ein Elektronisches Fahrgeldmanagement (EFM) ausgebaut werden.
- Kundenservice und Information
- Der Kunde soll durch Maßnahmen zur Erhöhung der subjektiven Sicherheit, von Sauberkeit und Kundeninformation noch stärker im Mittelpunkt der Überlegungen stehen. Das Marketing in den Segmenten Gelegenheitsverkehr und Tourismus soll ausgebaut werden.
- Dynamisches Intermodales Verkehrsinformationssystem (DIVIS)
- Durch die Verwendung der aus dem RBL gewonnenen Ist- und Echtzeitdaten sollen die Dispositions- und Kommunikationsmöglichkeiten erweitert werden, um die Qualität der Verkehrsdienstleistungen weiter zu steigern.
- House of Logistics and Mobility (HOLM)
- Die gemeinsame Initiative aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft in Hessen zur Aus- und Weiterbildung in den Sektoren Logistik und Mobilität soll Innovationsimpulse in die Rhein Main-Region und darüber hinaus geben.
- Zur Attraktivität des ÖPNV-Gesamtsystems ist es notwendig, die für die Aufgabenerfüllung notwendigen Rahmenbedingungen für die Gesamtheit aller Aufgabenträger zu schaffen.

5.3 EU-weite Ausschreibungen von Verkehrsdienstleistungen im SPNV und RBNV

5.3.1 Wettbewerbliche Vergaben im SPNV

Der Verkehrsmarkt im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) befindet sich im Berichtsjahr in einer fortgeschrittenen, wettbewerblichen Übergangsphase. Zum Stand 31. Dezember 2010 konnten nunmehr insgesamt 16 Teilnetze (TN) mit ca. 18,118 Millionen Zugkilometer

(Zkm) im SPNV nach wettbewerblichen Grundsätzen vergeben werden. Dies entspricht - ohne Beachtung der S-Bahn Rhein-Main - einem Anteil von ca. 75 % der gesamten Regional-express-, Stadtexpress- und Regionalbahnleistungen, bezogen auf den Umfang der Verkehrs-Service-Verträge mit den Alt-Betreibern.

Vergabeverfahren RMV-Teilnetze 9 Main-Weser / 12 Kinzigtal

Die Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH (RMV) und die Verkehrsverbund und Fördergesellschaft Nordhessen mbH (NVV) haben als zuständige Vergabestelle die Verkehrsdienstleistungen der RMV-Regionalexpress- und Regionalbahn-Linie 30 (Frankfurt/Main Hbf. - Gießen - Kassel Hbf.) und der Regional- und Stadtexpress-Linie 50 (Frankfurt/Main Hbf. - Fulda - (-Bebra) mit jährlich insgesamt ca. 4,3 Millionen Zkm ausgeschrieben. Dabei werden Fahrleistungen von ca. 0,5 Mio. Zkm im Verkehrsraum des NVV erbracht. Die Regional-

express- und Regionalbahn-Linie 30 verbindet die Region Frankfurt Rhein-Main mit der Region Kassel und bedient dabei die Städte Friedberg, Gießen und Marburg sowie die Gemeinden des Wetteraukreises, des Landkreises Gießen, des Landkreises Marburg-Biedenkopf, des Schwalm-Eder-Kreises und des Landkreises Kassel. Die Regional- und Stadtexpress-Linie 50 verbindet die Region Frankfurt RheinMain mit der Region Fulda und bedient dabei die Städte Frankfurt, Offenbach, Hanau, Gelnhausen, Wächtersbach, Bad Soden-Salmünster und Fulda. Das Vergabeverfahren wurde am 30. Dezember 2009 europaweit veröffentlicht. Die Verkehrsdienstleistungen wurden mit Zuschlagsschreiben vom 27. August 2010 an die DB Regio Hessen GmbH, eine hundertprozentige Tochter der DB Regio AG, als dem wirtschaftlichsten Anbieter vergeben. Betriebsstart ist am 09. Dezember 2012 zum Fahrplanwechsel 2013. Die Vertragslaufzeit beträgt 12 Jahre und endet am 14. Dezember 2024 zum Fahrplanwechsel 2025.

Vergabeverfahren RMV-Teilnetz 17.3 Niddertal

Die Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH (RMV) hat als zuständige Vergabestelle die Verkehrsdienstleistungen der Stadtexpress-Linie 32 (Frankfurt (Main) Hbf. - Bad Vilbel - Friedberg - Nidda) und der Regionalbahn- und Stadtexpress-Linie 34 (Frankfurt (Main) Hbf. - Bad Vilbel - Glauburg-Stockheim) mit jährlich insgesamt ca. 0,6 Millionen Zkm - gemeinsam mit den Teilnetzen 9 „Main-Weser“ und 12 „Kinzigtal“ - ausgeschrieben (s. oben). Die Ausschreibung für das Teilnetz 17.3 „Niddertal“ musste mangels wirtschaftlichem Ergebnis aufgehoben und in ein Verhandlungsverfahren überführt werden. Das Teilnetz Niddertal gewährleistet eine attraktive Anbindung der eher ländlich geprägten Teile der Wetterau an das Mittelzentrum Bad Vilbel sowie nach Frankfurt. Das Verhandlungsverfahren wurde am 27. August 2010 europaweit veröffentlicht. Die Verkehrsdienstleistungen wurden mit Zuschlagsschreiben vom 14. Februar 2011 an die DB Regio Hessen GmbH, eine hundertprozentige Tochter der DB Regio AG, als dem wirtschaftlichsten Anbieter vergeben. Betriebsstart ist am 09. Dezember 2012 zum Fahrplanwechsel 2013. Die Vertragslaufzeit beträgt 15 Jahre und endet am 11. Dezember 2027 zum Fahrplanwechsel 2028.

Vergabeverfahren RMV-Teilnetz 27 Alt: Rhein-Main-Nahe / Neu: Dieselnetz Südwest

Der Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Süd (ZSPNV) hat als zuständige Vergabestelle gemeinsam mit fünf weiteren Aufgabenträgern, u.a. der Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, die Vergabe des „Dieselnetzes Südwest“ mit jährlichen

Fahrleistungen von 11,9 Mio. Zkm in zwei Losen am 27.07.2010 europaweit bekannt gemacht. Im laufenden Vergabeverfahren wurde das größere Los in zwei Lose unterteilt, so dass das Dieselnetz Südwest nun in drei Losen vergeben wird. Das Dieselnetz Südwest umfasst Teile der Regionalexpress- und Stadtexpress-Linie 80 (RMV-Teilnetz 27 Rhein-Main-Nahe), die im RMV-Verbundraum Frankfurt (Main) Hbf. mit Mainz Hbf. verbindet. Betriebsstart ist am 14. Dezember 2014 zum Fahrplanwechsel 2015. Die Vertragslaufzeit beträgt 15 Jahre und endet am 08. Dezember 2029 zum Fahrplanwechsel 2030. Als Nebenangebot wird die Abgabe eines Angebotes über 22,5 Jahre zugelassen. Das Vergabeverfahren soll im Sommer 2011 abgeschlossen sein.

Vergabeverfahren RMV-Teilnetz 27 Alt: Rhein-Main-Nahe / Neu: RE-Netz Südwest

Der Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Nord hat als zuständige Vergabestelle gemeinsam mit vier weiteren Aufgabenträgern, u.a. der Rhein-Main-

Verkehrsverbund GmbH, die Vergabe des „RE-Netzes Südwest“ mit jährlichen Fahrleistungen von 5,8 Mio. Zkm in 2 Losen am 03.11.2010 europaweit bekannt gemacht. Das RE-Netz Südwest umfasst Teile der Regionalexpress- und Stadtexpress-Linie 80 (RMV-Teilnetz 27 Rhein-Main-Nahe), die im RMV-Verbundraum Frankfurt (Main) Hbf. mit Mainz Hbf. verbindet. Betriebsstart ist am 14. Dezember 2014 zum Fahrplanwechsel 2015. Die Vertragslaufzeit beträgt 15 Jahre und endet am 08. Dezember 2029 zum Fahrplanwechsel 2030. Das Vergabeverfahren soll im Sommer 2011 abgeschlossen sein.

Vergabeverfahren S-Bahn Rhein-Main mit den Teilnetzen „Gallus“, „Kleyer“ und „S2“

Die Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH hat als zuständige Vergabestelle die Vergabe der S-Bahn Rhein-Main mit jährlichen Fahrleistungen von insgesamt 14,7 Mio. Zugkilometer ab dem Fahrplanwechsel 2015 in drei eigenständigen Vergabeverfahren jeweils am 23.08.2010 europaweit bekanntgemacht. Das Teilnetz „Kleyer“ gemeinsam mit dem Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Süd (ZSPNV). Dabei werden Fahrleistungen von ca. <0,2 Mio. Zkm im Verkehrsraum des ZSPNV erbracht. Das Teilnetz „Gallus“ umfasst die S-Bahn-Linien S3 bis S6, das Teilnetz „Kleyer“ umfasst die S-Bahn-Linien S1, S7 bis S9 und das Teilnetz „S2“ die S-Bahn-Linie S2. Die Ausschreibung der S-Bahn Rhein-Main erfolgt im Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb. Für das Teilnetz „Gallus“ ist eine Vertragslaufzeit von 10 Jahre vorgesehen. Für das Teilnetz „Kleyer“ bis zu 22,5 Jahren und für das Teilnetz „S2“ zwischen 10 und 15 Jahren. Die konkreten Vertragslaufzeiten werden im Verhandlungsverfahren vereinbart. Der Teilnahmewettbewerb konnte im Berichtszeitraum erfolgreich abgeschlossen und die Bewerber für das Verhandlungsverfahren zur Vergabe der S-Bahn Rhein-Main ausgewählt werden. Das Verhandlungsverfahren soll bis Ende 2011 abgeschlossen sein.

Ausschreibungsgewinner SPNV

Die DB Regio Hessen GmbH, eine hundertprozentige Tochter der DB Regio AG, konnte die im Berichtszeitraum abgeschlossenen Vergabeverfahren „Main-Weser“, „Kinzigtal“ und „Niddertal“ im Schienenpersonennahverkehr für sich entscheiden.

5.3.2 Wettbewerbliche Vergaben im BPNV

Der Verkehrsmarkt im Buspersonennahverkehr (BPNV) befindet sich im Berichtsjahr erstmals in der reinen Wettbewerbsphase. Zum Fahrplanwechsel 2010 waren sämtliche Verkehrsdienstleistungen im regionalen Buspersonennahverkehr mindestens einmal nach wettbewerblichen Grundsätzen vergeben worden. Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 12 regionale, lokale bzw. regional/lokal gemischte Linienbündel überwiegend in den Landkreisen Limburg-Weilburg, Fulda und Lahn-Dill in drei Vergabeverfahren mit jeweils 4 Losen und insgesamt ca. 7,2 Mio. Nwkm vergeben.

Ausschreibungsgewinner BPNV

Die Vergabeverfahren im Buspersonennahverkehr im Berichtszeitraum konnten die VLD Verkehrsbetrieb Lahn-Dill GmbH (Transdev SZ GmbH und Co. KG) durch ein Gesamtangebot über alle Lose im Lahn-Dill-Kreis, die ÜWAG Bus GmbH (Überlandwerk Fulda Aktiengesellschaft) durch ein Gesamtangebot über alle Lose im Landkreis Fulda sowie die Georg Schulmeyer GmbH (Regionalverkehr Kurhessen GmbH) durch ein Gesamtangebot über alle Lose im Landkreis Limburg-Weilburg jeweils für sich entscheiden.

Umsetzung kommerzieller Genehmigungsverfahren

Nach den Bestimmungen des „Leitfaden für die Erteilung von Liniengenehmigungen in Hessen nach dem 3. Dezember 2009“ des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung vom 29. Dezember 2009 besteht nach Ziffer 2 des Leitfadens ein Vorrang kommerzieller Verkehre. Die Rechtsprechung zum gestuften Vorrang kommerzieller Verkehre lässt sich dem Grunde nach auf die Frage des Vorrangs kommerzieller Verkehre zu Verkehren auf Basis öffentlicher Dienstleistungsaufträge übertragen (BVerwG vom 19.10.2006 - 3 C 33.05; Hess. VGH vom 18.11.2009 - 2UE 2748/07).

Der RMV hat im Berichtszeitraum erstmals mit den betroffenen Genehmigungsbehörden die Einleitung kommerzieller Genehmigungsverfahren im Landkreis Fulda wie auch im Landkreis Gießen abgestimmt. Mit Ausnahme eines durch die ÜWAG Bus GmbH beantragten und genehmigten eigenwirtschaftlichen Antrages für das Linienbündel „LFD-West“ wurden keine weiteren kommerziellen Genehmigungsanträge gestellt bzw. genehmigt.

5.4 Regionaler Nahverkehrsplan 2010-2019

Mit Beschluss vom 07. Juli 2009 hat der Aufsichtsrat des RMV die Geschäftsführung beauftragt, den Regionalen Nahverkehrsplan (RNVP) für den Zeitraum 2010-2019 fortzuschreiben. Basierend auf dieser Entscheidung wird der RNVP von den Geschäftsbereichen der RMV GmbH unter Federführung des Geschäftsbereichs Verkehrs- und Mobilitätsplanung in Zusammenarbeit mit den Lokalen Nahverkehrsorganisationen (LNO) erarbeitet. Zu Beginn des Jahres 2010 wurde den LNO's in der ersten Sitzung des begleitenden Lenkungskreises die Projektstruktur vorgestellt. Weiterhin wurde die Einrichtung der drei Arbeitskreise „Teilraum Region“, „Teilraum Ballungsraum“ und „Verzahnung/Integration“ mit verschiedenen Themenschwerpunkten vereinbart. In diesen Arbeitskreisen wurden im Verlauf des Jahres 2010 bei insgesamt acht Sitzungen erste Themen behandelt. Gemeinsam mit Mitgliedern des Fahrgastbeirates und des Arbeitskreises Barrierefreiheit wurde im November 2010 der erste von insgesamt drei vorgesehenen Workshops zum

RNVP durchgeführt. Hierbei stand das Themen-Cluster Fahrzeuge (Schiene und Bus) im Mittelpunkt.

Das Beteiligungsverfahren zur Fortschreibung des RNVP wurde in 2010 mit den Vertretern der Regierungspräsidien Kassel, Gießen und Darmstadt abgestimmt.

Bestandteil der RNVP-Erarbeitung waren in 2010 folgende Themen:

- bundesweite Entwicklungstrends und Vergleich von Schwerpunkten bei Nahverkehrsplänen
- Zieldefinition
- Integration von Zukunftstrends
- demografischer Wandel
- Analyse der Mobilität in Deutschland (MiD)
- Analyse lokaler Nahverkehrspläne
- Bestandsaufnahme/Fahrplananalyse SPNV
- Bedienungsstandards SPNV
- Maßnahmenvorschläge der LNO/ Kommunen
- Entwicklung regionaler Achsen
- Bedarfsverkehr
- Anschlusssicherung
- Fahrgastinformation

Zur Unterstützung bei der fachlichen Erarbeitung des RNVP wurden je nach Aufgabenstellung verschiedene qualifizierte Gutachter hinzu gezogen. Bereits in einem frühen Bearbeitungsstadium ist eine Abstimmung mit verschiedenen Partnern bzw. Institutionen vorgesehen. Die Durchführung bzw. Begleitung dieses umfangreichen Abstimmungsprozesses erfolgte in 2010 ebenfalls mit Unterstützung externer Dienstleister. Zur transparenten Zusammenführung der Beiträge aus den einzelnen Geschäftsbereichen wurde ein Tool auf den Weg gebracht, das einen Zugriff und Anpassung der Dokumente ermöglicht.

Nach Vorliegen der Daten aus der Erhebung 2010 werden im Jahr 2011 Nachfrageuntersuchungen durchgeführt.

Ausblick:

5.5 Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Der Wirtschaftsplan der RMV GmbH für das Jahr 2011 hat folgende wesentlichen Eckdaten:

Erfolgsplan

	2011 TEUR (Plan brutto)	2010 TEUR (Plan brutto)	Veränderung %
Regiekosten	12.672	12.479	1,52
Strategische Projekte	2.195	2.615	- 19,13
Operative Projekte	10.507	9.690	7,78
C/D/E-Projekte *	-	-	-
Aufwand	25.374	24.784	2,33
Umlage	2.792	2.796	- 0,14
Landeszuwendungen	22.582	21.988	2,63
Ertrag	25.374	24.784	2,33

Finanzplan

	2011 TEUR (Plan brutto)	2010 TEUR (Plan brutto)	Veränderung %
Investitionen	2.043	1.930	5,53
Ausgaben	2.043	1.930	5,53
Umlage	225	218	2,11
Landeszuwendungen	1.818	1.712	5,83
Einnahmen	2.043	1.930	5,53

* Werden außerhalb des Wirtschaftsplanes des RMV finanziert.

Ab dem Geschäftsjahr 2011 werden die operativen Projekte in Kernaufgaben zusammengeführt. Demzufolge wird die Anzahl der Projekte reduziert. Gleichzeitig kommt der RMV dem Hinweis des Landesrechnungshofes nach, zu viele Projekte zu führen.

Die seit 2008 vorgenommene Splittung des Budgets in Netto und Brutto gibt den tatsächlichen Verbrauch der Mittel wieder.

Es wird von einem Budgetansatz ausgegangen, der sich - gemessen an den Aufgaben - als ausreichend darstellt.

Der Wirtschaftsplan 2011 schließt systembedingt mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Gegenwärtig sind für die RMV GmbH keine Risiken für den Fortbestand erkennbar.

6. Nachweis zur Verwendung der Landesmittel

Marketing

Die Entwicklung des Marketing in seiner Konzeption sowie der Umsetzung von Marketingmaßnahmen beziehungsweise des Einsatzes des Marketing-Instrumentariums standen unter dem Zeichen der Entwicklung.

In der Entwicklung des Vertriebes im RMV bezog sich die Entwicklung auf den Bereich des konventionellen Vertriebes sowie der Arbeiten an der Einführung eines Elektronischen Fahrgeldmanagements im RMV (EFM) auch unter dem Aspekt einer deutschlandweiten Interoperabilität als wesentliches Nutzenkriterium für den Kunden.

Als einen Schwerpunkt im Bereich Marktforschung und Marktbearbeitung sind herausragend die Arbeiten an einer Mobilitätsstudie als Teil des bundesweiten Rahmens Mobilität in Deutschland (MiD) zu nennen. Darüber hinaus wurde ein Schwerpunkt in die Analyse, Entwicklung und Umsetzung von Kundenbindungsmaßnahmen gelegt.

Zentrale Entwicklungen des Bereiches Innovation und Mobilitätsmanagement waren die Weiterentwicklung des mobilen Portables des RMV, die Entwicklung einer RMV-HandyTicket-Applikation für das iPhone (von Apple) sowie ein Konzept für eine Kooperation des RMV-HandyTicket mit dem Service „Touch&Travel“ der Deutschen Bahn AG. Wesentliche Ziele der Arbeiten bei Werbung und Marktauftritt im RMV waren die Stärkung der Kampagnenfähigkeit durch eine gestalterische verbundweite Harmonisierung der Werbemedien, der RMV-Aktionen zu den Sommerferien, der Produktion eines Kinospots sowie der Planung und Umsetzung der Kampagne zum Fahrplanwechsel im Dezember 2010.

Nachfolgend werden einige Schwerpunkte gesondert dargestellt.

Vertriebsentwicklung im RMV

Eine herausragende interdisziplinäre Leistung innerhalb der RMV GmbH waren die unter der Leitung der Geschäftsführung geführten und abgeschlossenen sowie vom Aufsichtsrat bestätigten Verhandlungen zum RMV-SemesterTicket mit den Allgemeinen Studenten Ausschüssen (ASTEN) der Hochschulen. Das verbundweite SemesterTicket wird im RMV seit 1996 angeboten und ist seit dem eine Erfolgsgeschichte. Es vereint ein nahezu hessenweites Mobilitätsangebot, mit einem maßvollen Einstiegspreis, einer signifikanten Einnahmementwicklung und einem Einstieg in ein Mobilitätsmanagement für Hochschulen. Mehr als 170.000 Studierende können bequem das Mobilitätsangebot des RMV im Lokal- und Regionalverkehr nutzen.

Im Jahr 2010 wurden aus JobTicket-Vereinbarungen mit 155 Unternehmen und mehr als 164.000 Beschäftigten nahezu 60 Mio. Euro Einnahmen erzielt. Vertriebsentwicklung steht hier im Zeichen einer Kundenbindung und der Stabilisierung der Beziehungen zwischen dem Verbund und seinen Fahrgästen.

Das Vertriebssystem des RMV stützt sich noch weitgehend auf den Vertrieb von Fahrkarten an Automaten, dem personalbedientem Verkauf sowie den Verkäufen in Bussen. Vertriebsentwicklung im konventionellen Bereich bedeutete nach 15 Jahren RMV eine Weiterentwicklung und Neuerung der bisherigen Automatengeneration. Gemeinsam mit den Lokalen Nahverkehrsorganisationen, den Verkehrsunternehmen und der Industrie wurde eine neue Automatengeneration eingeführt, die in Funktion und Design den Auftritt eines modernen Mobilitätsverbundes unterstützen. Leistungsstärker und einfacher in der Bedienung sollen diese Automaten zu einem einfachen Zugang zum Öffentlichen

Personennahverkehr beitragen und die Ziele mehr Fahrten und Fahrgeldeinnahmen unterstützen. Die Automaten wurden ab der zweiten Hälfte des Jahres 2010 in Betrieb genommen.

Elektronisches Fahrgeldmanagement EFM

Es ist die Absicht der Partner im RMV, das Vertriebssystem kundengerechter und effizienter zu gestalten. Die Realisierung eines Elektronischen Fahrgeldmanagements (EFM) schafft hierfür die Voraussetzungen. Die folgenden Ziele können mit der Realisierung eines EFM-Systems erreicht werden:

	Kundenorientierung	Mehreinnahmen	Kostenreduktion
1. Imageverbesserung	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
2. Attraktives Leistungsangebot	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3. Vereinfachung der Systemnutzung	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
4. Aufbau von Kundenbeziehungen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
5. Attraktives (optimiertes) Tarifangebot	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
6. Reduzierung von Betrug / Fälschungen	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
7. Minimierung von Bargeld	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
8. Optimierung des Betriebsablaufs	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
9. Effizienter Vertrieb	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
10. Zeitnahe Tarifanpassungen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Abb. 1: EFM-Ziele

Die Realisierung eines EFM-Systems weist das größte Potenzial für die Zielerreichung eines effizienten Vertriebs auf. Die Erhöhung der Effizienz wird durch die Vereinheitlichung von bislang redundanten Vertriebsprozessen und die Zusammenführung von heute noch heterogenen Vertriebsstrukturen erreicht. Die Nutzung der VDV-Kernapplikation (VDV-KA, s.u.) ermöglicht eine gemeinsame Vertriebsplattform auf der Basis standardisierter Abläufe und technischer Schnittstellen. Diese Vertriebsplattform integriert alle ÖPNV-Partner im Verbund.

Durch eine vollständige verbundweite Markteinführung (vor allem einer VDV-Stufe 3) wird gewährleistet, dass eine Vereinfachung des Systemzugangs für alle Zielgruppen besteht bzw. der Aufbau von Kundenbeziehungen (mit dem Unterziel der Steigerung des Kundenwertes) auch für Zielgruppen möglich ist, die den ÖPNV lediglich selten oder gelegentlich nutzen.

Die Nutzung von elektronischen Kundenmedien und die Verwendung des VDV-Sicherheitsverfahrens ermöglichen die Reduzierung von Betrug, Fälschungen und Manipulationen.

Die vollständige Integration aller Nutzergruppen in einem EFM-System bietet die größten Potenziale für eine nachhaltige Optimierung des Betriebsablaufs.

Die flächendeckende, verbundweite Erfassung von Nutzungsdaten in der VDV-Stufe 3 liefert die Grundlage für eine kundenorientierte Nahverkehrsplanung und ein attraktives Leistungsangebot.

Insbesondere für die Realisierung eines Tarifs, der die tatsächliche Angebotsnachfrage bepreist, ist die Umsetzung der VDV-Stufe 3 zwingend erforderlich. Die Erfassung von Nutzungsdaten ist die Voraussetzung dafür, dass die Finanzierung des ÖPNV in Zukunft stärker bezogen auf die Inanspruchnahme des einzelnen Nutzers („Nutzerfinanzierung“) erfolgen kann. Die Etablierung eines solchen Tarifs setzt voraus, dass eine Tarifvorauswahl durch den Kunden entfallen kann. Andererseits ist es aber auch möglich, unterjährig bspw. Sondertickets verbundweit über alle Endgeräte zu vertreiben bzw. Tarife zeitnah anzupassen.

Das Maß, in dem der Einsatz moderner und kundenfreundlicher Technologien zu einer kundenseitigen Vereinfachung der Nutzung der RMV-Angebote führt, wird schließlich ausschlaggebend für die Erreichung des Ziels der Imageverbesserung sein. Die Vereinfachung der Bezahlvorgänge und die damit zusammenhängende Minimierung von Bargeld, kommen dabei den Kunden und den Unternehmen zugute.

Durch die gemeinsamen Bemühungen von Verkehrsunternehmen, Verkehrsverbänden und Industrie ist es unter der Federführung des VDV und der Förderung durch die Bundesregierung gelungen, einen einheitlichen Kommunikationsstandard für die interoperable Zusammenarbeit in Deutschland zu entwickeln. Dieser Standard, die sogenannte VDV-Kernapplikation (VDV-KA), vereinheitlicht die Vertriebsabläufe an der Kundenschnittstelle, wie z.B. den Erwerb und das Bezahlen von Fahrtberechtigungen. Dies schafft eine Kompatibilität zwischen allen in einem Raum eingesetzten Vertriebsgeräten unterschiedlicher Hersteller (Fahrscheindruckern, mobile Kontrollgeräte). Perspektivisch ermöglicht sie die deutschlandweite, durchgängige Nutzung von Bussen und Bahnen und kann hierdurch die Zugangshemmnisse zum ÖPNV senken. Die wesentlichen deutschen Verkehrsverbände sowie die Deutsche Bahn AG haben sich in der sogenannten Wiesbadener Erklärung im Mai 2010 auf diese deutschlandweite Zusammenarbeit und Erzielung einer Interoperabilität verständigt. Gleichzeitig eröffnen sich neue Marketingmöglichkeiten im Vertrieb, in der Tarifierung und in der Kundenkommunikation, aber auch bei der Prozessoptimierung in den Verkehrsorganisationen.

Die Einführung des EFM im RMV folgt einem schrittweisen Vorgehen entlang eines verabredeten Fahrplanes („roadmap EFM“) der im Jahr 2008 vom Aufsichtsrat der RMV GmbH beschlossen wurde. Die Schritte bauen funktional aufeinander auf, wodurch die zukunftsgerichtete Verwendbarkeit einzelner Komponenten sichergestellt wird:

Realisierungsschritt: Aufbau der Basis-Komponenten für ein EFM-System und Umstellung der Zeitkarten als eTicket RheinMain (VDV-Stufe 2). Ab Dezember 2011 soll die Persönliche Jahreskarte als Chipkarte eingeführt werden. Die unterstützende Software, das mandantenfähige Hintergrundsystem soll mit den entsprechenden Funktionen verfügbar sein und eine Kontrollinfrastruktur soll flächenweit eingesetzt werden können.

Realisierungsschritt: Weiterentwicklung zu einer Automatisierten Fahrtenerfassung und Fahrpreisermittlung (VDV-Stufe 3) für den Kunden auf Grundlage der dann vorhandenen und erprobten Basis-Komponenten. Der Fahrplan EFM sieht dafür den Zeitraum ab 2015 vor.

Im Rahmen des Projektes „Einführung EFM“ waren im Wirtschaftsplan 2010 rd. 8 Mio. € eingestellt worden. Diese Mittel sollten u.a. für die Beschaffung der zugehörigen Infrastruktur (Kontrollgeräte, Chipkarten und Software u.ä.) verwandt werden. Die Mittel für

die Kontrollgeräte aus dem Budget C4-Projekt EFM (ca. 5,5 Mio €) sind durch Verträge über die Bezuschussung bzw. Beistellung mit den Lokalen Nahverkehrsorganisationen (LNO) in 2010 gebunden worden. Jedoch erfolgte durch diverse Verzögerungen, beispielsweise bei der Erstellung der Mengengerüste und bei den Abstimmungsprozessen mit den lokalen Partnern in 15 Landkreisen und elf Städten kein Mittelabfluss in 2010.

Die Mittel werden allerdings im Jahr 2011 benötigt, um die Finanzierung bzw. die Einführung des EFM mitsamt Kontrollierbarkeit der Chipkarten im Jahr 2011 sicherstellen zu können. Andernfalls herrschte eine Unterdeckung in eben dieser Höhe.

Ticketing und Trägermedium „Mobiles Endgerät“

Die Weiterentwicklung des RMV-HandyTickets geschieht vor dem Hintergrund der bestehenden Einführung des Elektronischen Fahrgeldmanagement (EFM) entsprechend der RMV-Roadmap EFM auf Basis der VDV-Kernapplikation (Verband Deutscher Verkehrsunternehmen). Dazu werden die bestehenden Standards der VDV-Kernapplikation um die für die Nutzung von Handys notwendigen Komponenten erweitert. Darüber hinaus wird die Verknüpfung der NFC-basierten HandyTicket-Systeme des RMV und der DB AG (Touch & Travel) vorbereitet und umgesetzt. Ziel ist es, den Kunden in den Landkreisen und Städten nicht nur ein durchgängiges Informationssystem, das lokale und regionale Verkehrsangebote integriert darstellt, anzubieten; Ziel ist es auch, ein durchgängiges Ticketing zur Erlangung einer elektronischen Fahrkarte anzubieten. Somit ist für alle Landkreise und Städte, die durch die Lokalen Nahverkehrsorganisationen repräsentiert werden, eine haltstellen-scharfe ÖPNV-Verbindung und -bepreisung anzubieten.

Im Rahmen der Gesamtstrategie für Mobile Endgeräte standen im Fokus vor allem die Weiterentwicklung und Finalisierung des Mobilien Portals (Mobiles Web) sowie die Erstellung einer Applikation („App“) in Verbindung mit dem iPhone.

Das Mobile Portal wurde dabei so konzipiert, dass es als primäre Web-Plattform für sämtliche effiziente Weiterentwicklungen im Mobilien Bereich dienen kann.

Im ersten Halbjahr 2010 wurden somit weitere Ausbaustufen finalisiert, um dann das Mobile Portal der Öffentlichkeit in einer Pressekonferenz vorzustellen. Insbesondere wurden Layoutanpassungen für die verschiedenen Endgeräte umgesetzt sowie die zentralen Themenstellungen wie die Ortung mittels GPS und weitere Kundenzugangsstellen wie 2D-Barcode realisiert.

Ein weiterer Schwerpunkt im 1. Halbjahr 2010 war die Umsetzung und notwendige Weiterentwicklung des RMV HandyTicket. Das HandyTicket wurde dabei auf die Klasse der Smartphones angepasst. Im ersten Schritt wurde dazu je eine Applikation („App“) für das iPhone und für Smartphones mit dem Betriebssystem „Android“ entwickelt und mit weiteren Funktionalitäten des mobilen Portals verknüpft. Das Projekt HandyTicket wurde dabei vor dem Hintergrund der EFM-Strategie und der Zielsetzung einer Raumerfassung zur Fahrtenerfassung und Fahrpreisbildung integrierend umgesetzt.

Die Einführung eines elektronischen Fahrgeldmanagement mit allen Komponenten ist schlussendlich und langfristig ein kostengünstigeres Vertriebssystem als der Vertrieb mit den bisherigen konventionellen Vertriebskanälen. Davon profitieren lokale Verkehrsunternehmen und schließlich lokale Aufgabenträgerorganisationen direkt.

Freizeit und Tourismus im RMV

Der Marktanteil des ÖPNV ist deutschlandweit bei Fahrten zu Freizeitzielen weit unter 10 Prozent. Das Potenzial ist erkennbar, wenn man in Ansatz bringt, dass rund 30 Prozent der Fahrten zu Freizeitzielen angetreten werden. Die RMV GmbH versucht derzeit mit einer Reihe von Lokalen Nahverkehrs-Organisationen (LNO) erste Projekte zur Stärkung der ÖPNV-Nutzung im Freizeitbereich zu entwickeln und umzusetzen. Basis bilden eine Potenzialstudie, die dem Arbeitskreis der LNO-Geschäftsführer vorgestellt wurde, sowie ein Konzept Freizeit- und Tourismusverkehr im RMV, das derzeit weiterentwickelt wird. Linienbezogen soll demnach unter dem Arbeitstitel „Aktiv in der Region“ eine stärkere Vermarktung der ÖPNV-Fahrmöglichkeiten im Zusammenhang mit interessanten Zielen erfolgen. Dazu sind Kooperationen mit den LNO sowie Tourismusakteuren vor Ort geplant. Beispielsweise ist eine Broschüre für die Taunusbahn zu erwähnen. Für die RMV-Linie 10 (Rheingau-Linie), zum Fahrplanwechsel 2010 mit neuem Betriebsprogramm und neuem Betreiber, soll im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes ein Ansatz für sanften (nachhaltigen) Tourismus entwickelt werden.

Neben verschiedenen Marketingmaßnahmen für die ErlebnisCard 2010, ein zielgruppenorientiertes Produkt zur Verknüpfung von Freizeitaktivitäten mit dem RMV, und die Betreuung der Partner sowie der Persönlichen Jahreskartenkunden wurden verstärkt neue Partner in den Bereichen Handel, Gastronomie, Kultur und Freizeit akquiriert. Diese Partner bieten den Kunden der RMV-ErlebnisCard attraktive Nutzer-Konditionen.

Ein weiterer Schwerpunkt bildete eine Kooperation mit der Hessischen Staatskanzlei im Rahmen der Einführung der Hessischen Familienkarte. Hier wurden Partner mit attraktiven Rabatten aus dem Bereich „Freizeit & Tourismus“ akquiriert und im Rahmen der Kooperation zusammengestellt.

Der RMV ist Premium-Partner der Familienkarte Hessen. Mit der ErlebnisCard als Teil der Familienkarte Hessen können Familien gemeinsam bei ausgesuchten Partnern Angebote im Bereich Freizeit und Tourismus zu besonderen Konditionen nutzen.

Elektromobilität

Elektromobilität ist künftig ein zentrales Entwicklungsthema und ein wesentlicher Baustein bei der nachhaltigen Sicherung von Mobilität in der Region Frankfurt RheinMain. Große Teile des schienengebundenen ÖPNV werden bereits elektrisch angetrieben, wie S-Bahnen, Regionalbahnen auf elektrifizierten Strecken sowie lokale Straßenbahnen und U-Bahnen. Im Busbereich sind im Gebiet des RMV derzeit keine Busse mit Oberleitung im Einsatz. Deutschlandweit gibt es diese sogenannten O-Busse in Esslingen. Busse mit Elektromotor und einer Batterie als Energiespeicher gibt es derzeit in Deutschland nicht im Betrieb. Der RMV möchte auf Basis erster Erfahrungen im Umgang mit der Elektromobilität einen grundsätzlichen Mobilitätsansatz entwickeln, der die gesamte Wegekette unter Einschluss aller Verkehrsmittel erfasst. Dazu bedarf es weiterer Partner in der Region, wie Lokalen Nahverkehrsorganisationen, Verkehrsunternehmen, der Gesellschaft für ein integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement (ivm) GmbH oder Partnern aus Verwaltungen, Industrie, Handel und Dienstleistungen.

Die Region Frankfurt RheinMain ist aktuell eine der Modellregionen für Elektromobilität in Deutschland. Gemeinsam mit dem lokalen Partner Offenbacher Verkehrsbetriebe (OVB) und einem privaten Anbieter für umweltfreundliche Mobilitätsangebote (Lautlos durch RheinMain) wurde in 2010 ein vom Bundesministerium für Verkehr, Bauwesen und

Stadtentwicklung (BMVBS) gefördertes Projekt „Linie 103“ gestartet. Kern dieses Projektes soll die Realisierung eines Testbetriebes mit einem Elektrobus auf der lokalen Buslinie 103 sein. An einem zentralen Umsteigepunkt in Offenbach-Marktplatz werden die Integrationsmöglichkeiten komplementärer Mobilitätsangebote wie ECar (Elektroauto auf Mietbasis) oder Pedelec (Fahrrad mit elektrischem Unterstützungsantrieb) untersucht und Ansätze für eine Vermarktung von E-Mobilitätslösungen getestet. Geeignete Abstellmöglichkeiten und eine Ladeinfrastruktur runden das Leistungsportfolio des Projektes ab. Die RMV GmbH wird dabei den Anforderungen und Erfahrungen aus Kundensicht starkes Augenmerk widmen sowie eine Übertragbarkeit des Ansatzes abschätzen. Die Laufzeit des Projektes geht bis Ende Juni 2011.

Clusterinitiative RheinMain im Rahmen der Zusammenarbeit im House of Logistics and Mobility (HOLM)

Die RMV GmbH hat im Jahr 2010 mit Partnern der Wirtschaft und mit der European Business School EBS erfolgreich einen Projektförderantrag beim Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) eingereicht.

Ziel ist es, zur Konzeption, Realisierung, Beurteilung und Nachweisführung nachhaltigen Handelns übergreifende und interdisziplinäre Ansätze für die Logistik- und die Mobilitätsbranche zu entwickeln und zu erproben.

Die Prozesse reichen von Ausschreibungen und Beschaffungsvorgängen über die Organisation und die Dokumentation nachhaltigen Handelns bis hin zu einer Anwendung rechtlicher Vorschriften und der Entwicklung eines Kommunikationskonzeptes in Richtung eines „political engineering“.

Beispielhaft wird die Entwicklung CO²-reduzierender Produktions- und Beschaffungsprozesse in den Bereich Mobilität und Logistik betrachtet. Für den RMV findet sich der Ansatzpunkt in den Aktivitäten zur Ausschreibung von Verkehrsleistungen. Hier werden Anforderungen an die Erstellung der Verkehrsleistungen und den Einsatz von rollendem Material entwickelt und als Standards festgeschrieben.

Dabei wird durch entsprechende Projektpartner der weite Teil von Mobilitäts- und Logistik-Wertschöpfungsketten betrachtet. Das Projekt hat eine Laufzeit bis 2015.

7. Sonstige Angaben

Die Aufsichtsgremien der RMV GmbH - Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung - tagten turnusmäßig. Die entsprechenden Beschlussfassungen zum Leistungsangebot, zum Jahresabschluss und zur zweckentsprechenden Verwendung der Landesmittel mit der Einnahmenaufteilung/Abrechnung (EAV/ABR) sowie zum Tarif erfolgten mit den erforderlichen Mehrheiten.

Wasserverband Nidda

Leonhardstr. 7, 61169 Friedberg/H.

Tel.: 06031 / 83-7100 - Fax: 06031 / 83-7104

E-Mail: info@wasserverband-nidda.de

Internet: www.wasserverband-nidda.de

Unternehmenszweck

Verbandszweck:

Aufgabe ist es, entsprechend den Vorgaben des Hessischen Wassergesetzes in seiner jeweils gültigen Fassung folgende Gewässer auszubauen und einschließlich ihrer Uferlandstreifen, soweit sie im Eigentum des Verbandes oder einer Gemeinde stehen, zu unterhalten, insbesondere unter Beachtung des Hochwasserschutzes den naturnahen Gewässerzustand zu erhalten oder wieder herzustellen (Renaturierung).

- Die Nidda (ca. 75 km) von der oberen Bebauungsgrenze Schotten - Rudingshain bis zum Eschersheimer Wehr im Stadtgebiet Frankfurt/Main. In der Ortslage Rudingshain ist der Graswiesenbach / Streitbach (ca. 1 km) ebenfalls in der Unterhaltung des Wasserverbandes.
- Den Flutgraben (ca. 4 km) in Nidda. Die Ulfa (ca. 5 km) von der Eselsbrücke bei Ulfa bis zur Mündung in Unter Schmitten in die Nidda
- Die Wetter (ca. 54 km) von der Gemarkungsgrenze Lich - Ober-Bessingen / Laubach - Münster bis zur Mündung in die Nidda in Niddatal - Assenheim
- Den Eichelbach ab 01.01.2012 (ca. 18 km) von der unteren Bebauungsgrenze Schotten (OT Breungeshain) bis zur Mündung in Eichelsdorf in die Nidda.

Weitere Hauptaufgaben sind das Erstellen, Betreiben und Unterhalten von Talsperren und Hochwasserrückhalteanlagen. Ebenso sind wir für die Errichtung und Unterhaltung von Bauwerken in und an den Gewässern zuständig. Die schließt vorhandene Bauwerke ein, sofern es nicht Aufgabe von Triebwerksbesitzern oder von sonstigen Verpflichteten ist. Als Talsperre betreiben wir die Niddatalsperrre in Schotten-Rainrod. Unsere Hochwasserrückhaltebecken stehen in Lich, Nidda-Ulfa und Nidda-Eichelsdorf. In unserer Talsperre und den Hochwasserrückhaltebecken stellen wir einen Speicherraum für über 11 Mio. cbm Wasser zum Schutz von Hab und Gut der Bevölkerung des Verbandsgebietes bereit.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Hochwasserschutz und Gewässerunterhaltung

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1966

Anteile in %: 5,55 %

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Hochwasserschutz und Gewässerunterhaltung

Organe des Unternehmens

Verbandsvorstand:

Oswin Veith - Vorsitzender (Bardo Bayer)	Herbert Unger (Manfred Wetz)	Dr. Bernhard Hertel (Kurt Meisinger)
Siegfried Fricke - stellv. Vors. (Andrea Kaup)	Peter Ziebarth (Michael Keller)	Cäcilia Reichert-Dietzel (Helmut Krailing)
Werner Kristeller (Dr. Holger Krier)	Guido Rahn (Adolf Koch)	Bernd Klein (Barbara Kröger)
Armin Häuser (Michael Merle)	Hans-Peter Seum (Reimund Becker)	S. Schaab-Madeisky (Heide Förschner)
Dr. Thomas Stöhr (Jörg Frank)	Ulrich Madeisky (Uwe Mayer)	

Verbandsversammlung:

Elke Högy (Manfred Paul)	Manfred Schütz (Karl Heinrich Schmidt)	Dieter Eisenberg (Oliver Seuss)
Kurt Stiehler (Otto Heinrich Winter)	Hans-Peter Lang (Ralf Eichelmann)	Christian Dietzel (Roswitha Petzold)
Hubertus Ellerhusen (Rudolf Henrich)	Reinhard Henrich Huth (Herbert Wellenberg)	Theo Pauly (Pia Rolly)
Ernst Appel (Michael Rockstroh)	Otmar Stein (Jürgen Hintz)	Alfons Götz (Heinz Arnold)
Jürgen Patscha (Rainer Wengorsch)	Hans Jürgen Zeiß (Manfred Müller)	Reiner Dern (Josefine Lischka)
Albrecht Kliem (Christian Brück)	Hans Gotthard Lorch (Thomas Repp)	Barbara Steffani-Velden (Michael Mohles)

Geschäftsführer: Stefan Gottbehüt

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: Körperschaft des öffentlichen Rechts
Gründungsdatum: 24.05.1961
Verbandssatzung : 29.11.1999
Beteiligungen: keine

Mitglieder und Anteile: (je 5,55 %)

Landkreis Gießen	Gemeinde Florstadt	Stadt Nidda
Vogelsbergkreis	Stadt Frankfurt am Main	Stadt Niddatal
Wetteraukreis	Stadt Friedberg (Hessen)	Gemeinde Ranstadt
Stadt Bad Nauheim	Stadt Karben	Gemeinde Rockenberg
Stadt Bad Vilbel	Stadt Lich	Stadt Schotten
Stadt Butzbach	Stadt Münzenberg	Gemeinde Wöllstadt

Hauswirtschaftliche Eckdaten:

Die Eröffnungsbilanz 2009 sowie der Abschluss 2010 lagen zum Abschluss des Beteiligungsberichtes 2011 noch nicht vor.

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter:

Beim Wasserverband NIDDA sind insgesamt sechs Personen hauptamtlich angestellt. Es wird mit dem Nachbarverband NIDDER-SEEMENBACH eine Geschäftsstelle betrieben und Personal und Sachmittel gemeinsam und wirtschaftlich eingesetzt. Im Büro der Geschäftsstelle in der Leonhardstraße 7 in Friedberg sind der Geschäftsführer, zwei Verbandsingenieure und eine teilzeitbeschäftigte Verwaltungskraft tätig. Drei Arbeiter führen ihren Dienst an der Niddatalsperre in Schotten-Rainrod aus.

Gegen Entschädigung werden der Verbandsvorsteher, die beiden Verbandskassenverwalterinnen und ein Stauwärter beschäftigt.

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs:

Siehe hauswirtschaftliche Eckdaten

Ertragslage des Unternehmens:

ausgeglichener Haushalt

Kreditaufnahmen:

keine

Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:

keine

Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den : Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft

keine

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Gewässerunterhaltung, Hochwasserschutz

Wasserverband Schwalm

Parkstr. 6, 34576 Homberg (Efze)

Tel.: 05681 / 775-206 - Fax: 05681 / 775-207

E-Mail: info@wasserverband-schwalm.de

Internet: www.wasserverband-schwalm.de



Unternehmenszweck

Verbandszweck:

Der Verband hat zur Aufgabe im Gebiet seiner Mitgliedsgemeinden (Verbandsgebiet)

1. im Sinne des regionalen und überregionalen Hochwasserschutzes den Abfluss der Verbandsgewässer zu regeln und dazu die notwendigen Anlagen zu bauen, zu unterhalten und zu betreiben.
Hierzu zählen drei Hochwasserrückhaltebecken (Treysa-Ziegenhain, Heidelbach und Antrifftalsperre) mit einem Stauvolumen von insgesamt 16,8 Mio. Kubikmeter sowie 10 Pegelstationen, 5 Niederschlagsstationen und zahlreichen Nebenanlagen (Stauklappen und Pumpwerke).
2. Gewässerunterhaltung der Verbandsgewässer mit einer Länge von insgesamt 221 km: Schwalm, Antreff (Antrift), Grenff, Steina, Grenzebach, Wiera, Eifa, Berfa, Efze, Gilsa, Urff, Klingelbach (Homberg-Mardorf), Katterbach, Leimbach, Olmes, Ransbach, Baumbach, Ittersbach, Schlierbach, Ascheröderbach ab einem Niederschlagsgebiet von 5 km².

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Hochwasserschutz, Gewässerunterhaltung

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1962 (Gründungsjahr)

Anteil: 2,0499 %

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Hochwasserschutz, Gewässerunterhaltung

Organe des Unternehmens

Verbandsversammlung:

- Winfried Becker - Vorsitzender
 Günter Jung - stellv. Vorsitzender
 Mitglieder - die von den jeweiligen Mitgliedern gewählten Vertreter sind
 entsprechend dem Beitrag stimmberechtigt

Verbandsvorstand:

- | | |
|------------------------------------|-------------------------------------|
| Winfried Becker - Vorsitzender | |
| Günter Jung - stellv. Vorsitzender | Klemens Olbrich - Stellvertreter |
| Johannes Averdung - Mitglied | Rudolf Marx - Stellvertreter |
| Ralf Becker- Mitglied | Michael Köhler - Stellvertreter |
| Erich Diehl - Mitglied | Günter Schlemmer - Stellvertreter |
| Bernd Heßler - Mitglied | Volker Steinmetz - Stellvertreter |
| Wilhelm Kröll - Mitglied | Kai Knöpfer - Stellvertreter |
| Heinrich Vesper - Mitglied | Jürgen Kaufmann - Stellvertreter |

Betriebsleitung: Dipl.-Ing. Peter Kugler

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: Körperschaft des öffentlichen Rechts
Gründungsdatum: 1962
Verbandssatzung: 15.03.1996, zuletzt geändert 18.01.2010

Mitglieder und Anteile:

Kreis/Stadt/Gemeinde	%	Kreis/Stadt/Gemeinde	%
Gemeinde Antrifttal	1,8466	Stadt Borken (Hessen)	10,8447
Gemeinde Bad Zwesten	5,5299	Stadt Felsberg	2,7377
Gemeinde Jesberg	2,0798	Stadt Homberg (Efze)	6,2752
Gemeinde Knüllwald	2,3751	Stadt Kirtorf	0,6821
Gemeinde Neuental	6,7255	Stadt Neukirchen	3,0788
Gemeinde Schrecksbach	3,8577	Stadt Schwalmstadt	14,6568
Gemeinde Wabern	9,0203	Stadt Schwarzenborn	0,2517
Gemeinde Willingshausen	5,9335	Schwalm-Eder-Kreis	13,3045
Stadt Alsfeld	8,7502	Vogelsbergkreis	2,0499

<i>Beiträge</i>	<u>2010 / €</u>	<u>2009 / €</u>
der Landkreise von insgesamt	95.100,00	94.550,00
der Verbandsgemeinden von insgesamt	260.000,00	260.000,00

Die im Beitragsbuch festgesetzten Beiträge wurden vollständig und in der richtigen Höhe erhoben.

Hauswirtschaftliche Eckdaten:

Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Beteiligungsberichtes lagen die geprüften Jahresabschlüsse der Haushaltsjahre 2008 bis 2010 noch nicht vor.

Die nachfolgend dargestellte geprüfte Eröffnungsbilanz des Wasserverbandes Schwalm zum 01.01.2008 wurde am 25. Januar 2011 durch die Verbandsversammlung festgestellt.

Im Rahmen der Erstellung der Eröffnungsbilanz wurden die Anteile der Mitgliedskommunen am Wasserverband Schwalm festgelegt, sowie deren Anteile in Euro ermittelt. Die Berechnung erfolgte anhand des durchschnittlichen Beitrages der vergangenen fünf Jahre (2003-2007). Daraus ergab sich der prozentuale Anteil der jeweiligen Mitgliedskommune am Wasserverband Schwalm. Gemessen am Eigenkapital des Verbandes wurden die Anteile in Euro ermittelt.

Die Jahresabschlüsse 2008 bis 2010 lagen zum Abschluss des Beteiligungsberichtes 2011 noch nicht vor.

Eröffnungsbilanz des Unternehmens zum 01.01.2008

AKTIVA	01.01.2008 €	PASSIVA	01.01.2008 €
1 Anlagevermögen	9.305.804,23	1 Eigenkapital	2.405.488,17
1.1. Immat. Vermögensgegenstände	5.457,00	1.1 Nettoposition	1.197.578,45
1.1.1. Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	5.457,00	1.2 Rücklagen und Sonderrücklagen	1.207.909,72
		1.2.1 Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	1.207.909,72
1.2 Sachanlagen	9.300.347,23	2 Sonderposten	7.828.930,97
1.2.1 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	442.666,10	2.1 Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge	7.828.930,97
1.2.2 Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	212.333,04	2.1.1 Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	7.828.930,97
1.2.3 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	8.593.586,09		
1.2.5 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	51.762,00	4 Verbindlichkeiten	282.460,88
2 Umlaufvermögen	1.210.688,76	4.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahme	204.953,51
2.3 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	554,21	4.2.1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	204.542,73
2.3.1 Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	103,50	4.2.2 Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen	379,80
2.3.3 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	439,71	4.2.3 Sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten	30,98
2.3.5 Sonstige Vermögensgegenstände	11,00	4.4 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	61.065,12
2.4 Flüssige Mittel	1.210.134,55	4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	13.632,46
3 Rechnungsabgrenzungsposten	514,85	4.8 Sonstige Verbindlichkeiten	2.809,79
4 Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00	5 Rechnungsabgrenzungsposten	127,82
Summe Aktiva	10.517.007,84	Summe Passiva	10.517.007,84

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 5 (Jahresdurchschnitt)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Allgemeines:

Im Jahr 2009 wurden die Beiträge für die Mitgliedsgemeinden des Wasserverbandes Schwalm von 405.000 € auf 260.000 € herabgesetzt. Dies galt auch für das Jahr 2010. Für das Haushaltsjahr 2011 ist weder eine Erhebung der Mitgliedsbeiträge von den Gemeinden noch eine Erhebung der Beiträge (für die Verwaltungskosten) von den Landkreisen geplant. Der dadurch entstehende Jahresfehlbetrag soll durch eine Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses (ehemals kameral gebildete Allgemeine Rücklage) gedeckt werden.

Kreditaufnahmen:

Die Aufnahme von Krediten war und ist in den Haushaltssatzungen der Jahre 2009 bis einschließlich 2011 nicht vorgesehen.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite gem. § 4 der Haushaltssatzung in Höhe von 100.000 € wurde nicht in Anspruch genommen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Gewässerunterhaltung, Hochwasserschutz

Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe (ZOV)

Hanauer Str. 9-13, 61169 Friedberg
Tel.: 06031 / 82-0 - Fax: 06031 / 82-1306
E-Mail: info@zov.de
Internet: www.zov.de



Unternehmenszweck

Versorgung der Bevölkerung des Verbandsgebietes und benachbarter Gebiete mit Energie und Wasser und Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs; Förderung gemeinnütziger Bestrebungen des oberhessischen Raums.

Die Geschäftsfelder des ZOV

Der ZOV hat sich zum Ziel gesetzt, Aufgaben der Wasserversorgung sowie der Abwasserbeseitigung aus kommunaler Hand zu übernehmen. Hierzu wurde ein gleichermaßen anspruchsvolles wie verantwortungsvolles Contracting-Modell entwickelt.

Sehr umfangreich sind die Bemühungen des ZOV auch auf dem Gebiet des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV).

Durch eine Bündelung von Interessen und Maßnahmen ist es gelungen, den Bus- und Schienenverkehr in der Region weitgehend zu optimieren; zum Nutzen der Bürger und Kunden, die auch in Zukunft vom Angebot eines umfangreichen und bezahlbaren Nahverkehrsangebotes profitieren sollen. Die administrative Betreuung auf dem Sektor der öffentlichen Nahverkehrsplanung wird im Verbandsgebiet durch den ZOV gewährleistet. Es werden verkehrspolitische Grundsatzentscheidungen vorbereitet und wichtige Weichenstellungen für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) vorgenommen. Die praktische Durchführung des öffentlichen Nahverkehrs wird durch die Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH (VGO) organisiert.

Nach wie vor steht die Umsetzung des regionalen Nahverkehrskonzeptes dabei in der Trägerschaft der OVVG (Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH).

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

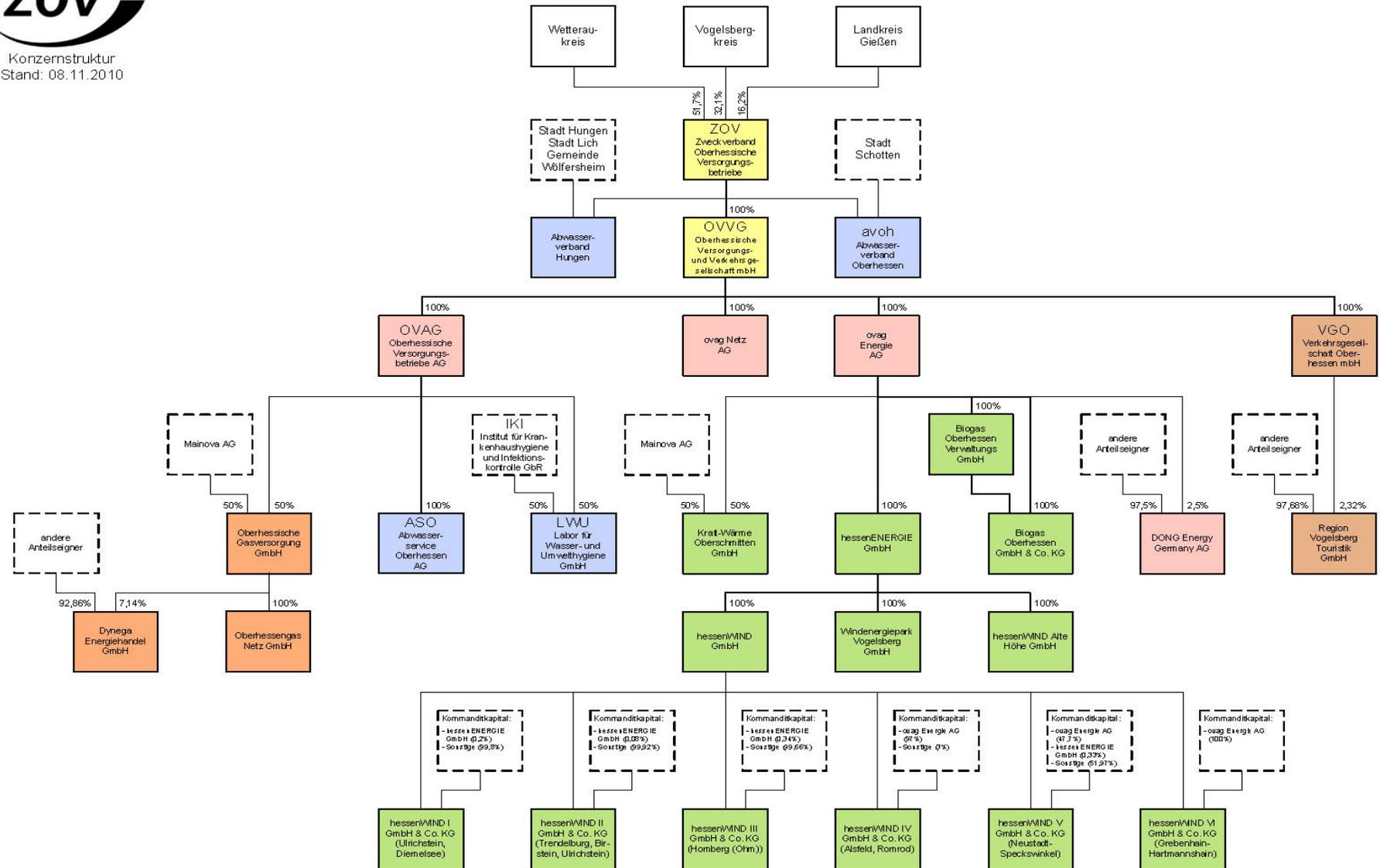
Ver- und Entsorgung

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1972

Anteile in %: 32,1 %

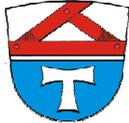
§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung: Ver- und Entsorgung



Verbandsgebiet und Mitglieder

Im ZOV, ein er öffentlich-rechtlichen Körperschaft mit Sitz in Friedberg (Hessen), haben sich die nachfolgend genannten Mitglieder zur gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben der Daseinsvorsorge zusammengeschlossen:

Landkreis Gießen



Vogelsbergkreis



Wetteraukreis



Die Vermögens- und Stimmanteile verteilen sich wie folgt:

Landkreis	Vermögensanteile	Stimmenverteilung
Landkreis Gießen	16,2 %	8 Stimmen
Vogelsbergkreis	32,1 %	16 Stimmen
Wetteraukreis	51,7 %	20 Stimmen
Gesamt	100,0 %	44 Stimmen

Verbandsvorstand:

Silvia Lübbers

Oswin Veith

Siegfried Fricke

Rudolf Marx - stellv. Verbandsvors.

Prof. Dr. M. Göldenboth

Hans-Jürgen Herbst

Wolfgang Schleiter

Diethardt Stamm

Bernfried Wieland

Karl-Heinz Schneider - Verbandsvors.

Joachim Arnold

Ekkehard Kehm

Für die Sitzungsgelder wurden
für den Verdienstausfall
und für Fahrtkostenerstattung
aufgewendet

25.000,00 €

455,00 €

6.053,70 €

Verbandsversammlung:

Dr. Christiane Schmahl	Kurt Wiegel	Guido Rahn
Siegbert Damaschke	Manfred Dickert	Karl-Peter Schäfer
Heinz Schäfer	Friedel Kopp - stellvertre-	Almut Wilser
	tender Vorsitzender	
Claus Spandau	Sven Bastian	Klaus Fischer
Andreas Lewandowski	Manfred Görig	Wolfgang Patzak
Hans-Eberhard Hoffmann	Elisabeth Hillebrand	Günter Bögelein
Hans-Jürgen Becker	Margret Jöckel	Rudolf Eimer
Manfred Weber	Rudolf Marek - stellver-	Eleonore Dietz
	tretender Vorsitzender	
Dr. Udo Ornik	Matthias Weitzel	Hubert Ellerhusen
Johannes Averdung	Rainer Michel	Lisa Gnadl
Dr. Hans Heuser - stell-	Rosa Maria Bey -	Kristina Paulenz
vertretender Vorsitzender	Vorsitzende	
Ulrich Künz	Erhard Buß	Dr. Wiltrud Risch-Laasch
Edgar Merle	Konrad Dörner	Gerhard Weber
Michael Refflinghaus	Jutta Heck	Georg Wegner
Hans-Jürgen Schäfer	Walter Pöllmann	

Für Vergütungen an Mitglieder der Verbandsversammlung wurden gezahlt	74.880,00 €
für Verdienstausfallentschädigungen sind entstanden	2.531,70 €
Fahrtkostenerstattungen wurden insgesamt geleistet in Höhe von	39.985,82 €
Den Fraktionen im ZOV wurden insgesamt Haushaltsmittel gewährt von	4.512,50 €

Ausschüsse der Verbandsversammlung:

Die Verbandsversammlung hat zur Vorbereitung ihrer Beschlüsse und zur fachlichen Unterstützung ihrer Parlamentsarbeit folgende Ausschüsse gebildet:

Hauptausschuss	Verkehrsausschuss	Umweltausschuss
Karl-Peter Schäfer - Vorsitzender	Johannes Averdung - Vorsitzender	Gerhard Weber - Vorsitzender
Kristina Paulenz - stellvertret. Vorsitzende	Rudolf Marek - stellvertret. Vorsitzender	Claus Spandau - stellvertret. Vorsitzender
Hans-Jürgen Becker	Sven Bastian	Erhard Buß
Manfred Dickert	Günter Bögelein	Eleonore Dietz
Konrad Dörner	Manfred Dickert	Rudolf Eimer
Friedel Kopp	Rainer Michel	Elisabeth Hillebrand
Dr. Udo Ornik	Walter Pöllmann	Margret Jöckel
Wiltrud Risch-Laasch	Guido Rahn	Dr. Christiane Schmahl
Hans Jürgen Schäfer	Heinz Schäfer	Manfred Dickert
Heinz Schäfer	Manfred Weber	Kurt Wiegel
Matthias Weitzel	Georg Wegner	Almut Wilser

Geschäftsführung: Rainer Schwarz, Dipl.-Finanzwirt
Rolf Gnadt, Dipl.-Verwaltungswirt

Die beiden Geschäftsführer des ZOV üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus.

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: Zweckverband
Gründungsdatum: 1972
Satzung: 16.12.1994 (letzte Änderung vom 10.12.2010)
Stammkapital: 133.911.686,55 €
Beteiligungen: Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft
mbH (OVVG), Friedberg/Hessen 100 %

Bilanz des Unternehmens
AKTIVA
A. Anlagevermögen
I. Immat. Vermögensgegenstände

1. Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten

	2010	2009
	€	€
	653.312,00	685.575,00

II. Sachanlagen

1. Technische Anlagen und Maschinen
-
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung
-
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau

	2010	2009
	€	€
	34.018.241,43	33.307.382,68

III. Finanzanlagen

- Anteile an verbundenen Unternehmen

	2010	2009
	€	€
	133.418.531,87	133.418.531,87
	168.090.085,30	167.411.489,55

B. Umlaufvermögen
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen
-
2. Forderungen geg. Verbandsmitglieder
-
3. Sonstige Vermögensgegenstände

	2010	2009
	€	€
	852.687,41	1.178.963,93
	246.000,00	851.815,34
	2.560.648,48	511.047,54
	3.659.335,89	2.541.826,81

II. Schecks, Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten

	2010	2009
	€	€
	1.241.610,75	606.313,38
	4.900.946,64	3.148.140,19

C. Rechnungsabgrenzungsposten

	2010	2009
	€	€
	20.088,13	21.347,67
	173.011.120,07	170.580.977,41

PASSIVA
A. Eigenkapital
I. Stammkapital

	2010	2009
	€	€
	133.911.686,55	133.911.686,55

II. Rücklagen

	2010	2009
	€	€
	2.252.547,75	1.781.691,92

III. Bilanzverlust(-)gewinn

- Verlustvortrag(-)/Gewinnvortrag aus dem Vorjahr
-
- Verwendung für Einstellung in zweckgebundene Rücklagen
-
- Vorabausschüttung
-
- Jahresfehlbetrag(-)-überschuss

	2010	2009
	€	€
	-1.781.691,92	2.407.171,41
	-470.855,83	-11.089,71
	-605.815,34	-2.977.986,16
	2.049.245,51	-1.199.787,46
	-809.117,58	-1.781.691,92

	2010	2009
	€	€
	135.355.116,72	133.911.686,55

B. Sonderposten für Investitionszuschüsse

	2010	2009
	€	€
	6.116.623,00	6.265.865,00

C. Empfangene Ertragszuschüsse

	2010	2009
	€	€
	4.705.336,00	4.820.795,00

D. Rückstellungen

1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen
-
2. Sonstige Rückstellungen

	2010	2009
	€	€
	37.637,57	36.364,02
	2.758.574,50	2.408.093,83
	2.796.212,07	2.444.457,85

E. Verbindlichkeiten

1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten
-
2. Erhaltene Anzahlungen
-
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen
-
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen
-
5. Sonstige Verbindlichkeiten

	2010	2009
	€	€
	10.567.383,89	9.067.733,89
	2.448,08	8.530,78
	265.001,52	129.905,75
	269.530,62	438.837,91
	12.863.626,01	13.414.340,18
	23.967.990,12	23.059.348,51

F. Passive Rechnungsabgrenzungsposten

	2010	2009
	€	€
	69.842,16	78.824,50

	2010	2009
	€	€
	173.011.120,07	170.580.977,41

Gewinn- und Verlustrechnung

	2010 €	2009 €
1. Umsatzerlöse	15.864.414,41	15.507.790,07
2. Sonstige betriebliche Erträge	632.904,60	338.243,17
	16.497.319,01	15.846.033,24
3. Materialaufwand:		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	76.437,78	70.251,75
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	16.393.112,64	16.770.802,32
	16.469.550,42	16.841.054,07
4. Personalaufwand:		
a) Löhne und Gehälter	242.050,88	245.234,73
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	60.576,19	71.960,62
	302.627,07	317.195,35
5. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	919.192,38	912.632,43
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	633.035,87	500.310,91
	-1.827.086,73	-2.725.159,52
7. Erträge aus Beteiligungen	4.800.980,72	2.303.089,99
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	13.818,07	216.349,02
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	936.401,15	993.839,95
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.051.310,91	-1.199.560,46
11. Außerordentliche Aufwendungen	1.749,40	0,00
12. Sonstige Steuern	316,00	227,00
13. Jahresfehlbetrag(-)/überschuss	2.049.245,51	-1.199.787,46
14. Ergebnisvortrag aus dem Vorjahr	-1.781.691,92	2.407.171,41
15. Entnahme aus aus anderen Rücklagen	0,00	164.401,14
16. Einstellung in andere Rücklagen	-470.855,83	-175.490,85
17. Vorabausschüttung	-605.815,34	-2.977.986,16
18. Bilanzverlust(-)-gewinn	-809.117,58	-1.781.691,92

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 4 (durchschnittlich) + 2 Teilzeitkräfte

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs: Siehe Lagebericht

Ertragslage des Unternehmens: Jahresüberschuss 2.049.245,51 €

Kreditaufnahmen: keine

Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten: keine

Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft: Dividende: 592.862,76 €

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Ver- und Entsorgung

Auszug aus dem Lagebericht

Lage der Gesellschaft:

Seit dem 1. Januar 2004 sind auf die Wirtschaftsführung des Zweckverbandes Oberhessische Versorgungsbetriebe (ZOV) die Vorschriften über Eigenbetriebe sinngemäß anzuwenden. Damit ist der ZOV nach § 26 EigBGes verpflichtet, einen Lagebericht aufzustellen.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Nach dem starken Rückgang im Jahr 2009 ist die deutsche Wirtschaft im Jahr 2010 wieder kräftig gewachsen. Das Bruttoinlandsprodukt stieg preisbereinigt um 3,6 %. Diese Intensität im Wirtschaftswachstum wurde seit der Wiedervereinigung nicht mehr erreicht. Insbesondere im produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) kam es zu einem Anstieg von 10,3 %. Für 2011 wird ein reales Wachstum von 2,5 % erwartet. Die Exporte stiegen um 14,2 %, wobei der Rückgang des Krisenjahres 2009 fast vollständig kompensiert wurde. Die Importe stiegen um 13 %.

Weitere positive Impulse kamen von den privaten Konsumausgaben (preisbereinigte Steigerung um 0,5 %) sowie den Konsumausgaben des Staates (Anstieg um 2,2 %).

Die Anzahl der Erwerbspersonen stieg im Jahresdurchschnitt 2010 um 212.000 auf knapp 40,5 Mio. Die Erwerbslosenquote betrug 6,8 % im Vergleich zu 7,4 % im Vorjahr. Die gesamtwirtschaftliche Situation spiegelt sich gemäß IHK-Konjunkturumfrage vom Herbst 2010 auch in den Landkreisen (Wetteraukreis, Vogelsbergkreis und Landkreis Gießen) wider. Die Arbeitslosenquoten sanken im Vergleich zum Vorjahr um 0,8 % auf 6 % im Vogelsbergkreis sowie um jeweils 0,6 % im Landkreis Gießen auf 7,6 % und im Wetteraukreis auf 5,7 %. Für die Zukunft wird der durch die demografische Entwicklung bedingte Fachkräftemangel noch vor der Alterung der Belegschaften als größtes Problem identifiziert.

Unternehmensentwicklung

Nachfolgend ist die Entwicklung der Sparten im ZOV kurz dargestellt:

Verwaltung:

Die Verwaltung des ZOV umfasst die Koordination der Verbandsorgane sowie die allgemeine Verwaltung. Bestimmende Größe für das Jahresergebnis des Verbandes war auch im Jahr 2010 die in der Sparte Vermögensverwaltung vereinnahmte Ausschüttung der Oberhessischen Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (OWG) von rund 4,8 Mio. €.

Verkehr:

Der Bereich Verkehr führt die ihm durch die EU-Verordnung 1370/07 und das Hessische ÖPNV-Gesetz zugeordneten Aufgaben durch. ZOV-Verkehr ist demnach zuständige Behörde für die Begründung von gemeinwirtschaftlichen Pflichten für den lokalen Linienverkehr im Verbandsgebiet sowie die Gewährung von ausschließlichen Rechten und/oder finanziellen Ausgleichsleistungen für die Erfüllung dieser Pflichten. In 2010 hat der ZOV als Aufgabenträger keine gemeinwirtschaftlichen Ausschreibungen für auslaufende Konzessionen vorgenommen. Das konzerneigene Dienstleistungsunternehmen VGO ist bis Ende 2018 mit der Durchführung und Finanzierung des lokalen Busverkehrs im Verbandsgebiet betraut.

Frischwasser und Abwasser

Gemeinde Hirzenhain:

Seit dem 1. Juli 2004 ist der ZOV für die Wasserversorgung und die Abwasserbeseitigung in der Gemeinde Hirzenhain zuständig. Nach der Anpassung zum 1. Januar 2010 betrug die Abwassergebühr 6,00 € je cbm Frischwasserverbrauch, die Frischwassergebühr 2,40 € je cbm. In 2010 wurde die Sanierung der Leitungen in der Waidstraße sowie des Kanals an der Hugo-Buderus-Schule fortgesetzt. Für das Jahr 2011 ist im Wesentlichen im Zusammenhang mit der Straßensanierung in der Ortsdurchfahrt in Glashütten die Sanierung der Wasserleitung und des Kanals geplant.

Stadt Nidda:

Zum 1. Juli 2005 hat der ZOV die Abwasserbeseitigung der Stadt Nidda im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung bzw. per Kauf- und Übertragungsvertrag übernommen. Die Benutzungsgebühren für den Bereich Abwasserbeseitigung Nidda beträgt unverändert 4,20 € pro cbm Frischwasserverbrauch. In 2010 lag der Schwerpunkt der Arbeiten

in der Sanierung der Ortsdurchfahrt in Ulfa, diese Baumaßnahme soll in 2011 fortgesetzt werden und wiederum den Schwerpunkt der Arbeiten bilden.

Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des ZOV im Berichtsjahr ist als ausgeglichen zu bezeichnen. Das Jahresergebnis des ZOV wird wesentlich durch das Ergebnis der Sparte ZOV-Verkehr sowie die Ausschüttung der OWG geprägt.

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 2,4 Mio. € auf 173,0 Mio. €. Der Bestand an Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenständen erhöhte sich von 33,3 Mio. € um 0,7 Mio. € auf 34,0 Mio. €. Der Ausweis der Finanzanlagen betrifft ausschließlich die Beteiligung an der OWG und beträgt unverändert 133,4 Mio. €.

Die Entwicklung der Anlagen im Bau in 2010 zeigt die folgende Tabelle:

Maßnahme	Stand 01.01.2010	Zugang	Umbuchung in fertige Anlagen	Stand 31.12.2010
Merkenfritz, Waldstraße - Mischwasserkanal	5.161,50	0,00	5.161,50	0,00
Ulfa, Abtrennung Außengebietswasser (RW)	42.825,96	557.474,00	0,00	600.299,96
Unter-Schmitten, Am Hinterhof - Kanal	30.892,32	251.866,74	0,00	282.759,06
Regenwasserkanal	12.344,72	0,00	12.344,72	0,00
Ober-Lais, Glashütter Str. - RÜ1	2.797,97	4.387,39	0,00	7.185,36
Fauerbach, Deckmannsgasse - Kanal	6.846,23	311,93	0,00	7.158,16
Fauerbach, Mittelgasse - Kanal	2.766,44	291,13	0,00	3.057,57
Fauerbach, Wenzelgasse - Kanal	2.624,49	291,13	0,00	2.915,62
Ulfa, Hinterstr., Ernstgasse - MW-Kanal	35.457,94	269.043,49	0,00	304.501,43
Merkenfritz, Waldstraße - Wasserleitung	957,53	0,00	957,53	0,00
Unter-Schmitten, Am Hinterhof - RÜ17	7.140,00	5.475,84	0,00	12.615,84
Glashütten, Ortsdurchfahrt - Kanal	16.871,26	8.632,03	0,00	25.503,29
Glashütten, Ortsdurchfahrt - Wasserleitung	7.119,15	1.607,70	0,00	8.726,85
Hirzenhain, H.-Buderus-Schule Mischw.-Kanal	2.152,27	0,00	2.152,27	0,00
Ulfa, Zimmerstraße - Mischwasserkanal	5.501,90	206.154,64	0,00	211.656,54
Nidda, Abellstraße/Pflanzgarten - Kanal	0,00	26.624,77	0,00	26.624,77
Glashütten, Inlinersanierung	0,00	47.000,00	0,00	47.000,00
Unter-Schmitten, Am Hinterhof - Kanal	0,00	4.809,98	0,00	4.809,98
	181.459,68	1.383.970,77	20.616,02	1.544.814,43

Die Forderungen und sonstige Vermögensgegenständen erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,2 Mio. € auf 3,7 Mio. €. Der Bestand an flüssigen Mitteln stieg im Vergleich zum Vorjahr von 606 T€ auf 1.242 T€.

Das Eigenkapital des ZOV erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 1.443 T€ auf 135.355 T€. Die für Investitionen in den Bereichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung gewährten Zuschüsse und Beiträge hatten zum Bilanzstichtag noch einen Restbuchwert von 10.822 T€, wobei der Zuführung von 41 T€ eine zeitanteilige Auflösung von 305 T€ in 2010 gegenüber stand. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen betreffen ausschließlich den Anteil am ZVK Sanierungsgeld. Die sonstigen Rückstellungen enthalten im Wesentlichen Rückstellungen für ausstehende Rechnungen betreffend erbrachte

Verkehrsleistungen (2.727 T€) sowie Kosten für die Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses (17 T€). Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 1.500 T€ auf 10.567 T€ erhöht. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen erhöhten sich um 135 T€ auf 265 T€. Die sonstigen Verbindlichkeiten betreffen in erster Linie die nicht auf den ZOV übertragenen Darlehen (12.567 T€), für die die Übernahme der Zins- und Tilgungsleistungen durch den ZOV mit den ursprünglichen Darlehensnehmern, der Stadt Nidda bzw. in einem Fall der Gemeinde Hirzenhain, vereinbart wurde.

Zusammenfassende Darstellung		2010	2009
Bilanzsumme	Mio. €	173,01	170,58
Anlagevermögen	Mio. €	168,09	167,41
Umlaufvermögen inkl. ARAP	Mio. €	4,92	3,17
Eigenkapital	Mio. €	135,36	133,91
Deckungsgrad des Anlagevermögens	%	80,53	79,99
Eigenkapitalquote (Grad der finanziellen Unabhängigkeit)	%	78,23	78,50

Die Entwicklung der Umsatzerlöse im Ver- und Entsorgungsgebiet der Gemeinde Hirzenhain sowie im Entsorgungsgebiet der Stadt Nidda ist innerhalb der Parameter wie Witterung und Veränderung der Einwohnerzahlen anzusiedeln.

Umsatzerlöse	2010		2009
	Menge cbm	Erlöse T€	Erlöse T€
ZOV-Verkehr	-	11.082	10.833
Wasserversorgung Hirzenhain	115.558	302	276
Abwasserbeseitigung Hirzenhain	109.863	735	767
Abwasserbeseitigung Nidda	762.278	3.745	3.632
Summe		15.864	15.508

Die sonstigen betrieblichen Erträge resultieren vor allem aus der erfolgswirksamen Auflösung der Zuschüsse und Anschlussbeiträge für Wasser- und Abwasseranlagen und der Auflösung von Rückstellungen.

Im Materialaufwand von 16,5 Mio. € sind neben den Aufwendungen für die vom ZOV bestellten Verkehrsleistungen (13,7 Mio. €) die Aufwendungen für die Instandhaltung der Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen sowie die Aufwendungen der Sparte „Allgemeine Verwaltung“ erfasst.

Der Personalaufwand umfasst die Aufwendungen für die Mitarbeiter der Sparten ZOV-Verkehr, allgemeine Verwaltung sowie Wasser/ Abwasser und betrug im Berichtsjahr 303 T€.

Die Abschreibungen betreffen die planmäßigen Abschreibungen des Anlagevermögens der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und der Verkehrssparte und betragen 919 T€. Unter den sonstige betriebliche Aufwendungen von 633 T€ sind im Wesentlichen Verwaltungsaufwendungen des ZOV und Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder der Gremien des ZOV ausgewiesen sowie weitergeleitete Zuschüsse zu Verkehrsleistungen.

Die Erträge aus Beteiligungen betreffen die Ausschüttung der OVVG in Höhe von 4.801 T€.

Die außerordentlichen Aufwendungen beruhen auf der Erstanwendung des BiIMoG.

Der ausgewiesene Bilanzverlust soll vorbehaltlich eines noch ausstehenden Beschlusses der Verbandsversammlung auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Die zweckgebundenen Rücklagen erhöhen sich um die Zuführungen von 471 T€.

Beitrag der Sparten zum Gesamtergebnis	2010	2009
	T€	T€
Allgemeine Verwaltung	-138,8	-134,4
Vermögensverwaltung	+4.801,0	+2.507,7
Verkehr	-2.901,7	-3.408,7
Trinkwasserversorgung	+71,3	+14,7
Abwasserentsorgung	+217,5	-179,1
Jahresüberschuss/-fehlbetrag ZOV	+2.049,2	-1.199,8

Zusammenfassende Darstellung	2010	2009
	T€	T€
Umsatzerlöse	15.864,4	15.507,8
Betriebsergebnis	-1.827,1	-2.725,4
Finanzergebnis	3.878,4	1.525,6
davon Beteiligungserträge 4.800 T€ (Vorjahr 2.303 T€)		
Außerordentliche Aufwendungen	-1,7	0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag ZOV	+2.049,2	-1.199,8

Personal

Am 31. Dezember 2010 waren im Bereich ZOV-Verkehr zwei Mitarbeiter, im Bereich Wasser/ Abwasser Allgemein ein Mitarbeiter und im Bereich Abwasser Nidda ein weiterer Mitarbeiter beschäftigt. Insgesamt betrug der Personalaufwand 303 T€.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Wirtschaftsjahres

Solche Vorgänge haben sich nicht ereignet.

Ausblick:

Risikobericht

Der ZOV - in seiner Tätigkeit neben dem zunehmenden Wettbewerb, unkalkulierbaren politischen Motiven und dem sich ändernden Rechtsrahmen einer Vielzahl weiterer Risiken ausgesetzt - ist in das Risikomanagementsystem des OVVG integriert.

Risiken werden systematisch erfasst und in die Entscheidungsprozesse einbezogen. Für den ZOV spezifische Risiken aus der technischen Geschäftstätigkeit werden zudem durch individuelle Prozesse berücksichtigt, sind jedoch nicht Teil des Risikomanagementsystems und entsprechend nicht umfassend dokumentiert. Den Fortbestand des Unternehmens gefährdende Risiken sind derzeit nicht erkennbar.

Im Bereich Verkehr können für die Wahrnehmung neu hinzugekommener Aufgaben und Zuständigkeiten künftig die dafür erforderlichen Personal- und Sachaufwendungen steigen.

Die Betriebszweige Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sind durch den jeweils in der Satzung festgeschriebenen Anschluss- und Benutzungszwang derzeit keinen direkten Marktrisiken ausgesetzt.

In allen Betriebszweigen entstehen Risiken durch eingesetzte Technik und Personal sowie höhere Gewalt wie z.B. Wettereinflüsse. Diesen wird begegnet durch die permanente Aus- und Weiterbildung des Personals sowie hohe Sicherheitsstandards und permanente Prüf-, Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten. In wirtschaftlich sinnvollem Rahmen werden die Betriebsrisiken durch Versicherungen begrenzt.

Durch den Betrieb der IT zur Unterstützung der Geschäftsprozesse entstehen weitere Risiken. Diesen wird durch betriebsinterne Sicherheitsmaßnahmen und den Einsatz aktueller Software sowie durch entsprechende Schulungen des Personals entgegengewirkt.

Wegen des Kapitaleinsatzes und der langfristigen Kapitalbindung sind Investitionsprojekte mit Chancen und Risiken verbunden. Vorbereitung und Umsetzung solcher Projekte folgen daher einem internen Genehmigungsprozess.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

In seinen Geschäftsfeldern ist der ZOV speziellen Risiken und Chancen ausgesetzt: Vorgaben des Gesetzgebers zur Kontrolle und Sanierung der Kanalnetze im Rahmen der EKVO bedeuten auch über die derzeit laufenden Maßnahmen hinaus für die Zukunft erheblichen Mittelbedarf für die Sanierung.

Nach den beiden erfolgreich verlaufenen Projekten Hirzenhain und Nidda in den Bereichen Wasser und Abwasser ergibt sich nun die Möglichkeit, mit weiteren Kommunen in aussichtsreiche Gespräche zu treten und diese Bereiche in Zukunft stärker auszubauen.

Vor dem Hintergrund nach wie vor knapper kommunaler Finanzen sind die Kooperationsangebote des ZOV für Kommunen sicher sehr interessant.

Nach der Etablierung des ZOV als Partner der Kommunen wird hier die Möglichkeit zum Wachstum in neue Geschäftsfelder gesehen.

Im Bereich des ÖPNV steht auf nationaler Ebene immer noch die Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes aus und auf Landesebene ist über das Ende des Jahres 2011 auslaufende Hessische ÖPNV-Gesetz zu befinden. Dies führt zu rechtlichen Unsicherheiten. Die Ergebnisse der verbundweiten Fahrgast- und Verkehrserhebung des Rhein-Main-Verkehrsverbundes (RMV) liegen noch nicht vor und werden somit noch nicht für die Einnahmeaufteilung für das Jahr 2010, sondern frühestens für das Folgejahr zur Anwendung kommen. Die letzte Erhebung im Jahr 2004 hat gezeigt, dass es hier zu erheblichen Veränderungen in der Einnahmezuscheidung zwischen den lokalen Nachverkehrsorganisationen kommen kann.

Ausblick:

Die Entwicklung der von den Kommunen auf den ZOV übertragenen Aufgabengebiete bestätigt bisher die Zielsetzung des ZOV-Modells, durch Bildung von größeren Einheiten Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung effizient anbieten zu können.

Im Bereich der Gemeinde Hirzenhain und der Stadt Nidda werden auch in den kommenden Jahren zahlreiche Baumaßnahmen umgesetzt. Neben den anstehenden Sanierungsarbeiten zur Erfüllung der Vorgaben der EKVO werden in Absprache mit den Partnerkommunen Baugebiete erschlossen und Anlagen ausgetauscht.

Im Jahr 2011 wird der Schwerpunkt der Arbeiten in den Bereichen Wasser und Abwasser in der Fortsetzung der Sanierung der Leitungen in den Ortsdurchfahrten in Glashütten (Gemeinde Hirzenhain) und Ulfa (Stadt Nidda) jeweils in Abstimmung mit den zuständigen Straßenverkehrsverwaltungen liegen.

Im Wirtschaftsplan 2011 des ZOV sind über alle Sparten Investitionen von insgesamt 3,5 Mio. € veranschlagt.

Für folgende Baumaßnahmen sind Investitionen im Jahr 2011 geplant:

Kammersanierung Hochbehälter Glashütten	45.000,00
Erneuerung Pumpstation Höhenstrasse	40.000,00
Glashütten, Ortsdurchfahrt Wasserleitung	175.000,00
Glashütten Ortsdurchfahrt Abwasserkanal	580.000,00
Ulfa, Abtrennung Außengebiet und Kanalsanierung	450.000,00
Ulfa, Kanal "Hinterstraße / Ernstgasse"	950.000,00
Nidda, Kanal "AbelIstraße / Pflanzgarten"	365.000,00
Ober Lais, Umbau RÜ "Glashütter Straße"	396.000,00
Fauerbach, Kanal "Deckmannsgasse"	235.000,00
Inlinersanierung verschiedene Stadtteile	200.000,00
Nidda, Neubau Drosselschacht Regenüberlaufbecken	10.000,00
Nidda, Hochwasserschutz Nidda	15.000,00

In den Sparten Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung werden auch in den Folgejahren entsprechend der Kalkulation der Benutzungsgebühren nach dem Kostendeckungsprinzip ausgeglichene Ergebnisse erzielt werden. Mit den Vorbereitungen für die Einführung von getrennten Abwassergebühren wird in 2011 begonnen.

Mit dem Abschluss der Verhandlungen mit dem RMV und den streckenanliegenden Wetterauer Kommunen zur partnerschaftlichen Finanzierung von Mehrleistungen auf der Niddertalbahn in 2011 hat sich der ZOV bis zum Jahr 2027 zur Mitfinanzierung von jährlich ca. 264 Tsd. Zug-Kilometern verpflichtet. Für die nächste Ausschreibungsrunde im lokalen Busnahverkehr (Betriebsstart Ende 2013) erfolgen seit Ende 2010 vorbereitende Arbeiten.

Es werden für 2011 und darüber hinaus stabile Ergebnisse erwartet.

Angesichts der in der Vergangenheit geführten politischen Diskussionen um Themen wie den Fortbestand des steuerlichen Querverbunds, die Ausschreibung von Verkehrsleistungen und zunehmenden Dirigismus im Energiesektor ergeben sich für die Zukunft des ZOV

nach wie vor zahlreiche offene Fragen. Abhängig von den Ergebnissen der aktuellen Diskussionen und deren Umsetzung können wesentliche Auswirkungen auf das Ergebnis des ZOV-Konzerns und die Ausschüttung an die Anteilseigner entstehen.

Gas- und Wasserversorgung Osthessen GmbH

Rangstr. 10, 36043 Fulda
Tel.: 0661 / 299-0 - Fax: 0661 / 299-119
E-Mail: post@gwv-fulda.de
Internet: www.gwv-osthessen.de



Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung kommunaler, industrieller und privater Abnehmer im osthessischen Raum, insbesondere im Gebiet des Landkreises Fulda, des Vogelsbergkreises, des Main-Kinzig-Kreises, mit Ausnahme der Stadt Fulda und der Gemeinden westlich der Gemeinde Steinau, mit Gas, Wasser sowie die Errichtung, der Betrieb und die Unterhaltung der hierfür erforderlichen Anlagen. Das Unternehmen kann auch Gasgeräte vertreiben sowie Gas jeder Art kaufen und verkaufen.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die unmittelbar oder mittelbar dem Gegenstand des Unternehmens dienen, ihn fördern oder wirtschaftlich berühren. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben, pachten oder verpachten sowie Interessengemeinschafts- und Unternehmensverträge schließen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Versorgung der Region mit Gas/Wasser

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 11/1966

Anteile in %: 6,20 %

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Versorgung der Region mit Gas/Wasser

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Dr. Wolfgang Dippel - Vorsitzender
Dipl.-Ing. Günter Bury - stellv. Vorsitzender
Günter Frenz
Reiner Görg

Rudolf Marx
Dipl.-Kfm. Ralf-Stefan Stöppler
Bernd Woide

Geschäftsführung: Dr. Peter Szepanek

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

<i>Rechtsform:</i>	GmbH
<i>Gründungsdatum:</i>	18.01.1967
<i>Gesellschaftsvertrag:</i>	10.11.1996, letzte Änderung 19.06.2000
<i>Handelsregister:</i>	Fulda, HRB 84
<i>Stammkapital:</i>	7.420.000 €
<i>Beteiligungen:</i>	Biothan GmbH 50 %

Gesellschafter:

Gas- und Wasserversorgung Fulda GmbH	Überlandwerk Fulda AG
Vogelsbergkreis	Landkreis Fulda
Stadt Alsfeld	Stadtwerke Lauterbach GmbH
Stadt Schlüchtern	Gemeinde Neuhof
Stadt Steinau an der Straße	Gemeinde Großenlüder
Mainz-Kinzig-Kreis	Gemeinde Bad Salzschlirf
Gemeinde Eichenzell	

Stammeinlagen:

	€	in %
Gas- und Wasserversorgung Fulda GmbH	2.730.000,00	36,79
Überlandwerk Fulda AG	2.730.000,00	36,79
Vogelsbergkreis	460.350,00	6,20
Landkreis Fulda	448.050,00	6,04
Stadt Alsfeld	204.600,00	2,76
Stadtwerke Lauterbach GmbH	179.050,00	2,41
Stadt Schlüchtern	158.950,00	2,14
Gemeinde Neuhof	127.900,00	1,72
Stadt Steinau an der Straße	104.200,00	1,41
Gemeinde Großenlüder	88.300,00	1,19
Main-Kinzig-Kreis	68.900,00	0,93
Gemeinde Bad Salzschlirf	59.850,00	0,81
Gemeinde Eichenzell	59.850,00	0,81
	<u>7.420.000,00</u>	<u>100,00</u>

Bilanz des Unternehmens

AKTIVA	2010	2009	PASSIVA	2010	2009
	€	€		€	€
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immat. Vermögensgegenstände	267.838,00	298.280,00	I. Gezeichnetes Kapital	7.420.000,00	7.420.000,00
entgeltlich erworben. Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte u. ähnl. Rechte u. Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			II. Kapitalrücklage	2.347.906,68	2.347.906,68
II. Sachanlagen			III. Gewinnrücklagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	230.802,00	285.847,00	1. satzungsmäßige Rücklagen	742.000,00	742.000,00
2. Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen	1.661.652,00	1.677.927,00	2. andere Gewinnrücklagen	1.800.000,00	1.800.000,00
3. Verteilungsanlagen	18.874.169,00	20.053.569,00		2.542.000,00	2.542.000,00
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	28.128,00	40.136,00	IV. Gewinnvortrag	216.735,59	254.730,96
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	30.094,00	15.794,00	V. Jahresüberschuss	1.330.898,02	1.162.004,63
	20.824.845,00	22.073.273,00	Summe Eigenkapital	13.857.540,29	13.726.642,27
III. Finanzanlagen			B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	5.547.976,00	6.016.249,00
Beteiligungen	2.000.000,00	0,00	C. Rückstellungen		
Summe Anlagevermögen	23.092.683,00	22.371.553,00	1. Rückstellungen für Pensionen	109.550,00	96.476,00
B. Umlaufvermögen			2. Steuerrückstellungen	260.606,93	68.712,00
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			3. Sonstige Rückstellungen	3.382.609,61	2.368.120,00
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	8.655.465,26	7.169.882,18	Summe Rückstellungen	3.752.766,54	2.533.308,00
2. Forderungen gegen Gesellschafter	197.512,27	46.416,18	D. Verbindlichkeiten		
3. Sonstige Vermögensgegenstände	1.019.335,42	1.100.466,99	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.720.586,00	2.823.528,00
	9.872.312,95	8.316.765,35	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	634.599,81	436.928,51
II. Guthaben bei Kreditinstituten	1.741.567,59	51.766,94	3. Verbindlichkeiten aus der Annahme gezogener Wechsel und der Ausstellung eigener Wechsel	35.853,08	0,00
Summe Umlaufvermögen	11.613.880,54	8.368.532,29	4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	3.634.291,11	3.059.845,30
C. Rechnungsabgrenzungsposten	19.855,12	5.088,33	5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.500.000,00	0,00
	34.726.418,66	30.745.173,62	6. Sonstige Verbindlichkeiten	2.970.601,83	2.138.315,54
			Summe Verbindlichkeiten	11.495.931,83	8.458.617,35
			E. Rechnungsabgrenzungsposten	72.204,00	10.357,00
				34.726.418,66	30.745.173,62

Gewinn- und Verlustrechnung

	2010 €	2009 €
1. Umsatzerlöse	39.081.918,61	39.027.953,37
2. Sonstige betriebliche Erträge	1.858.948,95	1.027.347,05
Gesamtleistung	40.940.867,56	40.055.300,42
3. Materialaufwand:		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	29.522.285,99	28.614.381,56
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.676.323,33	2.886.670,98
Summe Materialaufwand	32.198.609,32	31.501.052,54
Rohergebnis	8.742.258,24	8.554.247,88
4. Personalaufwand:		
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	11.919,19	12.687,94
5. Abschreibungen auf immat. Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.402.504,00	2.478.809,00
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.269.737,76	4.118.475,77
Betriebsergebnis	2.058.097,29	1.944.275,17
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	123.179,89	6.731,32
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	188.637,88	232.592,11
Finanzergebnis	-65.457,99	-225.860,79
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.992.639,30	1.718.414,38
10. Außerordentliche Erträge	40.055,00	0,00
11. Außerordentliche Aufwendungen	12.895,00	0,00
12. Außerordentliches Ergebnis	27.160,00	0,00
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	688.835,49	556.335,89
14. Sonstige Steuern	65,79	73,86
12. Jahresüberschuss	1.330.898,02	1.162.004,63

Ausgewählte Kennzahlen

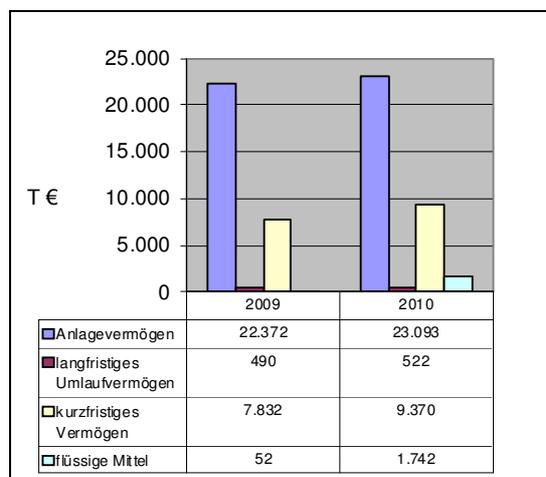
Anzahl der Mitarbeiter:

Von der Berichtsgesellschaft werden keine Arbeitnehmer beschäftigt.
Die Betriebsführung nimmt die Gas- und Wasserversorgung Fulda GmbH wahr.

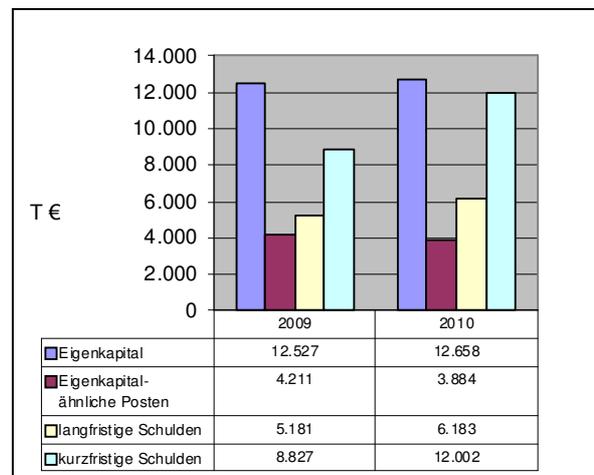
Größe der Gesellschaft:

Die Gesellschaft ist eine große Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 3 HGB.

Vermögensstruktur



Kapitalstruktur



Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs:

Siehe Lagebericht

Ertragslage des Unternehmens:

Dividende 1.200.000,00 €
Anteil VBK 6,2 % 74.450,13 €
abzgl. Steuern = 62.668,40 €

Kreditaufnahmen:

keine

Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:

keine

Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den : Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft

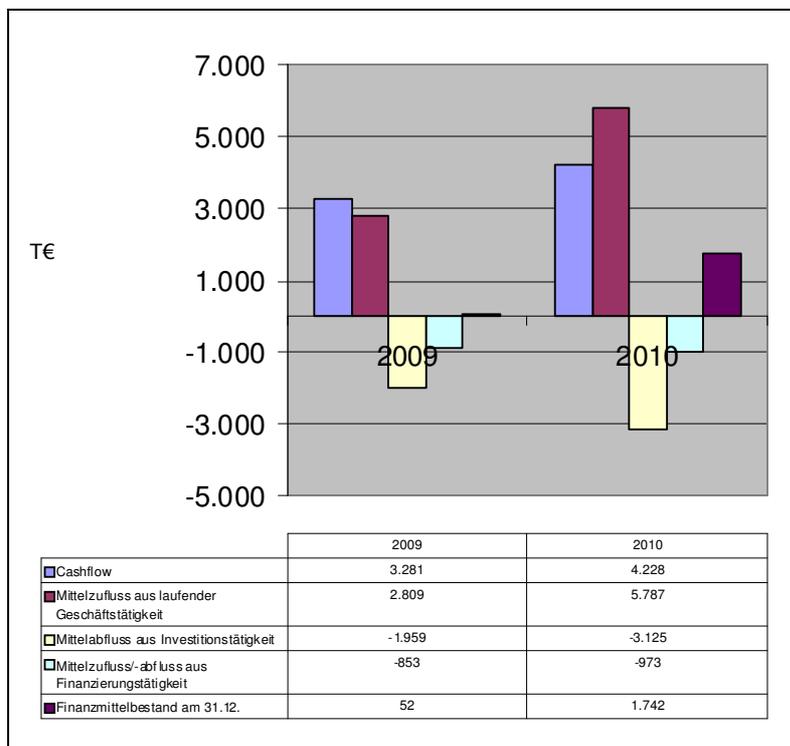
Stammeinlage 6,2 % = 460.350 €

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Die Gesellschaft dient der regionalen Versorgung mit Gas/Wasser.

Finanzlage des Unternehmens:



Auszug aus dem Lagebericht

Lage der Gesellschaft:

Wirtschaftliche Entwicklung

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit verbesserte sich von 1,7 Mio. € auf 2,0 Mio. €. Rückläufige Ergebnisse aufgrund der sich verschärfenden Wettbewerbssituation konnten durch die unerwartet schnelle konjunkturelle Erholung nach der Finanz- und Wirtschaftskrise begrenzt werden. Die insgesamt erzielte Ergebnisverbesserung beruht im Wesentlichen auf Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen und Wertberichtigungen. Die Wertschöpfung unseres Unternehmens lag bei 2,5 Mio. € (Vorjahr 2,4 Mio. €).

Gasversorgung

Der Gasvertrieb erzielte einen Gasabsatz von 1.038,8 Mio. kWh (+19,8 %). Die Mengenentwicklung ist in den einzelnen Kundensegmenten unterschiedlich. Da das Jahr 2010 gemessen an den Gradtagszahlen das kälteste Jahr seit über 20 Jahren war, stieg der Absatz aufgrund des höheren Heizbedarfs im Bereich der Tarifkunden um 11,2 %. Bei den Großkunden wurde im Wesentlichen aufgrund der konjunkturellen Erholung ein Anstieg von 23,0 %

erzielt. Der Betriebsverbrauch, der überwiegend die innerbetrieblichen Lieferungen an die Wärme- und Contractingsparte enthält, verzeichnet aufgrund von neuen Anlagen sowie witterungsbedingt einen Zuwachs von 22,5 %.

Die Absatzentwicklung an unseren öffentlichen Erdgastankstellen in Alsfeld und Lauterbach ist weiterhin sehr positiv. Insgesamt wurden an den Tankstellen 5,1 Mio. kWh verkauft, das sind 9,4 % mehr als im Vorjahr.

Die Umsatzerlöse aus dem Gasgeschäft liegen trotz der gestiegenen Absatzmengen mit 42,4 Mio. € nur um 0,7 % über dem Vorjahr. Ursache hierfür sind die deutlichen Preisreduzierungen, insbesondere im Laufe des Jahres 2009. Im Tarifkundenbereich haben wir die Verkaufspreise seitdem stabil gehalten, trotz zwischenzeitlich wieder steigender Bezugskosten. Bei den Großkunden erfolgten die Preisanpassungen vertragsgemäß, in der Regel quartalsweise.

Der Gas-zu-Gas-Wettbewerb hat sich deutlich belebt. Der Anteil der Kunden, die im GWV-Netz durch fremde Händler beliefert wurden, lag Ende 2010 bei 4,8 % (Vorjahr 2,3 %). Trotz der weiterhin verhaltenen Tätigkeit im Wohnungsbausektor und des energiepolitisch gewünschten stärkeren Einsatzes von erneuerbaren Energieträgern konnte bei der Akquisition von Hausanschlüssen der rückläufige Trend der letzten Jahre gestoppt und ein leichter Zuwachs von 2,3 % erzielt werden.

Wasserversorgung

Seit 1. Januar 2004 führen wir den technischen Betrieb der Trinkwasseranlagen für die Stadt Gersfeld (Rhön) durch. Für die Gemeinde Poppenhausen (Wasserkuppe) erfolgt die Betriebsführung der Wassergewinnung, -aufbereitung und -speicherung seit 1. April 2008. Neben dem Betriebsführungsentgelt wurden für projektbezogene Leistungen Nebengeschäftserlöse erzielt. Sie lagen aufgrund des geringeren Auftragsvolumens 31,0 % unter dem Vorjahr.

Wärmeversorgung und Contracting

Durch die erfolgreiche Akquisition neuer Contractingkunden sowie witterungsbedingt stieg der Wärmeabsatz auf 6.973 MWh_{therm.} (+39,9 %). Damit konnte trotz rückläufiger Verkaufspreise ein Umsatzzuwachs von 12,3 % auf 0,7 Mio. € erzielt werden.

Beim Stromabsatz ergab sich durch technische Störungen bei einer Anlage ein Rückgang von 6,4 %, die Stromerlöse sanken um 14,7 %.

Für die Stromerzeugung setzen wir ein BHKW sowie eine Mikrogasturbine ein. Die Mikrogasturbine ist Teil der Energieversorgung in einem Keltereibetrieb. Es handelt sich hierbei um ein Pilotprojekt, das seit Herbst 2004 im Rahmen eines Demonstrationsvorhabens des hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung durchgeführt wird.

Investitionen

Das Investitionsvolumen stieg von 2,0 Mio. € auf 3,1 Mio. €. Ursachen hierfür sind einerseits die Finanzanlagen in Höhe von 2,0 Mio. € sowie andererseits rückläufige Investitionen infolge der durch die Netzregulierung erschwerten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen beim Ausbau der Gasversorgungsnetze.

Vor dem Hintergrund der umwelt- und energiepolitischen Anforderungen haben wir die Chancen und Risiken eines Biogasprojektes mit der Erzeugung von Biogas auf Basis von biogenen Reststoffen, der Aufbereitung auf Erdgasqualität und der Einspeisung in das Erdgasnetz geprüft. Aufgrund der zufriedenstellenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der zukünftigen strategischen Bedeutung des Geschäftsfeldes wurde die Projektrealisierung beschlossen. Für die Umsetzung erfolgt durch die Biothan GmbH, an der wir seit 2010 mit 2,0 Mio. € bzw. mit 50 % beteiligt sind.

In Sachanlagen investierten wir im Einzelnen: 0,4 Mio. € für den Ausbau des Gasverteilungsnetzes, 0,5 Mio. € für neue Gashausanschlüsse inklusive Zähler und Regler sowie 0,2 Mio. € für neue Contractinganlagen.

Die Investitionen konnten zu 76,9 % (im Vorjahr zu 100,0 %) aus Abschreibungen finanziert werden.

Vermögens-, Kapital- und Finanzlage

Trotz des durch die Finanzanlagen nominell gestiegenen Anlagevermögens reduzierte sich der Anteil am Gesamtvermögen auf 66,5 % (Vorjahr 72,8 %). Gleichzeitig verbesserte sich die Anlagendeckung mit langfristigem Kapital von 98,0 % auf 98,4 %. Das gestiegene kurzfristige Vermögen sowie der höhere Finanzmittelbestand korrespondieren im Wesentlichen mit den zum Bilanzstichtag ebenfalls gestiegenen kurzfristigen Schulden.

Die Eigenkapitalquote liegt - unter Einbeziehung der eigenkapitalähnlichen Posten - bei 47,6 % (Vorjahr 54,4 %). Der Cashflow verbesserte sich im Wesentlichen durch die höheren langfristigen Rückstellungen von 3,3 Mio. € auf 4,2 Mio. €.

Risikofrüherkennung

Das bestehende Risikomanagementsystem wurde 2010 systematisch weitergeführt und das Risikohandbuch aktualisiert. Dazu wurden die bestehenden Risiken überprüft und neue Risiken identifiziert, insbesondere wurden die Auswirkungen sich ändernder Preis- und Beschaffungsstrukturen beachtet. Nach den in der Risk Map dokumentierten Ergebnissen der Risikobewertung sind neben den branchen- und marktüblichen Risiken keine bestandsgefährdenden Risiken erkennbar.

Das Risiko aus dem Einsatz von Finanzinstrumenten zur Absicherung von wichtigen Transaktionen begrenzen wir weitestgehend durch korrespondierende Vertragsgestaltung. Beim Betrieb der Gas- und Wasserversorgungsanlagen erfüllen wir die Anforderungen an die Qualifikation und Organisation des technischen Betriebs gemäß DVGW-Arbeitsblatt G1000 (Gas) und W1000 (Wasser). Das DVGW-Zertifikat zum „geprüften Sicherheitsmanagement (TSM)“ wurde uns bereits 2002 erteilt und im Rahmen einer Wiederholungsprüfung 2007 erneut bestätigt.

Ausblick, Chancen und Risiken

Unser Gasabsatz bis Ende Februar 2011 liegt 11,6 % unter dem Vorjahr. Hauptursache sind die im Vergleich zum Vorjahreszeitraum wesentlich milderen Temperaturen der ersten beiden Monate. Aber auch der zunehmende Wettbewerb hat zu dem Rückgang beigetragen.

Im Einzelnen ergibt sich folgende Absatzentwicklung: Tarifkunden -19,5 %, Großkunden -13,1 %, Betriebsverbrauch -9,2 %. Diese Absatzrückgänge konnten wir teilweise durch neu gewonnene Kunden außerhalb unseres Versorgungsgebiets ausgleichen. Die Absatzentwicklung bewegt sich damit tendenziell im Rahmen unserer Planung. Entsprechend dem Wirtschaftsplan, dem ein durchschnittlicher Temperaturverlauf zugrunde liegt, erwarten wir für das Geschäftsjahr 2011 insgesamt einen Absatzrückgang von 5,1 %.

Unsere Gaseinkaufspreise basieren noch zum überwiegenden Teil auf langfristigen Verträgen, die an die Entwicklung des Heizölpreises gebunden sind und ihm zeitverzögert folgen. Daneben gewinnt sowohl für uns als auch für unsere Kunden die kurzfristige Beschaffung über die meist nicht an den Ölpreis gebundenen Handelsmärkte zunehmend an Bedeutung. Diese Tendenz zur kurzfristigen Beschaffung in den Märkten führt bei uns infolge der noch bis 2013 laufenden Bezugsverträge mit Heizölbindung zu steigendem Margendruck. Um mit den neuen Preis- und Beschaffungsstrukturen erfolgreich agieren zu können, haben wir im Jahr 2010 begonnen, ein Portfolio-/Risikomanagementsystem für den Gashandel aufzubauen. Die vollständige Implementierung des Systems wird spätestens im 1. Halbjahr 2012 abgeschlossen sein. Ziel unserer Bemühungen im laufenden Geschäftsjahr ist es, die sich infolge der Ölpreisbindung und der Bezugssituation abzeichnenden Preissteigerungen im Tarifkundenbereich möglichst gering zu halten. Die Weitergabe von Preisänderungen an unsere Großkunden erfolgt vereinbarungsgemäß - in der Regel quartalsweise.

Der Gas-zu-Gas-Wettbewerb wird auch 2011 weiter zunehmen. Mit gutem Service, konsequenter Kundenorientierung und Beratungsleistungen zum effizienten Energieeinsatz positionieren wir uns gegenüber den Wettbewerbern. Um den Gasabsatz steigern zu können, werden wir unser Versorgungsnetz noch punktuell ausbauen und neue Kunden akquirieren. Im Rahmen unserer Verdichtungsaktion bieten wir weiterhin unter dem Motto „Umsteigen lohnt sich“ das Förderprogramm „Erdgas-Brennwertheizung und Solar“ an. Die Beratung von Gewerbekunden zum ökologisch und wirtschaftlich sinnvollen Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung sowie von Erdgas als Treibstoff für Fahrzeuge setzen wir fort.

Darüber hinaus bieten sich neue Chancen zur Erschließung von weiteren Absatzpotenzialen im Haushaltsbereich durch die sich in der beginnenden Markteinführungsphase befindlichen Strom erzeugenden Heizungen (Mikro-BHKWs). Wir unterstützen die Markteinführung mit Pilotanlagen, die wir in Kooperation mit dem örtlichen Fachhandwerk bereits im Markt platziert haben. Neben diesen Aktivitäten im bestehenden Versorgungsgebiet werden wir auch den überregionalen Gasvertrieb ausbauen.

Im Bereich des Gasnetzes werden von uns die Chancen und Risiken der Anreizregulierung weiterhin analysiert und die erforderlichen Maßnahmen rechtzeitig eingeleitet. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Neuverhandlung von sieben Konzessionsverträgen, die im Zeitraum von Ende 2011 bis Februar 2013 auslaufen. Mit zwei Kommunen konnten kürzlich bereits neue Verträge abgeschlossen werden, mit drei Kommunen sind die Verträge weitgehend abgestimmt. Erste Gespräche mit den beiden anderen Kommunen wurden bereits aufgenommen. Insgesamt halten wir die erkennbaren mittelfristigen Risiken für unseren wirtschaftlichen Erfolg im Netzbereich für beherrschbar.

Der Wärmeabsatz liegt derzeit witterungsbedingt 14,0 % unter den Vorjahreswerten. Für das Geschäftsjahr planen wir bei einem unterstellten durchschnittlichen Temperaturverlauf einen Absatzrückgang gegenüber dem Vorjahr von 13,5 %.

Die Aktivitäten im Contractingbereich werden fortgesetzt. Neben „relaxWärme“, dem „Rundum-sorglos-Paket“ für den Heizungsbetrieb in Wohngebäuden, werden Kunden individuelle Energielösungen bei Industrie, Gewerbe und Kommunen angeboten.

Die Biothan GmbH erwartet die Genehmigungen zum Bau der Bio-Erdgas-Anlagen in Kürze, sodass die Errichtung der Anlagen im Wesentlichen im Jahr 2011 erfolgen wird und die Produktion von Bio-Erdgas im Laufe des Jahres 2012 aufgenommen werden kann.

Für Investitionen ist ein Gesamtbudget von 3,0 Mio. € vorgesehen. Der deutliche Anstieg gegenüber dem Vorjahr ergibt sich im Wesentlichen aus dem Biogasprojekt, hierfür sind 1,3 Mio. € für die Verlegung der Anschlussleitung und für den Bau der Station zum Einspeisen des Biogases in das Versorgungsnetz erforderlich. Der Planansatz für die sonstigen Investitionen im Gasbereich liegt 0,3 Mio. € und im Bereich Wärme 0,2 Mio. € über dem Vorjahr.

Trotz der bisher überraschend schnellen Erholung nach der Finanz- und Wirtschaftskrise bestehen weiterhin konjunkturelle Risiken. Die konjunkturelle Entwicklung sowie die sich weiter verändernden energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen - insbesondere der zunehmende Gas-zu-Gas-Wettbewerb - erfordern im laufenden Geschäftsjahr weiterhin besondere Aufmerksamkeit in unserer Unternehmenssteuerung. Mit der Erwartung einer relativ stabilen Konjunktur gehen wir zuversichtlich in das Jahr 2011 und rechnen mit einem zufriedenstellenden Unternehmensergebnis.

Zweckverband Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis

Eselswörth 23, 36341 Lauterbach
Tel.: 06641 / 9671-0 - Fax: 06641 / 9671-20
E-Mail: info@zav-online.de
Internet: www.zav-online.de



Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist:

Einsammeln und Befördern der Abfälle im Gebiet des Vogelsbergkreises (gemäß Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (HAKA) § 4 Absatz 3 bis 5.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Aufgabe lt. § 2 der Satzung

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 01.08.1987

Anteile in %: 37,50 % (Kreistag entsendet 15 von 40 Mitgliedern)

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Der ZAV ist auf dem Gebiet der Abfallbeseitigung tätig, daher keine wirtschaftliche Betätigung gegeben.

Organe des Unternehmens

Verbandsversammlung: Johannes Averdung - Vorsitzender

Vorstand: Friedel Kopp - Verbandsvorsteher

Geschäftsführung: Dr. Hansjörg Fuchs

Mitglieder: Vogelsbergkreis und alle 19 Städte und Gemeinden des Vogelsbergkreis

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

<i>Rechtsform:</i>	Körperschaft des öffentlichen Rechts
<i>Gründungsdatum:</i>	01.08.1987
<i>Satzung:</i>	13.03.1987, zuletzt geändert am 16.02.2009
<i>Handelsregister:</i>	kein Eintrag
<i>Stammkapital:</i>	kein Stammkapital
<i>Beteiligungen:</i>	Neue Energien Vogelsbergkreis GmbH AbfallEntsorgungGesellschaft Vogelsbergkreis mbH - AEGV

Bilanz des Unternehmens

AKTIVA

	2009 €	2008 €
A. Anlagevermögen		
I. Immat. Vermögensgegenstände	95.579,02	6.314,85
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	2.059.419,48	2.313.075,61
2. Technische Anlagen und Maschinen	5.446,04	10.000,30
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	444.476,18	6.116,68
	2.509.341,70	2.329.192,59
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	25.000,00	25.000,00
2. Ausleihungen an verbund. Unternehmen	661.531,38	661.531,38
3. Beteiligungen	47.601,27	47.601,27
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	258.775,04	258.775,04
	992.907,69	992.907,69
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	449.176,68	435.929,55
2. Forderungen gegen verb. Unternehmen	23.153,60	0,00
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	124.216,84	116.479,57
4. Sonstige Vermögensgegenstände	192.734,33	204.725,94
	789.281,45	757.135,06
II. Schecks, Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	4.402.562,61	5.042.969,02
	8.790.772,45	9.128.519,21

PASSIVA

	2009 €	2008 €
A. Eigenkapital		
I. Rücklage	1.372.525,79	1.372.525,79
II. Gewinn/Verlust		
Gewinn/Verlust des Vorjahres		-573.959,56
Jahresgewinn/-verlust	-1.693.786,95	
	-321.261,16	798.566,23
B. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	433.598,00	431.810,00
2. Sonstige Rückstellungen	8.027.911,53	7.554.300,00
	8.461.509,53	7.986.110,00
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	638.195,84	281.089,25
2. Sonstige Verbindlichkeiten	12.328,24	62.753,73
	650.524,08	343.842,98
	8.790.772,45	9.128.519,21

Gewinn- und Verlustrechnung

	2009 €	2008 €
1. Umsatzerlöse	9.624.124,21	9.567.629,83
2. Sonstige betriebliche Erträge	967,10	5.792,83
	9.625.091,31	9.573.422,66
3. Materialaufwand: Aufwendungen für bezogene Leistungen	9.239.898,99	9.003.368,86
4. Rohergebnis	385.192,32	570.053,80
5. Personalaufwand:		
a) Löhne und Gehälter	672.244,37	649.773,35
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	178.871,47	169.695,45
6. Abschreibungen auf immat. Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	278.952,26	264.820,74
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	614.389,26	304.310,68
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	239.609,51	244.823,28
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	34,36	177,15
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.119.689,89	-573.900,29
11. Sonstige Steuern	137,50	59,27
12. Jahresgewinn/-verlust	-1.119.827,39	-573.959,56

Der Jahresabschluss 2010 lag zum Abschluss des Beteiligungsberichtes 2011 noch nicht vor.

Auszug aus dem Lagebericht (2009):

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs

I. Beschreibung der Geschäftstätigkeit

Der ZAV ist ausschließlich im Bereich des Vogelsbergkreises tätig und ihm sind als zuständiger öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger die Aufgaben als Einsammelpflichtiger und Entsorgungspflichtiger gemäß § 4 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (HAKA) übertragen. Ihm obliegen die Sammlung, der Transport, die Verwertung und/oder die Beseitigung der dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger angedienten oder überlassenen Abfälle. Er erlässt die hierzu notwendigen Satzungen, in denen u.a. der Anschluss der Grundstücke an die Sammelsysteme, die Zuweisung zu den Einrichtungen und Anlagen zur Abfallentsorgung und deren Benutzung geregelt sind. Er regelt ferner durch Satzung, unter welchen Voraussetzungen, in welcher Weise, an welchem Ort und zu welcher Zeit ihm die Abfälle zu überlassen sind.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben besitzt er u.a. die Deponie Bastwald als Anlage zur Beseitigung deponiefähiger Abfälle, die von der AEGV GmbH betrieben wird. Für die anderen angedienten Abfallfraktionen nutzt er vertraglich gebundene und hierfür geeignete Abfallbehandlungs-, Sortier- und Aufbereitungsanlagen oder im Falle der Grünabfallsammlung eigene Sammelstellen und Kompostierungsanlagen. Für die Durchführung der Sammlungen der Abfälle und teilweise zur Verwertung und/oder Entsorgung sind Dritte gemäß § 16 Abs. 1 KrW-/AbfG beauftragt.

Für Abfälle, die dem ZAV zuzuordnen sind, arbeitet die AEGV als Dienstleister, der diese Abfälle ggf. deponiert oder aber im Regelfall nach Aufbereitung, Sortierung und Sichtung in den Anlagen der AEGV zum Transport in externe Anlagen umlädt. Für alle direkt angedienten Abfälle nicht privater Herkunft ist die AEGV unmittelbar als nach § 16 Abs.2 KrW-/AbfG beliehener Dritter in eigener Verantwortlichkeit zuständig.

Der ZAV betreibt keine Akquisition von Abfällen oder erhält Aufträge von privaten Kunden. Die Auftragsvolumina werden hauptsächlich von den nach den Regelungen der Satzung bestimmten anschlusspflichtigen Grundstücken und z. T. von den Anlieferungen an die Deponie Bastwald oder anderen Sammelstellen bestimmt, die im Rahmen von kommunalen Sammlungen erfolgen. Die Einnahmeentwicklung wird weit überwiegend von den satzungsgemäß erhobenen Gebühren, sowie vertraglichen und/oder rechtlich gebotenen Vergütungen, wie z. B. den Dualen Systemen oder Vermarktung von Wertstoffen aus der kommunalen Sammlung bestimmt. Die Gebühren sind aufgrund der Satzung fest vorgegeben. Die Rahmenbedingungen der Tätigkeit werden von den einschlägigen Rechtsvorschriften und den Regelungen der Satzungen des ZAV vorgegeben.

Der ZAV führt seit dem 01.01.2008 seine Bücher nach den Regeln der kaufmännischen Buchführung. Das Wirtschaftsjahr ist das Kalenderjahr.

II. Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen

Die kommunale Abfallentsorgung insgesamt befindet sich nur in geringer Abhängigkeit von der Gesamtkonjunktur. Eine Ausnahme bildet teilweise der Bereich der Gewerbeabfallentsorgung. Weitaus größeren Einfluss auf die Entwicklung haben dagegen umweltpolitische Entscheidungen und Vorschriften sowie System- oder Satzungsänderungen. Somit sind auch die Einnahmeseite und die Einnahmeerwartung relativ genau planbar.

Auf der anderen Seite stehen auch für kommunale Einrichtungen die Kostenentwicklungen auf dem Entsorgungsmarkt, an dem der ZAV als öffentlicher Nachfrager für Entsorgungsdienstleistungen ebenfalls, wenngleich eingeschränkt, teilnimmt. Hauptsächliche Konjunktur- und Wachstumsfaktoren waren in den letzten Jahren, bedingt durch das Deponierungsende in 2005, die stabile Konjunktur, hohe Preise für die Entsorgung und Vorbehandlung, eine wachsende Nachfrage nach Sekundärrohstoffen durch hohe Rohstoffpreise sowie die zunächst mangelnden Behandlungskapazitäten für Gewerbeabfall. Allerdings hat in 2008 die Finanz- und Wirtschaftskrise gegen Ende des Jahres zu erheblichen Einbrüchen bei den Rohstoffpreisen geführt und ebenso eine Verringerung der gewerblichen Abfallanlieferungen zur Folge. In diesem Kontext fielen auch in manchen Bereichen die Entsorgungspreise. In 2009 erfolgte eine erstaunlich rasche Erholung, so dass gegen Ende des Jahres wieder deutlich mehr Gewerbeabfälle entsorgt werden mussten.

Im in Frage stehenden Geschäftsjahr war die Entwicklung der Abfallwirtschaft fast nicht mehr von den Kapazitätsengpässen des Umbruchs nach TASI bestimmt, da sich neue Wege eingespielt und neue Kapazitäten und Anlagen am Markt etabliert haben. Da am 31.05.2005 die Ablagerung von unvorbehandelten Abfällen eingestellt werden musste, sind zwar die bis dahin nutzbaren Entsorgungswege auf Deponien versperrt, aber dies wurde jetzt durch andere Möglichkeiten fast komplett ausgeglichen. Diese Mengen, insbesondere an Gewerbeabfall sind seitdem auf dem Markt neu verteilt und untergebracht worden.

Aufgrund dessen herrscht jetzt wieder ein hoher, am Preis orientierter Verdrängungswettbewerb, der durch den Konjunkturunbruch 2008/2009 noch verschärft wurde. Es gerieten infolgedessen, da durch den starken Konkurrenzkampf eine vollumfängliche Kostenweitergabe oft nicht möglich war, einige Firmen unter Druck. Entsorgungsdienstleistungen bieten nur sehr geringe Gewinnmargen und viele kapitalschwache Unternehmen haben erhebliche Finanzierungsprobleme, zumal seit Ende 2008 aufgrund der Finanzkrise die Versorgung mit Krediten nur sehr schwer möglich ist oder sogar ganz abgelehnt wurde. Dies hat sich in 2009 nicht verbessert.

Auf die öffentlich-rechtlichen Entsorger hat dies nur mittelbaren Einfluss, da zumeist eigene Anlagen bestehen oder langfristige Verträge existieren. Allerdings sind bei neuen Vertragsabschlüssen mit privaten Entsorgungsfirmen auch die kommunalen Partner dem allgemeinen Konjunktugeschehen ausgesetzt.

Es befinden sich immer noch zahlreiche kleine, regional tätige Privatunternehmen auf dem Markt, die diesem Verdrängungswettbewerb besonders unterliegen. Hoher Kostendruck führt zu vielfältigen Konsolidierungen. Einige, die bisher vom Spotmarkt profitierten,

wurden durch diese Entwicklung z.T. vollständig vom Markt verdrängt.

Bei anderen hingegen, oft Großunternehmen, die über eigene Anlagen verfügen und gleichzeitig in der Abfalllogistik und im Recycling tätig sind, stiegen oft sogar die Umsätze, einige konnten starke Gewinne verbuchen und ihre Marktmacht ausbauen. Seit Ende 2008 sind diese Tendenzen aber ebenfalls beendet und auch die neuen Großkonzerne machen teilweise deutliche Verluste, denn der Markt ist umkämpft und immer noch von Zusammenschlüssen und Insolvenzen durchsetzt. Diese Fusionstendenzen haben zu einer teilweisen Oligopolisierung des Marktes geführt. In 2009 hat sich die Lage nur leicht entspannt.

Wesentliche Differenzierungsmerkmale sind der Preis für die Abfall(behandlungs) dienstleistungen sowie die regionale Positionierung der Dienstleister und der Anlagen.

Für den ZAV, der als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger ohne eigene in größerem Umfang nutzbare Beseitigungsanlagen agiert, zugleich aber über langfristige Entsorgungsverträge verfügt, machte sich dies nur indirekt bemerkbar, indem die AEGV als beauftragter Dritter höhere Kosten bei der Entsorgung im Rahmen der Regiekosten an den ZAV weitergeben muss. Diese Kosten mussten gezwungenermaßen aufgrund der Annahmepreise ab Mitte 2005 drastisch nach oben korrigiert werden, da das Korrektiv der Deponien weggefallen ist. Es ergab sich aber in 2008 und in 2009 eine Stabilisierung der Kosten bei den direkt abgerechneten Mengen, die in den Wetteraukreis gingen, wenngleich auf hohem Niveau. Es konnten zudem durch Umstellungen bei den Entsorgungsstrukturen weitere Steigerungen abgefangen werden.

Die Sammlungs- und Entsorgungsverträge mit kommunalen Partnern hingegen blieben preisstabil, da selbst die vorhandenen Preisgleitklauseln kaum Veränderung zugelassen haben.

Insgesamt unterlagen die spezifischen Entsorgungskosten in 2009 nur geringen Schwankungen.

Alles in allem gilt für den ZAV, dass er sowohl bei der Einnahmesituation als auch bei den Ausgaben nur wenig kurzfristigen Schwankungen unterliegt, aber strukturelle Fehlentwicklungen oder fehlende. Gebühreneinnahmen ebenfalls nur längerfristig korrigieren kann. Ende 2009 liefen die Sammlungsverträge für Restabfall, Papier, Sperrmüll und Sonderabfall aus. Die ab 01.01.2010 geltenden neuen Verträge sind deutlich kostengünstiger.

Darüber hinaus werden die grundsätzlichen Beschlüsse über die Abfallkonzeption, die Gestaltung der Entsorgung und die prinzipielle Ausrichtung durch die politischen Gremien bestimmt, so dass nicht ausschließlich betriebswirtschaftliche oder ökonomische Faktoren zum Tragen kommen. Die operative Geschäftsführung kann hierbei nur die getroffenen Beschlüsse umsetzen, unabhängig von Kosten und/oder Nutzenbetrachtungen. Ab 2010 greift hier ebenfalls eine gravierende Änderung des Sammelsystems und der Gebührenabrechnung.

In 2008/9 liefen hierfür die Vorbereitungen an, die sich aber durch die späten Beschlussfassungen der o.g. Gremien und der extrem ungenauen und lückenhaften Datenlage bei Einwohnerzahlen und Gebührenschildnerangaben soweit verzögerten, dass die Umstellung in 2009 nicht abgeschlossen werden konnte. Zudem ergeben sich durch nachträgliche, erneute Änderungen der Satzungen in 2009 eine Flut von Ausnahmeanträgen und erhebliche Mehrarbeiten, die nicht vorgesehen waren.

III. Wesentliche Entwicklungen im abgelaufenen Geschäftsjahr

III a. Umsatz und Auftragsentwicklung

Da der ZAV ausschließlich im Bereich des Vogelsbergkreises tätig ist und zudem nur die Sammlung, Verwertung und Beseitigung der dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger angedienten Abfälle betreibt, ist der Umsatz stets durch die Gebühreneinnahmen und die Mengenentwicklung an Haus-, Sperr-, Bio- und Sondermüll sowie Altpapier im Kreis vorgegeben. Es ergaben sich in 2009 gegenüber dem Vorjahr kaum Mengenveränderungen bei Hausmüll und Sperrmüll und geringe Mehrmengen beim Bioabfall. Dem ZAV ist es auch 2009 gelungen, durch eine speziell ausgestaltete und regional beschränkte Bioabfallsammlung, Mengen aus dem kostenintensiven Hausmüllbereich in den kostengünstigeren Bioabfallbereich umzuleiten. Die Bioabfallsammlung wird zum 31.12.2009 eingestellt, da die Ausschreibungen für die Folgejahre ergeben haben, dass eine Fortführung unwirtschaftlich ist.

Mengen von Außerhalb des Kreises wurden nicht mehr angedient. Allerdings war es dem ZAV möglich, durch Aufheben des Einzugsbereiches für die Deponie Bastwald bis zum 31.05.2005 vertraglich gesichert größere Mengen an externen Abfällen zu erhalten, die der Verfüllung der Deponie Bastwald dienten. Für die externen Mengen gilt, dass seit dem 01.06.2005 keine Anlieferungen über den ZAV mehr erfolgen.

Die Auftragsentwicklung kann aufgrund der besonderen Situation des ZAV als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger nicht aktiv beeinflusst werden, da er keine klassische Akquisition betreibt, sondern aufgrund der bundes- und landesrechtlichen Vorgaben Sammel- und Entsorgungspflicht für den kommunalen Bereich besteht. Die Auftragszahl und die Einnahmeentwicklung werden von den satzungsmäßigen Sammlungen im Hol- und/oder Bringsystem bestimmt. Zudem sind die Gebühren fest vorgegeben. Eine Steigerung des Umsatzes und der Aufträge durch Verträge oder Aufträge außerhalb des Gebietes des Vogelsbergkreises erfolgt nicht.

Im Jahr 2009 lagen die tatsächlich erzielten Umsatzerlöse bei rund 9.624 TEUR, die damit 154 TEUR unter dem Planansatz lagen. Er schloss insgesamt mit einem Verlust, von 1.120 TEUR ab, was 421 TEUR über dem Planansatz lag (2008: 461 TEUR). Dieser überplanmäßige Verlust bewegt sich in der gleichen Höhe wie in 2008.

Dem stehen ein Materialaufwand von 9.240 TEUR (2008: 9.003 TEUR) und ein Personalaufwand von 849 TEUR gegenüber.

Beim Umsatzerlös hat sich die erhoffte Steigerung durch Satzungsänderung und Gebührenerhöhung ebenso wie in 2008 auch in 2009 nicht eingestellt, da die Umsetzung der Änderungen nicht intensiv verfolgt wurde und die Anstrengungen hierbei eher nachgelassen haben. Der ZAV kann dies nicht selbst tun, sondern die Kommunen sind hierfür zuständig. Zudem ergaben sich andererseits durch Umstellung auf kleinere Gefäße immer weitere Gebührenauffälle.

Der ZAV schloss damit das zweite Betriebsjahr mit kaufmännischer Buchführung mit einem Verlust von 1.120 TEUR (2008: 574 TEUR Verlust) ab. Der Zweckverband ist damit zum 31.12.2009 bilanziell überschuldet. Das Eigenkapital weist einen Fehlbetrag von 321 TEUR aus. Sofern diese Fehlbeträge nicht in der folgenden Kalkulationsperiode 2010-2012 ausgeglichen werden können, kann der ZAV gemäß der Satzung eine Umlage von den Mitgliedern zur Deckung des Finanzbedarfs erheben.

III b. Entwicklung des Tätigkeitsfeldes

Der ZAV wurde im Herbst 1987 gegründet. Seitdem wurde das kommunale Haushaltsrecht angewandt. Das Jahr 2009 war das zweite Geschäftsjahr mit kaufmännischer Buchführung.

Der ZAV hat sukzessive alle Aufgaben vom Landkreis und den kreisangehörigen Kommunen, zuletzt ab 01.01.2008 von der Gemeinde Wartenberg, übernommen und regelt alle Aufgaben, die nach § 4 des Hessischen Ausführungsgesetz zum Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (HAKA) dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger zukommen. Seit 1998 bedient er sich für einige Teilbereiche einer Tochtergesellschaft, der AEGV, und seit 2007 für den Bereich der regenerativen Energieerzeugung einer weiteren Tochtergesellschaft, der NEV. Hinzu kommen die Nachsorge für die Altdeponie in Mücke Ober-Ohmen und teilweise die Stilllegung und Nachsorge der Deponie Bastwald nach Betriebsende.

Darüber hinaus werden Kooperationen mit Anderen im Bereich Abfallverwertung oder die Übernahme weiterer Tätigkeiten, die sich aus rechtlichen Vorgaben ergeben, angestrebt.

Die Haupttätigkeiten werden sich mittelfristig auf Contracting und Vertragsabwicklung bei Sammlung, Vorbehandlung, Umladung, Transport, Verwertung und Entsorgung etc., beschränken, da eine Kommunalisierung der Sammlung von den Verbandsgremien abgelehnt wurde. Die operativen Aufgaben werden daher auch zukünftig weitgehend durch beauftragte Dritte erledigt. Die Verwaltung und das Gebührenwesen erfolgt direkt durch den ZAV, wobei die Gebührenerhebung und Bescheidung bis Ende 2009 durch die Kommunen durchgeführt wurden und ab 2010 zentral durch den ZAV selbst erfolgt.

III c. Investitionen

In 2009 erfolgten einige Investitionen durch den ZAV hinsichtlich der geplanten Sammlungsumstellung, insbesondere durch Beschaffung von Hard- und Software und bei der Gefäßinfrastruktur. In 2010 werden weitere Investitionen in Softwarelösungen für die notwendigen zusätzlichen, nicht in der Ursprungsplanung und somit auch nicht in der

Ausschreibung enthaltenen Änderungen notwendig. Da Investitionen auf dem Gelände des EZV durch die AEGV ausgeführt werden, erfolgt dort keine direkte Investitionstätigkeit.

Das für eine Erweiterung der Deponie auf die Felder 6 bis 8 durchzuführende Raumordnungsverfahren ruht. Es ergaben sich daher keine Aufwendungen. Aufgrund der jetzigen Rechtslage wird diese Erweiterung auch nicht durchgeführt und die Planungen werden nicht weiter verfolgt. Allerdings wird die Option weiter aufrecht erhalten.

III d. Personal- und Sozialbereich

Es ergaben sich keine Änderungen in diesem Bereich, da das benötigte Personal des Zweckverbands Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis unverändert blieb. Allerdings wurden aufgrund der durch die nachträglichen Veränderungen und dem hohen Korrekturbedarf an den übernommenen Daten unplanmäßig gestiegenen Verwaltungsaufwendungen in 2009 noch Mitarbeiter befristet beschäftigt, um die Arbeitsspitzen abzufangen.

B. Darstellung der Lage der Gesellschaft

I. Vermögens- und Finanzlage

Der ZA V besitzt kein klassisches Stammkapital einer Gesellschaft, da es sich um einen kommunalen Zweckverband handelt. Das Eigenkapital ergibt sich aus der zum 01.01.2008 erstellten Eröffnungsbilanz und betrug 1.373 TEUR. Das Eigenkapital vermindert sich in 2008 auf rund 799 TEUR und fiel damit um 574 TEUR (= Betriebsverlust in 2008). In 2009 ergab sich ebenfalls eine drastische Verminderung auf nunmehr -321 TEUR (Betriebsverlust 2009: 1.120 TEUR). Die Eigenkapitalquote betrug -3,7 %.

Die sonstigen Rückstellungen betreffen im Wesentlichen Urlaubs- und Überstundenrückstellungen (TEUR 25), Urlaubsrückstellungen (TEUR 45), Deponienachsorge Mücke-Nieder Ohmen (TEUR 125) sowie Deponienachsorge Bastwald (TEUR 7.801; in 2008: 7.320, Zuführung 481 TEUR). Die langfristigen Rückstellungen zur Deponienachsorge wurden aufgrund der gutachterlich durch ein Fachbüro berechneten Parameter für Stilllegung und Nachsorgeaufwendungen um rd. 481 TEUR auf 7.801 TEUR aufgestockt. Damit sind die für diesen Zeitpunkt nachzuweisenden Rückstellungen für die Nachsorge vorhanden. Der Bestand an flüssigen Mitteln betrug 4.403 TEUR.

Die Barliquidität verringerte sich um 0,954 Mio. EUR auf 3,6 Mio. EUR, auch alle anderen Liquiditätsstufen waren positiv.

Die Finanzlage ist geordnet, die Liquiditätssituation ist positiv.

II. Ertragslage

In 2009 wurde ein Fehlbetrag von 1.120 TEUR erzielt. Der Umsatzerlös lag um 56 TEUR über dem des Vorjahres.

Diesem Erlös steht ein Gesamtaufwand von 11,064 Mio. EUR gegenüber. Hauptfaktoren waren Kostenerstattung an AEGV (4.291 TEUR), Entsorgung Hausmüll und Sperrmüll 2.913 TEUR (2008: 3.096 TEUR; Hierbei macht sich die Umstellung der Sperrmüllentsorgung auf Kartenabfuhr bemerkbar und die Verschiebung zum Bioabfall), Grünabfall 577 TEUR (2008: 547 TEUR), Bioabfall 442 TEUR (2008: 380 TEUR) und Deponierückstellung 481 TEUR.

Wie zu erwarten, zeigt sich, dass neben den Umsatzerlösen (meist Gebühreneinnahmen) der Materialaufwand (Entsorgung in der Wetterau und Deponierückstellungen) den Haupteinfluss auf das Jahresergebnis haben.

In 2009 betrug die eingesammelten und angedienten Hausmüllmengen rund 12.300 Mg. Allerdings wurde in 2009 in drei Kommunen des Kreises auch Bioabfall separat erfasst. Diese Mengen betragen 2.360 Mg, so dass insgesamt 14.660 Mg Abfälle eingesammelt wurden. Sperrmüll wurden rund 1.460 Mg angedient, Grünabfälle 7.300 Mg. Damit bewegten sich die Mengen im Rahmen der letzten Jahre, lediglich beim Sperrmüll ergab sich eine leichte Zunahme zu 2008.

Ausblick:

C. Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung

I. Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung

Die weitere Entwicklung der Abfallentsorgung im Vogelsbergkreis ist, mit Ausnahme des Bereiches der gewerblichen Abfälle, von relativer Konstanz geprägt, sofern keine System- oder Satzungsänderungen zum Tragen kommen bzw. rechtliche Änderung Kosten verursachen. Die Kosten für die Sammlung und Entsorgung der Abfälle sind aufgrund alter Verträge sehr hoch und liegen deutlich über den derzeit von den Entsorgern und Verwertern erzielbaren Erlösen. Der ZAV zahlt deshalb aufgrund dieser alten Verträge zu viel. Gleiches gilt für die veraltete Struktur bei den Gefäßen, der Gebührenveranlagung und den durch die hohen Gebühren erfolgenden Umgehungen und Mengenverschiebungen. Die Problemlage ist bereits erkannt, kann aber erst mit neuen Verträgen ab 2010 bzw. 2011 geändert werden.

Ab 2010 kann sich durch den vorgesehenen Umbruch in der Abfallkonzeption des ZAV eine deutliche Veränderung und Verbesserung ergeben. Die Sammlungskosten werden in 2010 deutlich sinken, die Entsorgungskosten ab 2011.

Hier zeichnet sich aber mittelfristig eine große Hoffnung ab, da ab 2011 deutliche Änderungen möglich sind. Dennoch ist gegenwärtig, also bis Ende 2010 mit Preisanpassungen nach unten nicht zu rechnen. Dieser Entwicklung kann der ZAV erst mit Umsetzung der Neuausschreibungsergebnisse bei der Entsorgung ab 2011 begegnen.

Es ist weiter notwendig, die Deponie Bastwald so bereit zu halten, dass die Kapazitäten dort so günstig wie möglich zu verwerten sind, da hierdurch eine gewisse Kostendämpfung

erzielt werden kann. Zugleich ist mit den erhofften Veränderungen durch das neue System mittelfristig eine deutliche Verbesserung des Ergebnisses möglich.

Die Entsorgung andererseits ist durch diese alten Verträge bis Ende 2010 gesichert und aufgrund von neu abgeschlossenen Verträgen ab 2011 bis mindestens 2016.

II: Ergebnisprognose

Die Umsatz- und Erlösentwicklung ist, wie bereits gesagt, fast nicht von konjunkturellen Schwankungen abhängig, sondern durch die aktuellen Satzungen und kommunalen Verträge relativ fest gefügt. Für das Jahr 2010 geht der ZAV ebenfalls noch einmal von einem deutlich negativen Ergebnis aus, wobei die Verzögerung der Umsetzung und die deutlich größeren Anpassungen sowie vor allen, die nicht einsetzbare Leerungsregistrierung die Kosten nach oben und die bereinigten Einnahmen nach unten drücken wird. Für die Jahre 2011 und 2012 werden mit positiven Ergebnissen gerechnet, die ausreichen sollen, die Verluste der Vorjahre abzudecken. Die erwarteten Ergebnisse 2010-12 ergeben sich aus der Planung einer dreijährigen Gebührenkalkulationsperiode, die die hohe Kostenspitze des Umstellungsjahres 2010 abfangen wird.

D. Risiken und Chancen der voraussichtlichen Entwicklung

Das Hauptrisiko des ZAV besteht in evtl. schwankenden Abfallmengen und extern initiierten Änderungen. Als kommunaler öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger unterliegt der ZAV keinen konjunkturellen Schwankungen oder Konkurrenzsituationen.

Veränderungen erfolgen daher auch nicht plötzlich, da alle Rahmenbedingungen langfristig fest gelegt sind und i. d. R. auf Rechtsbeziehungen (Anschlusspflicht etc.) basieren.

Andererseits bietet sich auch nur bei Neuausschreibungen oder Auslaufen von Altverträgen die Chance, grundlegende Dinge zu ändern und ggf. deutliche Verbesserungen zu erreichen, da der ZAV nicht wie ein privates Unternehmen agieren kann.

Gegenwärtig sieht jedoch insbesondere die rechtliche Situation so aus, dass eine Änderung der Geschäftsgrundlagen durch die neue integrierte Deponieverordnung oder andere Rechtsänderungen nicht erfolgen dürfte. Erneute Satzungsänderungen nach 2009 sind ebenfalls nicht vorgesehen. Es besteht jedoch immer das Risiko, dass durch Rechtsverordnungen unvermutete Aufgabenveränderungen entstehen können.

Aufgrund der Ende 2009 auslaufenden Verträge hinsichtlich der Einsammlung von Abfällen und der daraufhin erfolgten Neuausschreibung mit einem Identensystem und Leerungsregistrierung sowie einem personenbezogenen Tarif, ist gesichert, dass dieser Bereich nach 2009 zu deutlich besseren Konditionen weiter geführt werden kann. Die neu abgeschlossenen Verträge beinhalten wesentlich geringere Kosten und sind erheblich besser. Mittlerweile steht auch fest, dass die Vertragsabwicklung in diesem Bereich wieder direkt durch den ZAV übernommen wird. Die getrennte Bioabfallsammlung entfällt seit 2010 aus Kostengründen wieder. Ab 2011 ergeben sich im Entsorgungs- und Verwertungsbereich ebenfalls erhebliche Kostensenkungen.

Allerdings zeichnet sich für 2010, entgegen den Planungen, eine deutlich höhere Kostenspitze aufgrund zusätzlicher Aufwendungen zur Bewältigung der nachgeschobenen Änderungen, dem weit über das erwartete Maß hinaus gehenden Korrekturbedarf bei den übernommenen Daten, der Änderungen, die sich aus rund 10.000 zusätzlichen Ausnahmeanträgen und den Mehraufwendungen für Umsetzungsverzögerungen ergeben. Hinzu kommen die geringeren Gebühreneinnahmen durch erhöhte Rückerstattungen und Gebührenreduktionen durch die o.g. Ausnahmen.

Auf der anderen Seite stehen geringere Aufwendungen für die Entsorgung und deutlich erhöhte Einnahmen bei der Wertstoffvermarktung, so dass dies teilweise ein Ausgleich schaffen wird.

Da der ZAV nur im Bereich des Vogelsbergkreises tätig ist und zudem ausschließlich die Beseitigung der dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger angedienten Abfälle obliegt, ist der Umsatz durch die Mengenentwicklung im Kreis und durch die Festlegungen der ZAV-Satzungen vorgegeben.

Zugleich ist aber dadurch eine Abdeckung des Risikos und der Finanzierungssicherstellung gegeben, da die Kosten aus dem Gebührenaufkommen finanziert werden. Aus derzeitiger Sicht sind daher keine bestandsgefährdenden bzw. die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich beeinträchtigenden Risiken erkennbar. Durch das neue Gebührenmodell können sich noch positive oder negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben. Dies ist aber erst ab 2012/2013 absehbar. Änderungen an den Satzungen seitens der Verbandsgremien haben dabei erhebliche Auswirkungen auf das System und somit auf die finanzielle Lage des ZAV.

Es bleibt zu berücksichtigen, dass der ZAV trotz kaufmännischer Buchführung weiterhin eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes ist, hoheitlich tätig bleibt, die Tätigkeiten durch Rechtsvorgaben bestimmt sind und die Erfüllung von Aufgaben der Daseinsvorsorge zum Ziel haben. Die Steuerung erfolgt normalerweise unternehmerisch, aber nicht gewinnorientiert, sondern nach den Regelungen des KAG etc., sofern nicht durch Beschlüsse politischer Gremien anders beeinflusst.

E. Sonstige Angaben

In 2008/2009 erfolgte gemäß den Vorgaben und Grundsatzbeschlüssen der Verbandsgremien eine Neukonzeptionierung des Sammelsystems, wobei ein Identensystem mit Leerungsregistrierung für die kommunale Restabfall- und Altpapiersammlung eingeführt wurde. Die Identifikation erfolgt elektronisch. Ebenso wurde die getrennte Bioabfallsammlung ab 2010 wieder aufgegeben. Die dezentrale Grünabfallsammlung wurde beibehalten und auch die Sperrmüllsammlung auf Abruf bleibt erhalten. Alle diese Aufgaben werden ab 2010 wieder direkt vom ZAV abgewickelt.

Die hierauf basierenden Ausschreibungen in 2008/2009 ergaben z; T. drastisch niedrigere Kosten. Ab 2010 wird dies für alle Sammlungen der Fall sein, ab 2011 auch für die Entsorgung und Verwertung (Papier bereits ab 2010).

Es wird durch das neue System, das auch zu größeren Abfallgefäßen führt, ab 2010 mit höheren Sammelmengen gerechnet.

Durch nachträgliche Systemänderungen und drastische Erweiterung der Ausnahmeantragsfälle seitens der Verbandsversammlung in 2009 ergibt sich eine verzögerte Umstellung und eine zusätzliche Nachanpassung der Gefäßstruktur in 2010, so dass das System erst mit deutlicher Verzögerung starten kann. Dies wird, wie bereits gesagt, in 2010 auch finanzielle Auswirkungen haben, die derzeit noch nicht genau absehbar sind.

NEUE ARBEIT Vogelsberg gGmbH

- Kirchlich-kommunale Gesellschaft
für berufliche Integration -

Altenburger Str. 40, 36304 Alsfeld
Tel.: 06631 / 9641-0 - Fax: 06631 / 9641-41
E-Mail: info@neue-arbeit-vb.de
Internet: www.neue-arbeit-vb.de



Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist:

Die qualifizierte Beschäftigung sowie die berufliche und persönliche Aus-, Fort- und Weiterbildung mit dem Ziel der Eingliederung bzw. Wiedereingliederung ins Erwerbsleben von Langzeitarbeitslosen, Arbeitslosen ohne abgeschlossene Berufsausbildung und sonstigen schwer vermittelbaren Arbeitslosen, insbesondere Empfängern von Sozial- und Jugendhilfe im Vogelsbergkreis.

Betriebsgrundlage ist die Teilnahme an öffentlich geförderten Maßnahmen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Zweck der Gesellschaft ist die allgemeine und berufsbezogene Volksbildung sowie die Wohlfahrtspflege für die genannten Personen mit dem Ziel, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass ihnen die Sicherung ihrer Existenz aus eigener Kraft möglich wird. Die Gesellschaft wird damit in praktischer Ausübung christlicher Nächstenliebe im Sinne der Diakonie als Wesens- und Lebensäußerung der evangelischen Kirche tätig.

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1999

Anteile in %: 40 %

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige, mildtätige und kirchliche Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Landrat Rudolf Marx - Vorsitzender

Otto Bäuscher - Geschäftsführer

Inge Herchenröder - Architektin

Magdalena Pitzer - Kreisbeigeordneter

Horst Schopbach - Präses

Geschäftsführung: Pfarrer Christoph Geist

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: gGmbH

Gründungsdatum: 26.01.1999

Gesellschaftsvertrag: 26.01.1999

Handelsregister: Gießen, HRB 5161

Stammkapital: 127.822,97 €

Beteiligungen: Neue Dienste Vogelsberg NDV GmbH, Alsfeld - 100 %

Gesellschafter und Stammeinlagen:

	€	in %
Vogelsbergkreis, Lauterbach	51.129,18	40
VAU Verbund für Ausbildung und Umwelt e.V., Alsfeld	25.564,59	20
Dekanat Alsfeld	12.782,30	10
Dekanat Homberg/Ohm	12.782,30	10
Dekanat Vogelsberg	12.782,30	10
Dekanat Schotten	12.782,30	10
	<u>127.822,97</u>	<u>100,0</u>

Bilanz des Unternehmens

AKTIVA

	2010 €	2009 €
A. Anlagevermögen		
I. Immat. Vermögensgegenstände	3.150,53	2.474,55
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke mit Betriebsbauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	891.429,14	883.658,14
2. Technische Anlagen	20.648,00	24.238,00
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	137.449,22	133.686,29
	1.049.526,36	1.041.582,43
III. Finanzanlagen		
Anteile an verbundenen Unternehmen	50.000,00	50.000,00
	1.102.676,89	1.094.056,98
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	187.031,11	150.039,57
2. Forderungen gegen Gesellschafter	332.711,08	332.711,08
3. Forderungen geg. verbund. Unternehmen	0,00	103.356,54
4. Sonstige Vermögensgegenstände	165.590,03	16.391,65
	685.332,22	602.498,84
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	353.828,36	402.255,77
	1.039.160,58	1.004.754,61
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2.963,60	259,10
	2.144.801,07	2.099.070,69

PASSIVA

	2010 €	2009 €
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	127.822,97	127.822,97
II. Gewinnrücklagen	148.247,87	148.247,87
III. Verlustvortrag	38.556,38	83.386,76
IV. Jahresfehlbetrag(-) / Jahresüberschuss	-64.208,56	44.830,38
	173.305,90	237.514,46
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlage- vermögens	567.746,70	463.850,63
C. Rückstellungen		
Sonstige Rückstellungen	284.564,86	297.500,22
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber anderen Darlehensgebern	869.242,28	934.335,52
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	20.987,38	7.959,22
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	76.463,40	0,00
4. Sonstige Verbindlichkeiten	149.49,56	157.910,64
	1.116.142,62	1.100.205,38
E. Rechnungsabgrenzungsposten	3.040,99	0,00
	2.144.801,07	2.099.070,69

Gewinn- und Verlustrechnung

	2010 €	2009 €
1. Umsatzerlöse	763.852,56	779.275,36
2. Betriebskostenzuschüsse	2.060.558,67	2.043.964,21
3. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	16.103,93	14.306,44
4. Sonstige betriebliche Erträge	117.567,26	92.190,77
	2.958.082,42	2.929.736,78
5. Materialaufwand: Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	307.142,27	376.672,36
	2.650.940,15	2.553.064,42
6. Personalaufwand: a) Löhne und Gehälter b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.743.964,26 465.473,31	1.618.048,37 399.025,56
	2.209.437,57	2.017.073,93
7. Abschreibungen auf immat. Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	70.811,30	63.388,96
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	425.364,55	420.542,35
	2.705.613,42	2.501.005,24
Zwischenergebnis	-54.673,27	52.059,18
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.653,69	3.529,71
10. Erträge aus Investitionszuschüssen	120.000,00	0,00
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7.282,44	7.575,39
12. Aufwendungen aus der Zuführung von Investitionszuschüssen zu Sonderposten	120.000,00	0,00
	-5.628,75	-4.045,68
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-60.302,02	48.013,50
14. Sonstige Steuern	3.906,54	3.183,12
15. Jahresfehlbetrag (-)/Jahresüberschuss	-64.208,56	44.830,38

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 99 (Jahresdurchschnitt)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs: Siehe Lagebericht

Ertragslage des Unternehmens: Jahresfehlbetrag 64.208,56 €

Kreditaufnahmen: keine

Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten: keine

Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft: keine

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

gemeinnützige GmbH auf dem Gebiet Bildungs- und Sozialwesen

Auszug aus dem Lagebericht

1. Darstellung des Geschäftsverlaufes und der Lage der Gesellschaft

1.1 Allgemeine Ausführungen zu gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, Entwicklungen in der Branche sowie Darstellung der eigenen Geschäftstätigkeit

Das Geschäftsjahr 2010 musste mit einem nicht geringen Fehlbetrag abgeschlossen werden. Nach dem Auslaufen des Vertrages mit dem Vogelsbergkreis zum 30.06.2010 wurden die zugesagten 117 Stellen für Arbeitsgelegenheiten durch Zuweisungen der kommunalen Vermittlungsagentur nur zu durchschnittlich 53% ausgelastet. Da das Personal vorgehalten werden musste, aber die Regiekosten nur für die tatsächliche Auslastung der Stellen bezahlt wurden, entstand eine erhebliche Deckungslücke. Durch den hohen Einsatz der Stammebelegschaft gelang es, trotz dieser erschwerten Bedingungen die Erlöse gegenüber dem Vorjahr fast zu halten. Ansonsten wäre der Fehlbetrag noch höher ausgefallen.

Das Sofortprogramm der Werkakademie konnte im Berichtsjahr erfolgreich weiter geführt werden. Die Ausschreibung für das Folgejahr 2011 ging allerdings an einen anderen Anbieter.

Für das Landesprogramm „Passgenau-in-Arbeit“ (PiA) konnte die kommunale Vermittlungsagentur leider erst in der zweiten Jahreshälfte Teilnehmer zuweisen.

Das EU-Programm XENOS wurde 2010 weiter geführt und leistete einen wichtigen Beitrag zur angestrebten Inklusion. Im Programm „Ausbildung in der Migration“ konnten drei Plätze besetzt werden.

Mit dem Projekt „Gute Arbeit für Alleinerziehende“ (GAfA) fand diese besondere Zielgruppe stärkere Berücksichtigung in der Arbeit. Die vorgesehene Ergänzung durch das Programm „Betriebliche Ausbildung für Alleinerziehende“ ließ sich leider nur in sehr geringem Umfang realisieren, weil die Bereitschaft der Betriebe, sich dieser Zielgruppe zu öffnen und Ausbildungsplätze anzubieten trotz verschiedener Anstrengungen in der Vorlaufphase (vom 01.04. - 31.08.10) sehr gering blieb und keine Ausbildung realisiert werden konnte.

Im Geschäftsjahr 2010 befanden sich 40 junge erwachsene Menschen bei uns in Ausbildung. Acht Auszubildende schlossen die Abschlussprüfung erfolgreich ab, davon wurden 5 Auszubildende erfolgreich vermittelt, einer entschied sich für den Besuch der Fachoberschule und zwei Gärtnerinnen wurden saisonal bedingt arbeitslos. Acht Auszubildende beendeten die Ausbildung vorzeitig aus verschiedenen Gründen: Zwei wurden in betriebliche Ausbildungsverhältnisse auf dem ersten Arbeitsmarkt übernommen, ein Auszubildender verbüßt eine Freiheitsstrafe und ein Auszubildender schied krankheitsbedingt aus, ein Auszubildender wurde wegen nicht ausreichender Voraussetzungen in eine AGH 16d Maßnahme zurückgeführt, eine Alleinerziehende konnte auch trotz aller durch uns mögliche Unterstützung die Betreuung ihres Kindes nicht mehr sicherstellen, zwei Auszubildende brachen die Ausbildung vor der Prüfung ab, weil sich die psychischen Blockaden gegenüber der Prüfung nicht auflösen ließen.

Im Geschäftsjahr betreute die NEUE ARBEIT insgesamt 302 TeilnehmerInnen (ohne die 70 TeilnehmerInnen des Programms Sofortangebot in der Werkakademie für Unter-25-jährige, die auch in den folgenden Zahlen nicht berücksichtigt sind); davon hatten 59 TeilnehmerInnen Migrationshintergrund, insgesamt wurden 100 Frauen und 202 Männer beschäftigt.

Inklusive aller, beendeten im Berichtszeitraum 254 TeilnehmerInnen die zugewiesene Maßnahme. 17 davon als REHA- oder Krankheitsfälle). 25 konnten in Arbeit vermittelt werden, 6 mündeten in Ausbildung (intern oder extern) und 5 in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nach §16e SGBII bei der NEUE ARBEIT Vogelsberg ein.

Aus dem Sofortprogramm wurden 15 Teilnehmer/innen in Arbeit vermittelt, 8 gingen in Ausbildung, 1 in Weiterbildung und 5 in weiterführende Maßnahmen bei der NEUEN ARBEIT. 3 waren Reha- oder Krankheitsfälle. 39 Personen wurden an die Kommunale Vermittlungsagentur zurück verwiesen.

1.2 Darstellung der Vermögens- Finanz- und Ertragslage

Die Zahlungsfähigkeit der NEUEN ARBEIT war im Geschäftsjahr nur auf Grund sehr planvoller und ausgewogener Liquiditätsüberwachung jederzeit gegeben. Externe Dispositionskredite mussten nicht in Anspruch genommen werden.

Das Auslaufen der Verträge mit dem Vogelsbergkreis über die Eingliederungsleistungen und insbesondere die bundespolitische Auseinandersetzung über die zukünftige Aufstellung und sozialpolitische Orientierung der Arbeit mit dem SGB II machten in der zweiten

Hälfte des Berichtsjahres eine kontinuierliche und planvolle Zusammenarbeit mit der kommunalen Vermittlungsagentur sehr schwer.

Inzwischen ist zwar die Frage der Trägerschaft für die Anwendung und Ausführung des SGB II geklärt und der Vogelsbergkreis konnte seinen Status als Optionskommune erhalten. Die tatsächlichen Möglichkeiten sind allerdings weiter eingeschränkt. Die Vorgaben der Bundesanstalt für Arbeit und des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung sind immer rigider und die Spielräume vor Ort immer geringer geworden.

Die anziehende Konjunktur liefert zwar nur vordergründig, aber leider nichts desto weniger sehr öffentlichkeitswirksam einer Politik Vorschub, die die Probleme der Langzeitarbeitslosen und psychosozial benachteiligter und beeinträchtigter Menschen auf arbeitsmarktpolitische Fragen beschränkt und zumindest faktisch die sozialpolitischen Probleme ausklammert. Auch Menschen, die noch viel zu weit von den Anforderungen des Arbeitsmarktes entfernt sind und für die eine Eingliederung in diesen Arbeitsmarkt erst relevant werden kann, wenn viel elementarere Probleme gelöst sind, werden ausschließlich arbeitsmarktpolitischen Zielsetzungen unterworfen. Eine nicht marktgängige Arbeit als den Selbstwert und diese sozialen Bezüge des Menschen stabilisierendes Element und der damit verbundene Anspruch, durch sinnstiftende Arbeit Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, haben in diesen Konzepten kaum mehr einen Platz.

Dadurch, dass schon in den letzten Jahren so gut wie keine Überschüsse mehr erzielt werden konnten, aus denen die Rückzahlungen der laufenden Darlehen hätte erfolgen können, musste dafür auf liquide Mittel der Substanz zurückgegriffen werden. Die damit immer stärker belastete Liquidität bietet mittlerweile für die Zukunft keine ausreichenden Sicherheiten mehr, weil das - von seinem Wert her betrachtete durchaus ausreichende - Kapital des Betriebes zu immer größeren Anteilen in Sachanlagen gebunden ist.

Die Ertragslage des Unternehmens ist durch eine ambivalente Struktur geprägt. Da ein nicht unerheblicher Teil Anteil der Erträge durch Erlöse aus Verkäufen von Produkten und Dienstleistungen resultiert, wird die größte Teilgruppe des Personals, die Fachanleiter/innen nicht nur über Regiekostenerstattungen verschiedener Programme refinanziert, sondern eben auch über Erlöse. Personalkostenreduzierungen durch Personalabbau bei der Fachanleitung führen deshalb zu deutlichen Mindereinnahmen bei den Erlösen.

1.3 Ergänzenden Darstellungen

Zur flexibleren und ökonomischeren Nutzung der Arbeitszeit kann das Stammpersonal unterschiedliche Modelle von variablen Arbeitszeiten und auch Teilzeitarbeit nutzen. Im Geschäftsjahr 2010 wurden keine Veränderungen der Rechtsform, der Gesellschaftsstruktur und auch keine anderen unternehmensrelevanten Änderungen vorgenommen.

Die jährliche Überprüfung der Zertifizierung zum Entsorgungsfachbetrieb erbrachte keine Beanstandungen. Die Zertifizierung wurde 2010 bestätigt.

Nach erfolgreicher Implementierung eines Qualitätsmanagement-Systems im Gesamtbetrieb und der Zertifizierung durch den TÜV nach DIN EN ISO 9001 - 2000 im Jahre 2006, konnte nach erneuter Zertifizierung - jetzt nach DIN EN ISO 9001 - 2008 - im Jahr 2009 im Geschäftsjahr 2010 die erforderliche Bestätigung erreicht werden. Parallel dazu konnte im November 2010 die NEUE ARBEIT Vogelsberg mit ihrem Managementsystem erstmals auch als zugelassener Träger für die Förderung der beruflichen Weiterbildung nach AZWV § 84 SGB III zertifiziert werden

2. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Außer den im Geschäftsverlauf und im Prognosebericht erwähnten Veränderungen der politischen und strukturellen Rahmenbedingungen gab es derartige Vorgänge nicht.

Ausblick:

3. Prognosebericht

Für das Jahr 2011 zeichnet sich eine ähnliche Konstellation bei der Maßnahmebesetzung ab. Die mit der kommunalen Vermittlungsagentur vereinbarten und vorgehaltenen Stellen werden nur sehr schleppend und in deutlich reduziertem Umfang besetzt. Dadurch entsteht nicht nur eine Deckungslücke bei den Regiekosten (speziell den Personalkosten für Anleitungspersonal), sondern auch ein weiterer Rückgang der Erlöse infolge reduzierter Arbeitskapazität.

Angesichts der oben geschilderten immer angespannteren Liquiditätssituation muss versucht werden, eine Stornierung oder besser einen Erlass der Darlehensverpflichtungen zu erreichen, um die Liquidität nicht noch mehr zu belasten.

Um überhaupt weitere Erlöse zu erzielen, wird es erforderlich sein, neben den neuen diensten weitere Integrationsbetriebe in Form von Tochtergesellschaften zu gründen, die dann unbegrenzt am Markt tätig sein können. In dieser Neuausrichtung liegt die Chance, ein von der SGB II-Finanzierung unabhängiges zusätzliches Standbein zu entwickeln und zumindest einen Teil der Möglichkeiten, Erlöse zu erzielen, besser abzusichern.

Weil die Möglichkeiten, anderweitige zusätzliche Programme und Maßnahmen zu aquirieren, sehr beschränkt sind, sind auch die Risiken nicht wirklich zu begrenzen, die in der immer stärker werdenden Tendenz liegen, Maßnahmen über Ausschreibungen zu vergeben. Dazu kommen die Risiken, die sich daraus ergeben, dass das Arbeitsfeld oft sehr kurzfristigen politischen Veränderungen unterliegt.

Kreiskrankenhaus des Vogelsberg- kreises in Alsfeld GmbH

Schwabennöder Str. 81, 36304 Alsfeld
Tel.: 06631 / 98-0- Fax: 06631 / 98-1118
E-Mail: info@kreiskrankenhaus-alsfeld.de
Internet: www.kreiskrankenhaus-alsfeld.de



Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist:

Betrieb des Kreiskrankenhauses des Vogelsbergkreises in Alsfeld einschließlich zugehöriger Ausbildungsstätten, Nebeneinrichtungen und Nebenbetrieben als Krankenhausträger. Ferner ist Gegenstand der Betrieb der Sozialstation Alsfeld/Romrod.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Gesundheitswesen

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1999

Anteile in %: 100 %

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 52, 55 bis 57 der Abgabenordnung (AO).

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Aufsichtsratsvorsitzender	Landrat Rudolf Marx
stellv. Vorsitzender	Dr. Arno Wettlaufer
Mitglieder des Kreistages	Friedel Kopp Jürgen Ackermann Ingeborg Beckmann-Launer Dr. Bernd Stumpf
Sachkundige Personen	Christian Kujawa Matthias Gorsler Ernst Heidelberg
Mitglieder des Betriebsrates	Karin Heipel Horst Wlodarczyk-Götz

Für die Mitglieder des Aufsichtsrates entstanden im Wirtschaftsjahr 2010 Aufwendungen in Höhe von 1.999,00 € (Vorjahr: 2.890,09 €).

Geschäftsführung: Henner Häfner, Dipl. Krankenhaus-Betriebswirt (DKI)

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

<i>Rechtsform:</i>	GmbH
<i>Gründungsdatum:</i>	16.08.1999
<i>Gesellschaftsvertrag:</i>	16.08.1999, geänderte Fassung vom 17.01.2001
<i>Handelsregister:</i>	Gießen, HRB 5326
<i>Stammkapital:</i>	6.000.000 €
<i>Beteiligungen:</i>	1. Kreiskrankenhaus Alsfeld Dienstleistung GmbH (KAD GmbH) mit 51 % - Stammkapital 25.000 € 2. AMANDUS Pflege- und Dienstleistungsgesellschaft mbH (AMANDUS) mit 100 % - Stammkapital 25.000 €
<i>Gesellschafter:</i>	Vogelsbergkreis

Bilanz des Unternehmens (Konzern)

AKTIVA	2010	2009	PASSIVA	2010	2009
	€	€		€	€
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immat. Vermögensgegenstände			1. Gezeichnetes Kapital	6.000.000,00	6.000.000,00
Entgeltlich erworbene Software	54.202,00	115.647,00	2. Gewinnrücklagen/And. Gew.Rüchl.	4.381.424,54	4.381.424,54
II. Sachanlagen			3. Verlust-/Gewinnvortrag	-776.906,15	122.292,49
1. Grundstücke und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	20.571.589,09	21.296.460,88	4. Konzernergebnis	-1.038.250,44	-899.198,64
2. Technische Anlagen	332.914,00	354.720,00	5. ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter	65.487,09	55.190,27
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.573.172,48	2.862.430,24		8.631.755,04	9.659.708,66
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.687.392,00	350.372,73	B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	14.757.236,23	15.278.730,70
	25.165.067,57	24.863.983,85			
III. Finanzanlagen			C. Rückstellungen		
1. Beteiligungen	5.500,00	5.500,00	1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	603.257,83	538.553,47
B. Umlaufvermögen			2. Steuerrückstellungen	12.879,00	26.038,03
I. Vorräte			3. Sonstige Rückstellungen	983.679,75	1.082.388,39
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	206.906,75	197.005,45		1.599.816,58	1.646.979,89
2. Unfertige Erzeugnisse, unf. Leistungen	247.023,60	388.854,63	D. Verbindlichkeiten		
3. Geleistete Anzahlungen	155.809,04	155.809,04	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.804.086,52	1.942.787,95
	609.739,39	741.669,12	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	840.442,70	1.215.345,05
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	519.071,46	46.597,77
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.620.453,42	3.774.715,43	4. Verbindlichkeiten nach dem Kranken- hausfinanzierungsrecht	27.749,36	308.635,51
2. Forderungen nach dem Krankenhaus- finanzierungsrecht	287.255,07	0,00	5. Sonstige Verbindlichkeiten	1.613.605,60	758.459,66
3. Sonstige Vermögensgegenstände	416.677,75	683.441,23		5.804.955,64	4.271.825,94
	4.324.386,24	4.458.156,66			
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	636.939,03	674.705,54	E. Rechnungsabgrenzungsposten	7.800,67	6.120,00
C. Rechnungsabgrenzungsposten	5.729,93	3.703,02		7.800,67	6.120,00
	30.801.564,16	30.863.365,19		30.801.564,16	30.863.365,19

Gewinn- und Verlustrechnung (Konzern)

	2010 €	2009 €
1. Umsatzerlöse	26.153.731,49	24.645.631,90
2. Verminderung oder Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	-141.831,03	45.425,51
3. Sonstige betriebliche Erträge	2.342.749,41	2.944.104,91
	28.354.649,87	27.635.162,32
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	4.478.436,90	4.445.666,51
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	943.909,95	1.009.999,41
	5.422.346,85	5.455.665,92
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	16.024.454,45	14.993.469,15
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	3.957.591,36	3.872.966,78
	19.982.045,81	18.866.435,93
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.872.336,31	1.809.655,01
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.980.559,36	2.336.273,38
	3.852.895,67	4.145.928,39
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4.582,53	14.104,37
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	86.474,24	-10.525,46
	-81.891,71	3.578,91
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-984.530,17	-829.289,01
11. Außerordentliche Aufwendungen	23.963,61	0,00
12. Steuern vom Einkommen und Ertrag	15.259,24	41.999,39
13. Sonstige Steuern	4.200,00	22.975,96
14. Jahresfehlbetrag	-1.027.953,62	-894.264,36
15. Auf andere Gesellschafter entfallender Gewinn	10.296,82	4.934,28
16. Konzernergebnis	-1.038.250,44	-899.198,64

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter:

	2010 (Jahresdurchschnitt)	2009 (Jahresdurchschnitt)
KKH GmbH	429,28	424,78
KAD GmbH	83,00	85,50
AMANDUS GmbH	87,78	98,70

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

<i>Grundzüge des Geschäftsverlaufs:</i>	Siehe Lagebericht Stammeinlage 6.000.000 €
<i>Ertragslage des Unternehmens:</i>	Jahresfehlbetrag 1.038.250,44 €
<i>Kreditaufnahmen:</i>	keine
<i>Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:</i>	*) Bürgschaft
<i>Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den : Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft</i>	keine

*) Beschluss des Kreistages des Vogelsbergkreises vom 11.09.2006:
Übernahme einer Bürgschaft zugunsten der Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH für einen Kontokorrentkredit bis zu einer Höhe von 2.500.000,00 € (Schuldenurkunde vom 13.01.2007)

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Gesundheitsversorgung der Region

Auszug aus dem Lagebericht

1. Vorbemerkungen
- 1.1 Rechtsgrundlagen

Rechtsgrundlagen für die Erstellung des vorliegenden Lageberichtes des Kreiskrankenhauses Alsfeld sind § 289 Abs. 1 HGB und § 315 HGB. Ferner liegt dem Bericht die am 01. Januar 1987 in Kraft getretene Krankenhausbuchführungsverordnung in der Fassung vom 13. Juli 2003 (BGBl I. S. 1430/1461) zugrunde. Bei der Gesellschaft handelt es sich um eine Eigengesellschaft des Landkreises (§ 52 HKO, § 122 HGO). Die kommunalrechtlichen Organisationspflichten und Regelungen zur Wirtschaftsführung wurden erfüllt.

Vom Wahlrecht der Zusammenfassung von Lagebericht und Konzernlagebericht gemäß § 315 Abs. 3 i. V. m. § 298 Abs. 3 HGB machen wir Gebrauch.

Der Lagebericht hat nach der Gesetzesvorgabe, soweit erforderlich, den Jahresabschluss weiter zu erläutern, um einen den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Einblick in die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage für die Adressaten sicherzustellen. Darüber hinaus werden im Lagebericht die Gesamtverhältnisse, die Marktstellung, die Entwicklungsmöglichkeiten sowie deren Chancen und Risiken dargestellt.

Gemäß § 316 Abs. 1 und 2 HGB unterliegen der (Konzern-) Jahresabschluss und der (Konzern-) Lagebericht der Gesellschaft der Prüfung. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat mit der Durchführung dieser Prüfung die Beratungs- und Prüfungsgesellschaft BPG mbH - Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Münster, beauftragt.

1.2 Konzernstruktur

Die "Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH" (Muttergesellschaft des Konzerns) ist durch Ausgliederung des ehemaligen Eigenbetriebes "Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld" zum 01.01.1999 entstanden.

Wie das Vorgängerunternehmen in der Rechtsform des Eigenbetriebs verfolgt die Gesellschaft ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke. Das Kreiskrankenhaus ist im Krankenhausplan des Landes Hessen als Akutkrankenhaus mit 188 Betten ausgewiesen und nimmt an der bedarfsgerechten stationären Krankenhausversorgung der Bevölkerung sowie an der Notfallversorgung teil.

Die Gesellschaft verfügt über zwei „Töchter“, nämlich die im Dezember 2000 gegründete „Kreiskrankenhaus Alsfeld Dienstleistung GmbH (KAD-GmbH)“ sowie die Ende 2001 errichtete „AMANDUS Pflege- und Dienstleistungsgesellschaft mbH (AMANDUS)“. Letztere befindet sich im Alleinbesitz der Muttergesellschaft, während diese im Falle der KAD seit Mitte des Jahres 2007 über einen Gesellschaftsanteil von 51% verfügt; die restlichen Anteile (49%) liegen bei der Fa. Gies Dienstleistungen GmbH.

1.3 Allgemeine Situation

Die allgemeine Situation der Krankenhäuser in der Bundesrepublik ist seit Jahren durch große Unsicherheiten und Unwägbarkeiten gekennzeichnet. Ungeachtet dessen stellt sich das Kreiskrankenhaus den Herausforderungen der Zeit.

So wird z. B. der Grundsatz „ambulant vor stationär“ in Alsfeld konsequent umgesetzt. Die Zahl der ambulant durchgeführten Eingriffe erreicht mittlerweile mehr als die Hälfte der operativen Leistungen. Daneben hat das Krankenhaus sein Spektrum in den letzten Jahren erheblich ausgeweitet. Die eingegliederte Sozialstation, Pflegeüberleitung und Sozialdienst, Kurzzeitpflege, ambulante Physiotherapie, Zusammenarbeit mit einer Dialyseeinrichtung, Gründung von Tochtergesellschaften, Kooperationen mit Fachärzten u. v. m. haben das Krankenhaus über seinen ursprünglichen Aufgabenbereich hinaus - für die stationäre Behandlung Kranker zu sorgen - in der Region als anerkannten Gesundheitsdienstleister positioniert.

Seit 2005 gilt ein landesweiter Basisfallwert als Richtgröße für die individuellen Budgets der Kliniken. Ursprünglich sollte diese Funktion als „Richtgröße“ bis zum Jahr 2009 aufgehoben werden und dann ein vorgegebener Landesfallwert für alle Kliniken gelten; allerdings

wurde die alte Regelung in 2009 noch einmal fortgesetzt und der einheitliche Landesfallwert ab 2010 eingeführt.

2. Lagebericht

2.1 Geschäftsverlauf / Geschäftliche Entwicklung

2.1.1 Medizinische Struktur

Die Klinik verfügt über die Hauptabteilungen „Chirurgie“, „Innere Medizin“ einschließlich „Geriatric“ und „Anästhesie“. Als Belegabteilungen werden die Disziplinen „Frauenheilkunde und Geburten“ sowie „Hals-Nasen-Ohrenheilkunde“ vorgehalten. Die „Intensivmedizin“ wird fachübergreifend geführt.

Die Chirurgie wird im Rahmen eines kollegialen Systems von zwei Leitenden Abteilungsärzten geführt, die für die Disziplinen „Unfall- und Wiederherstellungschirurgie“ einerseits und „Allgemein-, Visceral- und Gefäßchirurgie“ andererseits verantwortlich sind. Seit 01. 09. 2009 wurde die Unfall- und Wiederherstellungschirurgie um die Sektion „Wirbelsäulenchirurgie“ erweitert.

In den Hauptabteilungen arbeiten Fachärzte bzw. Ärzte mit Zusatzbezeichnungen folgender Disziplinen: Allgemein-, Visceral- und Gefäßchirurgie, Unfall- und Wiederherstellungschirurgie, Orthopädie, Innere Medizin, Palliativmedizin, Proktologie, Geriatric, Lungen- und Bronchialkrankheiten (Pneumologie), Magen- und Darmerkrankungen (Gastroenterologie) sowie Schmerztherapie.

Die Zusammenarbeit oder Kooperation mit niedergelassenen Ärzten wurde erfolgreich fortgesetzt. Im Untergeschoss der Krankenpflegeschule sind drei Arztpraxen untergebracht. Es handelt sich um eine internistische Ärztin mit hämatologisch / onkologischer Schwerpunktbildung (hervorgegangen aus einer in 2005 vom Krankenhaus übernommen internistischen Praxis), um einen Urologen, der sich in Alsfeld niedergelassen hat und im Krankenhaus urologische ambulante Operationen durchführt sowie um eine frauenärztliche Praxis, die von zwei Frauenärzten und einer Frauenärztin gemeinsam betrieben wird.

2.1.2 Wirtschaftliche Lage des Krankenhauses und des Konzerns

Im Jahr 2010 wurden insgesamt 7.982 (Vorjahr 7.469) Patienten stationär aufgenommen. Etwa 93% aller Patienten kommen aus dem Vogelsbergkreis und dem benachbarten Schwalm-Eder-Kreis.

Der Auslastungsgrad des Krankenhauses lag bei 80,84% (Vorjahr 80,42%). Die durchschnittliche Verweildauer belief sich auf 6,95 Tage (Vorjahr: 7,39 Tage).

Das Geschäftsjahr 2010 gestaltete sich erneut außerordentlich schwierig. Positiv ist zu vermerken, dass die Klinik die höchste Fallzahl seit ihrem Bestehen aufzuweisen hatte. Allerdings konnte sie ihr Potential beim Fallschweregrad nicht voll ausschöpfen, da die Besetzung mit Fachärzten insbesondere im Bereich der Oberärzte ein zähes Unterfangen ist. Der Einsatz teurer Aushilfskräfte im ärztlichen Bereich konnte zwar gegenüber 2009 etwas zurückgefahren werden, blieb aber unverzichtbar.

Große Sorge bereitet die Entwicklung beim Personalaufwand. Die nicht refinanzierten Kosten vergangener Tarifsteigerungen belasten das Ergebnis des Krankenhauses mittlerweile in einer Größenordnung von rd. T€ 700.

2.1.3 Investitionen

Im Geschäftsjahr 2010 wurden von der Muttergesellschaft Investitionen in Höhe von T€ 2.023 vorgenommen. Dabei entfielen jeweils gerundet T€ 328 auf die Anschaffung von Gegenständen des medizinischen Bedarfs, T€ 1.355 auf „im Bau befindliche Anlagen“ und T€ 19 auf Technische Anlagen. Im EDV-Bereich wurden Investitionen in Höhe von rund T€ 35 vorgenommen.

Konzernweit beliefen sich die Investitionen auf T€ 2.112. Förderzuschüsse sind mit insgesamt T€ 826 zugeflossen. In der Amandus GmbH wurden keine nennenswerten Investitionen getätigt. In der KAD GmbH wurden T€ 79 für die Erweiterung des Parkplatzes investiert.

2.1.4 Finanzierung

Die Finanzierung der Investitionen erfolgte durch die pauschale Förderung des Landes (§ 9.3 KHG), Einzelförderung (Konjunkturprogramm II) und durch Eigenmittel.

2.1.5 Vermögens- und Finanzlage

Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen beläuft sich in der Muttergesellschaft auf 82% (Vorjahr 81%). Für den Konzern beträgt die Quote 82% (Vorjahr: 81%). Das im Eigentum der GmbH stehende Krankenhaus steht dabei zum 31.12.2010 mit einem Wert von T€ 20.373 (Vorjahr T€ 21.180) zu Buche.

Die Eigenkapitalausstattung der Muttergesellschaft ist noch ausreichend und beläuft sich zum 31.12.2010 auf 8,52 Mio. € (Vorjahr: 9,56 Mio. €) = 28% (Vorjahr: 31%) des Bilanzvolumens. Das Eigenkapital im Konzern beläuft sich auf 8,63 Mio. € (Vorjahr: 9,66 Mio. €) = 28% (Vorjahr: 31%).

Das langfristig gebundene Vermögen (Anlagevermögen zuzüglich Mindestbestand an Vorräten und Leitungsforderungen) ist in vollem Umfang durch Eigenmittel unter Hinzuziehung des Sonderpostens nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz finanziert. Liquidität und Zahlungsbereitschaft waren im Berichtszeitraum gegeben.

2.1.6 Ertragslage

Für das abgelaufene Geschäftsjahr stiegen im Vergleich mit dem Jahresabschluss 2009 die Leistungserlöse um T€ 1.475 (= 6,22%). Die Sonstigen Erlöse sanken um T€ 640 (= 38,46%). Gleichzeitig stiegen die Personalaufwendungen um T€ 933 (= 5,87%). Im Materialbereich und bei den bezogenen Leistungen stiegen die Aufwendungen um T€ 173 (= 2,24%). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sanken um T€ 383 (= 17,17%), insgesamt führte dies mit einer Ergebnisverschlechterung um rd. T€ 154 zu einem Verlust von T€ 1.048.

2.1.7 Personal- und Sozialbereich

Der Personalaufwand betrug beim Krankenhaus im Berichtsjahr T€ 15.962 (Vorjahr: T€ 15.001).

Im Betriebsteil Sozialstation bewegte sich der Aufwand für das Personal in Höhe von T€ 875 (Vorjahr: T€ 903).

Konzernweit sind Personalaufwendungen in Höhe von T€ 19.982 (Vorjahr T€ 18.866) entstanden. In der Gesellschaft wurden im Berichtsjahr 430 (Vorjahr: 425), in der KAD 83

(Vorjahr: 86) und bei AMANDUS 88 (Vorjahr: 99) Personen beschäftigt, so dass der Konzern insgesamt 600 (Vorjahr: 610) Arbeitsplätze bietet.

Dem Kreiskrankenhaus ist eine Krankenpflegeschule mit 60 Ausbildungsplätzen angeschlossen. Schulträger ist der Vogelsbergkreis; Ausbildungsträger sind zu gleichen Teilen die Krankenhäuser *Eichhof* in Lauterbach und das *Kreiskrankenhaus* in Alsfeld. Im Jahr 2010 wurden für Lauterbach 31 Schülerinnen und Schüler und für Alsfeld 30 Schülerinnen und Schüler ausgebildet, so dass im Jahresdurchschnitt 61 Ausbildungsplätze besetzt waren.

Die Personal- und Sachkosten für die Krankenpflegeschule werden von beiden Krankenhäusern entsprechend der jeweiligen Schülerzahl gemeinsam getragen.

2.1.8 Tochtergesellschaft KAD

Die im Dezember 2000 gegründete Tochtergesellschaft mit dem Namen „Kreiskrankenhaus Alsfeld Dienstleistung GmbH (KAD GmbH)“ arbeitet erfolgreich. Nachdem Mitte des Jahres 2007 die Fa. Gies Dienstleistungen GmbH mit 49 Prozent an der Gesellschaft beteiligt wurde, hält die Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH mit 51 Prozent die Mehrheitsbeteiligung. Durch den Mitgesellschafter ist die Entwicklung der KAD noch stärker am Marktgeschehen ausgerichtet und konnte weitere Rationalisierungsreserven erschließen. Die KAD erbringt für das Krankenhaus Dienstleistungen in den Bereichen Verwaltung, Medizincontrolling, Reinigung, Verpflegung, sonstige hauswirtschaftliche Dienste, Pforte, Empfang, Ärztlicher Schreibdienst, Haustechnik sowie EDV. Sukzessive werden weitere Dienstleistungen, die nicht unmittelbar der ärztlichen, pflegerischen oder sonstigen medizinischen Versorgung zuzurechnen sind, der KAD überstellt.

Die in diesen Dienstleistungen vor Gründung der KAD Beschäftigten bleiben reguläres Personal des Kreiskrankenhauses und werden der Tochtergesellschaft beigestellt. Neueinstellungen erfolgen künftig grundsätzlich in der KAD. Die Entlohnung des dortigen Personals findet nach privatwirtschaftlichen Tarifstrukturen statt.

Bei sparsamer und kostenbewusster Wirtschaftsführung konnte im Geschäftsjahr 2010 ein Jahresüberschuss in Höhe von € 21.013,92 erzielt werden.

2.1.9 Tochtergesellschaft AMANDUS

Ende 2001 wurde eine weitere nach wie vor 100 %ige Tochtergesellschaft, die „AMANDUS Pflege- und Dienstleistungsgesellschaft mbH (AMANDUS)“ errichtet. AMANDUS bot zunächst ambulante Pflegeleistungen an. Aufgrund der wenigen Betreuungsfälle und des schwierigen Marktumfeldes wurde 2003 beschlossen, AMANDUS aus diesem Bereich herauszunehmen und der Gesellschaft eine neue Aufgabe zu übertragen. Der ambulante Dienst wurde im Frühjahr 2004 eingestellt und dafür ab Mai 2004 die Trägerschaft einer Kurzzeitpflegeeinrichtung mit zwanzig Betten in den Räumen des Krankenhauses übernommen.

Die Kurzzeitpflegestation ist ein strategisches Instrument, das es dem Krankenhaus ermöglicht, Patienten unmittelbar nach Abschluss der stationären Behandlungsbedürftigkeit zu entlassen und diese ohne größeren Suchaufwand in eine geeignete Pflegeeinrichtung (Kurzzeitpflege) zu überführen. Aus Patienten des Krankenhauses werden so Bewohner in der Kurzzeitpflege.

Um dieses Angebot weiter abzurunden und zusätzliche Erlöse zu erzielen wurde zum 01.12.2008 ein Versorgungsvertrag mit den Kostenträgern über drei integrierte Tages-

pflegeplätze abgeschlossen. Grundlage für diesen Entschluss bildete das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz vom 01.07.2008. Für die Inanspruchnahme von Tagespflege steht für jeden Pflegebedürftigen ein zusätzlicher Betrag über die Pflegeversicherung zu Verfügung. Die Tagespflege bildet somit das zweite Standbein der Solitäreinrichtung „Kurzzeitpflege“.

Vertragliche Beziehungen zwischen der Mutter- und der Tochtergesellschaft regeln den Leistungsaustausch.

Das Geschäftsergebnis schließt mit einem Verlust in Höhe von € 1.039,01 ab (Vorjahr: Verlust von € 9.943).

2.1.10 Strategische und Bauliche Zielplanung

Den Auftrag, eine strategische und bauliche Zielplanung zu erarbeiten, erledigte das Kreiskrankenhaus im Wesentlichen bereits in den Vorjahren. Im Berichtsjahr erfolgte eine gründliche Überarbeitung, da die den baulichen Investitionen zugrundeliegenden Flächenberechnungen gegenüber dem Ministerium zu begründen und die Notwendigkeit der Maßnahmen nachzuweisen waren. Im Gespräch ist ein Gesamtvolumen in der Größenordnung von rund 31,5 Mio. €, das im Laufe des Jahres 2010 in Form eines Antrags dem Land vorgelegt wurde.

2.1.11 Beurteilung der Entwicklung durch die Geschäftsführung

Das Konzernbetriebsergebnis ist im Berichtsjahr negativ (T€ 1.028) und zwar mit rund T€ 1.048 im Teilbereich Krankenhaus, einem Gewinn in Höhe von T€ 21 in der KAD und einem fast ausgeglichenen Ergebnis bei AMANDUS (minus T€ 1).

Belastet wurde das Ergebnis in starkem Maße durch die nur hälftig und daher völlig unzureichende Refinanzierung der Tarifentwicklung. Trotzdem dürfen die Klinikbeschäftigten von der allgemeinen Lohn- und Gehaltsentwicklung nicht abgekoppelt werden, und man kann ihnen für ihre Berufseinstellung nicht genügend danken. Es ist in diesem Zusammenhang aber dringend an die politisch Verantwortlichen zu appellieren, den Kliniken endlich den nötigen finanziellen Ausgleich z. B. für solche Tarifsteigerungen zu gewähren bzw. die Krankenhausbudgets nicht länger an die so genannte Grundlohnsummenentwicklung zu binden.

Wie vom Unterzeichner schon oft erwähnt, ist die seit langem bestehende angespannte wirtschaftliche Situation des Kreiskrankenhauses zu einem ganz erheblichen Teil der „Kleinheit“ dieser Klinik geschuldet. Der Status eines „Notfallkrankenhauses“ bedeutet zwar in hohem Maße Bestandsschutz, belastet aber das wirtschaftliche Ergebnis durch die außergewöhnlich hohen Fixkosten.

Der Geschäftsführer rät seit Jahren dazu, größere und damit wirtschaftlichere Klinikeinheiten zu schaffen. Ein solcher Verbund würde den Klinikstandort Alsfeld stärken und die Versorgungsqualität in der Region erhöhen. Der Zusammenschluss zweier Krankenhäuser auf unterschiedlichen Versorgungsstufen, wie mit dem Klinikum in Bad Hersfeld vorgesehen, wäre ein wichtiger Schritt in diese Richtung gewesen

Das Jahresergebnis macht die schwierige Situation deutlich, in der sich der Krankenhausbetrieb befindet.

Eine verlässliche Vorhersage der Kosten- und Erlösentwicklung ist momentan nicht möglich. Zu groß sind die Unwägbarkeiten. Betriebsbedingte Kündigungen, auch wenn sie das letzte Mittel sind, können in einem Krankenhaus generell nicht mehr ausgeschlossen werden.

3. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

3.1 Chancen der künftigen Entwicklung

Das Kreiskrankenhaus ist im Krankenhausplan des Landes Hessen als Standort für die Notfallversorgung enthalten. Damit und bedingt durch die Lage der Klinik in einem dünn besiedelten Raum dürfte eine Bestandssicherung dauerhaft gewährleistet sein.

Die Mitgliedschaft als Gesellschafter im Klinikverbund Hessen stärkt das Kreiskrankenhaus. Aus der ehemaligen „Dienstleistungsgesellschaft der Hessischen kommunalen Krankenhäuser GmbH“ - im Jahre 2004 von acht Gesellschaftern, darunter das Kreiskrankenhaus - ins Leben gerufen, ist der „Klinikverbund Hessen GmbH - Medizinische Kompetenz in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft“ geworden. Der Verbund umfasst zz. 21 öffentlich-rechtliche Gesellschafter (Krankenhausträger), beginnend bei der Größenordnung Alsfelds bis hin zum Universitätsklinikum Frankfurt am Main. Er repräsentiert annähernd 11.000 Krankenhausbetten und hat in Hessen einen Marktanteil von rund einem Drittel.

Dem Versorgungsauftrag und -umfang entsprechend ist das Krankenhaus „aufgestellt“. Die medizinischen Abteilungen bieten ein breites Leistungsspektrum an, das von der Bevölkerung auch nachgefragt wird.

Darüber hinaus präsentiert sich das Kreiskrankenhaus als Anbieter umfassender Dienstleistungen. Die Gründung der beiden Tochtergesellschaften, die vorhandene Sozialstation, die Kooperation mit einer internistischen Praxis in Alsfeld und die damit verbundenen Möglichkeiten, einen Behandlungskreislauf anzubieten, haben sich bewährt und passen in die gegenwärtige Struktur unseres Gesundheitssystems.

So ist um das Krankenhaus, zu verstehen als Einrichtung zur stationären Behandlung Kranker, ein immer dichter werdender Ring komplementärer und ambulanter Gesundheitsdienstleister gewachsen. Diese Entwicklung, so sieht es jedenfalls im Augenblick aus, wird von der Politik in Zukunft noch stärker gefordert und ist im Kreiskrankenhaus vorausblickend und rechtzeitig erkannt worden.

3.2 Risiken der künftigen Entwicklung

Die Geschäftsleitung hat organisatorische Regelungen und Maßnahmen getroffen, damit den Fortbestand des Krankenhauses gefährdende und sonstige wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung früh erkannt werden. Nach den vorliegenden Informationen aus diesem System ist über folgende Risiken zu berichten:

3.2.1 Bestandsgefährdende Risiken

Akute bestandsgefährdende Risiken sind mit Sicht auf die Jahre 2010 und 2011 nicht zu erwarten; allerdings können sich die unter Ziffer. 2.1.11 beschriebenen Gefahrenpotentiale zu einem bedrohlichen Szenario auswachsen.

3.2.2 Sonstige Risiken mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die künftige Betrachtung steht in engem Zusammenhang mit der weiteren Entwicklung der Gesundheitspolitik. Davon ist die Ertragslage des Krankenhauses entscheidend abhängig. Auf der Kostenseite ist ein weiterer Schub bei den Personalaufwendungen eingetreten. Auch die kommenden Jahre werden zusätzliche Belastungen bringen, weil aufgrund steigender Nachfrage nach qualifiziertem Personal auch der „Preis“, das Lohnkostenniveau, ansteigen wird. Wenn dieser Sprengsatz nicht entschärft wird, werden die finanziellen Probleme nicht in den Griff zu bekommen sein. Bei unzureichender Finanzierung werden die Gegenmaßnahmen sehr hart sein müssen, um eine dann mögliche bedrohliche finanzielle Schiefelage abzuwenden.

Die gesetzgeberischen Aktivitäten haben bereits zu einer tiefgreifenden Umstrukturierung im Gesundheitswesen und insbesondere auch im Krankenhauswesen geführt. Ein Risiko für das Krankenhaus entsteht, wenn die vom Krankenhaus nicht oder nicht zureichend zu beeinflussenden maßgeblichen Parameter sich zu Ungunsten der Klinik entwickeln.

So unterliegt z. B. der landeseinheitliche Fallwert den jährlichen Verhandlungen zwischen der Hessischen Krankenhausgesellschaft und den Landesverbänden der Krankenkassen. Auch die durchschnittliche Fallschwere, der sogenannte Casemixindex (CMI) ist von der Klinik nur bedingt beeinflussbar und unterliegt ebenfalls jährlichen Schwankungen (z.B. Änderungen im Katalog der Fallpauschalen - DRG´s).

Nicht zu unterschätzen ist die prekäre Situation auf dem Arbeitsmarkt für qualifizierte Fachkräfte. Im ärztlichen Bereich wird es zunehmend schwierig, geeignetes Personal zu finden. Oberarzt- und Assistenzarztstellen bleiben immer häufiger und länger unbesetzt. Zur Überbrückung dieser Vakanzen müssen Konsiliarärzte (Freiberufler) beschäftigt werden, deren Kosten etwa doppelt so hoch wie bei angestellten Ärztinnen und Ärzten sind. In den anderen Berufsgruppen zeichnet sich für die kommenden Jahre ein ähnliches Bild ab. Den Handlungen des Gesetzgebers fehlt es nach wie vor an Verlässlichkeit.

Zwar wurde, wie angekündigt, der Gesundheitsfonds eingeführt; sein dauerhafter Bestand ist jedoch höchst unsicher. Werden die Sozialversicherungsbeiträge und die zusätzliche steuerfinanzierte Komponente insgesamt ausreichen, um die Kosten des Gesundheitswesens zu decken, oder müssen einzelne oder viele Krankenkassen darüber hinaus zusätzliche Beiträge von ihren Versicherten fordern? Wird die Finanzierung des Gesundheitswesens grundsätzlich umgestaltet (Kopfpauschale oder Bürgerversicherung)? Von der Beantwortung dieser Frage hängt es ab, ob die Anbieter (Krankenhäuser, Ärzte usw.) ausreichende Finanzierungsspielräume haben werden oder nicht.

Ungewiss ist auch, ob eine Regelung erfolgt, wonach die Krankenkassen verstärkt Einzelleistungsvergütungen mit den Krankenhäusern vertraglich vereinbaren sollen. Geraume Zeit galt dieses Vorhaben als sicher; z.Z. liegt es auf „Eis“. Als Thema bleibt es im Raum und würde, so es denn zur Verwirklichung käme, zu einem Preisverfall bei den Krankenhausleistungen führen. Die derzeit noch einigermaßen funktionierende „Mischkalkulation“ würde in Frage gestellt. Wer kommt dann für die Kosten der Notfallversorgung auf, wenn insbesondere planbare Leistungen, mit deren Erlösen Unterdeckungen bei der notfallmäßigen Behandlung ausgeglichen werden, nur noch mit Abschlägen (Rabatten) vom Krankenhaus berechnet werden können?

Nach wie vor sind die in öffentlicher Trägerschaft stehenden Kliniken aufgrund ihrer ungünstigen Personalkostenstruktur am stärksten gefährdet. Wenn man sich zur öffentlich-rechtlichen Trägerschaft wirklich bekennen will, muss man die Tarifstruktur an die Gegebenheiten privater, aber auch frei gemeinnütziger Träger anpassen; das ist auch mit dem TVöD noch nicht erfolgt. Der Wettbewerbsnachteil öffentlicher Kliniken gegenüber der Konkurrenz besteht immer noch und erschwert die Bemühungen um eine dauerhafte Überlebensfähigkeit dieser Krankenhäuser.

Die wirtschaftliche Situation des Kreiskrankenhauses auf die kommenden Jahre gesehen bleibt also problematisch. Ein großer Nachteil des Kreiskrankenhauses liegt in der geringen Betriebsgröße. Die sich hieraus ergebenden tendenziell zu hohen Fixkosten stellen einen echten Wettbewerbsnachteil dar und können u. U. existenzgefährdend werden. Keine Klinik wird auf Dauer „noch alles selber machen“ können. Wenn es aber zu Spezialisierungen und Schwerpunktbildungen kommt, müssen diese der Bevölkerung in der gesamten Region dienlich sein; denn ein ausgewogenes Angebot gut ausgestatteter und medizinisch-/pflegerisch auf hohem Niveau arbeitender Krankenhäuser ist für die kommunale Infrastruktur unerlässlich. Die Zusammenarbeit mit einem oder mehreren anderen Krankenhäusern, ggf. auch in Form gemeinsam betriebener Gesellschaften, ist ein Weg, der beschritten werden muss. Von größerer Durchschlagskraft wären allerdings sinnvolle Zusammenschlüsse mehrerer Kliniken unterschiedlicher Größe und Versorgungsstruktur zu einem öffentlichen Klinikverbund. Ausgestattet mit einem konkurrenzfähigen Krankenhaustarifvertrag könnte ein echtes Gegengewicht zu privaten Trägerschaften gebildet werden.

Eine die Selbständigkeit der Klinik gefährdende Lage wird in dem Bemühen privater Krankenhausträger gesehen, ihren Einfluss durch Übernahme vermehrt auch von Akutkrankenhäusern zu stärken und als Krankenhauskette zu wachsen. Ein solcher Klinikkonzern ist in hohem Maße in der Lage, Synergien zu erzeugen und damit die fixen Kosten auf ein Minimum zu senken (zentrale Administration, einheitliche Konzernstrategie mit Schwerpunktbildungen, Haustarifverträge usw.). Nach einer erfolgten Privatisierung verliert jedoch der seitherige Krankenhausträger weitestgehend seine bestimmende Rolle im übernommenen Krankenhaus.

Durch eine Zusammenarbeit bzw. Fusion benachbarter Krankenhäuser, auch über die Kreisgrenzen hinaus, könnten die beteiligten Kliniken - durchaus unter Wahrung einer gewissen Selbständigkeit - Vorteile für sich gewinnen, indem sie sinnvolle Strukturen aufbauen und damit die eingangs beschriebene nachteilige Situation verbessern. Für die Versorgung der Bevölkerung im Vogelsbergkreis und darüber hinaus kann dies zusätzliche positive Effekte bringen.

Ein zwar nicht bestandsgefährdendes aber doch nicht zu unterschätzendes Risiko ist in der Bestrebung zu sehen, bestimmte medizinische Leistungen nur noch dann zuzulassen, wenn diese in einer bestimmten Menge erbracht werden. Das kann zwar bei bestimmten Behandlungen insbesondere aus Qualitätsgesichtspunkten sinnvoll sein, führt aber vielfach auch zu einer Aushöhlung des Leistungsgeschehens in kleineren und mittleren Krankenhäusern z. B. mit der Folge, dass es noch schwieriger würde qualifizierte Kräfte insbesondere Ärztinnen und Ärzte für diese Kliniken zu finden.

Weitere wesentliche Risiken für die kommende Zeit können zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht sicher benannt werden. Hierzu müsste man die ganze Tragweite der Entwicklung (Bevölkerungsrückgang, höhere Lebenserwartung, sich ändernde medizinische Standards,

Entwicklung auf dem Personalsektor, Entscheidungen der Politik usw.) und deren Auswirkungen auf das Gesundheitswesen und damit auch der Krankenhäuser übersehen können.

4. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Im Januar 2011 hat der Kreistag einen so genannten Betrauungsakt ausgesprochen und damit die Bürgerschaft zur Sicherung eines Kontokorrentkredits verbunden.

Im Frühjahr wurden die Verhandlungen zwischen dem Krankenhaus und einem niedergelassenen Chirurgen über den Kauf dessen Kassenarztsitzes positiv abgeschlossen. Der Sitz soll zum 1. 7. an das Krankenhaus übergehen und von dortigen Ärzten besetzt werden.

Das Krankenhaus verfügt über eine Kostenträgerrechnung, die nach den strengen Vorgaben des Instituts für die Ermittlung von Entgelten im Krankenhaus (InEK) entwickelt wurde.

Das Krankenhaus hat diese Unterlagen dem InEK vorgelegt und wird voraussichtlich zu den wenigen Kliniken gehören, auf deren Datengrundlage bundesweit die Fallpauschalen kalkuliert werden.

Die Kostenträgerrechnung ist nunmehr im einzelnen zu analysieren und auszuwerten. Die dabei zu gewinnenden Erkenntnisse über die Kosten- und Erlösstrukturen werden maßgeb-

lich für die innerbetriebliche Steuerung sein und Grundlagen für wichtige Entscheidungen liefern.

Zum 01. 05. 2011 wird ein Wechsel in der Geschäftsführung der Gesellschaft erfolgen.

Ausblick:

5. Voraussichtliche Entwicklung

Für die nächsten zwei Jahre zeichnet sich voraussichtlich folgende Entwicklung ab:

Das DRG-System hat sich etabliert und bietet den Kliniken sowohl Chancen als auch Risiken. Nicht ausgeschlossen werden kann, dass der Gesetzgeber erneut eingreift und Fallzahlsteigerungen verhindert.

Maßgebende Kräfte in der Politik werden versuchen, die vertragliche Einzelvergütung zwischen Krankenkassen und Krankenhäusern durchzusetzen, während die Krankenhausplanung der Bundesländer sich auf strukturelle Rahmendaten und die Koordinierung der Notfallversorgung beschränken wird. Es ist daher dringend nötig, dass die Krankenhäuser ihre Marktstellung durch verstärkte Zusammenarbeit und Verbundstrukturen festigen.

Der Qualitätswettbewerb der Kliniken untereinander wird zunehmen. Das Kreiskrankenhaus sollte sich im Zusammenwirken mit dem Klinikverbund diesem Thema mit großem Engagement widmen.

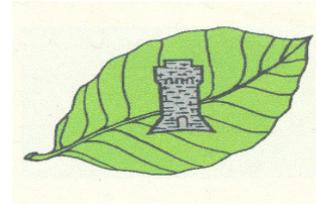
Erneute öffentliche Sparhaushalte könnten sich auf das Gesundheits- und Krankenhauswesen auswirken und den finanziellen Druck auf die Kliniken erhöhen. Denkbar ist aber auch, dass durch die verbesserte konjunkturelle Situation die so genannte Einnahmeveränderungsrate wächst und die Landesbasisfallwerte, Grundlage der Erlöse im Krankenhauswesen, etwas stärker als in der Vergangenheit ansteigen.

Die Privatisierungswelle wird weiter laufen; dagegen muss der Auf- und Ausbau von Klinikverbänden und Netzwerken unter den frei gemeinnützigen und öffentlich-rechtlichen Krankenhäusern gesetzt werden.

Die Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH wird mit ihren Tochtergesellschaften weiterhin alles daran setzen, eine wohnortnahe Patientenversorgung auf gewohnt hohem Niveau aufrecht zu erhalten und nicht zuletzt auch die etwa 600 Arbeitsplätze in der Region Alsfeld dauerhaft zu sichern.

Zweckverband Naturpark Hoher Vogelsberg

Karl-Weber-Str. 2, 63679 Schotten
 Tel.: 06044 / 2631 - Fax: 06044 / 987465
 E-Mail: naturparkvogelsberg@t-online.de
 Internet: www.naturpark-hoher-vogelsberg.de



Unternehmenszweck

Aufgabe:

- Förderung des Natur- und Landschaftsschutzes im „Naturpark Hoher Vogelsberg“
- Erschließung dieses Erholungsgebietes
- Förderung des Fremdenverkehrs, um eine naturgemäße Erholung zu ermöglichen

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Erholung, Naturschutz, Tourismus

Der Naturpark Hoher Vogelsberg umfasst das Gebiet der folgenden Kommunen: Freiensteinau, Grebenhain, Herbstein, Lautertal, Schotten und Ulrichstein im Vogelsbergkreis, Laubach im Landkreis Gießen, Gedern, Hirzenhain und Nidda im Wetteraukreis. Die Gemeinde Birstein aus dem Main-Kinzig-Kreis wurde zu Beginn des Jahres 2004 in den Naturpark eingegliedert. Zentraler Teil aber ist der weitgehend unbesiedelte 'Oberwald'.



Naturpark Hoher Vogelsberg: Städte und Gemeinden

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1957

Anteile in %: 42,1 %

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Erholung, Naturschutz, Tourismus

Organe des Unternehmens

Verbandsvorstand:

Rudolf Marx - Vorsitzender

Susanne Schaab - stellv. Vorsitzender

Sieglinde Schnell

Joachim Arnold

Erwin Horst

Verbandsversammlung:

Kurt Wiegel - Vorsitzender

Claudia Blum

Angelika Hönsch

Manfred Hofmann

Peter Popplow

Wolfgang Schleiter

Hans-Ulrich Schmidt

Mario Döweling

Christa Launspach

Ingrid Albert

Edwin Gottlieb

Lisa Gnadl

Otfried Würtz

Manfred Dickert

Erwin Momberger

Stefan Betz

Klaus Hövel

Wolfgang Kasper

Thomas Repp

Erwin Roth

Bernhard Ziegler

Rudolf Schlintz

Wolfgang Gottlieb

Beirat:

Vogelsberger Höhen Club

Naturschutzverbände/Nabu Kreisverband

Hessisches Forstamt Schotten

JLU, Inst. F. Tierökologie u. Allg. Zoologie

Region Vogelsberg Touristik GmbH

Fachdienst f. Kreis- und Regionalentwicklung

Deutsche Vulkanologische Gesellschaft (DVG)

- Sektion Vogelsberg

Jürgen Klein

Walter Kreß

Dr. Bernd Ott

Prof. Dr. Volkmar Wolters

Uta Nebe

Dr. Johannes Fertig

Gerold Beckmann

Geschäftsführer:

Forstamtsrat Rudolf Frischmuth

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: Körperschaft des öffentlichen Rechts
Gründungsdatum: 1957
Verbandssatzung : Neufassung 16.01.2008
Beteiligungen: keine

Mitglieder und Beiträge:

Mitglied	%	Verbands- Umlage €	Bismarck- turm €	Licht- loipe €
Vogelsbergkreis	42,1	50.545	615	475
Landkreis Gießen	11,1	13.317		60
Wetteraukreis	10,4	12.434		60
Stadt Schotten	13,3	15.983	615	340
Gemeinde Grebenhain	5,1	5.994		60
Stadt Ulrichstein	4,4	5.271		120
Stadt Laubach	4,0	4.761		
Stadt Gedern	3,0	3.612		
Stadt Herbstein	2,1	2.510		60
Gemeinde Lautertal	2,0	2.423		
Gemeinde Freiensteinau	0,6	766		
Stadt Nidda	0,6	681		
Gemeinde Hirzenhain	0,4	511		
Gemeinde Birstein	0,9	1.124		
Gesamt	100	119.932	1.230	1.175

Beiträge von Vereinen:

Verein	Bismarck- turm €	Licht- loipe €
VHC	615	0
Gesamt	615	0

Hauswirtschaftliche Eckdaten:

Leider liegen die Eröffnungsbilanz sowie die doppelten Abschlüsse der Jahre 2009 und 2010 zum Abschluss des Beteiligungsberichtes 2011 noch nicht vor.

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 1,0 Geschäftsführer (Kosten werden durch Land getragen)
2,5 Vollzeit (1/2 Büro, 2 Arbeiter Pflegetrupp)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs: Siehe Lagebericht
Ertragslage des Unternehmens: ausgeglichener Haushalt
Kreditaufnahmen: keine
Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten: keine
Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft: keine

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Erholung, Naturschutz, Tourismus

Auszug aus dem Lagebericht

Lage der Gesellschaft:

Naturschutz- und Landschaftspflege

Wie in den zurückliegenden Jahren, wurden auch im Jahr 2010 die Mitarbeiter des Naturparks für Pflegearbeiten in den Naturschutzgebieten eingesetzt. Der Einsatz der Arbeitskräfte erfolgte durch den zuständigen Funktionsbeamten für Naturschutz, Herr Forstamtsrat Reiner Koch. Er ist neben dieser Funktion auch offizieller Vertreter des Geschäftsführers. Durch die Übernahme dieser Arbeiten ergaben sich Einnahmen für den Zweckverband in Höhe von 35.000,-€ Diese Einnahmen sind zusammen mit der institutionellen Landesförderung und der Verbandsumlage die wichtigsten Einnahmepositionen im Haushalt des Zweckverbandes. In Abhängigkeit von der Wettersituation bei der Pflege der Naturschutzgebiete im Sommer und Herbst kann es zu deutlichen Schwankungen bei

der Arbeitsintensität kommen. Daraus resultierend schwanken auch die Einnahmen. Zum Vergleich: Die Einnahmen im Jahr 2009 lagen hier bei 36.500,- €.

Im Jahr 2010 wurden weiterhin Arbeiten im Auftrag der Oberen Naturschutzbehörde beim RP Gießen durchgeführt. Im Wesentlichen handelte es sich dabei um den Bau und die Montage von Orientierungstafeln und Hinweisschildern für FFH- und Natura 2000 Gebiete in Mittelhessen.

Zusammenarbeit mit den Kommunen und Hessen-Forst

Der Naturpark - Pflgetrupp hat auch im Haushaltsjahr 2010 an der qualitativen Verbesserung der zahlreichen Anlagen in seiner Zuständigkeit gearbeitet. Die Tendenz, wenig genutzte Anlagen abzubauen und die Qualität der verbliebenen Anlagen zu steigern wurde auch 2010 weiter verfolgt.

Der Schwerpunkt der Arbeit im Jahr 2010 lag bei der Sanierung der Dächer von Schutz- und Grillhütten im gesamten Naturparkgebiet. In Abstimmung mit der Gemeinde Freiensteinau wurde eine alte Grillhütte am Niedermooser See abgebaut und entsorgt. Auf einen Ersatz wurde verzichtet, weil in unmittelbarer Nähe noch eine weitere Schutzhütte des Naturparks steht und die Nutzung der Grillhütte in der Vergangenheit zu nächtlicher Ruhestörung auf dem nahen Campingplatz geführt hat.

Der Ausbau der Naturerlebnis- und Geopfade wurde weiter vorangetrieben und in der Naturparkwerkstatt wurden überdurchschnittlich viele Tische und Bänke für die Ausstattung der Wanderwege gebaut. Die Neu- und Ersatzmarkierung von Wanderwegen, insbesondere des Höhenrundweges wurde im Jahr 2010 ebenfalls mit hohem Kosten- und Arbeitsaufwand betrieben.

Die Pflege- und Unterhaltung der zahlreichen Wanderparkplätze waren in 2010 ebenfalls ein Arbeitsschwerpunkt der Naturparkmitarbeiter. Die Ausbesserung von Schäden sowie die Erneuerung von Absperrungen standen hier im Mittelpunkt. Der Wechsel von Holzabsperrungen zu Randbegrenzungen aus Naturstein - Findlingen verursachte zunächst einen höheren Aufwand, wird die Kosten in der Zukunft aber senken.

Weitere Arbeitsschwerpunkte waren:

- Qualitative Verbesserungen am Loipensystem im Bereich Oberwald
- Beseitigung des erheblichen Müllaufkommens im Verbandsgebiet
- Pflegearbeiten im Bereich des Vogelsberggartens in Ulrichstein
- Anbau eines Werkstattraumes an das Infozentrum Hoherodskopf

Nur mit Unterstützung durch die Bauhöfe und Verwaltungen einiger Kommunen war die Fülle der Aufgaben zu erledigen. Besonderer Dank an dieser Stelle an die Bauhöfe von Ulrichstein und Schotten, die durch den Einsatz von Heckenschneidern und anderen Großgeräten bei der Pflege der Naturparkanlagen erheblichen Beistand geleistet haben.

Gleicher Dank gilt auch der Forstverwaltung, insbesondere dem Heimatforstamt Schotten für die zahlreichen Hilfestellungen. Das Forstamt Schotten ist Sitz der Geschäftsstelle und der Naturparkwerkstatt. In Kooperation mit dem örtlichen Forstamt Schotten wurde

im Jahr 2010 mit dem „Luchsprojekt - Vogelsberg“ begonnen. Unter Leitung des Forstamtes beteiligt sich die Geschäftsstelle an den entsprechenden Aktivitäten, darunter auch Vortragsveranstaltungen im Rahmen des Schottener Forums.

Personalstand

Neben den beiden Stammarbeitern im Pfl egetrupp des Naturparks und der Mitarbeiterin in der Geschäftsstelle werden seit vielen Jahren weitere Mitarbeiter auf der Basis „geringfügiger Beschäftigung“ eingesetzt. Es handelt sich hierbei vorwiegend um Rentner, die im Verbandsgebiet für die Müllentsorgung und die Pflege kleinerer Anlagen eingesetzt werden. Die gesetzlichen Regelungen dieser Beschäftigungsverhältnisse bringen einen hohen Verwaltungsaufwand mit sich. Auch die Antragsstellung und Abwicklung von Landes- und EU- Zuschüssen ist bürokratisch sehr aufwändig.

Wir danken an dieser Stelle der Stadt Schotten und ihren Mitarbeitern für die Übernahme von Verwaltungstätigkeiten bei der Bearbeitung der Löhne.

Ein weiterer Dank muss auch dem Leiter der Kreiskasse des Vogelsbergkreises, Herrn Braun, ausgesprochen werden. Bei der haushaltstechnischen Abwicklung der Einnahmen und Ausgaben des Naturparks sowie bei der Erstellung des jährlichen Haushaltsplanes leistet er wichtige Hilfestellungen, darüber hinaus trägt er die Hauptlast der Umstellung von der kameralen auf die doppische Buchführung.

Für das Projekt „Vogelsberg-Garten“ in Ulrichstein waren in den zurückliegenden Jahren zahlreiche ehrenamtliche Helfer für die Pflege der Anlagen aktiv. Aus verschiedenen Gründen stehen diese Arbeitskräfte seit geraumer Zeit nicht mehr zur Verfügung. In Abstimmung mit dem Förderverein des Vogelsberggartens wurde deshalb die Einstellung einer Teilzeitarbeitskraft beschlossen. Die anfallenden Lohnkosten werden nach Abschluss des Jahres vom Naturpark dem Förderverein in Rechnung gestellt. Die Maßnahme ist somit für den Naturpark kostenneutral. Für das Jahr 2010 ist mit finanzieller Unterstützung eines Sponsors die Umsetzung eines „Ehrenamts-Projektes“ im Naturpark geplant. Hauptziel dieser Maßnahme soll es sein, für die früher im Vogelsberggarten ehrenamtlich Tätigen einen angemessenen Ersatz zu finden.

Neuregelungen für das Naturschutz-Informationszentrum Hoherodskopf (NIZ)

Seit Beginn des Haushaltsjahres 2008 liegt die Bewirtschaftung der Mittel für den Betrieb des NIZ in den Händen der Geschäftsstelle des NP. Das Personal wurde im Wesentlichen aus den Reihen der Naturparkführer rekrutiert. Damit ist eine umfassende und kompetente Beratung der Gäste und Besucher sichergestellt. Die Einrichtung wird in Kooperation mit der Gesellschaft für Tourismus und Stadtmarketing Schotten geführt und erfreut sich wegen der großzügigen Öffnungszeiten steigender Beliebtheit.

Die Mittel zum Betrieb der Einrichtung werden ab dem Jahr 2009 ebenfalls im Rahmen der institutionellen Förderung vom Land Hessen bereitgestellt. Durch die Übernahme dieser Einrichtung fließen der Zweckverbandskasse zusätzliche Fördermittel in Höhe von ca. 33.000,- € zu.

Die Attraktivität der Einrichtung wird durch häufig wechselnde Zusatzausstellungen gesteigert.

Im Jahr 2010 gab es neben Sonderausstellungen zum Schwarzstorch und zum Schwarzspecht zahlreiche Kunstausstellungen von heimischen Malern.

Der Eintritt in die Ausstellungen ist für die jährlich über 30.000 Besucher frei.

Im Jahr 2010 wurde im Rahmen einer EU-Förderung ein weiterer Anbau an die bestehenden Gebäude durchgeführt. Der Abschluss der Arbeit wird noch bis zum Sommer 2011 dauern, danach ist beabsichtigt mit der Naturparkwerkstatt die neuen Räumlichkeiten zu beziehen.

Naturparkführer

Die vom Naturpark Hoher Vogelsberg ausgebildeten Naturparkführer/innen haben ein weiteres erfolgreiches Jahr vorzuweisen. Die Nachfrage nach geführten Wanderungen, Radwanderungen und anderen Ausflügen ist zu einem festen Bestandteil im touristischen Spektrum unserer Region geworden.

Für das Jahr 2010 wurden von der Naturparkbroschüre insgesamt 20.000 Stück gedruckt und weit über das Verbandsgebiet hinaus verteilt. Inzwischen ist es zu mehreren Kooperationen zwischen den Naturparkführern und anderen touristischen Anbietern, Hotels und Gastronomie gekommen.

Das erweiterte Angebot hat zu spürbar besserer Nachfrage und einer längeren Aufenthaltsdauer bei den Gästen der Region geführt.

Der größte Teil der Naturparkführer/innen wurde durch das ausgebaute und personell verstärkte Infozentrum Hoherodskopf vermittelt. Wir beabsichtigen die Angebotspalette weiter zu entwickeln und bewerben diese durch attraktive Faltblätter und Broschüren.

Neuregelung für den Betrieb des Bismarckturmes

Der Bismarckturm auf dem Taufstein dient seit vielen Jahren als touristischer Aussichtsturm und wird auf der Basis eines Vertrages zwischen dem Vogelsbergkreis, der Stadt Schotten und dem Vogelsberger Höhen Club betrieben. Die von diesen 3 Institutionen bereitgestellten Mittel wurden bisher durch den Naturpark bewirtschaftet. Ungenutzte Mittel flossen vertragsgemäß einer Rücklage zu.

Aus verwaltungstechnischen Gründen wird diese Rücklage seit dem Jahr 2008 durch die Stadt Schotten verwaltet. Die Höhe der Rücklage beträgt 11.200 € (Stand Dez. 2010). Die praktischen Unterhaltungsarbeiten sowie die jährliche Sicherheitsüberprüfung werden weiterhin vom Naturpark übernommen. Der Bismarckturm feierte im Jahr 2010 seinen 100. Geburtstag. Zu diesem Anlass hat es im Mai und Juni besondere Veranstaltungen geben.

Naturparkprüfung durch den Landesrechnungshof

Im Jahr 2010 wurde die „Vergleichende Prüfung“ der Hessischen Naturparke durch den Landesrechnungshof abgeschlossen und der Schlussbericht für den Naturpark Hoher Vogelsberg vorgelegt. Der Bericht wurde mit den Sitzungsunterlagen verschickt. In der Zusammenfassung kommt der Bericht zu einem positiven Gesamturteil ohne nennenswerte Beanstandungen.

Hervorzuheben ist die herausragend gute Anbindung des Naturparks an den ÖPNV. Im Wettbewerb mit den 10 anderen Naturparks in Hessen hat der Naturpark Hoher Vogelsberg bei einer Vergleichsstudie des Verkehrsclubs Deutschland (VCD) den 1. Platz belegt.

Die Preisverleihung fand am 01. Mai im Rahmen des alljährlichen „Vulkanfestes“ am Hoherodskopf statt.

Weitere Arbeiten der Geschäftsstelle im Jahr 2010

- Betrieb des Naturschutz-Informationszentrums Hoherodskopf und Organisation wechselnder Ausstellungen
- Exkursionen verschiedener Gruppen
- Unterstützung der touristischen Veranstaltungen rund um den 1. Mai am Hoherodskopf
- Mitarbeit im Naturschutzbeirat des Vogelsbergkreises
- Umfangreiche Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Beteiligung an zahlreichen regionalen Entwicklungsgruppen im Bereich Tourismus und Naturschutz
- Neue Naturparkplanung
- Geschäftsführung der Länderarbeitsgemeinschaft Hess. NP
- Teilnahme am Hessentag und anderen Messen
- Mitarbeit bei der Vortragsreihe „Schottener Forum“
- Organisation der Vermietung der Vulkan-Velos
- Planungsarbeiten für den Bau von Naturerlebnis-Pfaden, Wander- und Radwegen
- Beteiligung an der Kampagne - Internationales Jahr der Wälder
- Beteiligung am Projekt „Ehrensache Naturpark“ mit Sponsor Generali Versicherung

Verein für Berufsausbildung Vogelsberg e.V.

Goldhelg 20, 36341 Lauterbach
Tel.: 06641 / 977-331 - Fax: 06641 / 977-5317
E-Mail: vfb@vogelsbergkreis.de



Unternehmenszweck

Aufgaben sind:

- Verbesserung des Ausbildungsplatzangebotes
- Aus-, Fort- und Weiterbildung von Altenpfleger/innen
- Ausbildung von Altenpflegehelfer/innen

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Öffentliche Aufgabe ist es, aus Gründen der Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik für angemessene Ausbildungsmöglichkeiten der Jugendlichen zu sorgen. Partiiell erfüllt der Verein für Berufsausbildung Vogelsberg e.V. dieser Zielsetzung.

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Der Vogelsbergkreis ist Mitglied des Vereins für Berufsausbildung ohne besondere Stellung hinsichtlich Willensbildung (Vertretung in den Organen) und Finanzen. Für den Fall der Auflösung des Vereins für Berufsausbildung regelt § 13 der Satzung: Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall des Vereinszweck fällt das gesamte Vereinsvermögen nach Begleichung etwaig bestehender Schulden dem Vogelsbergkreis zu, der es ausschließlich und unmittelbar für Zwecke der Wirtschaftsförderung zu verwenden hat.

Beteiligung seit: 1984

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Wirtschaftliche Betätigung auf dem Gebiet der Ausbildung. Wirtschaftliche Betätigung ist nur defizitär möglich, wenn eine qualifizierte Ausbildung angeboten wird (Personal- und Sachaufwand sind grenzwertig errechnet). Siehe auch u. a. Ausführungen zu Landesbeteiligung.

Organe des Unternehmens

Mitglieder:

Vogelsbergkreis

Kreishandwerkerschaft Vogelsbergkreis
 Deutscher Gewerkschaftsbund Vogelsberg
 Stadt Alsfeld

Stadt Lauterbach
 Vogelsberg Consult GmbH
 Bildungszentrum für Elektrotechnik e.V.

Vorstand:

Rudolf Marx - Vorstandsvorsitzender

Thomas Schaumberg - Beisitzer
 Peter Pilger - Beisitzer

Beratend sind vertreten:

Agentur für Arbeit
 Staatliches Schulamt
 Kreisberufsschulen Alsfeld und Lauterbach
 Arbeiterwohlfahrt
 Amt für Volkshochschule

Geschäftsführung:

Hauptamt des Vogelsbergkreises

Kassenführung/Buchhaltung:

Verein für Berufsausbildung

Rechnungsprüfung:

Revisionsamt des Vogelsbergkreises

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: eingetragener Verein
Gründungsdatum: 1984
Satzung: 04.07.1984
Handelsregister: Gießen, VR. 3654
Stammkapital: 0 €
Beteiligungen: keine

Hauswirtschaftliche Eckdaten:

	2009 €	2010 €
Einnahmen	1.227.907,93	1.054.416,10
abzügl. Übertrag aus Vorjahr	530.897,20	585.652,40
= Bereinigte Einnahme (Ifd. Betrieb)	697.010,73	468.763,70
Ausgaben (Ifd. Betrieb)	642.255,53	421.339,67
Differenz	54.755,20	47.424,03
Übertrag Folgejahre	585.652,40	633.076,43

Die Einnahmesituation auf die einzelnen Wirtschaftsjahre kann nicht ohne Korrektur verglichen werden. Hintergrund ist, dass die Landeszuweisungen aus den Vorjahren Abrechnungsbeträge enthalten bzw. die Vorauszahlung für die laufenden Maßnahmen in unterschiedlicher Höhe in einem Wirtschaftsjahr eingehen.

Der Übertrag aus Vorjahren resultiert aus positiven Abschlüssen seit der Vereinsgründung. Die Mittel sind als Rücklagen geführt und werden für die Deckung von Defiziten der wirtschaftlichen Betätigung (Lehranstalt für Altenpflege) eingesetzt. Die Finanzierung der Lehranstalt für Altenpflege erfordert im Durchschnitt eine Bezuschussung, da die Einnahmen den Aufwand nicht voll abdecken.

Die jährlichen Abschlüsse zeigen unterschiedliche Ergebnisse da der Landesanteil (Schulgeld) überlappend, d.h. über den Jahreswechsel hinaus abgerechnet werden.

Die Einnahmesituation ist nicht stabil, da die Landesbeteiligung abhängig ist von den Schülerzahlen. Diese sind abhängig von den Ausbildungsplätzen, die die Altenpflegeeinrichtungen anbieten und besetzen. Stabilität könnte dadurch erreicht werden, dass die Landesbeteiligung unabhängig von den tatsächlichen Schülerzahlen bemessen wird.

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 4 Vollzeitkräfte
 3 Teilzeitkräfte
 ca. 6 Honorarkräfte (Lehrauftrag)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Entgegen früheren finanziellen Beteiligungen durch den Vogelsbergkreis gewährt der Vogelsbergkreis in den letzten Jahren keine Zuschüsse mehr für den Betrieb Verein für Berufsausbildung. Wie vorstehend erwähnt, werden z. Zt. die Defizite aus Überschüssen der Vorjahre gedeckt. Soweit Überschüsse in der Zukunft verbraucht sind, erfordert der Betrieb Verein für Berufsausbildung - Lehranstalt für Altenpflege eine Kreisbeteiligung. Der Vogelsbergkreis verrechnet keine Kostenanteile für Geschäftsführung und Rechnungsprüfung vom Revisionsamt, so dass hierüber eine Kreisbeteiligung festzustellen ist.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs: Siehe Lagebericht

Kreditaufnahmen: keine

Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten: keine

Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft: keine

In früheren Jahren konnte bei Beendigung von Ausbildungsbereichen vorhandene Investitionsgüter (Einrichtungen, Möbel) dem Vogelsbergkreis kostenfrei zur Nutzung überlassen werden. Diese Investitionsgüter verblieben in den jeweiligen Schulen (Kreisberufsschule Alsfeld und Lauterbach).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Der Verein für Berufsausbildung bietet jährlich durchschnittlich 20 Schulplätze für die qualifizierte Ausbildung in der Altenpflegeschule an. Fast jährlich kann auch für die Altenpflegehelfer/innen Ausbildung angeboten werden. Damit wird sichergestellt, dass Ausbildungsplätze in den Einrichtungen angeboten werden können. Hinzu kommt, dass Nachfrage nach qualifiziertem Personal durch die Altenpflegeeinrichtung gedeckt werden kann. Zusätzlich bietet die Altenpflegeschule Weiterbildung an, so dass vorhandenes Personal der Einrichtungen nachqualifiziert wird. Qualität in der Altenpflege wird damit sichergestellt.

Auszug aus dem Lagebericht

Lage der Gesellschaft:

Aufgrund geringer Fördermöglichkeiten vom Land Hessen können Ausbildungen in gewerblichen Bereichen nicht mehr stattfinden. Der Verein für Berufsausbildung führt somit nur noch die Altenpflegeschule - Lehranstalt für Altenpflege zur Ausbildung von Altenpflegehelfer/innen (1-jährig) und Altenpfleger/innen (3-jährig). Zusätzlich werden Fort- und Weiterbildungskurse angeboten.

Der durchschnittliche Finanzbedarf des Vereins für Berufsausbildung (jährliche Ausgaben) liegt bei rund 370.000,00 €. Die Finanzierung erfolgt im wesentlichen aus Schulgeldzahlungen des Landes. Der Verein ist zur Zeit noch in der Lage, die jährliche Restfinanzierung aus Rücklagen sicher zu stellen.

Die Lehranstalt für Altenpflege hatte zu Beginn des Jahres 2010 noch 62 Auszubildende Altenpfleger/innen und 14 Auszubildende Altenpflegehelfer/innen in Ausbildung.

Inzwischen sind 5 Altenpfleger/innen und 1 Altenpflegehelferin aus dem Ausbildungsverhältnis ausgeschieden.

13 Teilnehmer/innen haben Ende September 2010 die einjährige Ausbildung zur Altenpflegehilfe erfolgreich beendet. Ebenfalls Ende September 2010 beendeten 21 Altenpfleger/innen die dreijährige Ausbildung erfolgreich. Darunter sind 4 Teilnehmer/innen, die vorher die Ausbildung zur Altenpflegehelfer/in absolvierten.

Im Oktober 2010 wurden in den laufenden dreijährigen Kurs 3 Altenpflegehelfer/innen aufgenommen, die die Ausbildung zur Altenpfleger/in fortsetzen.

Anfang Oktober 2010 startete ein neuer Kurs bei der Lehranstalt für Altenpflege. 27 Teilnehmer/innen begannen die 3-jährige Ausbildung zur Altenpfleger/in und 24 Teilnehmer/innen starten die 1-jährige Ausbildung zur Altenpflegehelfer/in. Mitte August 2010 startete der Zusatzkurs zum/zur Altenpfleger/in mit 18 Teilnehmer/innen.

Ausblick:

Obwohl die Schülerzahlen jährlich variieren, ist ein Bedarf an Schulplätzen deutlich erkennbar. Ebenfalls ist die Nachfrage nach Weiterbildung uneingeschränkt vorhanden.

Vogelsberg Consult

Gesellschaft für Regionalentwicklung
und Wirtschaftsförderung mbH

Am Schlossberg 32, 36304 Alsfeld
Tel.: 06631 / 9616-0 - Fax: 06631 / 9616-16
E-Mail: info@vogelsberg-consult.de
Internet: www.vogelsberg-consult.de

Vogelsberg Consult [Gesellschaft für
Regionalentwicklung und
Wirtschaftsförderung mbH

Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist:

- die Initiierung und Durchführung von Projekten, die durch die Europäische Union gemäß dem LEADER-Programm sowie das Land Hessen durch ergänzende Mittel unterstützt werden, in eigener Regie oder durch Beauftragung von fachkundigen Institutionen und Personen,
- die Initiierung und Begleitung von Innovationsprozessen,
- die Förderung von Existenzgründungen,
- die Förderung und Sicherung des Bestandes an Unternehmen,
- die Förderung von Wachstumsbranchen,
- die Steigerung der Zahl der Ausbildungsplätze,
- die Steigerung der kommunalen Wirtschaftskraft,
- die Mitwirkung am effizienten Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente,
- die Erstellung regionaler Analysen und Gutachten,
- die Entwicklung und den Vertrieb von Softwareprodukten

Regionaler Schwerpunkt des Unternehmens ist der Vogelsbergkreis

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Wirtschaftsförderung/Regionalentwicklung

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 01/1999 (Verschmelzung DIVO/LEADER)

Anteile in %: 33,0 %

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Wirtschaftsförderung/Regionalentwicklung

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Landrat Rudolf Marx - stellv. Vorsitzender	Werner Braun - Vorsitzender
Heinz Geißel	Bernd Dickel
Michael Refflinghaus	Volker Orth (bis 30.06.2010)
Matthias Weitzel	Günter Sedlak
Dr. Bernd Stumpf	Jürgen Akcermann (ab 01.07.2010)

Beirat:

Landrat Rudolf Marx (Vors.)	J. Ackermann	Gudrun Huber
Klaus Schönfeld	Bernd Dickel	E. Fauß (stellv. Vors.)
Eva Goldbach	Peter Pilger	Hildegard Pollak
Dieter Boß	Erwin Mönning	Kurt Wiegel
Gerda Krömmelbein	Ulrich Roth	Dr. Frank Wendzinski
Margret Jöckel	Dr. Wolfgang Denhöfer	
R.-H. Vollmöller	Armin Müller	

Geschäftsführung: Dipl.-Ing. Thomas Schaumberg

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: GmbH
Gründungsdatum: 18.06.1999
Gesellschaftsvertrag: 15.06.1993, zuletzt geändert am 25.06.2007
Handelsregister: Gießen, HRB 5341
Stammkapital: 250.650 €
Beteiligungen: keine

Gesellschafter:

Sparkasse Oberhessen	VR Bank HessenLand eG
Volksbank Lauterbach-Schlitz eG	Volksbank Ulrichstein eG
Volksbank Grebenhain-Crainfeld eG	Spar- und Darlehenskasse Stockhausen eG
Vogelsbergkreis	Wirtschaftsförderung Vogelsberg-Region e.V.
Stadt Alsfeld	Gemeinde Antrifftal
Gemeinde Feldatal	Gemeinde Freiensteinau
Gemeinde Gemünden (Felda)	Stadt Grebenau
Gemeinde Grebenhain	Stadt Herbstein
Stadt Homberg (Ohm)	Stadt Kirtorf
Stadt Lauterbach	Gemeinde Lautertal
Gemeinde Mücke	Stadt Romrod
Stadt Schlitz	Stadt Schotten
Gemeinde Schwalmtal	Stadt Ulrichstein
Gemeinde Wartenberg	

Stammeinlagen

	€	in %
Vogelsbergkreis	82.700,00	33,0
Sparkasse Oberhessen	62.250,00	24,8
Wirtschaftsförderung Vogelsberg-Region e.V.	37.500,00	15,0
VR Bank HessenLand eG	36.500,00	14,6
Volksbank Lauterbach Schlitz eG	19.750,00	7,9
Volksbank Ulrichstein eG	2.500,00	1,0
Volksbank Grebenhain-Crainfeld eG	2.500,00	1,0
Spar- und Darlehenskasse Stockhausen eG	1.000,00	0,4
Stadt Alsfeld	900,00	0,4
Kreisstadt Lauterbach	750,00	0,3
Stadt Schotten	550,00	0,2
Gemeinde Mücke	500,00	0,2
Stadt Schlitz	500,00	0,2
Stadt Homberg/Ohm	400,00	0,2
Gemeinde Grebenhain	250,00	0,1
Stadt Herbstein	250,00	0,1
Gemeinde Freiensteinau	200,00	0,1
Stadt Kirtorf	200,00	0,1
Gemeinde Schwalmtal	200,00	0,1
Stadt Ulrichstein	200,00	0,1
Gemeinde Wartenberg	200,00	0,1
Gemeinde Feldatal	150,00	0,1
Gemeinde Gemünden (Felda)	150,00	0,1
Stadt Grebenau	150,00	0,1
Gemeinde Lautertal	150,00	0,1
Stadt Romrod	150,00	0,1
Gemeinde Antrifftal	100,00	0,0
	<u>250.650,00</u>	<u>100,0</u>

Bilanz des Unternehmens
AKTIVA

	2010 €	2009 €
A. Anlagevermögen		
I. Immat. Vermögensgegenstände		
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	45.742,00	0,00
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	42.709,00	48.959,00
	88.451,00	48.959,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	28.651,00	28.037,00
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	22.331,00	19.333,00
	50.982,00	47.370,00
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	90.791,18	184.868,56
2. Sonstige Vermögensgegenstände	15.863,82	24.593,97
	106.655,00	209.462,53
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	187.296,56	247.545,05
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.158,97	0,00
D. Aktive Latente Steuern	1.047,21	0,00
	435.590,74	553.336,58

PASSIVA

	2010 €	2009 €
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	250.650,00	250.650,00
II. Kapitalrücklage	256.163,41	256.163,41
III. Verlustvortrag	-64.414,76	-70.829,42
IV. Jahresfehlbetrag/-überschuss	-95.034,66	6.414,66
	347.363,99	442.398,65
B. Sonderposten mit Rücklagenanteil	482,02	917,79
C. Rückstellungen		
1. Sonstige Rückstellungen	27.023,70	37.297,00
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	7.473,19	4.807,79
2. Sonstige Verbindlichkeiten	25.664,63	47.835,35
	33.137,82	52.643,14
E. Rechnungsabgrenzungsposten	13.860,61	20.080,00
F. Passive Latente Steuern	13.772,60	0,00
	435.590,74	553.336,58

Gewinn- und Verlustrechnung

	2010	2009
	€	€
1. Umsatzerlöse	440.329,67	567.099,67
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	47.731,16	0,00
3. Sonstige betriebliche Erträge	8.143,78	435,99
- davon Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen: € 435,77 (i.V. € 435,77)		
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-73.809,45	-132.255,70
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-469.815,41	-449.889,90
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-105.967,37	-95.016,63
- davon für Altersversorgung € 486,24 (i.V. € 486,24)		
	-575.782,78	-544.906,53
6. Abschreibungen auf immat. Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	22.374,72	-14.059,46
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-238.970,77	-204.729,23
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	776,09	3.129,78
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-903,43	-799,86
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-414.860,45	-326.085,34
11. Außerordentliche Erträge	332.500,00	332.500,00
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-12.674,21	0,00
13. Jahresfehlbetrag/-überschuss	-95.034,66	6.414,66

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 11 Vollzeitstellen (Jahresdurchschnitt)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Dienstleistungsvertrag November 2004: jährlicher Zuschuss 332.500 €

<i>Grundzüge des Geschäftsverlaufs:</i>	Siehe Lagebericht
<i>Ertragslage des Unternehmens:</i>	Jahresfehlbetrag 95.034,66 €
<i>Kreditaufnahmen:</i>	keine
<i>Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:</i>	keine
<i>Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:</i>	Stammeinlage VBK 33 % = 82.700 €

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Die Vogelsberg Consult ist in den im Unternehmensgegenstand genannten Bereichen erfolgreich tätig.

Auszug aus dem Lagebericht

Lage der Gesellschaft:

Das Geschäftsjahr 2010 - Fazit und Ausblick

Die Vogelsberg Consult GmbH behielt auch im abgelaufenen Jahr ihre strategische Ausrichtung bei. Im Bereich Regionalmanagement setzt sie auf Partizipation und Einbindung regionaler Akteure, während sie im Bereich Wirtschaftsförderung unternehmensnahe Dienstleistungen ins Zentrum stellt. Beide Linien haben sich bewährt.

Aus den Leistungen des Gesellschafters Vogelsbergkreis, die vertraglich bis Ende 2011 vereinbart worden sind, bestreitet die Vogelsberg Consult GmbH die Finanzierung der entgeltfreien Grundberatung für GründerInnen und Unternehmen, der Veranstaltungskosten (Informationsveranstaltungen, Tagungen), die Kofinanzierung für Qualifizierungsmaßnahmen, die Fördermittelakquise für die Region Vogelsberg sowie Projektentwicklungen und -umsetzung der Vorhaben aus dem Regionalen Entwicklungskonzept. Die Art der Dienstleistungen der Vogelsberg Consult GmbH ist im Vertrag mit dem Vogelsbergkreis beschrieben.

Bei gleichbleibendem Aufgabenspektrum entsteht ein strukturelles Defizit, das durch Gewinne beim Vertrieb der Software input+ ausgeglichen werden soll.

Die Herausforderung im Jahr 2010 bestand in der Neuausrichtung der Vogelsberg Consult GmbH im Hinblick auf Veränderungen der verschiedenen Förderprogramme des Hess. Wirtschaftsministeriums und des Bundesbildungsministeriums.

Beratungsangebot

Das Beratungsangebot der Vogelsberg Consult GmbH umfasst Existenzgründungsberatung und -coaching, Finanzierungs- und Fördermittelberatung, Unternehmenssicherungsberatung sowie Ausbildungs- und Qualifizierungsberatung. Nach stetigen Zunahmen war im Vergleich zum Vorjahr abermals ein Rückgang bei den Existenzgründungsberatungen zu verzeichnen; der Grund dafür dürfte in der Erholung des Arbeitsmarktes liegen. Bei den Bildungsberatungen (Ausbildung, Qualifizierung) blieben die Zahlen auf dem Niveau der Vorjahre.

Qualifizierungsoffensive Vogelsberg - Aktivitäten der Vogelsberg Consult GmbH im Förderprogramm QuIT - Qualifizierungsbeauftragte 2010 in der Durchführungsphase

Im Rahmen des Programms „Verbesserung der Qualität, Information und Transparenz in der beruflichen Bildung (QuIT) - Qualifizierungsbeauftragte“ sollen kleine und mittlere Unternehmen des Vogelsbergkreises für den Nutzen und die Möglichkeiten der kontinuierlichen beruflichen Weiterbildung sensibilisiert werden.

Die Finanzierung basiert auf Mitteln der Europäischen Union, des HMWVL und der Vogelsberg Consult GmbH.

In 2010 wurde die Qualifizierungsoffensive V (2008 - 2010) bis zum Ende der Förderphase zum 30.06.2010 umgesetzt. Das Angebot beinhaltet Informations- und Impulsveranstaltungen sowie die Unterstützung von Netzwerken und die Beratung von kleinen und mittleren Unternehmen der Region zur beruflichen Weiterbildung.

Mit Bewilligungsbescheid vom 2. September 2010 / Ausnahme vom Refinanzierungsverbot v. 29.06.2010 wurde der Folgeantrag der Vogelsberg Consult GmbH für den Zeitraum 01.07.2010 bis 31.12.2012 positiv beschieden. Inhaltlich wurde die Arbeit im Anschluss an die erste Jahreshälfte fortgeführt.

Ausbildungsförderung: Von „Dual mit System“ zu „Fit²“

Das von der Vogelsberg Consult GmbH entwickelte Konzept Ausbildungsförderung in regionaler Verantwortung hat das Leitziel „Sicherung des Fachkräftenachwuchses der heimischen Wirtschaft“. Dieses Vorhaben wird im Rahmen des JOBSTARTER-Programms aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und dem Europäischen Sozialfonds der Europäischen Union gefördert. Es endete am 30.09.2010. Seit Beginn dieses Vorhabens ist es gelungen bei dem Zustandekommen von 157 Ausbildungsverträgen, darunter 100 zusätzlichen, mitzuwirken.

Für die Laufzeit 10/2010 bis 9/2014 werden wir uns in einem Modellvorhaben des Hess. Wirtschaftsministeriums folgender Fragestellung widmen: Der demografische Wandel bewirkt, dass sich eine zunehmende Anzahl von KMU im ländlichen Raum der Ausbildung „schwieriger“ Jugendlicher stellen muss. Darauf sind sie nur unzureichend vorbereitet.

KMU sollen in der Lage versetzt werden, mit hauseigener Kompetenz „schwierige“ Jugendliche sicher zum erfolgreichen Abschluss der beruflichen Erstausbildung zu führen.

Verpackungscluster Mittelhessen

Der Vogelsbergkreis und die Region Mittelhessen verfügen über eine außergewöhnliche Konzentration von Unternehmen rund um das Thema Verpackung. Das Spektrum reicht von ganz kleinen Betrieben bis zu „Global Players“. Durch die Initiierung und den Aufbau eines Clusters in diesem für Mittelhessen wichtigen Industriezweig kann die Wertschöpfung in den zugehörigen Unternehmen erhöht werden, die Wettbewerbsfähigkeit gestärkt und letztlich mehr Beschäftigung aufgebaut werden. Die Vogelsberg Consult GmbH hat sich mit dem Verpackungscluster am 1. Hessischen Clusterwettbewerb beteiligt und ist für ihren Beitrag vom Hessischen Wirtschaftsminister ausgezeichnet worden. Im Rahmen der Umsetzungsphase (9/2009 bis 8/2012 sind bereits über 15 Unternehmen der Initiative beigetreten.

Hessenweite Einbindung

Die Vogelsberg Consult GmbH arbeitet in verschiedenen Arbeitsgruppen des Vereins MitteHessen e. V. mit (AG der mittelhessischen Wirtschaftsfördereinrichtungen, AK Bildung). Darüber hinaus vertritt sie die Hessischen LEADER-Regionen im EFRE - Begleitausschuss des Landes Hessen, der beim HMWVL angesiedelt ist sowie im ELER - Begleitausschuss des HMULV.

Im Rahmen der mittelhessischen Aktivitäten waren wir im Arbeitskreis der mittelhessischen Wirtschaftsfördereinrichtungen an der Vorbereitung der verschiedenen Standortmarketingmaßnahmen beteiligt, darunter die Teilnahme an der EXPO REAL in München im Oktober 2010 zum mittlerweile sechsten Mal.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Mit dem Geschäftsführer waren am 31.12.2010 bei der Vogelsberg Consult GmbH insgesamt 16 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Die Vogelsberg Consult GmbH stellt Arbeitsplätze für 8 Vollzeit-, 5 Teilzeit- und 3 geringfügig Beschäftigte zur Verfügung. Umgerechnet sind es insgesamt 11 Vollzeitstellen. Ein Arbeitsverhältnis ist befristet, angepasst an die Laufzeit des jeweiligen Projektes.

Insgesamt hat das Team im Jahr 2010 über 90 Veranstaltungen geplant und durchgeführt. Durch ihr gleich bleibend großes Engagement gewährleisteten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die hohe Qualität der Dienstleistungen für die heimischen Unternehmen.

Das Jahresergebnis und das Budget 2010

Das Budget der Vogelsberg Consult GmbH (Personal- und Materialaufwand, sonstige betriebliche Aufwendungen und Abschreibungen und Steuern) betrug im Jahr 2010 rd. 923.739 € (Vorjahr: 895.950 €). Darin enthalten sind Leistungen des Gesellschafters Vogelsbergkreis im Jahr 2010 in Höhe von 332.500 € (Vorjahresbetrag: 332.500 €), die zur Abdeckung des negativen Betriebsergebnisses geleistet worden sind. Nahezu 496.204 € (Vorjahr: 570.665 €) hat die Vogelsberg Consult GmbH durch Unternehmensberatungen,

Projektaufträge sowie akquirierte Projektmittel selbst erbracht. Im Geschäftsjahr 2010 ist ein Verlust von 95.035 € ausgewiesen. Der Verlust ist dem geringen Umsatz im Vertrieb der Software input+ geschuldet. Obwohl mit der Programmierung der Anwendung für die Kundengruppe der Sparkassen quasi eine Verdoppelung des Absatzpotentials erreicht wurde, blieben die Verkaufszahlen deutlich unter dem erwarteten Niveau.

Ausblick:

Die Auftragslage 2011/2012 ist aufgrund der laufenden durch das HMWVL kofinanzierten Projekte Qualifizierungsoffensive VI, Fit² und Verpackungscluster Mittelhessen gut. Hinzu kommt der Auftrag des Vogelsbergkreises (Laufzeit bis 2012) die Breitbandgrundversorgung der Bürgerinnen und Bürger zu koordinieren sowie den Ausbau eines Hochleistungsnetzes zu planen. Die für 2011 geplanten Umsatzerlöse aus input+ werden wir nach derzeitigem Stand übertreffen. Des weiteren gehen wir davon aus, dass der Vertrag über die Gesellschafterleistungen des Vogelsbergkreises in Höhe von jährlich 332.500 € über 2011 hinaus Bestand haben wird. Insgesamt gehen wir daher von einem positiven Jahresergebnis 2011 aus.

Region Vogelsberg Touristik GmbH

Vogelsbergstr. 137a, 63679 Schotten
Tel.: 06044 / 96 48 48 - Fax: 06044 / 96 48 49
E-Mail: info@vogelsberg-touristik.de
Internet: www.vogelsberg-touristik.de



Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist:

- der Aufbau eines Servicecenters für Touristen,
- die Vermarktung, Präsentation und Positionierung der Region und ihrer Angebote,
- die Einrichtung einer Koordinations-, Informations- und Beratungsstelle für Gastronomie und touristische Anbieter,
- die Förderung der regionalen Kooperation,
- die Moderation regionaler Interessengruppen,
- die Entwicklung und Verbesserung von Tourismusprodukten und die Angebotskoordination,
- die Entwicklung einer Dachmarke Vogelsberg,
- das Anbieten spezifischer Dienstleistungen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Touristische Vermarktung der Region
Steigerung Brutto-Inlands-Produkt

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: Gründung 2001

Anteile in %: 23,57 %

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Das Unternehmen hat keine rein betriebswirtschaftliche Ausrichtung.

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Vogelsbergkreis	Landrat Rudolf Marx - Vorsitzender
Wetteraukreis	Landrat Joachim Arnold - stellv. Vorsitzender
Städte/Gemeinden Vogelsbergkreis	Bgm. Manfred Dickert
Kreis Gießen	Landrätin Anita Schneider
Städte/Gemeinden Wetteraukreis	Bgm. Freddy Kammer
Städte/Gemeinden Landkreis Gießen	Bgm. Peter Klug
IHK Gießen-Friedberg	Dr. Frank Wendzinski
HOGA Vogelsbergkreis	1. Vorsitzender Ulrich Roth
Pro Vogelsberg Touristik e.V.	1. Vorsitzender Hubert Straub
VGO Verkehrsgesellschaft Oberhessen	Geschäftsführer Armin Klein

Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Vergütung.

Die Gesellschaft trägt lediglich die Kosten für die Aufsichtsratssitzungen. Hierfür sind im Berichtszeitraum 387,08 € (i.V. 387,29 €) angefallen.

Geschäftsführung: Frau Uta Nebe, Dipl.-Betriebswirtin

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

<i>Rechtsform:</i>	GmbH
<i>Gründungsdatum:</i>	19.12.2001
<i>Gesellschaftsvertrag:</i>	19.12.2001, zuletzt geändert am 19.11.2008
<i>Handelsregister:</i>	Friedberg, HRB 5746
<i>Stammkapital:</i>	144.250 €
<i>Beteiligungen:</i>	keine

Gesellschafter:

Gesellschafter	Stamm- einlage €
Vogelsbergkreis	34.000,00
Wetteraukreis	21.250,00
Kreis Gießen	10.000,00
Gemeinde Antrifttal	250,00
Stadt Birstein	500,00
Gemeinde Feldatal	500,00
Gemeinde Freiensteinau	1.000,00
Gemeinde Gemünden (Felda)	250,00
Gemeinde Grebenhain	5.500,00
Stadt Herbstein	4.000,00
Stadt Homberg/Ohm	2.000,00
Stadt Kirtorf	250,00
Kreisstadt Lauterbach	4.000,00
Gemeinde Lautertal	250,00
Stadt Romrod	250,00
Stadt Ulrichstein	3.250,00
Stadt Schlitz	1.500,00
Stadt Schotten	3.000,00
Gemeinde Schwalmtal	250,00
Gemeinde Wartenberg	250,00

Gesellschafter	Stamm- einlage €
Stadt Laubach	4.500,00
Stadt Gedern	2.750,00
Gemeinde Hirzenhain	250,00
Gemeinde Echzell	250,00
IHK Gießen-Friedberg	2.500,00
HoGa Hotel- und Gaststättenverband Vogelsberg e.V.	2.500,00
Pro Vogelsberg Touristik e.V.	1.500,00
Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH (VGO)	3.000,00
Main-Kinzig-Kreis	5.000,00
Tourist Center Alsfeld GmbH i.L.	5.000,00
Gemeinde Glauburg	250,00
Stadt Nidda	12.750,00
Stadt Ranstadt	250,00
Bauernhof und Landurlaub in Hessen e.V..	1.500,00
Stadt Hungen	1.000,00
Stadt Grünberg	4.500,00
Stadt Ortenberg	1.000,00
Stadt Büdingen	3.250,00
Stadt Grebenau	250,00

Bilanz des Unternehmens
AKTIVA
PASSIVA

	2010 €	2009 €		2010 €	2009 €
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immat. Vermögensgegenstände			I. Gezeichnetes Kapital	144.250,00	144.250,00
1. entgeltlich erworbene Konzessionen gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten u. Werten	5,00	5,00	II. Gewinnvortrag	33.877,19	37.061,57
			III. Jahresfehlbetrag	-27.786,37	-3.184,38
				150.340,82	178.127,19
II. Sachanlagen			B. Rückstellungen		
1. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	11.504,00	7.826,00	1. Sonstige Rückstellungen	17.567,16	27.773,45
B. Umlaufvermögen			C. Verbindlichkeiten		
I. Vorräte			1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	2.650,00	6.236,10
1. Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistunge	1.275,00	1.325,00	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.721,82	6.632,67
2. Fertige Erzeugnisse und Waren	7.095,48	4.308,29	3. Sonstige Verbindlichkeiten	2.749,89	4.365,85
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				12.121,71	17.234,62
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	798,26	21.321,29			
2. Sonstige Vermögensgegenstände	2.331,36	4.409,85			
III. Kassenbestand, Bundesbank-, guthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	156.018,19	179.690,10			
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.002,40	4.249,73			
	180.029,69	223.135,26		180.029,69	223.135,26

Gewinn- und Verlustrechnung

	2010 €	2009 €
1. Umsatzerlöse	131.823,59	152.499,87
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-50,00	1.325,00
3. Gesamtleistung	131.773,59	153.824,87
4. Sonstige betriebliche Erträge	289.078,96	266.809,61
5. Materialaufwand:		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	14.957,59	3.184,02
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	42.956,09	96.633,15
	57.913,68	99.817,17
6. Personalaufwand:		
a) Löhne und Gehälter	135.478,28	126.055,99
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	30.925,03	28.480,88
	166.403,31	154.536,87
7. Abschreibungen	3.174,31	3.955,42
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	223.651,65	168.208,30
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.903,13	3.135,17
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	19,30	47,15
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-27.406,57	-2.795,26
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-0,20	-0,88
13. Sonstige Steuern	380,00	390,00
14. Jahresfehlbetrag	-27.786,37	-3.184,38

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 4 (Jahresdurchschnitt)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Dienstleistungsvertrag Januar 2002:	Zuschuss 80.874,00 €
<i>Grundzüge des Geschäftsverlaufs:</i>	Siehe Lagebericht
<i>Kreditaufnahmen:</i>	keine
<i>Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:</i>	keine
<i>Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den : Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft</i>	Stammeinlage 23,57 % = 34.000 €

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Verbesserung der touristischen Infrastruktur.
Touristische Vermarktung der Region.

Auszug aus dem Lagebericht

Lage der Gesellschaft:

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes

Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der Branche

Der Deutschlandtourismus ist eine Querschnittsbranche. Das Besondere des Dienstleistungssektors Tourismus ist, dass seine Arbeitsplätze nicht exportierbar sind. Die Weltwirtschaftskrise brachte der Branche 2009 Einbußen insbesondere im Bereich des Geschäftsreiseverkehrs und bei den Auslandsübernachtungen. Davon waren auch die Betriebe der Region Vogelsberg betroffen, im Übernachtungsbereich insbesondere entlang der Autobahnachsen. Deutschland ist das Land mit dem größten Inlandsanteil im Übernachtungsbereich in Europa. Dies wirkt sich insbesondere in wirtschaftlich schwierigen Jahren stabilisierend aus und macht vergleichsweise unabhängig von einzelnen ausländischen Quellmärkten. Im Jahr 2010 ging Deutschland mit einem Plus von 2,9% gegenüber dem Jahr 2008 bei Übernachtungen in gewerblichen Betrieben ab neun Betten gestärkt hervor (Hessen: plus 2,6% gegenüber 2008). Die Auslandsquellmärkte und der Geschäftsreiseverkehr erholten sich. Der Gesundheitstourismus und der Städtetourismus sind die Gewinner der letzten Jahre, auch 2010. So konnten Großstädte mit mehr als 100.000 Einwohnern mit einem Plus von 9,4% überproportionale Zuwächse verzeichnen. In beiden

Bereichen fehlen in unserer Region Angebote und Innovationen, so dass von diesen Trends nicht profitiert werden konnte.

In den ländlichen Mittelgebirgsregionen Deutschlands, zu denen die Region Vogelsberg zählt, waren die Schwankungen weniger extrem. Jedoch konnte sich die Branche in der Region nicht erholen. Die Übernachtungen in den gewerblichen Betrieben ab neun Betten sanken laut der amtlichen Statistik auch 2010. Während für den Vogelsbergkreis die Zahlen relativ stabil blieben, nahmen die Übernachtungen insgesamt um 4,4% gegenüber 2009 ab.

Dies resultiert insbesondere aus den stetig sinkenden Zahlen in Nidda-Bad Salzhausen mit einem hohen Anteil an medizinisch initiierten Übernachtungen und einem Einbruch in Gedern im Jahr 2010; insbesondere auf Grund der Sperrung des Gederner Sees als Badensee. Jedenfalls Letzteres scheint Vergangenheit zu sein, so dass 2012 wieder mit einer Erholung in Gedern zu rechnen ist.

Neben dem Übernachtungstourismus ist der Tagesausflugstourismus von großer Bedeutung für die Region. Mit dem Rhein-Main-Gebiet liegt ein bedeutender Quellmarkt direkt vor der Tür, dessen Potential die Region nicht ausgeschöpft hat und der noch immer zahlenmäßig wächst, während die Einwohnerzahlen in der Region Vogelsberg in den letzten 10 Jahren um gut 5% abgenommen haben und jetzt auf einem mit 1980 vergleichbaren Niveau sind. Alleine im Vogelsbergkreis nahm die Bevölkerung gegenüber 2009 mit 1,4% bzw. mit 1.538 Einwohnern prozentual und auch zahlenmäßig am stärksten von allen Kreisen und kreisfreien Städten in Hessen ab.

Der Klimaindex zeigt laut der IHK-Konjunkturumfrage zum Beginn des Jahres 2011 für die Region weniger positive Ausschläge als im restlichen IHK-Bezirk. Insbesondere im Einzelhandel und im Gastgewerbe (Klimawerte von 89,4 bzw. 75,0 im Vogelsbergkreis) ist die Stimmung schlechter als im letzten Jahr, sicher nicht zuletzt wegen der sinkenden Binnennachfrage auf Grund sinkender Bevölkerungszahlen.

Die anspringende Konjunktur entspannt zwar die Haushalte der Gesellschafterkommunen, jedoch bleibt es nach wie vor eine Herausforderung, die gesetzlich verankerte Daseinsvorsorge und Infrastruktur für immer weniger Einwohner aufrecht zu erhalten und zu gestalten.

Im Spannungsfeld sinkender Einwohnerzahlen, die viele kleine Gemeinden unter die magische Grenze von 3.000 sinken ließen, finanzieller Lasten und Daseinsvorsorge für die Bevölkerung, scheint Tourismus als eine der wenigen Entwicklungschancen aus dem Blickfeld geraten zu sein. Dafür sind immer größere und vor allem immer mehr Windkraftträger in Aussicht, die einen Beitrag leisten für eine klimafreundliche Energieerzeugung und auch zu einer wichtigen Einnahmequelle für die Kommunen werden.

Ein gerechter Ausgleich zwischen Stadt und Land erscheint unverzichtbar, um den ländlichen Räumen - und auch der Region Vogelsberg - Chancen zu eröffnen; ein Ausgleich, der die ökologischen und regenerativen Leistungen als eine sinnhafte und unverzichtbare Leistung der ländlichen Kommunen würdigt und belohnt. Dies würde ein planvolles, gemeinsames Handeln fördern gegenüber einem Kampf um Einwohner und Gewerbe, der vor dem Hintergrund eines ökonomischen Nutzens zu steigender Flächenversiegelung „auf der grünen Wiese“ und dem unkoordinierten Ausverkauf der Landschaft mit unabsehbaren Folgen für eine zukunftsfähige Entwicklung als Freizeitregion führen kann.

Geschäftsverlauf-der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr 2010 konnte die Präsenz auf den Quellmärkten verstärkt werden. Der neu ausgewiesene BahnRadweg Hessen mit Vulkanradweg und Südbahnradweg als Teilstrecken und das komplett neu konzipierte Radmagazin „Wetterau & Vogelsberg“ waren Anlass für das Marketing als Aktivregion. Eine steigende Frequenz an Radwanderern in 2011 lohnt diese Aktivitäten. Erfolgreich konnten Mittel für eine dreijährige Werbekampagne (2010 - 2012) mit einem mobilen Werbestand gebündelt werden. An dem über EFRE geförderten Projekt beteiligen sich zehn Kommunen in der Region. Start der Kampagne war im April 2010. Mit 35 Einsatztagen pro Jahr (105 für die ganze Kampagne) wird so eine hohe Präsenz auf den Quellmärkten in Hessen, Rheinland-Pfalz und NRW möglich. In Kooperation mit den Kollegen in der Hess. Rhön, Hersfeld-Rotenburg und im Main-Kinzig-Kreis wurde ein Anschubmarketing für den BahnRadweg Hessen organisiert, das von unserer Organisation koordiniert wird. Deutliche Auswirkungen hatte die stärkere Präsenz auf das Volumen der Anfragen für Prospekte und Serviceartikel, das um 48% gegenüber dem Vorjahr zunahm.

Die Umsatzerlöse gliedern sich in folgende Bereiche (Angaben in TEUR):

Marketing:

Einnahmen und Sponsoringgelder für Koordination und Vermarktung des Vulkanradweges/BahnRadweg:	52,9*	(Vorjahr	37,6)
Wandermarketing Vogelsberger Extratouren:	7,5	(Vorjahr	10,0)
Anzeigen und Einträge in Broschüren:	15,3	(Vorjahr	69,3)
AG Lammwochen/Wildwochen:	4,7	(Vorjahr	8,8)
Anschließerbeteiligung an Infoständen:	14,5	(Vorjahr	11,9)
Beteiligung an der Kofinanzierung Road Show	13,5	(Vorjahr	0,0)

Service und Dienstleistung:

Erlöse Eigenveranstaltung: Vulkanringführungen	1,6	(Vorjahr	1,0)
Umsätze Handelsware + Prospektversand:	18,6	(Vorjahr	12,9)
Sonstiges	3,3	(Vorjahr	0,9)
Gesamt:	131,9	(Vorjahr	152,4)

(* dem Betrag gegenzurechnen sind Kofinanzierungsmittel von 8.9 TEUR, die an den Vogelsbergkreis zurückfließen)

Zusammen mit dem Partner Secra/Agentur für Kommunikation und Software aus Neustadt wurde eine Destinationslösung für eine zeitgemäße Darstellung der Unterkünfte auf den Webseiten der Region realisiert. Einmal und dezentral bei den Kommunen gepflegt, ist die Darstellung der Vermieter auf den kommunalen Webseiten wie auch auf den Destinationsseiten sowie Themenseiten (z.B. der des Vulkanradweges) möglich. Dem Nutzer stehen umfangreiche Suchoptionen zur Verfügung. Der Vermieter hat die Option, über einen Belegungskalender Vakanzen anzeigen zu lassen oder sich auf ein Online-Buchungssystem, über das seine Kapazitäten buchbar sind, zu verlinken. Das System stellt Statistiken zur Verfügung, die als Controllinginstrument genutzt werden können. Kooperationspartner sind Nidda-Bad Salzhausen, Gedern, Schotten, Ulrichstein, Herbstein, Lauterbach und Schlitz, die die Lösung jeweils für die eigenen Internetseiten einsetzen.

Zusammen mit dem Wetteraukreis wurde die Webseite www.museumslandschaft-oberhessen.de realisiert, die auf die von der Region Vogelsberg Touristik GmbH gepflegten Datenbanken zugreift und die kleinen, feinen Museen der Region als zentralen Punkt inmitten des freizeitrelevanten Umfeldes darstellt.

Die Region Vogelsberg Touristik GmbH steht mit ihren Aufgaben im Spannungsfeld zwischen Destinationsmanagement als Teil der Regionalentwicklung und Marketingorganisation. Kreisübergreifend werden Mittel der Gesellschafter gebündelt, um gemeinsam die Themen und Produkte der Partner am Markt zu platzieren. Seit Gründung der Organisation ist die Professionalisierung auf kommunaler Ebene vorangeschritten.

Die Aufgabe, über interkommunale Arbeitsgemeinschaften (TAGs) themenorientiert Infrastruktur und Produkte zu entwickeln und zu managen, wird teilweise jedoch ungenügend wahrgenommen.

Insbesondere vor diesem Hintergrund, dem der demographischen Entwicklung und den Chancen als - Nutzen stiftende - Freizeitregion innerhalb des Ballungsraumes RheinMain, setzt sich die Region Vogelsberg Touristik GmbH für eine Festigung der Destinationsstrukturen ein. Durch die kündbaren Dienstleistungsverträge, die die jährlichen Zuschüsse zum Geschäftsbetrieb im Sinne der Wirtschaftsförderung sichern, ist eine von kurzfristigen politischen Entscheidungen unabhängige Handlungsfähigkeit jedoch beschränkt, so dass zunächst die Fortführung der Gesellschaft in der bisherigen Struktur über das Jahr 2011 hinaus als stabilisierend für die Region gewertet wird. Die Optimierung der Kommunikations- und Organisationsstrukturen rückte die Organisation in den Focus der jährlichen Gesellschafterversammlung im November 2010, die durch zentrale Aussagen bzw. Forderungen gegenüber den Gesellschaftern begründet wurden:

Tourismusbewusstsein: Forderung nach einem neuen Verständnis von Tourismus als zentraler Faktor für den Lebens-, Wohn- und Wirtschaftsstandort - nur dann können finanzielle und personelle Mittel dauerhaft gesichert bleiben.

Destinationsstrukturen: Festigung und regionale Ausweitung der Destinationsstrukturen - nur dann können von der Destinationsebene Erfolge erwartet werden.

Engagement: deutliche und abgestimmte Steigerung der Aktivitäten der Städte und Gemeinden im Tourismus - nur dann macht die Beteiligung auf Destinationsebene Sinn.

Interkommunale Kooperation: flächendeckende TAG-Bildung mit aufgabenadäquater Ausstattung - nur dann kann eine professionelle Marktbearbeitung im Tourismus erfolgen.

Regionale Strukturen: verbindliche Kooperations- und Abstimmungsmechanismen auf regionaler Ebene mit Einbeziehung sämtlicher relevanter Partner - nur dann können alle vorhandenen Kräfte gebündelt und auf gemeinsame Ziele ausgerichtet werden.

Inwieweit die Forderungen und Argumente in die bestehenden Umstrukturierungsprozesse in den Kreisen einfließen werden, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht beurteilt werden.

II. Darstellung der Lage

Die steuerpflichtigen Umsätze betragen im Berichtsjahr Euro 135.223 (Vorjahr Euro 163.302). Die Summe der umsatzsteuerfreien Zuschüsse der Gesellschafter betrug Euro 259.457 und blieb auf Grund der Struktur der Dienstleistungsverträge gegenüber dem Vorjahr gleich.

34% (Vorjahr 39%) des Gesamtumsatzes von Euro 394.680 (Vorjahr: Euro 422.759) waren damit steuerpflichtig.

Kennzahlen der Vermögenslage:

Eigenkapital (TEUR):	(Vorjahr 178,1)	150,3
Anlagevermögen (TEUR):	(Vorjahr 7,8)	11,5
Umlaufvermögen inkl. RAP (TEUR):	(Vorjahr 215,3)	168,5
Bilanzsumme (TEUR):	(Vorjahr 223,1)	180,0
Umsatzerlöse aus in Rechnung gestellten Leistungen (TEUR)	(Vorjahr 152,5):	131,8
Erträge aus Dienstleistungsverträgen mit kommunalen Gesellschaftern (TEUR)	(Vorjahr 259,5)	259,5
Eigenkapitalquote (%):	(Vorjahr 79,8)	83,5
Jahresfehlbetrag (TEUR):	(Vorjahr 3,2)	27,8
Finanzergebnis (TEUR):	(Vorjahr 3,1)	2,9
Personalintensität (%):	(Vorjahr 36,2)	36,9
Abnutzungsgrad (%):	(Vorjahr 87,8)	83,8

Wirtschaftlich gesehen schloss die Gesellschaft das Geschäftsjahr 2010 mit einem Jahresfehlbetrag von Euro 27.786 ab (Vorjahr: Euro 3.184). Ein Jahresüberschuss ist nicht Ziel des Unternehmens, sondern die effiziente Nutzung der vorhandenen Ressourcen, insofern war im Erfolgsplan 2010 ein Jahresfehlbetrag in der Höhe der übertragenen Überschüsse aus den Vorjahren über TEUR 33,8 eingeplant und wurde fast realisiert. Daraus resultiert die Reduzierung des Eigenkapitals auf der Passivseite der Bilanz. Mit dem Betrag konnte die Deckungslücke bei der Neuauflage des komplett überarbeiteten Radmagazins (Laufzeit: drei Jahre) und die Beteiligung am „Stand der Regionen“ auf der Landesgartenschau in Bad Nauheim finanziert werden. Dass der Fehlbetrag nicht ganz realisiert wurde, liegt vor allem an geringeren Ausgaben im Personalbereich als geplant. Trotz insgesamt gestiegener Personalkosten erhöhte sich der Anteil des Personalaufwands am Gesamtaufwand (Personalintensität) nur marginal, da sich auch der Gesamtaufwand gegenüber dem Vorjahr erhöhte. Die Neuauflage des Urlaubskataloges konnte aufgrund der noch vorhandenen Stückzahl auf das Jahr 2011 verschoben werden, so dass Personalkapazitäten für die Neuorganisation der Vermieterdarstellung auf der Internetseite vorhanden waren. Die unregelmäßige Auflage der Hauptkataloge (Urlaubskatalog, Radmagazin) ist einer der maßgeblichen Gründe für die Schwankungen der Umsatzerlöse und der Bilanzsumme, die deshalb unter der von 2009 liegen. Aufgrund der gegenüber dem Vorjahr gestiegenen Anfragen für Prospekte wurde das geplante Budget für „Kosten der Warenabgabe“ um 46%

überschritten. Die Deckungslücke zwischen Wareneinkauf und Kosten der Warenabgabe auf der einen Seite und den Umsätzen der Warenabgabe sowie der Bestandserhöhung an Waren auf der anderen Seite erhöhte sich daher gegenüber 2009.

Auf der Aktivseite stieg das Anlagevermögen durch die Anschaffung neuer Hard- und Software im Bereich der EDV, während das Umlaufvermögen stichtagsbezogen durch die Verminderung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (- 20 TEUR), der RAP (- 3 TEUR) bei gleichzeitiger Erhöhung der Vorräte (+ 3 TEUR) um insgesamt TEUR 46,8 sank. Aufgrund der Neuanschaffungen im Bereich der Büroausstattung (EDV) sank der Abnutzungsgrad.

Die „Flüssigen Mittel“ zum 31.12.2010 lagen bei TEUR 156 (Vorjahr TEUR 179,7). Es bestanden am Stichtag TEUR 3,1 an Forderungen. Nennenswerte Forderungsausfälle sind nicht zu verzeichnen.

Insgesamt hat die Gesellschaft eine solide Liquidität durch wenig gebundenes Stammkapital. Der auf Folgejahre vorgetragene Überschuss aus den Vorjahren wird durch den Fehlbetrag in 2010 auf Euro 6.090,82 reduziert, der für das Geschäftsjahr 2011 zur Verfügung steht.

Durch bestehende Verträge und Förderzusagen (Übertragung der Fördermittel zum Projekt Road Show auf das Folgejahr wurde von der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen bestätigt) ist die Gesellschaft in wirtschaftlicher Hinsicht für das Folgejahr gut aufgestellt und abgesichert, so dass alle Aktivitäten planmäßig durchgeführt werden können.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres gab es nicht.

Ausblick:

III. Voraussichtliche Entwicklung mit Hinweisen auf wesentliche Chancen und Risiken

Risikobericht

Auch im Jahr 2011 stehen Mittel über TEUR 260 aus den Dienstleistungsverträgen mit den Gesellschaftern zur Verfügung. Weiterhin sind Mittel für das Marketing des Vulkanradweges/BahnRadweges durch Verträge mit 27 Anbietern am Vulkanradweg, den beiden Zweckverbänden, den Kommunen Altenstadt und Schlitz, sowie der Kur- und Tourismus GmbH Bad Salzschlirf und dem Sponsor Hassia abgesichert. Darüber hinaus bestehen Verträge mit Kommunen der Region über die Kofinanzierung der Road Show (Förderprojekt) und das Marketing für die Vogelsberger Extratouren. Letzteres sicherte die Nachklassifizierung der Wege und die Neuauflage des Pocketguides zum Wandern. Beides wurde bei Berichterstellung bereits abgeschlossen. Ein Dienstvertrag mit dem Vogelsbergkreis über die Koordinierung des Projektes BahnRadweg Hessen mit einer Laufzeit bis Ende 2011 führte zur Aufstockung der Personalkapazitäten für diesen Bereich.

Das Projekt Road Show läuft noch bis zum Jahr 2012 und ist entsprechend vertraglich abgesichert. Die Fördermittelübertragung (nicht abgerufene Mittel bis Ende 2011) muss neu beantragt werden. Das Risiko, dass die Mittel nicht übertragen werden, wird als gering angesehen.

Soweit die Dienstleistungsverträge nicht zum 30. Juni 2011 gekündigt werden, verlängern sie sich bis Ende 2014. Alle weiteren Verträge müssen für 2012 neu ausgehandelt werden.

Zum Zeitpunkt der Berichterstellung sind zumindest die Mittel aus den Dienstleistungsverträgen für weitere drei Jahre gesichert. Durch die Verträge mit einer Laufzeit bis 2014 sind die Verbindlichkeiten an die Organisation auszahlungsfähig, unabhängig von den Genehmigungen der jeweiligen Haushalte. Die Höhe wird sich gemäß den aktualisierten Einwohnerzahlen und Übernachtungszahlen zum Stichtag 31. Dezember 2010 verändern, aber voraussichtlich nicht vermindern. Die Ausweitung der Destination sowie die Optimierung der Organisations- und Destinationsstrukturen wurden im Aufsichtsrat diskutiert, der die Region Vogelsberg Touristik GmbH mit der Gründung eines Arbeitskreises beauftragt hat, um das Thema weiter voranzubringen. Das in der Erstellung befindliche Umsetzungskonzept für einen Geopark beschäftigt sich auch mit dem Thema Organisationsstrukturen. Die Sicherung der Destination und der Bestand der Organisation werden entscheidend von den Ergebnissen und deren Umsetzung abhängen.

Kurzfristige Risiken bestehen im Bereich des Marketings und der Sicherung der Qualitätsversprechen speziell für die Marken Vulkanradweg bzw. BahnRadweg Hessen. Sowohl mit den beteiligten Kommunen wie auch mit dem Sponsor laufen die Verhandlungen zur Verlängerung der Verträge mit noch offenem Ergebnis. Relevant wird sein, ob dem eingeschlagenen Weg und der darzulegenden Strategie weiter gefolgt wird. Mit den kommunalen Partnern soll darüber im September bei einer zentralen Veranstaltung diskutiert werden. Entscheidend für den Bestand der Gesellschaft wird die Ertragskraft der Betriebe sein und deren Bereitschaft, in den eigenen Betrieb, die Qualität der Mitarbeiter und in die Destinationsentwicklung zu investieren. Letzteres hat unmittelbar Auswirkung auf die Umsätze, die die Region Vogelsberg Touristik GmbH über die Betriebe generieren kann. An dem Verhalten der Betreiber, kurzfristige ökonomische Vorteile vor eine mittel- und langfristige Entwicklung zu stellen, hat sich kaum etwas geändert.

Das vom Hessischen Tourismusverband, den Industrie- und Handelskammern, dem DEHOGA Hessen, dem Hessischen Heilbäder- und Einzelhandelsverband sowie der Hessen Agentur geförderte und 2009 eingeführte Qualitätsmanagementsystem Service Qualität Deutschland wird von den Betrieben in der Region Vogelsberg kaum umgesetzt.

Nicht zuletzt hängt der Erfolg der Organisation von der Qualität und Motivation der Mitarbeiter ab. Den Bemühungen der Organisation, Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen an das Unternehmen zu binden, stehen die geringen Möglichkeiten, attraktive Gehälter zu zahlen sowie die mangelnde Unterstützung der Branche entgegen. Die gesamte Branche leidet unter Fachkräftemangel, der sich durch fehlende Ausbildungsmöglichkeiten im Umfeld noch verschärft.

Über Geschäftsverlauf und die Risiken wird dem Aufsichtsrat mind. zwei Mal im Jahr berichtet.

Die voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Durch die Dienstleistungsverträge mit den kommunalen Gesellschaftern, dem Vogelsbergkreis, dem Wetteraukreis und seit dem 1.1.2009 mit dem Kreis Gießen ist die Gesellschaft bis Ende 2014 gesichert. Herausforderung der nächsten Jahre wird es sein, die Organisations- und Kommunikationsstrukturen mit dem Ziel der Professionalisierung und Effizienzsteigerung zu optimieren. Größe, Potenzial und Möglichkeiten der Destination sind begrenzt. Insofern ist zukünftig klarer zu definieren, welche Kooperationsstrukturen

angestrebt werden sollen und wie die Destination sich innerhalb der Metropolregion Frankfurt-Rhein-Main aufstellen will. Inwieweit ein Geopark als strukturgebende Organisation die Region zukunftsfähig machen kann und welche Organisationsform gewählt werden soll, ist Teil eines Umsetzungskonzeptes, das vom Vogelsbergkreis in Auftrag gegeben wurde. Die Ergebnisse sollen Ende des Jahres 2011 vorliegen. Vorschläge unter Einbeziehung der bestehenden Organisationen (Naturpark, DMO/Destinations-Marketing-Organisation, Wirtschaftsförderung usw.) werden erwartet.

Insgesamt ist zu bezweifeln, dass - unter den derzeitigen Rahmenbedingungen in Bezug auf den finanziellen Ausgleich zwischen Ballungszentren und den ländlichen Gebieten - die Kommunen eine weitere touristische Organisation finanzieren können. Insofern wird die Entscheidung für einen Geopark Auswirkungen auf unsere Organisation haben. Die Sicherung der Organisation durch den Fortbestand der Dienstleistungsverträge resultiert nicht zuletzt aus dem mangelnden Konsens über eine strategische Neuausrichtung.

Für die nächste Periode ist es Ziel der Organisation, im Spannungsfeld thematischer Marken (Geopark Vulkan Vogelsberg, Archäologielandschaft Wetterau, Oberhessen, BahnRadweg Hessen), den gemäß der Bedeutung für die Regionalentwicklung adäquaten Platz zu finden, gegebenenfalls auch in anderen Strukturen. Positiv ist die Bewertung der Organisation als stabiler Faktor, auf den bei der Gestaltung von Veränderungsprozessen zurückgegriffen werden kann.

Sparkasse Oberhessen

Kaiserstr. 155, 61169 Friedberg

Tel.: 06031 / 86-0 - Fax: 06031 / 86-128

E-Mail: info@sparkasse-oberhessen.de

Internet: www.sparkasse-oberhessen.de



Unternehmenszweck

"Die Sparkasse hat die Aufgabe, als dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen ihrer Träger in ihrem Geschäftsgebiet geld- und kreditwirtschaftliche Leistungen zu erbringen, insbesondere Gelegenheit zur sicheren Anlage von Geldern zu geben. Sie fördert die kommunalen Belange insbesondere im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich. Die Sparkasse hat das Sparen und die übrigen Formen der Vermögensbildung zu fördern und dient der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitnehmer, des Mittelstandes, der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand nach Maßgabe ihrer Satzung. Die Sparkasse ist grundsätzlich verpflichtet, Existenzgründerinnen und Existenzgründer in ihrem Geschäftsgebiet zu beraten und sie beim Zugang zu Förderkrediten zu betreuen."

Die Sparkasse Oberhessen ist keine Beteiligung gem. der Definition in 1.2. Sie ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts mit dem Vogelsbergkreis und dem Wetteraukreis als Träger.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Anstalt des öffentlichen Rechts.

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1991 (Fusion KSK Alsfeld mit KSK Lauterbach zur Sparkasse Vogelsbergkreis und 2006 Fusion Sparkasse Vogelsbergkreis mit Sparkasse Wetteraukreis zur Sparkasse Oberhessen)

Anteile in %: 26 % Gewährträgerhaftung für Altverbindlichkeiten

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Anstalt des öffentlichen Rechts.

Organe des Unternehmens

Vorstand:

Sparkassendirektor Günter Sedlak - Vorsitzender
 Sparkassendirektor Reinhold Wintermeyer - stellv. Vorsitzender
 Sparkassendirektor Thomas Falk - Mitglied

Verwaltungsrat:

Joachim Arnold - Vorsitzender	Annedore Musch
Rudolf Marx - stellv. Vorsitzender	Elfriede Pfannkuche
Manfred Cleve	Bernd Stiebeling
Bettina Giller	Fritz Hartmut Ulrich
Gerold Helfrich	Rainer-Hans Vollmüller
Friedel Kopp	Gerd Wagner
Norbert Luckau	Bernfried Wieland
Heike Müll	

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

<i>Rechtsform:</i>	Anstalt des öffentlichen Rechts
<i>Gründungsdatum:</i>	01.01.2006 Fusion Sparkasse Wetterau und Sparkasse Vogelsbergkreis zur Sparkasse Oberhessen
<i>Gewährträger:</i>	Wetteraukreis und Vogelsbergkreis
<i>Satzung:</i>	Neufassung vom 01.07.2010
<i>Handelsregister:</i>	Friedberg HR A 1455
<i>Eigenkapital:</i>	233.060.224,24 €
<i>Beteiligungen:</i>	GIW Gesellschaft für Gewerbe- und Immobilienmanagement Wetterau mbH, Gedern - 100 % Vogelsberg Consult Gesellschaft für Regionalentwicklung und Wirtschaftsförderung mbH, Alsfeld - 24,84 % Wirtschaftsförderung Wetterau GmbH, Friedberg - 25 %

Die Sparkasse hat sich an der Kapitalerhöhung der Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG, Bad Homburg v.d. Höhe, beteiligt und in diesem Zusammenhang eine verbindliche Zusage zur Übernahme von 426 TEUR Beteiligungskapital gegeben.

Aus Beteiligungen und aus Geschäftsanteilen an Genossenschaften bestehen zusätzlich Haftungsverhältnisse in Höhe von insgesamt 2.008 TEUR.

Bilanz des Unternehmens
AKTIVA

	2010	2009
	€	€
1. Barreserve		
a) Kassenbestand	25.467.887,93	26.515.624,11
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	90.330.957,34	115.484.954,87
	115.798.845,27	142.000.578,98
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind		
a) Schatzwechsel u. unverzinsl. Schatzanweisungen sowie ähnl. Schuldtitel öffentlicher Stellen	0,00	0,00
b) Wechsel	0,00	0,00
	0,00	0,00
3. Forderungen an Kreditinstitute		
a) täglich fällig	97.236.997,32	270.012.282,65
b) andere Forderungen	506.644.399,71	468.590.135,31
	603.881.397,03	738.602.417,96
4. Forderungen an Kunden	2.882.472.028,15	2.813.616.931,14
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	1.539.586.872,89	1.461.465.857,30
Kommunalkredite	352.758.495,88	284.257.634,95
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
a) Geldmarktpapiere		
aa) von öffentlichen Emittenten	0,00	0,00
ab) von anderen Emittenten	0,00	0,00
b) Anleihen und Schuldverschreibungen		
ba) von öffentlichen Emittenten	55.247.137,39	40.515.010,96
darunter: beleihbar b. d. Dtsch. Bundesbank	55.247.137,39	40.515.010,96
bb) von anderen Emittenten	429.770.800,11	441.797.234,95
darunter: beleihbar b. d. Dtsch. Bundesbank	420.068.615,20	436.771.781,53
c) eigene Schuldverschreibungen	1.284.217,30	1.820.685,79
Nennbetrag	1.259.500,00	1.784.500,00
	486.302.154,80	484.132.931,70
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	241.933.933,25	309.227.702,40
6a. Handelsbestand	0,00	0,00
7. Beteiligungen	50.913.285,28	51.679.896,28
8. Anteile an verbundenen Unternehmen	25.000,00	25.000,00
9. Treuhandvermögen	156.184,41	719.683,96
darunter: Treuhandkredite	156.184,41	192.598,21
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch	0,00	0,00
11. Immaterielle Anlagewerte		
a) Selbst geschaffene gewerbl. Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	0,00	0,00
b) entgeltl. Erwerb. Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte und ähnl. Rechte u. Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	243.317,00	0,00
c) Geschäfts- oder Firmenwert	0,00	0,00
d) geleistete Anzahlungen	0,00	0,00
	243.317,00	346.764,00
12. Sachanlagen	65.163.008,29	69.775.341,45
13. Sonstige Vermögensgegenstände	17.501.743,90	30.860.282,44
14. Rechnungsabgrenzungsposten	694.418,18	1.082.242,22
Summe der Aktiva	4.465.085.315,56	4.642.069.772,53

PASSIVA

	2010	2009
	€	€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
a) täglich fällig	200.009.222,22	180.075.416,93
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	887.707.609,36	1.046.846.651,46
	1.087.716.831,58	1.226.922.068,39
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
a) Spareinlagen		
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist v. 3 Monaten	1.047.932.841,77	1.146.532.944,53
ab) mit vereinb. Kündigungsfrist v. mehr als 3 Mon.	101.948.251,52	52.525.006,25
	1.149.881.093,29	1.199.057.950,78
b) andere Verbindlichkeiten		
ba) täglich fällig	1.646.207.681,88	1.565.059.810,28
bb) mit vereinbarter Laufzeit od. Kündigungsfrist	209.582.992,93	270.698.789,40
	1.855.790.674,81	1.835.758.599,68
3. Verbriefte Verbindlichkeiten		
a) begebene Schuldverschreibungen	37.779.021,30	50.842.279,76
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten	0,00	0,00
	37.779.021,30	50.842.279,76
3a. Handelsbestand	0,00	0,00
4. Treuhandverbindlichkeiten	156.184,41	719.683,96
darunter: Treuhandkredite	156.184,41	192.598,21
5. Sonstige Verbindlichkeiten	6.261.590,29	8.225.619,90
6. Rechnungsabgrenzungsposten	1.182.985,29	1.501.948,70
7. Rückstellungen		
a) Rückstellungen f. Pensionen u. ähnl. Verpflichtungen	14.539.860,00	13.710.249,00
b) Steuerrückstellungen	3.836.348,08	8.517.817,56
c) andere Rückstellungen	24.778.450,18	23.879.684,60
	43.154.658,26	46.107.751,16
8. Sonderposten mit Rücklageanteil	0,00	0,00
9. Nachrangige Verbindlichkeiten	24.006.440,36	22.129.545,39
10. Genussrechtskapital	95.611,58	2.563.617,49
darunter: vor Ablauf von 2 Jahren fällig	0,00	2.468.005,91
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken	26.000.000,00	26.000.000,00
12. Eigenkapital		
a) gezeichnetes Kapital	900.000,00	900.000,00
b) Kapitalrücklage	0,00	0,00
c) Gewinnrücklagen		
ca) Sicherheitsrücklage	221.684.483,02	215.172.431,41
cb) andere Rücklagen	0,00	0,00
d) Bilanzgewinn	10.475.741,22	6.168.275,91
	233.060.224,24	221.340.707,32
Summe der Passiva	4.465.085.315,56	4.642.069.772,53

Fortsetzung Passiva

	2010	2009
	€	€
1. Eventualverbindlichkeiten		
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln	0,00	0,00
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	41.026.061,73	40.241.463,94
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	0,00	0,00
	41.026.061,73	40.241.463,94
2. Andere Verpflichtungen		
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften	0,00	0,00
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	0,00	0,00
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	123.687.651,62	103.304.347,47
	123.687.651,62	103.304.347,47

Gewinn- und Verlustrechnung

	2010	2009
	€	€
1. Zinserträge aus		
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	148.296.381,44	160.875.462,29
b) festverzinsl. Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	18.927.570,46	23.600.107,09
	167.223.951,90	184.475.569,38
2. Zinsaufwendungen	81.683.052,00	94.777.878,92
	85.540.899,90	89.697.690,46
3. Laufende Erträge aus		
a) Aktien und anderen nicht festverzinsl. Wertpapieren	4.715.669,73	9.606.881,79
b) Beteiligungen	1.077.576,84	1.061.025,37
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00
	5.793.246,57	10.667.907,16
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	0,00	0,00
5. Provisionserträge	30.853.849,35	30.272.246,54
6. Provisionsaufwendungen	1.647.686,75	1.733.097,42
	29.206.162,60	28.539.149,12
7. Nettoertrag des Handelsbestands	0,00	0,00
8. Sonstige betriebliche Erträge	2.803.619,34	2.921.096,92
9. Erträge a. d. Auflösung v. Sonderposten mit Rücklageanteil	0,00	0,00
	123.343.928,41	131.826.039,42
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen		
a) Personalaufwand		
aa) Löhne und Gehälter	38.170.484,85	38.998.983,24
ab) Soz. Abgaben u. Aufwend. f. Altersversorgung u.f. Unterstützung	10.362.923,80	11.689.240,71
	48.533.408,65	50.688.223,95
b) andere Verwaltungsaufwendungen	20.928.280,02	21.927.634,98
	69.461.688,67	72.615.858,93
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	5.875.219,13	5.951.048,90
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.481.603,24	3.986.716,16
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	19.457.885,53	20.651.424,53
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	0,00	0,00
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	782.900,53	9.866.529,00
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	0,00	0,00
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme	368.983,56	807.031,36
18. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	0,00	0,00
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	25.915.647,75	17.947.430,54
20. Außerordentliche Erträge	0,00	0,00
21. Außerordentliche Aufwendungen	1.486.822,48	0,00
22. Außerordentliches Ergebnis	1.486.822,48	0,00
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	13.812.979,76	11.567.872,88
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen	140.104,29	211.281,75
	13.953.084,05	11.779.154,63
25. Jahresüberschuss	10.475.741,22	6.168.275,91
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	0,00	0,00
	10.475.741,22	6.168.275,91
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen		
a) aus der Sicherheitsrücklage	0,00	0,00
b) aus anderen Rücklagen	0,00	0,00
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen		
a) in die Sicherheitsrücklage	0,00	0,00
b) in andere Rücklagen	0,00	0,00
29. Bilanzgewinn	10.475.741,22	6.168.275,91

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter:

Jahresdurchschnitt:

	2010	2009
Vollzeitkräfte	603	619
Teilzeit- und Ultimokräfte	318	318
Auszubildende	57	62
Insgesamt	978	999

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs:

Siehe Lagebericht

Ertragslage des Unternehmens:

Bilanzgewinn 10.475.741,22 €

Kreditaufnahmen:

keine

Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:

Gewährträgerhaftung 26 % für
Altverbindlichkeiten

*Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den :
Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die
Haushaltswirtschaft*

keine

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Kredit- und geldwirtschaftliche Versorgung im Satzungsgebiet (Vogelsbergkreis und Wetteraukreis), öffentlicher Auftrag.

Auszug aus dem Lagebericht

Lage der Gesellschaft:

Rechtliche Rahmenbedingungen

Die Sparkasse ist eine mündelsichere, dem gemeinen Nutzen dienende rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Ihr Geschäftsgebiet erstreckt sich auf den Vogelsbergkreis und auf den Wetteraukreis.

Träger der Sparkasse sind der Vogelsbergkreis und der Wetteraukreis. Sie unterstützen die Sparkasse bei ihren Aufgaben. Darüber hinaus haften die Träger der Sparkasse für alle vor dem 19. Juli 2005 eingegangenen Verbindlichkeiten der beiden Vorgängerinstitute Sparkasse Vogelsbergkreis und Sparkasse Wetterau. Für solche Verbindlichkeiten, die bis

zum 18. Juli 2001 vereinbart waren, gilt dies zeitlich unbegrenzt, für danach bis zum 18. Juli 2005 vereinbarte Verbindlichkeiten nur, wenn deren Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausgeht. Verbindlichkeiten der Sparkasse aus der Begebung von Genussrechtskapital und von stillen Beteiligungen sind von der Haftung der Träger ausgeschlossen. Die Sparkasse haftet für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem gesamten Vermögen. Die Träger der Sparkasse haften nicht für deren Verbindlichkeiten, sofern diese nach dem 18. Juli 2005 vereinbart wurden.

Die Sparkasse ist Mitglied des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband, dem Dachverband der Sparkassen-Finanzgruppe, angeschlossen. Der Sparkassen-Finanzgruppe gehören 429 Sparkassen, 7 Landesbanken, 10 Landesbausparkassen, 12 öffentliche regionale Erstversicherungsgruppen und zahlreiche weitere Finanzdienstleistungsunternehmen an. Darüber hinaus ist die Sparkasse dem Stützungsfonds des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen und dem Sicherungssystem der Deutschen Sparkassen-Organisation angeschlossen. Diese Systeme sind als institutssichernde Einrichtungen im Sinne von § 12 Abs. 1 des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes anerkannt. Institutssichernde Einrichtungen im Sinne der vorstehend genannten gesetzlichen Bestimmungen sind dadurch gekennzeichnet, dass sie die angeschlossenen Institute selbst schützen, insbesondere deren Liquidität und Solvenz gewährleisten.

Geschäftstätigkeit

Die Sparkasse fühlt sich ihrem öffentlichen Auftrag verpflichtet. Als Wirtschaftsunternehmen kommt sie vor allem der Aufgabe nach, die Bevölkerung und die Wirtschaft innerhalb ihres satzungsrechtlichen Geschäftsgebietes kredit- und geldwirtschaftlich zu versorgen. Die Geschäfte werden unter Beachtung des öffentlichen Auftrages nach kaufmännischen und aufsichtsrechtlichen Grundsätzen geführt. Gleichzeitig unterstützt die Sparkasse durch Spenden und im Rahmen von Sponsoringmaßnahmen das Engagement der Menschen vor Ort.

Geschäftsentwicklung

	Jahr	2010	2009	Veränderungen gegenüber Vorjahr	
		in TEUR	in TEUR	in TEUR	in %
Bilanzsumme		4.465.085	4.642.070	-176.985	-3,8
Geschäftsvolumen		4.506.111	4.682.311	-176.200	-3,8
Forderungen an Kreditinstitute		603.881	738.602	-134.721	-18,2
Forderungen an Kunden		2.882.472	2.813.617	68.855	2,4
Wertpapiere		728.236	793.361	-65.125	-8,2
Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen		50.938	51.705	-767	-1,5
Sachanlagen und Immaterielle Anlagewerte		65.406	70.122	-4.716	-6,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		1.087.717	1.226.922	-139.205	-11,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		3.005.672	3.034.817	-29.145	-1,0
Verbriefte Verbindlichkeiten		37.779	50.842	-13.063	-25,7
Sicherheitsrücklage		221.684	215.172	6.512	3,0

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen waren im Geschäftsjahr 2010 rückläufig; das lag an den rückläufigen Wertpapierpositionen sowie Forderungen an Kreditinstitute. Der Refinanzierungsbedarf auf der Passivseite bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verminderte sich dadurch. Im Kundenkreditgeschäft waren leichte Zuwächse bei den Ausleihungen zu verzeichnen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden verringerten sich nur geringfügig gegenüber dem Vorjahr.

Kreditgeschäft

Forderungen an Kreditinstitute

Im Geschäftsjahr 2010 wurden die Festgeldanlagen mit einer kurzen Laufzeit gegenüber Kreditinstituten abgebaut. Weiterhin bestehen zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2010 Wertpapierleihgeschäfte in Höhe von fast der Hälfte der Gesamtposition, die hier ausgewiesen werden.

Kundenkreditgeschäft

Das bilanzielle Kundenkreditvolumen hat sich positiv entwickelt. Die Finanzierungen an Privat- und Geschäftskunden sowie öffentliche Haushalte konnten ausgeweitet werden. Hauptanteil der Kreditvergabe an die privaten Haushalte sind die klassischen Wohnungsbaufinanzierungen. Die Schwerpunkte des gewerblichen Kreditgeschäfts liegen in den Bereichen Dienstleistungsgewerbe, Handel und verarbeitendes Gewerbe.

Wertpapiere

Die Situation an den Finanzmärkten in 2010 war von den Unsicherheiten innerhalb der Euro-Zone geprägt. Die langfristige Stabilität der Gemeinschaftswährung Euro und die Kreditwürdigkeit einzelner Mitgliedsstaaten führte immer wieder zur Verunsicherung an den Märkten und bei den Anlegern. Im besonderen Fokus standen die Staaten Griechenland, Irland und Portugal. Die Fälligkeiten der „Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren“ im Geschäftsjahr wurden mehrheitlich wieder neu investiert. Der Schwerpunkt der Wiederanlage erfolgte in Bankschuldverschreibungen und Anleihen von öffentlichen Emittenten mit guter Bonität. Die zugeflossene und nicht neu investierte Liquidität aus Wertpapierfälligkeiten und Investmentfondsanteilen wurde zur Reduzierung von Refinanzierungen mit Kreditinstituten verwendet. Anlageschwerpunkt sind die Ausleihungen in Form von Bankschuldverschreibungen. Weiterhin befinden sich Anleihen von öffentlichen Emittenten und Finanzdienstleistungsinstituten in geringem Umfang im Bestand. Die Restlaufzeiten betragen zwischen einem und elf Jahren, wobei etwas mehr als vierzig Prozent der Anleihen in den Jahren 2011 bis 2013 und vierunddreißig Prozent in den Jahren 2014 und 2015 endfällig werden.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2010 sind Schuldverschreibungen im Rahmen von Wertpapierleihgeschäften verliehen und werden in den Forderungen an Kreditinstitute ausgewiesen.

Die von uns gehaltenen Wertpapiere betreffen überwiegend die Liquiditätsreserve sowie in eingeschränktem Umfang auch Wertpapiere im Anlagebestand. Für die Wertpapiere des Anlagebestandes besteht unsererseits Dauerbesitzabsicht. Positionen im Handelsbestand bestanden im Geschäftsjahr 2010 zu keinem Zeitpunkt.

Beteiligungen und Anteile an verbundene Unternehmen

Die wesentlichsten Beteiligungen halten wir nach wie vor am Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen und der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG für den Erwerb der Landesbank Berlin Holding AG. Weitere Beteiligungen bestehen in geringem Umfang auch an lokalen Unternehmen sowie Funktionsbeteiligungen innerhalb der Sparkassenorganisation. Vor dem Hintergrund geringer Wertkorrekturen haben sich die Beteiligungen im Geschäftsjahr 2010 leicht reduziert. Darüber hinaus besitzen wir mit der GIW Gesellschaft für Gewerbe- und Immobilienmanagement Wetterau mbH, Gedern, eine Tochtergesellschaft, deren Aufgabe es ist, für uns Dienstleistungen im Bereich der Immobilienentwicklung, -sanierung und -verwertung zu erbringen.

Darüber hinaus besitzen wir mit der GIW Gesellschaft für Gewerbe- und Immobilienmanagement Wetterau mbH, Gedern, eine Tochtergesellschaft, deren Aufgabe es ist, für uns und für andere Unternehmen insbesondere Beratungsdienstleistungen sowie spezifische Dienstleistungen im Bereich der Immobilienentwicklung, -sanierung und -verwertung zu erbringen.

Sach- und immaterielle Anlagen

Im Geschäftsjahr 2010 wurden mehrere Objekte des Umlaufvermögens in das Anlagevermögen umgewidmet. Der Rückgang bei den Grundstücken und Gebäuden steht im Zusammenhang mit planmäßigen und außerplanmäßigen Abschreibungen sowie dem Verkauf von vier ehemaligen Filialgebäuden. In der Betriebs- und Geschäftsausstattung wurden in geringem Umfang Ersatzinvestitionen durchgeführt.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die Position besteht im Wesentlichen aus einem Immobilienportfolio in Form von geschlossenen Immobilienfonds sowie weiterer Ausschüttungsansprüche.

Refinanzierung

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Im Zusammenhang mit dem weiterhin verminderten Refinanzierungsbedarf wurden die Offenmarktgeschäfte im Berichtsjahr vollständig zurückgezahlt. Die Tagesgeldaufnahme bei Kreditinstituten wurde geringfügig ausgeweitet. Die längerfristige Refinanzierung besteht aus Sparkassenbriefen und Festgeldaufnahmen. Der Bestand an Weiterleitungsdarlehen bei der Landesbank Hessen-Thüringen hat sich aufgrund der verstärkten Kundennachfrage in diesem Bereich erhöht.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden/Verbriefte Verbindlichkeiten

Unser traditionelles Kundengeschäft bildet weiterhin den Hauptbestandteil unserer Refinanzierung. Bedingt durch das niedrige Zinsniveau kam es zu deutlichen Rückläufen bei den Sparkassenbriefen und Termingeldern. Hier wurden die Fälligkeiten in Tagesgelder reinvestiert, was zu einem deutlichen Anstieg in diesem Produkt führte. Verringerungen waren auch in den Spareinlagen zu verzeichnen. Insgesamt kam es zu einem leichten Rückgang bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden. Ein verändertes Anlageverhalten unserer Kunden

sowie rückläufige Eigenemissionen unsererseits führte wie bereits in den Vorjahren zu einer weiteren Minderung der Verbrieften Verbindlichkeiten.

Eigenkapital

Nach der vom Verwaltungsrat noch zu beschließenden Zuführung des Bilanzgewinns wird die Sicherheitsrücklage 232,2 Mio. € betragen. Zum 31. Dezember 2010 setzten sich die ergänzenden Eigenkapitalbestandteile aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB, den Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB, den Genussrechtsverbindlichkeiten sowie den nachrangigen Verbindlichkeiten zusammen.

Dienstleistungsgeschäft

Bedingt durch eine rückläufige Nachfrage unserer Kunden nach bilanzneutralen Finanzprodukten kam es zu einem Rückgang der Erträge im Wertpapierkommissionsgeschäft im Geschäftsjahr 2010. Im Geschäftsjahr 2010 war ein Zuwachs der Beitragssumme für die Vermittlung von Versicherungsprodukten und damit eine Zunahme der Erträge in diesem Geschäftsfeld zu verzeichnen. Auch die Vertragsabschlüsse und das Volumen bei der Vermittlung von Bausparverträgen mit unserem Verbundpartner, der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (LBS), konnten in 2010 deutlich gesteigert werden. Eine positive Entwicklung zeigte sich ebenfalls im Geschäftsjahr 2010 bei den Absatzzahlen im Bereich der Altersvorsorge-Produkte mit unseren Verbundpartnern Deka, LBS und Sparkassenversicherung. Das Vermittlungsgeschäft von Derivaten und Finanzprodukten in Zusammenarbeit mit der Landesbank Hessen-Thüringen und die damit verbundenen Erträge waren im Geschäftsjahr 2010 deutlich rückläufig.

Entwicklung im Vergleich zum Prognosebericht für das Jahr 2010

Wir konnten in den drei strategisch hervorgehobenen Bereichen unseres kundenbezogenen Kreditgeschäfts, dem privaten Wohnungsbaukredit, den Krediten mit unseren Unternehmenskunden sowie den Kreditvergaben im kommunalen und kommunalnahen Bereich, unsere Ziele der Vertriebsplanung für das Jahr 2010 erreichen. Neben einer konsequenten vertrieblichen Ausrichtung sind als Gründe dieser Entwicklung die anziehende Konjunktur zu nennen.

Dem gegenüber sind unsere Erwartungen zum kundenbezogenen Passivgeschäft nicht eingetreten. Zwar konnte der Ertrag im bilanzneutralen Wertpapiergeschäft gegenüber dem Vorjahr verbessert und die Planwerte nahezu erreicht werden. Diese Zuwächse reichten jedoch nicht aus, um die Rückgänge im bilanzwirksamen Passivgeschäft mit unseren Kunden vollständig zu kompensieren. Wie im Vorjahr war von Seiten unserer Kunden ein Ausweichen auf höher verzinsliche aber dennoch sichere Wertpapieranlagen zu erkennen, da aufgrund des derzeit niedrigen Zinsniveaus nur geringe Preisspielräume für kontenbezogene Einlagen bestanden. Verstärkt wurde diese Entwicklung durch den zunehmenden Preiswettbewerb um die Einlagen privater Anleger.

Wie wir im Vorjahr prognostiziert hatten, ist der Zinsüberschuss einschließlich laufender Erträge in 2010 stark zurückgegangen. Grund waren aperiodische Zinsaufwendungen mit einmaligem Charakter in Folge geschäftspolitisch induzierter Steuerungsmaßnahmen. Das Provisionsergebnis konnte gemäß unserer Erwartung in 2010 erneut gesteigert werden.

Der Personalaufwand unterschritt in 2010 deutlich unsere Planwerte. Dies lag zum einen an dem moderaten Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst, an veränderten Bilanzierungsvorschriften durch das BilMoG und an einem niedrigeren Mitarbeiterbestand. Auch im Sachaufwand gelang es uns, die Planwerte in 2010 deutlich zu unterschreiten. Neben einem konsequenten Kostenmanagement zeigen sich erste Synergieeffekte aus der Fusion des zentralen IT-Dienstleisters. In Folge dessen haben sich die Verwaltungsaufwendungen entgegen unserer Erwartungen erfreulich verringert.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

	Jahr	2010	2009	Veränderungen gegenüber Vorjahr	
		in TEUR	in TEUR	in TEUR	in %
Zinsüberschuss und laufende Erträge		91.334	100.366	-9.032	-9,0
Provisionsüberschuss		29.206	28.539	667	2,3
Handelsergebnis		0	0	0	-100,0
Verwaltungsaufwendungen und Abschreibungen		75.337	78.567	-3.230	-4,1
Betriebsergebnis vor Bewertung		46.157	48.465	-2.308	-4,8
Betriebsergebnis nach Bewertung		25.916	17.947	7.969	44,4
Steuern		13.953	11.779	2.174	18,5
Jahresüberschuss		10.476	6.168	4.308	69,8
Aufwands-Ertrags-Verhältnis		62,5%	63,0%		
Eigenkapital-Rentabilität ¹		10,1%	7,5%		

¹ Ergebnis vor Steuern in % des Eigenkapitals (Sicherheitsrücklage + Fonds für allgemeine Bankrisiken zu Beginn des Geschäftsjahres)

Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2010 verminderte sich der **Zinsüberschuss** um 4,2 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr. Ein Rückgang der Zinserträge musste in allen Aktivpositionen verzeichnet werden. Vor allem machte sich das fallende Zinsniveau im Geschäftsjahr 2010 bemerkbar sowie eine Abnahme der Wertpapierbestände und der Forderungen an Kreditinstitute; so reduzierten sich die Zinserträge insgesamt um 17,3 Mio. EUR. Die Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften verringerten sich um 12,6 Mio. EUR und bei den Wertpapieren um 4,7 Mio. EUR. Bedingt durch das fallende Zinsniveau kam es auch zu einem deutlichen Rückgang der Zinsaufwendungen für Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und Kreditinstituten. Insgesamt lagen die Zinsaufwendungen um 13,1 Mio. EUR unter dem Vorjahr. In den Zinsaufwendungen ist eine Einmalzahlung in Höhe von 7,1 Mio. EUR für das Schließen (close-out) eines Zinsswaps enthalten. Das fallende Zinsniveau sowie niedrigere Bestände führten zu deutlich niedrigeren Ausschüttungen bei den Investmentfonds, was eine Kürzung der **Laufenden Erträge** in Höhe von 4,9 Mio. EUR zur Folge hatte.

Der **Provisionsüberschuss** konnte im Geschäftsjahr 2010 leicht erhöht werden. Es kam zu Zuwächsen im Vermittlungsgeschäft von Investmentfondsanteilen, Versicherungen und Bausparverträgen. Im sonstigen Dienstleistungsgeschäft war ebenfalls ein Anstieg der Erträge zu verzeichnen.

Innerhalb der **Verwaltungsaufwendungen** reduzierten sich die Personalaufwendungen durch einen geringeren Mitarbeiterbestand im Geschäftsjahr 2010 sowie erhöhte

Entnahmen aus den Pensionsrückstellungen aufgrund der veränderten Bilanzierung durch die Einführung des BilMoG. Teilweise kompensierend wirkten die Gehaltssteigerungen gemäß Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst zum 1. Januar 2010. Weiterhin senkten sich die Aufwendungen für Regelungen zur Altersteilzeit. Der Sachaufwand verminderte sich aufgrund eines verbesserten Kostenmanagements in nahezu allen Bereichen; der überwiegende Teil der Aufwandsreduzierung entfällt dabei auf die EDV-Kosten. Die Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen haben sich gegenüber dem Geschäftsjahr 2009 geringfügig verringert.

Die Aufwendungen und Erträge aus dem Bewertungsergebnis wurden gemäß § 340c Abs. 2 HGB und § 33 RechKredV bzw. § 340f HGB saldiert. Für das Kreditgeschäft sowie bei den Beteiligungen waren deutlich niedrigere Vorsorgeaufwendungen gegenüber 2009 erforderlich. Eine weitere Entspannung an den Finanz- und Kapitalmärkten führte zu einem positiven Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft. Im Geschäftsjahr 2010 wurden Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB dotiert, die ebenfalls im Bewertungsergebnis verrechnet sind. Das Betriebsergebnis nach Bewertung hat sich insgesamt gegenüber dem Geschäftsjahr 2009 erheblich verbessert. Die außerordentlichen Aufwendungen sind vollumfänglich auf Übergangseffekte des BilMoG zurückzuführen.

Die Steuerzahlungen haben im Geschäftsjahr 2010 aufgrund des höheren Gesamtergebnisses zugenommen.

Das Aufwands-Ertrags-Verhältnis konnte bei rückläufigen Erträgen und Aufwendungen insgesamt gegenüber dem Geschäftsjahr 2009 leicht verbessert werden.

Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im vergangenen Geschäftsjahr jederzeit gegeben. Die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht BaFin gemäß § 11 des Kreditwesengesetzes aufgestellte Liquiditätsverordnung wurde stets eingehalten. Die errechnete Liquiditätskennzahl, die mindestens 1 betragen muss, lag im Jahresdurchschnitt bei 2,56 und zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2010 bei 2,23 (Vorjahr: 2,47). Die Zahlungsfähigkeit kann im Hinblick auf die Ausstattung mit liquiden Mitteln sowie die vorhandenen Kredit- und Refinanzierungsmöglichkeiten der Sparkasse als gewährleistet angesehen werden.

Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden ausreichende Guthaben bei der Deutschen Bundesbank unterhalten. Das Angebot im Rahmen des ESZB-Verfahrens Refinanzierungen in Form von Offenmarktgeschäften abzuschließen (Hauptrefinanzierungsgeschäfte) wurde unterjährig genutzt. Für mögliche Inanspruchnahmen der von der Zentralbank eingeräumten Refinanzierungsangebote hat die Sparkasse Wertpapiere im Rahmen des Pfandpoolverfahrens verpfändet. Darüber hinaus stellt uns die Landesbank Hessen-Thüringen auf unserem laufenden Konto eine Liquiditätskreditlinie zur Verfügung.

Vermögenslage

Das Verhältnis des haftenden Eigenkapitals gemäß § 10 KWG überschreitet - bezogen auf die Summe der gewichteten Risikopositionen und der operationellen Risiken gemäß Solvabilitätsverordnung per 31. Dezember 2010 - mit 14,08 % (Vorjahr: 12,57 %) deutlich den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestwert von 8 %. Im Jahresdurchschnitt lag die Gesamtkennziffer bei 13,56 %. Die Ermittlung der Gesamtkennziffer erfolgt nach dem Kredit-

risikostandardansatz, die Ermittlung der operationellen Risiken mit dem Basisindikatoransatz. Damit bietet die Eigenkapitalquote neben der Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen auch Spielraum für eine zukünftige Geschäftsausweitung.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Personalbereich

Zum 31. Dezember 2010 hatten wir 1.070 Beschäftigte in unserem Haus. Diese Anzahl setzt sich aus 882 aktiv bankspezifisch Beschäftigten, 64 Auszubildenden, 13 Sonstigen (4 Praktikanten und 9 Hausmeister), 19 Raumpflegerinnen und aus 92 ruhenden Arbeitsverhältnissen zusammen. Von den genannten Beschäftigten hatten zum Jahresende 2010 insgesamt 49 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen Altersteilzeitvertrag mit der Sparkasse geschlossen; im Rahmen des Blockmodells befanden sich hiervon bereits 23 Beschäftigte in der Freizeitphase. Dies ist eine Stichtagsbetrachtung zum 31. Dezember 2010 und weicht zu den Mitarbeiterzahlen im Bilanzanhang, in dem ein Durchschnittsbestand ausgewiesen wird, ab.

Qualifikationsstruktur (Verteilung in %)

Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Leistungsfähigkeit unserer Mitarbeiter und damit in die Ertragskraft unseres Institutes. Wir fördern unsere Mitarbeiter durch individuelle Weiterbildungsmaßnahmen. Dadurch unterstützen wir auch die Persönlichkeitsentwicklung unserer Mitarbeiter und öffnen neue Chancen. Denn der Erfolg unserer Sparkasse wird maßgeblich durch unsere Mitarbeiter erbracht.

Die Beschäftigten der Sparkasse Oberhessen weisen hinsichtlich der Sparkassen-Bildungsabschlüsse mit einem Anteil von 57,4 % (Vorjahr 56,8 %) im Sparkassenvergleich (SGVHT) ein überdurchschnittliches Bildungsprofil auf. Unterdurchschnittlich dagegen im Vergleich ist der Wert zu den Hochschulabschlüssen 5,1 % (Vorjahr 5,0 %).

	Sparkasse Oberhessen	SGVHT
Hochschulabschluss	5,1%	7,0%
Sparkassen-/Bankkaufmann	24,0%	27,3%
Sparkassen-Bildungsabschlüsse	57,4%	53,1%
Sonstige	13,4%	12,6%

Altersstruktur (Verteilung in %)

	Sparkasse Oberhessen	SGVHT
unter 20 Jahre	0,5%	0,2%
20 bis 29 Jahre	8,1%	13,7%
30 bis 39 Jahre	19,4%	23,8%
40 bis 49 Jahre	35,5%	33,7%
50 bis 54 Jahre	19,4%	14,4%
55 bis 59 Jahre	14,4%	12,2%
ab 60 Jahre	2,7%	2,0%

Vorgänge von besonderer Bedeutung

Nach Ablauf des Geschäftsjahres 2010 haben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung ereignet.

Risikosteuerung

Risikomanagementziele

Im Rahmen der Realisation der Unternehmensziele der Sparkasse ist eine kontrollierte Übernahme, aktive Steuerung und gezielte Transformation von Risiken unabdingbar. In die Risikobetrachtung sind sämtliche wesentlichen Produkte, Dienstleistungen und Prozesse sowie Dienstleistungen, welche die Sparkasse gemäß der Definition der MaRisk von Dritten bezieht, integriert.

Bei der Anlage des Sparkassenvermögens achten wir stets darauf, dass zum einen das eingegangene Risiko die - in Abhängigkeit von der Risikotragfähigkeit - budgetierten Risikodeckungsmassen nicht übersteigt und zum anderen das Vermögen unter Abwägung von Chancen und Risiken effizient allokiert wird.

In Erfüllung des § 25a KWG und der MaRisk sind geeignete Regelungen zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der Risiken fester Bestandteil der Unternehmenssteuerung. Diese Regelungen werden in einem Risikohandbuch der Sparkasse und den Risiko- Strategien der Sparkasse zusammengefasst dargestellt.

Risikomanagementprozess

Zu Beginn steht die Risikoidentifikation. Sie dient der Abgrenzung und Beschreibung des betrachteten Risikos.

Die Risikoprognose beinhaltet Aussagen im Zusammenhang mit der Ursache. Im Rahmen der Risikobewertung werden die sich daraus ergebenden Auswirkungen thematisiert. Anschließend wird eine Kennzahl vergeben, welche die jeweilige Relevanz der Wirkung des Risikos auf das bilanzielle oder das ökonomisch erwartete Vermögen zum Betrachtungshorizont der Sparkasse beschreibt.

Im Rahmen der Risikokontrolle werden die Wirkungen der Risikosteuerung transparent gemacht. Mit ihren standardisierten Berichten verfügt die Sparkasse über geeignete Instrumente, mit denen ihre finanzielle Lage jederzeit mit hinreichender Genauigkeit bestimmt wird. Aus Gründen der Vorsicht werden risikoreduzierende Effekte zwischen den einzelnen Risikoarten nicht berücksichtigt.

Risikomanagementsystem

Der Gesamtvorstand ist für die Entwicklung der Unternehmens- und Risikostrategien sowie für ein funktionierendes Risikomanagement- und Überwachungssystem verantwortlich.

Das Berichtswesen und die entsprechende Weitergabe von Informationen an den Verwaltungsrat erfolgt nach den aufsichtsrechtlichen Vorgaben und gesetzlichen Anforderungen. Das Risikosteuerungssystem umfasst alle Geschäftsbereiche der Sparkasse mit wesentlichen Risiken und gewährleistet eine integrierte Risikoüberwachung, die es ermöglicht, kurzfristig auf Veränderungen der marktmäßigen und organisatorischen Rahmenbedingungen zu reagieren.

Die einzelnen Elemente des Risikosteuerungssystems sind detailliert dokumentiert, werden regelmäßig überprüft und laufend weiterentwickelt.

Die Interne Revision beurteilt in Form von regelmäßigen Ex-post-Prüfungen die Angemessenheit und Wirksamkeit der gesamten Risikosteuerung.

Ausblick:

Ausblick 2011 und Prognosebericht

In zunehmendem Maße bestimmen exogene Faktoren die künftige Geschäftsentwicklung der Sparkasse. Weltpolitische Lage und Konjunkturverlauf beeinflussen die Zinsentwicklung an den Geld- und Kapitalmärkten sowie das inländische Angebots- und Nachfrageverhalten.

Für die Jahre 2011 und 2012 erwarten wir aufgrund eines sich weiter verschärfenden Preiswettbewerbs, weitergehender aufsichtsrechtlicher Anforderungen und der noch bestehenden Verunsicherungen an den Geld- und Kapitalmärkten ein zunehmend schwieriges Marktumfeld. Unsere Planungen orientieren sich an den Prognosen der Wirtschaftsexperten und den zu erwartenden Markt- und Wettbewerbsbedingungen.

Die Deutsche Bundesbank rechnet perspektivisch für die deutsche Wirtschaft bei einer weitgehend störungsfreien Expansion der Weltwirtschaft mit einer Fortsetzung der wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung. Für 2011 und 2012 werden Zuwachsraten von 2,0 % und 1,5 % erwartet. Der Vorkrisenstand des Bruttoinlandsprodukts würde danach gegen Ende 2011 wieder erreicht und die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten wären dann auch wieder normal ausgelastet.

Diese Prognose wird mit der Exportnachfrage begründet, die das wirtschaftliche Wachstum in Deutschland ganz wesentlich trägt. Die massive Zunahme der Ausfuhren führt zu einer Steigerung der Investitionen und des privaten Konsums. Damit einher geht die Verbesserung der Arbeitsmarktlage.

Für die Jahre 2011 und 2012 rechnet die Deutsche Bundesbank mit einem durchschnittlichen Beschäftigungszuwachs von 0,5 %. Die Zahl der Arbeitslosen könnte somit weiter sinken und in 2012 die Grenze von 3 Mio. unterschreiten.

Hinsichtlich der Preisstabilität sind die wesentlichen Risiken auf den internationalen Rohstoffmärkten zu verorten. Infolge des globalen Wachstums scheint ein stärkerer Anstieg der Rohöl- und anderer Rohwarennotierungen nicht unwahrscheinlich. Dies hätte unmittelbare Auswirkungen auf Energie- und Nahrungsmittelpreise.

Die folgenden Analysen beruhen auf unseren Erwartungen. Die tatsächlichen Verhältnisse können von der voraussichtlichen Entwicklung abweichen. Wie bereits dargestellt, verfügen wir über Instrumente und Prozesse, um die Abweichungen von den Erwartungen zu erkennen, zu analysieren und gegebenenfalls steuernd zu handeln.

Im Rahmen unseres kundenbezogenen Kreditgeschäfts beabsichtigen wir im gewerblichen Kreditgeschäft - unter Berücksichtigung eines angemessenen Chancen-Risiko-Verhältnisses sowie unter Beachtung unserer satzungsmäßigen Auftragsziele - ein angemessenes Wachstum zur Stärkung unserer Marktanteile und eine Steigerung der Ertragspotenziale. Dabei richten wir unseren Fokus auf die adäquate Bepreisung der geschäftstypischen Risiken und

die nachhaltige Begrenzung des Bewertungsergebnisses im Kreditgeschäft. Gleiches gilt für Finanzierungen im Privatkundenbereich, hier insbesondere im Wohnungsbau.

In der Geldvermögensbildung unserer Kunden erwarten wir ebenfalls ein insgesamt angemessenes Wachstum, wobei wir im bilanzneutralen Wertpapier- und Dienstleistungsgeschäft mit größeren Absatzchancen rechnen als im bilanzwirksamen Passivgeschäft. Hier gehen wir in unserer Vertriebsplanung von einem nahezu unveränderten Einlagenbestand aus. Bei den Eigenanlagen planen wir unsere risikoreduzierende Anlagepolitik beizubehalten.

Die Verwaltungsaufwendungen werden in 2011 vermutlich moderat ansteigen, was bezogen auf die Personalkosten vorrangig auf die bereits festgelegten Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst für das Jahr 2011 zurückzuführen ist. Zudem ist eine größere investive Maßnahme in 2011 an einem KC-Standort geplant.

Die Entwicklung im Zinsüberschuss wird in 2011 von der Zinspolitik der EZB beeinflusst werden. Soweit sich das bisherige Verhalten der EZB nicht verändern sollte, rechnen wir mit einem gegenüber dem Vorjahresergebnis höheren Zinsüberschuss. Da die Verunsicherungen aus der Schuldensituation einzelner EU-Staaten und die Volatilitäten an den Geld- und Kapitalmärkten unverändert bestehen, ist diese Schätzung mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. Für das Provisionsergebnis erwarten wir auch für 2011 einen kontinuierlichen Anstieg. Wir sehen im kundenbezogenen Wertpapiergeschäft, aber auch in der Vermittlung von Finanzprodukten unserer Vertriebspartner noch entsprechenden Kundenbedarf.

Unter Würdigung aller vorgenannter Faktoren erwarten wir ein nahezu konstantes Betriebsergebnis vor Bewertung.

Nach Analyse der Risikostrukturen unserer Bilanzpositionen erwarten wir in 2011 keine grundlegende Veränderung unseres Bewertungsergebnisses. Allerdings kann das Bewertungsergebnis in 2011 in starkem Maß durch exogene Faktoren, wie eine Verschärfung der Finanzmarkt- und Euro-Krise, zunehmende politische Unsicherheiten oder negative Konsequenzen der Staatsverschuldung beeinträchtigt werden.

Sofern unsere Annahmen und Prognosen eintreten, rechnen wir in 2011 mit einem leicht verbesserten Jahresüberschuss.

Für das Geschäftsjahr 2012 gehen wir von einer kontinuierlichen Fortentwicklung der Geschäftsentwicklung aus.

Risiken für die Geschäftsentwicklung bestehen in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung mit den möglichen Auswirkungen insbesondere auf die Unternehmensergebnisse und den Arbeitsmarkt. Bei einem negativen Konjunkturverlauf könnte eine Zunahme der Insolvenzen zu damit verbundenen Wertberichtigungen und Ausfällen im Kreditgeschäft führen. Eine Verstärkung der Konjunktur eröffnet demgegenüber Chancen auf eine verbesserte wirtschaftliche Grundlage unserer Kreditnehmer mit positiven Auswirkungen auf die Bonitätsstruktur unseres Kreditportfolios.

Ein weiteres Risiko sehen wir bei einer wieder einsetzenden Verflachung der Zinsstrukturkurve und der damit verbundenen Reduzierung der Beiträge aus der Fristentransformation. Andererseits ergeben sich aus dem Fortbestand der verhältnismäßig steilen Zinsstrukturkurve Chancen, weiterhin Transformationserträge zu generieren. Auch der Wettbewerb

auf dem Bankenmarkt und der damit verbundene Druck auf Margen und Provisionserlöse können Risikofaktoren für die Ertragslage darstellen. Kritisch beurteilen wir das Angebotsverhalten verschiedener Banken, die zum Teil staatliche Hilfen in Anspruch genommen haben und mit aggressiven Preisangeboten im Privatkundenmarkt agieren. Eine Verschärfung der Schuldenkrise einzelner Staaten kann im Wege einer Verunsicherung der Akteure an den Geld- und Kapitalmärkten negativen Einfluss auf die Bewertung der eigenen Wertpapierbestände nehmen und ein Risiko für die Ertragsentwicklung bedeuten. Dem gegenüber besteht bei einer Erholung der Geld- und Kapitalmärkte die Chance, Erträge im Wertpapiergeschäft zu generieren. Im Aufwandsbereich sind als Risikoindikatoren die steigenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen mit entsprechendem Personalbedarf sowie steigende Kosten für Gebäude, Energie und Datenverarbeitung zu nennen. Aktuelle gesetzliche Eingriffe im Sinne eines verbesserten Verbraucherschutzes können zu Mehrbelastungen führen.

Mit unserer strategischen Positionierung begegnen wir den sich abzeichnenden Herausforderungen. Als führendes Kreditinstitut unserer Region bieten wir unseren Kunden stets ein bedarfsorientiertes Produktangebot, kompetente Beratungsleistungen und maßgeschneiderte Lösungen in allen Finanzfragen. Ferner ist es unser Ziel, Markt- und Ertragspotenziale noch gezielter auszuschöpfen. Im Jahr 2011 werden wir weiter an der kontinuierlichen Entwicklung unseres Vertriebs Erfolges arbeiten. Ein für den künftigen Unternehmenserfolg wesentliches Thema wird die Verbesserung unserer Beratungs- und Dienstleistungsqualität sein und damit einhergehend die Steigerung der Zufriedenheit unserer Kunden.

Wir orientieren uns an den Grundsatzzielen der Sparkassen-Finanzgruppe und werden unsere strategische Ausrichtung kontinuierlich an die veränderten Anforderungen der Finanzdienstleistungsmärkte anpassen und fortschreiben. Wir streben strategisch dauerhaft eine Aufwands-Ertrags-Relation von unter 60 % sowie eine Eigenkapitalrentabilität von 10 % bzw. einen im Vergleich zu den Sparkassen in Hessen über dem Durchschnitt liegenden Wert an. Mit der Verbesserung unserer Kosten- und Prozesseffizienz wollen wir auch in 2011 und den kommenden Jahren einen wichtigen Beitrag für unsere Rentabilitäts politik leisten. Wir sehen uns für die künftigen Herausforderungen im Finanzdienstleistungsmarkt gut gerüstet und werden auch weiterhin unseren Kunden als verlässlicher und kompetenter Partner zur Seite stehen und aktiv zur wirtschaftlichen Entwicklung unserer Region beitragen.

Sonstige Beteiligungen Mitgliedschaften in Verbänden und Vereinen

(Stand zum 31.12.2010)

Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag €	federführendes Amt
AG Deutsche Sportämter	Landrat Marx	Mitglied	1995	55,00	Amt für Jugend, Familie und Sport
AG Hessischer Sportämter	Frau Scherer	Mitglied	2000	0,00	Amt für Jugend, Familie und Sport
Agentur für Arbeit	Landrat Marx	Mitglied Verwaltungsausschuss (stellv. Mitglied Ausschuss für anzeigepflichtige Entlassungen)			Landrat
Arbeitskreis Jugendzahn-pflege	Frau Meudt + Herr Dr. Reygers	Mitglied Mitglied	1992	0,00	Gesundheitsamt
Arbeitskreis Leitbildprozess Verein Mitte Hessen	Landrat	Mitglied			Landrat
AZN - Ausbildungszentrum für Naturschutz - Förderverein Kirtorf e.V.	Kreisbeigeordneter Dening	Mitglied Vorstand	1996	1.023,00 <u>Zuwendung</u> 18.977,00	Schulverwaltungsamt / Amt CFWN
B 24 - Beratungsstelle für Schüler und junge Arbeitslose	Frau Lucas	fachliche Zusammenarbeit	1996	0,00 <u>Zuschuss VBK:</u> 10.240,00	Amt für Jugend, Familie und Sport
Bildungszentrum für Elektrotechnik e.V.	Landrat Marx bzw. Vertreter Landrat KA	Mitglied	1970	307,00	Amt CFWN
Bundesverband deutscher Pressesprecher e.V.	Herr Ruhl	Mitglied	2009	60,45	Pressestelle

Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag €	federführendes Amt
Caritasverband Gießen e.V.	kein Vertreter	Vertrag mit AfJS zur Durchführung der Sozialpädagogischen Familienhilfe		0,00	Amt für Jugend, Familie und Sport
CIP-Anwendergemeinschaft Hessen	Herr Braun	Mitglied (z.Z. nicht aktiv)	2001	0,00	Kreiskasse
Deutscher Verband für Facility Management e.V.	Herr Keil	Korrespondierendes Mitglied	2005	250,00	Amt für Gebäudemanagement
Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.	wird i.d.R. auf HLT del.	-	1985	466,00	Amt für soziale Sicherung
Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V.	Amtsleiter Amt für Jugend, Familie und Sport	Mitglied (Mitgliedschaft ist Voraussetzung für Tätigkeit der Beistände)		1.459,00	Amt für Jugend, Familie und Sport
Deutsches Jugendherbergswerk LV Hessen e.V.	NN	Mitglied		511,00	Amt für Jugend, Familie und Sport
Deutsches Rotes Kreuz, Ortsverband Lauterbach	Dr. Reygers	als Kreisarzt	2008	0,00	Gesundheitsamt
Deutsches Seminar für Tourismus Berlin	Landrat Marx	Mitglied Kuratorium	2000	0,00	Landrat
Deutsche Vulkanologische Gesellschaft e.V.	Landrat Marx Herr Greb	Mitglied Mitglied Vorstand Fachsektion Vulkan Vogelsberg	2008	60,00	Amt CFWN
DRK Kreisverband Alsfeld	Landrat Marx	stellv. Vorsitzender			Landrat
Fachverband der Kommalkassenverwalter e.V.	Herr Braun	stellv. Landesvorsitzender	1970	50,00	Kreiskasse
Geschichts- und Museumsverein Alsfeld e.V.	Landrat Marx - Vertretung durch Kbg Fink	Mitglied kraft Amtes	1951	25,00 + Zuschuss 125,00	Amt für Finanzen

Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag €	federführendes Amt
Gütegemeinschaft Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltungen e.V.	Landrat Marx	Mitglied	2010	2.500,00	Hauptamt
GVV - Kommunalversicherung	Landrat Marx	Regionalbeiratsmitglied		Vers.-Beiträge nach Vers.-Schutz	Landrat
Helios Kliniken GmbH	Landrat Marx	Beiratsmitglied			Landrat
Hess. AG für Gesundheits- erziehung Marburg e.V.	Frau Meudt	Mitglied	1973	512,00	Gesundheitsamt
Hess. Akademie für musisch kulturelle Bildung	Landrat Marx	Aufsichtsratsmitglied			Landrat
Hess. Akademie für Forschung und Planung im ländlichen Raum e.V.	Landrat Marx - Vertretung durch Kbg Fink	Mitglied Beirat	1990	511,29	Amt CFWN
Hess. Fürsorgeverein für Körperbehinderte e.V.	nach Bedarf	-	1982	41,00	Amt für soziale Sicherheit
Hess. Museumsverband Kassel	Landrat Marx	Mitglied	1954	76,00	Amt für Finanzen
Hess. und Deutscher Land- kreistag	verschiedene Vertreter in verschiedenen Gre- mien	-		48.690,00	Hauptamt
Hess. Volkshochschulverband e.V.	Herr Oer	Mitglied	2003	1.936,80	Amt vhs
Hilfe für das verlassene Kind e.V.	Landrat Marx	Beiratsmitglied			Landrat
HLT - Bezirksversammlung Süd	Landrat	Vorsitzender			Landrat
HLT- Rechts- und Europaaus- schuss	Landrat	Mitglied			Landrat

Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag €	federführendes Amt
HLT - Finanzausschuss	Landrat	Mitglied			Landrat
HLT - Präsidium	Landrat	Mitglied			Landrat
HLT - Sozialausschuss	Landrat	Mitglied			Landrat
Hohhausmuseum Lauterbach e.V.	Landrat Marx - Vertretung durch Kbg Meyer	Mitglied Vorstand kraft Amtes	1951	30,00 <u>Zuschuss:</u> 120,00	Amt für Finanzen
Ingenieurkammer Hessen	Herr Keil	Mitglied	2009	104,00	Amt für Gebäudemanagement
Institut der Rechnungsprüfer	Herr Götttert	Mitglied	2010	50,00	Revisionsamt
Jugend- und Drogenberatungsstelle	Kreisbeigeordnete/r Kreistagsabgeordnete/r Kreisbeigeordnete/r	Mitglied Kuratorium Mitglied Vertreterversammlung Mitglied Vorstand	1982	Zuschüsse entsprechend Gremienbeschlüsse	Amt für soziale Sicherung
Jugendhilfe Land e.V. Groß-Felda	Landrat Marx	Mitglied	1952	0,00 <u>Zuschuss:</u> 1.000,00	Amt für Jugend, Familie und Sport
Kommunale Informationsverarbeitung in Hessen, Gießen	Frau Weber	Mitglied Verbandsversammlung	1993	2.552,75	Hauptamt
Kommunaler Arbeitgeberverband	Landrat Marx	Vertreter kraft Amtes		4.107,00	Hauptamt
Kreisfeuerwehrverband	Landrat Marx	Mitglied	1973	<u>Zuwendung:</u> 8.200,00	Allgemeine Gefahrenabwehr
Kulturförderkreis Mittelhessen e.V.	Landrat Marx	Mitglied	1992	25,60	Amt für Finanzen
Laborgemeinschaft Giessener Ärzte	Frau Meudt	Mitglied	1982	einmalige Einlage 2.000,00 DM	Gesundheitsamt

Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag €	federführendes Amt
Landesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung Hessen e.V.	Herr Herget	Mitglied	2002	20,00	Amt für soziale Sicherung
Landesbank Hessen-Thüringen	Landrat Marx	stellvertr. Verwaltungsratsmitglied			Landrat
Landesverband des Wasser- und Bodenverbandes in Hessen	kein Vertreter	Mitglied (ab 2003 Ruhen der Mitgliedschaft)	1951/53	0,00	Amt CFWN
Landeswohlfahrtsverband	Landrat Marx	Mitglied Verbandsversammlung, Haushaltsausschuss			Landrat
Lebenshilfe für körperlich und geistig behinderte Menschen Vogelsbergkreis e.V.	nach Bedarf	Mitglied	1982	25,00 <u>Zuschuss:</u> 78,13	Amt für soziale Sicherung
Marketing-Projekt der hess. Volkshochschulen (über hvv)	Herr Oer	Mitglied	2003	597,73	Amt vhs
Migrationsrecht.net	alle MA ABH	Mitglied	2006	285,60	Amt für Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten
Naturlandstiftung Vogelsberg e.V.	Kreistagsabgeordneter	Mitglied Vorstand	1985	250,00	Amt CFWN
Netzwerk Migration Vogelsberg	Herr Schrimpf, Frau Geisel	Mitglied	2006	0,00	Amt für Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten
Oberhessen Gas	Landrat Marx	Beiratsmitglied			Landrat
Präsidium der Regionalversammlung Mittelhessen	Herr Künz (Präsident) Herr Kopp (Mitglied)	Mitglied	1983	6.706,50	Amt CFWN

Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag €	federführendes Amt
Schutzgemeinschaft Vogelsberg	Landrat Marx	Mitglied	1990	130,00	Amt CFWN
Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen	Landrat Marx	Mitglied Verbandsvorstand			Landrat
Stiftung Heilanstalt für Kranke	Frau Meudt	beratendes Mitglied		0,00	Gesundheitsamt
Unfallkasse Hessen	Landrat Marx			77.007,77	Hauptamt
Verband Deutscher Naturparke	Landrat Marx	Vorsitzender AG Hess. Naturparke			Landrat
Verein Behindertenhilfe e.V.	Kreistagsabgeordnete/r	Mitglied Vertreterversammlung			Amt für soziale Sicherung
Verein Bonifatius-Route e.V.	Herr Greb	Mitglied des Vorstandes	2003	200,00	Amt CFWN
Verein für Strukturverbesserung im Vogelsberg e.V.	Landrat Marx	Mitglied	1973	0,00	Amt CFWN
Verein Klimabündnis e.V.	kein Vertreter	Mitglied	1993	672,00	Amt CFWN
Verein Mitte Hessen e.V.	Landrat Marx	Vorstandsmitglied	2006	20.000,00	Amt CFWN
Verein Natur- und Lebensraum Vogelsberg e.V.	Landrat Marx	Vorstandsmitglied	2010	180,00	Amt für den ländlichen Raum
Verein Rotes Höhenvieh e.V.	Landrat Marx	Mitglied	1987	35,00	Amt für den ländlichen Raum
Verein zur Förderung der Jugend- und Drogenberatungsstelle e.V.	Frau Meudt	Mitglied	1987	51,13	Gesundheitsamt

Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag €	federführendes Amt
Verein zur Förderung der Jugend- und Drogenberatungsstelle e.V.	Landrat Marx	Mitglied	1987	52,00	Amt für soziale Sicherung
Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V.	Herr Bastian		1998	386,00	Amt für Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten
Verkehrsgesellschaft Oberhessen	Landrat Marx	Aufsichtsratsmitglied			Landrat
Weiterbildungsdatenbank Vogelsberg (über VB Consult)	Herr Oer	Mitglied	2003	138,52	Amt vhs
Weiterbildung Hessen e.V.	Herr Oer	Mitglied	2008	575,00	Amt vhs

Die Informationen basieren auf Angaben der jeweiligen Gesellschaften, Eigenbetriebe, Verbände und Vereine und betreffen das Haushaltsjahr 2010.

Änderungen wurden von uns nur im Rahmen der redaktionellen Anpassung bzw. nach Rücksprache vorgenommen.

© Kreisausschuss des Vogelsbergkreises 2011

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung und Quellenangabe unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Mikroverfilmungen und die Einspeisung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Kreisausschuss des Vogelsbergkreises

Goldhelg 20

36341 Lauterbach

Telefon: 06641 / 977-0

Telefax: 06641 / 977-336

Homepage: www.vogelsbergkreis.de